

Abschlussarbeit
zur Erlangung des Magister Artium im Fachbereich 08

der Johann Wolfgang Goethe - Universität
Historisches Seminar

**Im Theater des Terrorismus: Zum öffentlichen Diskurs über den Linksterrorismus
in den 1970er Jahren**

1. Gutachterin: Prof. Dr. Marie Luise Recker
2. Gutachter: Prof. Dr. Werner Plumpe

vorgelegt von:

Simon Che Berberich
Frankfurt am Main

Einreichungsdatum: 13.06.2007

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	3
1.1 Aufgabenstellung	5
1.2 Aufbau der Arbeit	7
2. Begriffsklärungen und Forschungsstand	7
2.1 Begriffe und Konzepte	8
2.2 Forschung und Quellen	11
3. Strukturbedingungen des Linksterrorismus	12
3.1 Gesellschaftliche Rahmenbedingungen	13
3.1.1 Nationalsozialistische Vergangenheit und autoritäre Traditionen	13
3.1.2 Große Koalition und Notstandsgesetze	15
3.1.3 Vietnamkrieg und Dritte Welt	17
3.2 Studentenbewegung	19
3.2.1 Ideologisches Inventar	19
3.2.2 Verlauf und Bewertung	24
4. Die Rote Armee Fraktion	29
4. 1 Individuelle Dispositionen und Gruppendynamiken der RAF	29
4.1.1 Sinnsuche, Heilsversprechen und <i>Neuer Mensch</i>	30
4.1.2 Gruppendynamiken und Selbstinszenierung	37
4. 2 Die Terrorgruppe	40
4.2.1 Ideologie und Denkweise	40
4.2.2 Kommunikation	45
5. Der Staat	48
5.1 Legislative Reaktionen	49
5.2 Polizeiliche Reaktionen	52
5.3 Regierung, Opposition und politische Kultur	54
6. Der öffentliche Diskurs	56
6.1 Diskurstheorie	57
6.2 Diskursanalyse	59
6.2.1 <i>Der Spiegel</i>	62
6.2.1.1 Das Jahr 1970	62
6.2.1.2 Das Jahr 1972	67
6.2.1.3 Das Jahr 1975	73

6.2.1.4	Das Jahr 1977	78
6.2.2	<i>Frankfurter Allgemeine Zeitung</i>	82
6.2.2.1	Das Jahr 1970	82
6.2.2.2	Das Jahr 1972	85
6.2.2.3	Das Jahr 1975	90
6.2.2.4	Das Jahr 1977	94
6.2.3	Einzelstimmen in verschiedenen Publikationen	101
6.3.	Vergleich und Bewertung	103
6.3.1	Konservative Diskursstrategie	104
6.3.2	Libérale Diskursstrategie	107
6.3.3	Strukturelle Wandlungsprozesse	108
6.3.4	Rekurs: Terrorismus als Kommunikationsstrategie	110
7.	Schlussbetrachtung	111
7.1	Zusammenfassung der Ergebnisse	111
7.2	Ausblick	114
8.	Anhang	116
8.1	Chronologie	116
8.2	Anti-Terrorismusgesetzgebung	119
8.3	Liste aller Toten	122
8.4	Quellen- und Literaturverzeichnis	125

1. Einleitung

Die mediale Publikationsflut anlässlich der jüngsten Debatte um eine bundespräsidiale Begnadigung Christian Klars zeigte es ebenso deutlich wie die Besucherzahlen der letzten großen Ausstellung zum Thema Rote Armee Fraktion¹ zu Beginn des Jahres 2005 in Berlin: Das öffentliche Interesse an der RAF, ihrer Geschichte und ihren Protagonisten, ist 35 Jahre nach ihrer Gründung enorm. Anlässlich der Ausstellung in den Berliner Kunstwerken schien, wie die *Zeit* konstatierte, kurzzeitig auch die Angst und die für die 1970er Jahre bezeichnende Vehemenz medialer Auseinandersetzung wiedergekehrt, mehr als 500 Artikel erschienen binnen weniger Wochen.² Wie in vergangenen Zeiten gegen linke Studenten, RAF und Sympathisanten schoss sich besonders die *Bild*-Zeitung auf die Schau ein, nannte sie „Skandal“- und „Terror-Ausstellung“.³ Es folgte eine politische Debatte, als deren Ergebnis der Ausstellung die öffentliche Förderung entzogen und, viel wichtiger, sie ihrer zeithistorischen Teile beraubt wurde, was sie zu einem dem Gegenstand unangemessenen Torso degradierte, der in einer rein künstlerischen Betrachtung verhaftet blieb. Das gesamte Unterfangen verstärkte so letztlich nur einen ohnehin virulenten Trend im gesellschaftlichen Umgang mit den Taten der RAF: Die Reduktion auf eine bildlich-ästhetische Auseinandersetzung, die sich zu Recht den Vorwurf einer allzu unkritischen, unreflektierten und ahistorischen Grundattitüde gefallen lassen muss.

Eng hiermit verbunden ist der Aspekt einer verbreiteten Personalisierung der RAF. Diese wurde gerade in den letzten Jahren durch die vermehrte Publikation von Erinnerungen und anderer biografischer oder autobiografischer Werke ehemaliger RAF-Mitglieder oder Angehöriger anderer linksterroristischer Gruppen der BRD forciert.⁴ Erst jüngst ist die erste Biografie über Andreas Baader erschienen, was angesichts dessen zentraler Rolle als RAF-Gründungsmitglied und seiner devianten Persönlichkeitsstruktur zu diesem späten Zeitpunkt überrascht, und in Anbetracht des oben Dargelegten dennoch folgerichtig erscheint.

¹ Im Folgenden: RAF.

² Vgl. „In Geiselhaft“, *Die Zeit*, 27.01.2005; bei: Homepage der Zeit, 16.01.2007; http://www.zeit.de/2005/05/RAF-Ausst_?page=1.

³ Vgl. Kraushaar, Wolfgang, „Zwischen Popkultur, Politik und Zeitgeschichte – Von der Schwierigkeit die RAF zu historisieren“, S. 1; bei: HP der Zeitschrift *Zeithistorische Forschungen*, 16.01.2007; <http://www.zeithistorische-forschungen.de/site/40208214/default.aspx>.

⁴ So erschienen in den letzten Jahren: Kunzelmann, Dieter, *Leisten Sie keinen Widerstand! Bilder aus meinem Leben*, 1998; Meyer, Till, *Staatsfeind: Erinnerungen*, 1998; Pohle, Rolf, *Mein Name ist Mensch. Das Interview*, 2002; Proll, Thorwald, *Mein 68. Aufzeichnungen, Briefe, Interviews*, o.J.; Proll, Thorwald/Daniel Dubbe, *Wir kamen vom anderen Stern. Über 1968, Andreas Baader und ein Kaufhaus*, 2003; Rollnik, Gabriele/Dubbe, Daniel, *Keine Angst vor niemand. Über die Siebziger, die Bewegung 2. Juni und die RAF*, 2004; Schiller, Margrit, *Es war ein harter Kampf um meine Erinnerung. Ein Lebensbericht aus der RAF*, 1999; Vielt, Inge, *Nie war ich furchtloser. Autobiographie*, 1996; Wisniewski, Stefan, *Wir waren so unheimlich konsequent. Ein Gespräch zur Geschichte der RAF*, Berlin: 1997.

Die hier angerissenen Themenfelder verdeutlichen mehrere Sachverhalte: Zum einen spiegelt die Personen- wie die Bilderfixiertheit zwei Grundmuster massenmedialer Repräsentation wider, deren vertiefende Diskussion hier unangebracht wäre, die aber in jedem Fall einem umfassenden historischen Verstehen abträglich sind. Zum anderen sind die Taten der RAF nach wie vor geeignet, massive öffentliche Reaktionen zu provozieren, die in ihrer Heftigkeit zwar nicht an die Debatten der 1970er Jahre heranreichen, als sich die Bundesrepublik – um mit Andreas Musolff zu sprechen – zeitweise „im politisch-kommunikativen Kriegszustand“⁵ befand, die aber hinsichtlich ihrer Unreflektiertheit und vielleicht sogar ihrer Verbissenheit ein durchaus ähnliches Niveau zeigen. Dabei lässt sich beobachten – und die öffentliche Auseinandersetzung um die Begnadigung Klars steht hier wiederum geradezu exemplarisch – dass sich diskursive Positionen nach wie vor entlang aus den 1970er Jahren tradierter Konfliktlinien kristallisieren. Sehr rasch kommt es so zu einer Polarisierung des öffentlichen Diskurses, welche die Spielräume für eine aufklärende Fortentwicklung der Auseinandersetzung mit der RAF-Geschichte von vorne herein verengt. Beide Befunde stehen in Zusammenhang mit der Zeitgeschichtsschreibung, an beiden Fehlentwicklungen trägt die Historiographie eine gewisse Mitschuld.

Quellenkritisch fundierte, methodisch plausible, distanzierte und ausgewogene Geschichtsschreibung stellt eine entscheidende Grundvoraussetzung für ein fundiertes allgemeines Geschichtsbild⁶ eines Volkes und dessen Verhältnis zu seiner Vergangenheit dar. Exemplarisch für diesen Zusammenhang kann in Deutschland die historiographische Aufarbeitung des *Dritten Reiches* stehen, wo zwar bis heute erhebliche Differenzen hinsichtlich vieler Einzelaspekte sowie deren Deutung bestehen, spätestens seit dem Historikerstreit der 1980er Jahre aber doch ein weitgehender Basiskonsens zu verzeichnen ist. Und dies zum großen Teil aufgrund wissenschaftlicher Arbeit und daraus sich nach und nach kristallisierender, faktenbezogener wie hermeneutischer Übereinkunft. Genau ein solches Ergebnis, ja selbst Ansätze eines dahin führenden Prozesses sind, was die RAF anbetrifft, aber in der deutschen Zeitgeschichtsschreibung bislang nur in sehr unzureichendem Maße vorhanden, denn „für geschichtswissenschaftliche Analysen (...) bildet der bundesdeutsche Terrorismus der 1970er-Jahre fast völliges Neuland. Bislang dominieren juristische, politik-

⁵ Musolff, Andreas, *Terrorismus im öffentlichen Diskurs der BRD*, in: Weinbauer, Klaus et al (Hg.); *Terrorismus in der Bundesrepublik – Medien, Staat und Subkulturen in den 1970er Jahren*, Frankfurt, Main: Campus Verlag, 2006; S. 315.

⁶ Damit sind weder ein allgemein verbindliches noch ein einheitlich-monolithisches Geschichtsbild gemeint, sondern vielmehr die zu einem historischen Gegenstand dominanten Deutungsmuster; vgl. auch Anmerkung 29.

oder sozialwissenschaftliche Studien“.⁷ Es ist mithin kaum verwunderlich, wenn eine Kunstausstellung statt zum Diskussionsanstoß für viele zum Affront wird, wenn Politik und Gesellschaft in der Bundesrepublik also offenbar noch „weit davon entfernt [sind], die Konfliktszenarien der 1970er Jahre verarbeitet zu haben“ und „eine überaus neurotische Grundreaktion offenbar bestimmend [bleibt].“⁸ Hier gilt es für den Historiker anzusetzen, und zwar unter methodologischen und konzeptuellen Prämissen, die bestehende Forschungslücken schließen können.

1.1 Aufgabenstellung

Die vorliegende Arbeit will vor allem einen bislang kaum bearbeiteten Ansatz verfolgen: Die Untersuchung des öffentlichen Diskurses über den Terrorismus in den 1970er Jahren, der Zeit seiner größten Brisanz und Signifikanz. Ein solcher Ansatz ist aus verschiedenen Gründen viel versprechend. Erstens deshalb, weil die mediale Aufbereitung des Terrors wie auch der staatlichen Gegenmaßnahmen unbestreitbar eine zentrale Rolle im Eskalationsprozess der Gewalt spielte,⁹ wie er sich bis zum *Deutschen Herbst* 1977 entfaltete. Eine gründliche Analyse der medialen Berichterstattung, ihrer Positionen und sich wandelnden Strukturen¹⁰ ist also schon für ein adäquates Verständnis der Geschehnisse unabdingbar. Zweitens lassen sich aus den großen überregionalen Printmedien, in denen die jeweiligen Meinungskämpfe maßgeblich geführt wurden,¹¹ sehr gut Mentalitäten und politische Ziele der jeweiligen Akteure ablesen. Der öffentliche Diskurs soll so am Beispiel der Auseinandersetzungen um den Terrorismus auch als „Kulturkampf um gesellschaftliche Hegemonien – zwischen liberaler Emanzipation und konservativer Restauration“¹² analysiert werden, wobei auch diskurstheoretische Instrumente zum Einsatz kommen. Angewendet wird hier ein

⁷ Weinbauer, Klaus, *Terrorismus in der Bundesrepublik der Siebzigerjahre. Aspekte einer Sozial- und Kulturgeschichte der Inneren Sicherheit*, in: Friedrich-Ebert-Stiftung/Institut für Sozialgeschichte e.V. (Hg.), *Archiv für Sozialgeschichte*, Band 44, Braunschweig/Bonn: 2004, S. 219.

⁸ Kraushaar, Wolfgang, *Zwischen Popkultur...*, S. 2.

⁹ Vgl. Haupt, Heinz-Gerhard, *Politische Gewalt und Terrorismus – Einige historiographische Anmerkungen*, in: Weinbauer, Klaus et al (Hg.), *Terrorismus in der Bundesrepublik...*, S. 68.

¹⁰ Der Begriff „*Entwicklungen*“ wird hier, in Anlehnung an Otto Brunner, aufgrund seiner teleologischen Konnotation bewusst vermieden (Anm. d. Verf.).

¹¹ An dieser Stelle könnte eingeworfen werden, dass eine solche Untersuchung zwangsläufig das Fernsehen als damaliges wie heutiges Leitmedium [Zur Definition von *Leitmedium* siehe: Anmerkung 226] mit einbeziehen müsste. Der Verzicht hierauf ergibt sich auch nur teilweise aus der schlechten Verfügbarkeit des Materials. Vielmehr ist er mit Blick auf die Ziele der vorliegenden Arbeit methodisch unbedenklich, da die entscheidenden politischen Debatten durchwegs ihren Niederschlag in den überregionalen Printmedien fanden oder sich sogar vornehmlich dort abspielten.

¹² Balz, Hanno, *Der Sympathisantendiskurs im deutschen Herbst*, in: Weinbauer et al., *Terrorismus in der Bundesrepublik*, S. 320.

Diskursbegriff, der auch die Frage nach Interaktionen zwischen den beteiligten Personen und Gruppen stellt. Drittens verspricht die Analyse des Diskurses - als zentrale Arena der politischen Auseinandersetzung - Erkenntnisse über die Reaktionsmuster einer massenmedial geprägten Demokratie auf die Herausforderung des Terrorismus. Dabei sollte auch eine kritische Bewertung der Angemessenheit bzw. Zweckmäßigkeit dieser Reaktionen möglich sein.

Als Basis für den Hauptteil zum Diskurs dienen der Arbeit die bereits befriedigender erschlossenen Forschungsfelder, der „relativ geschlossene Korpus sozialwissenschaftlicher Analysen“¹³ und der individuell-psychologische Ansatz, ruhend in erster Linie auf Autobiographien, Aussagen von RAF-Mitgliedern und (gruppen-)psychologischen Arbeiten, wobei es gilt, deren Ergebnisse zu historisieren. Außerdem finden natürlich die einschlägigen historiographischen Arbeiten Eingang in die Gesamtbetrachtung. Die Zusammenführung dieser gegensätzlichen Herangehensweisen soll die in der Forschung verbreitete Polarität überwinden helfen und multikausale Erklärungen für die Entstehung der terroristischen Gewalt der 1970er Jahre liefern. Bis zu dieser Stelle besteht das Hauptanliegen darin, eine fundierte Hintergrundfolie zu liefern, die eine angemessene Bewertung der anschließenden Diskursanalyse erst möglich macht. Schließlich bildet die Ereignisgeschichte Anlass wie Gegenstand des Diskurses, so dass es unerlässlich ist, auch eine historisch-kritische Darstellung der wichtigsten den RAF-Terrorismus betreffenden Themenbereiche zu liefern, welche als Rekurs- und Bezugsbasis fungieren kann.

Die Arbeit hat ihren Zweck erreicht, wenn durch die oben skizzierte Zusammenführung der Methoden, und die zusätzliche Miteinbeziehung der diskursiven Ebene, einer besseren historischen Einordnung des Komplexes RAF Vorschub geleistet und so der politisch-gesellschaftlichen Aufarbeitung dieses so bedeutenden wie schwierigen Kapitels deutscher Nachkriegsgeschichte etwas näher gekommen werden konnte.

1.2 Aufbau der Arbeit

Die Arbeit beginnt mit einem einleitenden Teil, in dem Begriffe geklärt und der aktuelle Forschungsstand weiter beleuchtet werden. Danach werden die Strukturbedingungen des Linksterrorismus analytisch dargestellt, um anschließend die Entstehungsbedingungen der RAF aus individueller und der späteren gruppenspezifischen Perspektive zu untersuchen.

¹³ Weinbauer, Klaus/Requarte, Jörg, *Die Herausforderung des Linksterrorismus*, in: Weinbauer et al., *Terrorismus in der Bundesrepublik*, S. 10.

Dem nachgeordnet findet sich eine Untersuchung der Ideologie der RAF sowie ihrer eigenen Kommunikationspraxis.¹⁴ Auf ein Nachzeichnen der einzelnen Anschläge und anderer Aktionen der Terrorgruppe sowie ihrer Logistik, ihrem Personal und ähnlichem wird verzichtet, da dies den Umfang sprengen würde und vor allem für die Konzeption der Arbeit nicht von Nöten ist. Zur besseren Übersicht wurde aber eine Chronologie aller relevanten Ereignisse beigefügt.¹⁵ Den Abschluss des genuin darstellenden Teils der Arbeit bildet der ereignisgeschichtliche Teil zu den staatlichen Reaktionen auf den Terrorismus. Darauf folgt das Kernstück, die Analyse des Terrorismusdiskurses der 1970er Jahre, und daran anschließend deren Interpretation und Bewertung. Im Schlussteil werden alle Ergebnisse zusammengefasst, in Rückbezug auf die einleitend aufgeworfenen Fragenkomplexe gestellt und durch einen Ausblick abgerundet.

2. Begriffsklärung und Forschungsstand

Die historiographische Auseinandersetzung mit Terrorismus erfordert besondere Achtsamkeit hinsichtlich Konzepten und Begrifflichkeiten. Die augenfälligste Gefahr begrifflicher Konfusion besteht in der Tatsache, dass der Themenkomplex Terrorismus in der weltpolitischen Situation seit den Anschlägen des 11. Septembers 2001 allgegenwärtig ist, eine Bezugnahme auf die aktuellen Diskurse und Geschehnisse also nahe liegend, aber für die vorliegende Arbeit weitgehend irreführend wäre. Zwar ließen sich – wollte man es darauf anlegen – einige plausible Parallelen zwischen dem linksradikalen Terrorismus in der BRD der 1970er Jahre und dem derzeit dominierenden islamistisch- fundamentalistischen Terrorismus ziehen: Auf Seiten der Attentäter etwa eine radikale antiimperialistische Ideologie in Gestalt eines geradezu fanatischen Antiamerikanismus sowie ein strikter Manichäismus,¹⁶ der die Weltpolitik und ihre Akteure interpretatorisch in einen kruden und irreführenden Gut-Böse-Dualismus zwingt, und der geradezu eine anthropologische Konstante des modernen Terrorismus darzustellen scheint.¹⁷ Auf staatlicher Seite ließe sich die Tendenz zur Beschneidung oder gar Missachtung rechtsstaatlicher Normen und teils auch zur Militarisierung der Antiterrorpolitik nennen.¹⁸ Den öffentlichen Diskurs betreffend

¹⁴ Dies meint nicht die Kommunikation über die RAF, sondern deren Kommunikationsverhalten nach außen.

¹⁵ Siehe 8.1.

¹⁶ Vgl. Tolmein, Oliver, *Vom deutschen Herbst zu 11. September*, Hamburg: Konkret Literatur Verlag, 2002, S. 65.

¹⁷ Dieser Aspekt lässt eine komparative Studie zum Terrorismus der Moderne und den Gemeinsamkeiten und Gegensätzen seiner unterschiedlichen Ausprägungen allerdings lohnend erscheinen.

¹⁸ Zu diesen beiden Aspekten ließe sich eine Fülle von Einzelbeispielen anführen. Erinnerung sei hier aber nur an Maßnahmen der USA nach den Anschlägen des 11.09.2001 wie den umstrittenen *Patriot Act* oder den *War*

spränge besonders die rhetorische Aufrüstung in Form einer zunehmenden Verwendung von Kriegsvokabular ins Auge.

Im Rahmen dieser Arbeit können derlei Aspekte aber nur sehr am Rande mit einfließen, geht es doch um das Verständnis des deutschen, genauer bundesrepublikanischen Diskurses der 1970er Jahre mit all seinen Spezifika. Dafür bedarf es eines terminologischen Instrumentariums mit Sitz in der Zeit, das es von aktuellen Interferenzen so weit als möglich frei zu halten gilt. Zudem müssen auch im Nachhinein etablierte Begriffe der Historiographie kritisch geprüft und der Forschungsstand rekapituliert werden.

2.1 Begriffe und Konzepte

Die wichtigsten Begriffe, die es an dieser Stelle zu klären gilt, sind die des Terrors und des Terrorismus. Diese Termini haben seit ihrer modernen Prägung zur Zeit der Französischen Revolution vielfältige Wandlungen durchlaufen, deren Wiedergabe an dieser Stelle unmöglich ist. Hier soll nur auf ihre Bedeutung und Verwendung während der 1970er Jahre in der BRD sowie der unmittelbar vorausgehenden Jahre eingegangen werden.

In der 1960er Jahren leitete sich die semantisch gewissermaßen alles überwölbende Bedeutungsebene von *Terror* aus der NATO-Militärstrategie des Gleichgewichts des Schreckens - der *balance of terror* – ab, die den Begriff als Garanten der internationalen Sicherheit positiv bewertete.¹⁹ Jenseits dieser politisch-administrativen Ebene behielt er aber seine ursprüngliche negative Bedeutung bei, auf die mit Beginn der Studentenbewegung der späteren 1960er Jahre massiv rekurriert wurde. *Terror* erfuhr eine starke Ausweitung seines Bedeutungsspektrums wie auch eine gehäufte Verwendung: Studenten nutzten das Wort zur Konstitution politischer Schlagworte wie *Meinungsterror* oder *Konsumterror*, die zu zentralen Elementen des terminologischen und ideologischen Repertoires der studentischen Protestbewegung avancierten. Von Seiten der etablierten Politik hingegen wurde *Terror* und *terrorisieren* zur negativen Brandmarkung der rebellierenden Studenten verwendet.²⁰ Die zu diesem Zeitpunkt sicher unangemessene Bezeichnung der studentischen Protestaktionen als *Terror* offenbarte bereits eine Tendenz zur Inflation des Begriffes, die sich im Laufe der

on *Terrorism* mit all seinen Aspekten und Folgen; für die BRD der 1970er Jahre an die Aufrüstung der Polizei (Gründung der Sondereinheit des Bundesgrenzschutzes GSG9) oder die festungsartige Abschottung der Hauptstadt Bonn während des so genannten *Deutschen Herbstes* sowie die Vielzahl nicht nur im Detail und der Art der Anwendung bedenklicher juristisch-legislativer Reaktionen. Vgl. dazu: Hauptteil 5.

¹⁹ Vgl. Brunner, Otto (Hg.), *Geschichtliche Grundbegriffe- Band 6*, Stuttgart: Klett, 1990, S. 437/38.

²⁰ Exemplarisch ist hier folgender Ausspruch des damaligen Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Heinrich Albertz zum Tod des Studenten Benno Ohnesorg bei einer Demonstration am 2. Juni 1967: „Wir lassen uns nicht länger von einer Minderheit terrorisieren“; Zitat nach: Brunner, Otto (Hg.), *Geschichtliche Grundbegriffe Band 6*, S. 439.

1970er Jahre vollends durchsetzte. Am Ende des Jahrzehnts konnte *Terrorismus* die Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung selbst gemeiner krimineller Ziele meinen.²¹

Entscheidend im Rahmen dieser Arbeit ist aber der inflationäre Gebrauch in Verbindung mit der eminent politischen Dimension des Begriffes, der zu einer dramatischen Verschärfung des öffentlichen Diskurses führte, indem vor allem von konservativer Seite versucht wurde, politische Gegner „in die geistige oder semantische Nähe“²² des politisch motivierten linksradikalen Terrorismus der Zeit zu rücken. Letzterer ist – sofern nicht weiter spezifiziert – gemeint, wenn im Folgenden von *Terrorismus* oder *Terror* die Rede ist. Damit wird weitgehend die Definition des Juristen Thomas Herzog übernommen, der Terrorismus als „Androhung und Anwendung punktueller und unvorhergesehener Gewalt“, die durch „Private (...) aus politischen Motiven ausgeübt wird“²³ kennzeichnet, eine Definition, unter die sich der Terrorismus der RAF problemlos subsumieren lässt.

Ein weiterer Begriff bedarf an dieser Stelle der Klärung und Konkretisierung, und zwar der des *Sympathisanten*. Wiederum soll bei der Begriffsdefinition vor allem die zeitgenössische Verwendung im Blickfeld stehen. Der Begriff zielte seit Gründung der Roten Armee Fraktion auf das so genannte Umfeld der Terrorgruppe. Diesem wurde auf zweierlei Ebenen eine Mitschuld am Terrorismus angelastet: Einmal durch aktive Unterstützung der in der Illegalität lebenden RAF- Mitglieder, etwa durch Hilfeleistungen wie das Zur-Verfügung-Stellen eines Quartiers, besonders aber durch die behauptete Schaffung eines geistigen Umfeldes und ideologischen Klimas, aus dem heraus eine gewaltbereite Gruppe überhaupt erst habe entstehen können. Die Verwendung des Begriffs zeichnete sich durch sehr starke Verschwommenheit aus, die teilweise beabsichtigt war.²⁴ Im Folgenden wird der Ausdruck *Sympathisant* gemäß seiner lexikalischen Bedeutung verwendet, das heißt, er bezeichnet Personen, die der RAF ideologisch nahe stehen und aus dieser geistig-politischen (Teil-) Kongruenz heraus deren Taten billigen oder gutheißen, die Terrorgruppe aber nicht aktiv unterstützen. Letzteres würde sie als Helfer oder Helfershelfer qualifizieren. Die skizzierte semantische Unschärfe in der zeitgenössischen Verwendung des Begriffes sollte aber stets mitbedacht werden, insbesondere dann, wenn er in Zitaten vorkommt.

Einfacher als der obige Begriff ist der der *Neuen Linken* zu definieren: diese umfasst die Gesamtheit der seit Mitte der 1960er Jahre erstarkenden oder sich neu herausbildenden linken

²¹ Vgl. Herman, Ursula, *Fremdwörterlexikon*, München: Lexikographisches Institut, 1977; Eintrag zu *Terrorismus*: „Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung politischer, militärischer oder krimineller Ziele“; S. 416.

²² Brunner, Otto (Hg.), *Geschichtliche Grundbegriffe Band 6*, S. 442.

²³ Ritter, Joachim/Gründer, Karlfried (Hg.), *Historisches Wörterbuch der Philosophie Band 10*, Basel: Schwalbe & Co, 1998, S. 1025.

²⁴ Siehe Hauptteil 6., insbesondere 6.2.2. und 6.3.1.

Gruppen, wie etwa des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes oder einer Vielzahl von K-Gruppen,²⁵ sowie auch vieler Einzelpersonen wie linksorientierter Schriftsteller oder Theoretiker. Als Hochzeit der Neuen Linken kann das Doppeljahr 1968/69 angesehen werden, der Begriff findet aber auch für die 1970 Jahre weite Anwendung.

Zuletzt sind aus Gründen der Klarheit einige Bemerkungen zur Einteilung der RAF in *Generationen* – meist werden drei genannt - anzubringen. Diese ist in Forschung, Publizistik wie öffentlicher Diskussion sehr weit verbreitet und dient der Untergliederung und damit einfacheren Beschreibbarkeit der mehr als ein Vierteljahrhundert umfassenden Geschichte der RAF. Das gängige Konzept ist jüngst von Weinbauer strikt verworfen worden, da es ihm zufolge „zu klare Abgrenzungen, aber auch eine nahezu biologische Abfolge und damit eine Unabwendbarkeit von Terrorismus suggeriert“²⁶. Dieser Argumentation ist entgegenzuhalten, dass angesichts des historischen Befundes zumindest zwischen der ersten und der zweiten Generation der RAF eine relativ scharfe Abgrenzung durchaus angebracht ist. Im Sommer 1972 war die Gründergeneration nahezu vollständig verhaftet, ausgestiegen oder getötet, was bedeutet, dass die personelle Kontinuität zu der Gruppe, die zwischen 1973 und 1977 Anschläge verübte, sehr gering war.²⁷ Zudem sprechen auch die veränderte Motivation und Konzeption²⁸ für eine entsprechende Unterteilung. Die Suggestion einer Zwangsläufigkeit durch den Generationenbegriff ist ein stichhaltigerer Einwand, der im Hinterkopf behalten werden sollte. Dennoch wird im Folgenden die Beschreibung der RAF in Generationen übernommen, da sie für den Betrachtungszeitraum sinnvoll und bei reflektierter Verwendung unbedenklich ist.

Für die Begriffe *Diskurs* und *Öffentlichkeit* sei schließlich auf 6.1 verwiesen.

2.2 Forschung und Quellen

Wie in der Einleitung bereits angerissen bildet der Themenkomplex der RAF ein Feld, auf dem für die historische Forschung noch viele Fragen zu klären sind,²⁹ und für das auch

²⁵ Kommunistische Gruppierungen unterschiedlichster Ausrichtung, z.B. leninistische, maoistische, trotzkistische etc., meist straff organisiert und dogmatisch.

²⁶ Weinbauer, Klaus, *Terrorismus in der Bundesrepublik...*, S. 221.

²⁷ Peters, Butz, *Tödlicher Irrtum – Die Geschichte der RAF*, Berlin: Argon, 2004, S. 355.

²⁸ So waren die Aktivitäten der zweiten RAF-Generation vorrangig auf das Freipressen der inhaftierten Mitglieder der RAF-Gründergeneration gerichtet. Zudem wurden von der zweiten Generation kaum noch programmatische Schriften verfasst und publiziert, was stark mit dem ausführlichen Schrifttum der ersten Generation kontrastiert; Vgl. hierzu auch 4.2.1.

²⁹ Für eine Auflistung einiger wichtiger offener Forschungsfragen siehe: Kraushaar, Wolfgang, *Zwischen Popkultur, Politik und Zeitgeschichte...*, S.5.

darstellende Standardwerke oder Gesamtinterpretationen noch ausstehen. Im Folgenden soll ein selektiver Abriss der relevanten Forschung und Literatur gegeben sowie kurz auf die verwendeten Quellen eingegangen werden.

Gerade für die öffentlichen Wahrnehmung bedeutend sind journalistische Darstellungen, deren am weitesten verbreitete unbestritten der *Baader-Meinhof-Komplex* von Stefan Aust darstellt. Dieses Werk genügt aufgrund des Fehlens von Quellen- und Literaturangaben und seines narrativ-journalistischen Charakters wissenschaftlichen Ansprüchen nicht, findet aber dennoch aufgrund seines beträchtlichen und überblicksartigen Gehaltes allenthalben Eingang in Fachpublikationen. Dem ersteren Mangel wurde von Butz Peters gewisse Abhilfe geschaffen, der in seiner *Geschichte der RAF* – wenn auch nicht extensiv – mit wissenschaftlichen Nachweisen arbeitet, und so ein brauchbares Überblickswerk vorgelegt hat. Unverzichtbar sind nach wie vor die vom Bundesinnenministerium zwischen 1981 und 1984 herausgegebenen, unter Beteiligung von Gesellschaftswissenschaftlern sowie Juristen und Philosophen entstandenen *Analysen zum Terrorismus*, die Genese, Ideologie, Reaktionen des Staates und weitere Aspekte abdecken und in ihrer Breite bislang unerreicht sind. Ähnlich fruchtbar sind auch die soziologischen Beiträge von Norbert Elias zum Terrorismus der 1970er Jahre und die von Ute Demes zur Binnenstruktur der RAF, die natürlich der Historisierung bedürfen. Und schließlich ist zweifellos auf Waldmanns *Terrorismus – Provokation der Macht* hinzuweisen, welches gerade in der überarbeiteten zweiten Auflage ein zentrales Übersichtswerk zum aktuellen internationalen Forschungsstand über Terrorismus allgemein darstellt und auch historische Perspektiven beinhaltet.

In der Historiographie selbst ist vor allem der Komplex der Studentenbewegung der späten 1960er Jahre befriedigend erschlossen, so dass eine gute Forschungsbasis zu diesem Aspekt der Entstehungsbedingungen der RAF besteht. Zur RAF selbst muss nach aktuellem Stand eklektisch verfahren werden: so bietet beispielsweise Pflieger eine solide Chronologie, der allerdings aufgrund ihrer Konzeption als knappe Ereignisgeschichte nicht viel mehr als Daten und Fakten zu entnehmen sind. Für eine Diskussion der Verknüpfung von Studentenbewegung und RAF anregend ist Kraushaars *Rudi Dutschke, Andreas Baader und die RAF*, wie auch andere seiner Arbeiten zum Komplex 1968. Herausragend und für die vorliegende Arbeit von eminenter Bedeutung ist der jüngst von Weinhauer et al. herausgegebene Sammelband *Terrorismus in der Bundesrepublik – Medien, Staat und Subkulturen in den 1970er Jahren*, und zwar in erster Linie durch die hier praktizierte Zusammenführung verschiedener Perspektiven wie der gesellschaftlichen, der staatlich-politischen und der kulturellen. Zudem legt der Band, im Anschluss an Waldmann, großes

Gewicht auf die „Kommunikationskomponente“³⁰ des Terrorismus sowie die zentrale Rolle der Medien und des öffentlichen Diskurses und teilt damit theoretische Prämissen dieser Arbeit.

Was die verwendeten Quellen anbelangt, so ist zwischen dem darstellenden und dem diskursanalytischen Teil zu unterscheiden. Für ersteren wurde neben zeitgenössischen Dokumenten – zu nennen ist hier besonders der sämtliche RAF-Schriften umfassende Band *Texte und Materialien zur Geschichte der RAF* – auch vielfach biographisches bzw. autobiographisches Material verwendet. So aussagekräftig dieses sein kann, ist doch auf einige Punkte hinzuweisen, die es hierbei zu bedenken gilt: So besteht eine gewisse Problematik darin, dass bei autobiographischen Schriften stets mit nachträglichen bzw. rückblickenden Idealisierungen, Rationalisierungen, qualitativen Inversionen und anderen Verzerrungen zu rechnen ist. Bei Ex-Terroristen ist dieses Risiko noch erhöht, da diese sich aufgrund ihrer vergangenen Taten einem starken Rechtfertigungsdruck gegenüber sehen. Im Folgenden werden Autobiographien deshalb stets im Zusammenhang mit zeitgenössischen Quellen sowie den Ergebnissen der Forschung betrachtet.

Was schließlich die als empirische Basis für die Diskursanalyse verwendeten Quellen anbelangt, so wird auf diese in 6.2 hinreichend eingegangen.

3. Strukturbedingungen des Linksterrorismus

Das Hauptanliegen der vorliegenden Arbeit, die in 1. und 6. näher beschriebene Analyse des öffentlichen Terrorismus-Diskurses der 1970er Jahre, setzt eine ausreichende Kenntnis der ereignis- wie ideengeschichtlichen Vorgänge voraus, die ja Anlass wie Gegenstand des Diskurses bildeten. Diese gilt es nicht nur darzustellen, sondern auch zu bewerten, ihre zeitspezifischen Dynamiken herauszuarbeiten und sie so historisch zu verorten. Nur versehen mit dem sich daraus ergebenden Rüstzeug ist eine adäquate Interpretation des öffentlichen Diskurses möglich.

Der Terrorismus der RAF wiederum ist nicht zu verstehen, ohne sich über die gesellschaftliche Situation im Klaren zu sein, aus der er hervorgegangen ist. Entscheidend ist dabei die Rolle der Studentenbewegung der späten 1960er Jahre, als deren radikalisiertes Zerfallsprodukt die RAF angesehen werden kann, wie sie selbst in ihrem ersten programmatischen Text – dem *Konzept Stadtguerilla* – bestätigte.³¹ Vieles, was zum

³⁰ Weinbauer, Klaus, *Terrorismus in der Bundesrepublik...*, S. 16.

³¹ Dort heißt es: „Die Rote Armee Fraktion leugnet (...) ihre Geschichte als Geschichte der Studentenbewegung nicht“, ID-Verlag (Hg.), *Rote Armee Fraktion – Texte und Materialien zur Geschichte der RAF*, Berlin:

Verständnis der Studentenbewegung beiträgt, trägt ebenso zum Verständnis der RAF bei. Dieser Hauptteil widmet sich daher zunächst den zentralen politisch-gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, auf welche die Studentenbewegung rekurrierte, und im Anschluss daran ihren Ideologien sowie ihrem Verlauf unter besonderer Berücksichtigung der für die Entstehung der RAF relevanten Aspekte.

3.1 Gesellschaftliche Rahmenbedingungen

3.1.1 Nationalsozialistische Vergangenheit und autoritäre Traditionen

Der lange Schatten der NS-Diktatur bildete einen zentralen Faktor für das Entstehen und die Ausgestaltung der Studentenbewegung. Heinrich August Winkler nennt gar die These von einer „Verdrängung der Vergangenheit“ und das, was ihr vermeintlich zu Grunde lag: die als ‚Restauration‘ gedeutete Kontinuität der gesellschaftlichen Machtverhältnisse“ als wichtigste Anlässe für den studentischen Protest.³² Mit noch nicht gekannter Heftigkeit kreideten die Studenten ihrer Elterngeneration die faschistische Herrschaft und den mangelnden Widerstand dagegen an.

Es ist allerdings ein Trugschluss davon auszugehen, die Auseinandersetzung mit der jüngsten deutschen Vergangenheit sei damit überhaupt erst auf die politische Tagesordnung gesetzt worden. Vielmehr hatte die Auseinandersetzung mit der NS-Zeit bereits deutlich vor der Phase der eigentlichen Studentenbewegung begonnen, auch wenn es richtig ist, für die Nachkriegszeit bis Ende der 1950er Jahre tatsächlich eine Verdrängung des Themas zu konstatieren.³³ Den Beginn des Wandels im bundesdeutschen Geschichtsbild³⁴ markierten die ersten NS-Prozesse, wie etwa der Ulmer Einsatzgruppenprozess 1958; die *Fischer-Kontroverse* 1961 stellte einen ersten Höhepunkt in der Auseinandersetzung um die richtige Deutung bzw. den Umgang mit der jüngeren und jüngsten Historie dar, und der Frankfurter Auschwitz-Prozess 1965 erregte die wohl größte öffentliche Aufmerksamkeit. Edgar Wolfrum hat für die Mitte der 1960er Jahre eine „prinzipielle Neuorientierung“ des

1997, S. 36.

³² Vgl. Winkler, Heinrich August, *Der lange Weg nach Westen II – Deutsche Geschichte 1933-1990*, München: C.H. Beck, 2000, S. 250.

³³ Vgl. Korte, Herrmann, *Eine Gesellschaft im Aufbruch – Die Bundesrepublik Deutschland in den sechziger Jahren*, Frankfurt, Main: Suhrkamp, 1987, S. 40.

³⁴ Bei der Verwendung dieses Ausdrucks ist mit Edgar Wolfrum zu bedenken: „Die pluralistische Bundesrepublik ist kein homogenes Subjekt, daher kann es auch kein konsistentes Geschichtsbild geben, was etwas Dogmatisches hätte (...) gleichwohl existieren sich im Zeitverlauf verändernde, dominierende Deutungsachsen und Interpretationsmuster“, Wolfrum, Edgar, *Das westdeutsche ‚Geschichtsbild‘ entsteht. Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und neues bundesrepublikanischen Staatsbewusstsein*, in: Frese, Matthias/Paulus, Julia/ Teppe, Karl (Hg.), „Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch – Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik“, Paderborn: Schöningh, 2003, S. 227/228.

dominanten Geschichtsbildes durch die „Anerkennung von systematischen und spezifischen NS-Verbrechen, mit denen universelle Menschenrechte verletzt wurden“,³⁵ festgestellt.³⁶

Man sollte demnach weniger vom Setzen eines Trends als von dessen massiver Verstärkung durch die Studenten sprechen. Dies wurde ihnen dadurch ermöglicht, dass die junge Republik durchaus Angriffsflächen für den Vorwurf einer Verdrängung der NS-Vergangenheit bot, schon allein in personeller Hinsicht. Bezeichnend ist hierzu ein Zitat Heinrich Bölls aus dieser Zeit, der den aufbegehrenden Studenten positiv gegenüber stand: „Im Hintergrund immer die beiden Indiskutablen, die beiden Untragbaren und Unerträglichen: Lübke und Kiesinger.“³⁷ Wie Fritz Fischer in Gestalt der gesellschaftlichen Eliten und deren politischen Vorstellungen signifikante Kontinuitäten vom deutschen Kaiserreich zum *Dritten Reich* feststellte, standen diese beiden Politiker - die sich dem NS-Regime gegenüber zumindest nicht unkooperativ verhalten hatten - mit ihrer Generation in den Augen der Studenten für eine klare Kontinuität zwischen dem NS-Reich und der Bundesrepublik. Auch dieser Topos hatte 1967/68 bereits eine Tradition. So war beispielsweise im intellektuellen Umfeld der frühen *Gruppe 47* eine Ablehnung der Bonner Republik aufgrund des Restaurationsvorwurfes weit verbreitet.³⁸ Und in den Kolumnen Ulrike Meinhofs in der Zeitschrift *Konkret*, einem wichtigen und auflagenstarken Sprachrohr der Neuen Linken, taucht die NS-Zeit – oft verdichtet zum Chiffre *Auschwitz* – als ständiger Fluchtpunkt auf.³⁹ Schon 1964 ist für Meinhof die skizzierte Haltung untrennbar verbunden mit dem Bewusstsein, „dass der Kampf (...) gegen Unrecht und Gewalt noch nicht endgültig gewonnen ist.“⁴⁰ Der Nationalsozialismus bildete so eine elementare Hintergrundfolie sowohl der Studentenbewegung wie später der RAF. Getragen von einer marxistischen Gesellschaftsanalyse machte sich davor die Bonner Republik durch die *Kontinuität der gesellschaftlichen Machtverhältnisse* als nicht nur post- sondern auch prä-faschistischer Staat generell verdächtig. Aus Sicht der Studenten erhärtete sich dieser Verdacht durch weitere innenpolitische Ereignisse.

³⁵ Ebd., S. 237.

³⁶ Dass dies aber noch lange keine Anerkennung der NS-Verbrechen als historisch singuläre Verbrechen bedeutete, zeigte der Historikerstreit der 1980er Jahre zu dieser Frage.

³⁷ Zitiert nach: Korte, Herrmann, *Eine Gesellschaft im Aufbruch...*, S. 43.

³⁸ Vgl. Langguth, Gerd, *Mythos ,68 – Die Gewaltphilosophie von Rudi Dutschke – Ursachen und Folgen der Studentenbewegung*, München: Olzog, 2001, S. 94.

³⁹ So schreibt sie 1964 in einem Artikel zum Widerstand des 20. Juli: „Es ist Zeit zu begreifen, dass die Vergasungsanlagen von Auschwitz in der Atombombe ihre technische Perfektion gefunden haben und dass das Spiel mit Atombomben (...) das Spiel mit einem Verbrechen hitleristischen Ausmaßes ist“, in: Meinhof, Ulrike, *Die Würde des Menschen ist antastbar – Aufsätze und Polemiken*, Berlin: Wagenbach, 2004, S. 51.

⁴⁰ Ebd.

3.1.2 Große Koalition und Notstandsgesetze

Die in 3.1.1 beschriebene Grundskopsis steigerte sich mitsamt ihren zunehmenden Handlungsimplicationen beträchtlich, als die Große Koalition im Dezember 1966 die Regierung antrat und das Thema der Notsandgesetze eine neue Aktualität erhielt. Der Wegfall einer effektiven innerparlamentarischen Opposition mitermöglichte den Aufstieg der beginnenden Studentenbewegung zu einer auch Personen außerhalb der Universitäten einschließenden Außerparlamentarischen Opposition (APO). Wie im Fall der Gruppe 47 zeigten sich gerade in der Bekämpfung einer Notstandsgesetzgebung die durchaus vorhandenen Querverbindungen zwischen Studenten und älteren Intellektuellen, Indiz für die zeitgenössische Verbreitung des Faschismus-Vorwurfs weit über den universitären Rahmen hinaus. Hans Magnus Enzensberger etwa schrieb 1968 im von ihm herausgegebenen *Kursbuch* - wie *Konkret* ein Leitmedium der Neuen Linken – das politische System der BRD sei „nicht mehr reparabel“ und gründe „auf gewaltsamer Repression“.⁴¹ Und Ernst Bloch rekurrierte in seiner Rede auf dem Kongress „Notstand der Demokratie“ 1966 exakt auf die Topoi *Kontinuität* und *Pflicht zum Widerstand*: „Wir sind zusammen gekommen, um den Anfängen zu wehren“, eröffnete er seinen Vortrag, um später fortzufahren: „Die wirkliche Macht könnte schließlich merken, dass mit dem Neufaschistischen noch solidere Geschäfte zu machen wären; der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch, sang Brecht“.⁴²

Solcherlei Beschwörungen, die symptomatisch für die Proteste gegen eine Notstandsgesetzgebung waren, lassen sich tatsächlich nur nachvollziehen, wenn man wiederum die marxistischen Grundannahmen der Studentenbewegung mit in Betracht zieht. Durch die Prämisse, das kapitalistische Wirtschaftssystem trage zwangsläufig eine Tendenz zum Faschismus in sich, die in Deutschland mit dem NS-Regime zum Durchbruch gekommen sei, konnte die Bundesrepublik als labile Kulisse erscheinen, hinter der die faschistischen Kräfte auf ihre Chance zum Ausbruch warteten, denn schließlich hatte sie die Marktwirtschaft beibehalten. Exemplarische für diese Denkfigur kann ein Zitat Rudi Dutschkes aus dem Jahr 1968 stehen, in der der Protagonist der Studentenbewegung explizit den Faschismus-Vorwurf anführt: „Der heutige Faschismus ist nicht mehr manifest in einer Partei oder in einer Person, er liegt in der tagtäglichen Ausbildung der Menschen zu autoritären Persönlichkeiten, er liegt in der Erziehung, kurz, er liegt im bestehenden System der Institutionen“.⁴³ Der Faschismus-

⁴¹ Enzensberger, Hans Magnus, *Berliner Gemeinplätze*, in: *Kursbuch* 11/1968, Frankfurt: Main: Suhrkamp, 1968.

⁴² Bloch, Ernst, *Wehret den Anfängen!*, in: Recker, Marie-Luise (Hg.), *Politische Reden 1945-1990*, Frankfurt, Main: Deutscher Klassiker Verlag, 1999, S. 535/536.

⁴³ Dutschke, Rudi, *Die geschichtlichen Bedingungen für den internationalen Emanzipationskampf*, Rede auf dem Internationalen Vietnam-Kongress in West-Berlin, 17.2.1968, in: ebd., S. 579.

Begriff wurde durch diese Argumentation universalisiert und so auch weitgehend semantisch entleert und unscharf. Zur Kennzeichnung der BRD war er unangemessen und seine neue, inflationäre Verwendung stellte so, historisch betrachtet, eine Verharmlosung der NS-Diktatur dar.

Begünstigt wurde dieser Umdeutungsprozess durch die politische Konstellation der Großen Koalition, die einen scheinbar objektiven Anknüpfungspunkt für die neuen Antifaschisten zeitigte: das temporäre Erstarren der NPD. Die profitierte,⁴⁴ ebenso wie die Neue Linke, von den Lücken an den äußeren Rändern des politischen Spektrums, die sich durch das Zusammengehen der beiden großen Parteien und ihren daraus resultierenden Verlust an Integrationskraft ergaben.⁴⁵ Hier hatte die Protestbewegung nun den „schlagenden Beweis“,⁴⁶ dass die Gefahr eines neuen Faschismus systemimmanent war und vehement bekämpft werden musste. Da von einer nennenswerten parlamentarischen Kontrolle der Exekutive tatsächlich kaum noch die Rede sein konnte,⁴⁷ wollte man diese selbst in die Hand nehmen. Stellvertretend für die Ansichten vieler Protestierender sei an dieser Stelle die Einschätzung eines anderen Protagonisten der Studentenbewegung und späteren RAF-Mitbegründers, Horst Mahlers, angeführt:

„Es gibt in einer Demokratie das Widerstandrecht, und wir müssen uns überlegen, ob wir in einer Situation sind, wo die Frage des Widerstandes ernsthaft gestellt werden muss. (...) ich glaube, die Tatsache, dass die Universitäten in Deutschland sich eindeutig nach links bewegen, ein Zeichen dafür ist, dass die akademische Jugend aus der Vergangenheit Lehren gezogen hat, dass heute die akademische Jugend auf der Seite derjenigen steht, die die Freiheit rechtzeitig verteidigen wollen. Und es hieße die Lehren der Vergangenheit zu vernachlässigen, wollte man auf die dritte Gewalt vertrauen“.⁴⁸

Große Koalition, Notstandsgesetze und Rechtsextreme schienen für viele die Freiheit akut zu bedrohen, und dass man glaubte, ihren Schutz und Erhalt keinesfalls der Justiz überlassen zu können, ist neben dem Aufruf zu eigenen Aktionen ein weiterer Gedankenstrang, der für die RAF eine Rolle spielte. In ihrem Frankfurter Strafprozess wegen Kaufhausbrandstiftung trugen die vier Angeklagten, darunter Gudrun Ensslin und Andreas Baader, in ihrem

⁴⁴ Zusätzlich zu anderen Faktoren wie der kurzen ersten Nachkriegsrezension 1967/68.

⁴⁵ Vgl. Gnad, Oliver, *NPD – Mitgliedschaft und Sozialstruktur*, in: Recker/Tenfelde (Hg.), *Handbuch zur Statistik der Parlamente und Parteien in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland*; Teilband III: *FDP sowie kleinere bürgerliche und rechte Parteien*, Düsseldorf: Droste Verlag, 2005, S. 672.

⁴⁶ Winkler, Heinrich August, *Der lange Weg nach Westen II...*, S. 254.

⁴⁷ Vgl., ebd., S. 268.

⁴⁸ Mahler auf dem Kongress *Hochschule und Demokratie* in Berlin, 9. Juni 1967, in: Otto, Karl A., *APO – Außerparlamentarische Opposition in Quellen und Dokumenten (1960-1970)*, Köln: Pahl-Rugenstein, 1989, S. 247.

Schlusswort vor: „Die Justiz ist die Justiz der herrschenden Klasse; gegenüber einer Justiz, die im Namen der herrschenden Klasse Recht spricht - sprich Unrecht – verteidigen wir uns nicht“.⁴⁹

Wichtig ist abschließend zu bemerken, dass die beschriebenen Auffassungen sich zwar in den Jahren 1966-1969 am breitenwirksamsten entfalteten, nach dem Ende der Studentenbewegung aber besonders innerhalb deren radikalerer Zerfallsprodukte fortbestanden. Schließlich galten dort Große Koalition und Notstandsgesetze nur als Indizien für die Richtigkeit einer marxistisch-leninistischen Gesellschaftsanalyse, deren Implikationen viel grundlegendere als nur der Protest gegen diese beiden Phänomene waren. Dies wird noch deutlicher, wendet man sich den internationalen Aspekten der Studentenbewegung zu.

3.1.3 Vietnamkrieg, die *Dritte Welt* und Europa

Das außenpolitische bzw. internationale Äquivalent der Studentenbewegung zum innerdeutschen Faschismus-Vorwurf war der Imperialismus-Vorwurf gegenüber den USA. Die Theorie, dass der Kapitalismus seinem Wesen nach in Richtung Faschismus und aggressiver Expansion tendiere,⁵⁰ schien durch den ungleichen Krieg der Vereinigten Staaten gegen ein Volk von Bauern in Südostasien einmal mehr, diesmal in globalem Rahmen, bestätigt. Bereits Jahre vor dem Höhepunkt der studentischen Mobilisierung war der expansiv und rücksichtslos geführte Vietnamkrieg ein steter Kritikpunkt der sich formierenden Neuen Linken, auch über ihre engeren Grenzen hinaus. Zu dieser Zeit wurde er allerdings noch weit weniger theoretisch kontextualisiert. So findet sich etwa in einem *Konkret*-Artikel Ulrike Meinhofs vom Januar 1966 zwar harsche Kritik an der Kriegsführung der USA in Vietnam, verbunden mit ebenso deutlicher Kritik an der diesbezüglichen Haltung der Bonner Regierung, doch ist der Beitrag völlig ideologiefrei gehalten. Der Begriff *Imperialismus* beispielsweise kommt nicht ein einziges Mal vor.⁵¹ Diese *Defizite* wurden in der nun folgenden Phase sehr rasch beseitigt. Fortan begriff man den „Imperialismus als Gesamtsystem“⁵², das den ganzen Erdball umspannte, grundsätzlich die Ausbeutung der *Dritten Welt*⁵³ und an noralgischen Punkten militärische Unterdrückung bedeutete.

⁴⁹ Baader, Andreas et al., *Vor einer solchen Justiz verteidigen wir uns nicht: Schlusswort im Frankfurter Kaufhausbrandprozess*, Frankfurt, Main: Edition Voltaire, 1968, S.4.

⁵⁰ Für eine genauere Betrachtung der Ideologien der Studentenbewegung und der RAF siehe 3.2.1 bzw. 5.1.

⁵¹ Vgl. Meinhof, Ulrike, *Die Würde des Menschen ist antastbar...*, S. 71-73.

⁵² Dutschke, Rudi, *Die geschichtlichen Bedingungen...*, S. 570.

⁵³ Bzw. in der Terminologie der Zeit: des *Tricont*, also Südamerikas, Afrikas und Asiens.

Westeuropa galt hierbei keineswegs als Insel der Seligen, sondern durch Nato und Wirtschaftsverflechtung als integraler Bestandteil des *imperialistischen Systems*. Entscheidend war also auch in der internationalen Perspektive der Widerstand in der Bundesrepublik selbst. Zudem sah sich die Neue Linke in ihren Theoremen dadurch bestätigt, dass nicht nur in Spanien nach wie vor eine faschistische Diktatur die Macht in Händen hielt, sondern sich mit dem Putsch der *Obristen* in Griechenland im April 1967 noch eine zusätzliche etabliert hatte.

Was sich aus dieser Gemengelage ergab, war ein krass simplifizierendes, aber in sich stimmiges manichäisches Weltbild, das in starkem Maße die Teleologie der Marx'schen Philosophie widerspiegelte, und in der Sicht seiner Anhänger von schlichtweg historischer Bedeutung war. Die Retrospektive Gerd Koenens, der hier als Zeitzeuge wie als Historiker urteilt, verdeutlicht dies:

„Das Doppeljahr 1967/68 war ein magischer Augenblick der Weltgeschichte, als alle Weltereignisse plötzlich einen Kontext zu bilden und eine geschichtliche Strömung zu ergeben schienen, Alles schien auf einen globalen Endkampf zwischen Revolution und Konterrevolution hinauszu laufen, ein Armageddon, wie Che Guevara es in seiner Botschaft an die „Tricontinentale“ in Havanna prophezeit hatte“.⁵⁴

Die RAF übernahm dieses theoretische Instrumentarium, für das der Vietnamkrieg als Verdichtungssymbol wie als Fanal stand. Schon im Frankfurter Kaufhausbrandprozess begründete Gudrun Ensslin ihre Tat damit, gegen die Gleichgültigkeit der Bevölkerung gegenüber dem Vietnamkrieg protestieren zu wollen.⁵⁵ Später galten zwei der Anschläge der ersten RAF-Generation Einrichtungen der US-Amerikanischen Armee in Frankfurt und Heidelberg. In den Erklärungen zu diesen Anschlägen hieß es: „Für die Ausrottungsstrategen von Vietnam sollen Westdeutschland und Westberlin kein sicheres Hinterland mehr sein. Sie müssen wissen, dass ihre Verbrechen am vietnamesischen Volk ihnen neue erbitterte Feinde geschaffen haben“.⁵⁶

3.2 Studentenbewegung

In 3.1 sind bereits die wichtigsten realpolitischen Anknüpfungspunkte der Studentenbewegung und damit teils auch der RAF sowie deren theoretische Verarbeitung

⁵⁴ Koenen, Gerd, *Vesper, Ensslin, Baader – Urszenen des deutschen Terrorismus*, Köln: Kiepenheuer & Witsch, 2003, S. 145..

⁵⁵ Vgl. Peters, Butz, *Tödlicher Irrtum...*, S. 108.

⁵⁶ ID-Verlag (Hg.), *Rote Armee Fraktion – Texte und Materialien...*, S. 145.

beschrieben worden. Nun muss die Ideologie dieser Bewegung weiter systematisch untersucht und ihr Verlauf beschrieben werden. Letzteres ist von besonderer Bedeutung, da Zerfall und Niedergang der Bewegung zentrale Momente für die Entstehung terroristischer Gruppen wie der RAF darstellen.

3.2.1 Ideologisches Inventar

Die Ideologie der Studentenbewegung als solche, also einheitlich-monolithische, erfassen zu wollen, wäre ein Unterfangen, das zwangsläufig zu einem reinen Konstrukt der damaligen Wirklichkeit statt zu deren seriöser Rekonstruktion führen müsste. Denn die Bewegung war in ihren Anschauungen eine sehr heterogene, was schon der Umstand verdeutlicht, dass sie in ihrem Zerfall sowohl einen starken Mitgliederzustrom in die SPD wie auch terroristische Gruppen zeitigte. Das politische Spektrum war also enorm weit. Diese Tatsache ist in 3.1 – neben rein praktischen Gründen - deshalb weitgehend vernachlässigt worden, weil dort dem Zweck des Kapitels entsprechend nur ereignisgeschichtliche Hintergrundfolien theoretischer Ansätze und Interpretationen nachgezeichnet werden sollten, die für fast alle Teile der Bewegung Gültigkeit besaßen. Auch in diesem Kapitel kann und wird eine allzu große ideologische Differenzierung nicht geleistet werden. Vielmehr sollen diejenigen theoretischen Aspekte benannt werden, die für die Radikalisierung von Teilen der Studentenbewegung eine Rolle spielten.

Die Basis für all diese Aspekte bildete die erstaunliche Renaissance des Marxismus-Leninismus ab Mitte der 1960er Jahre. Norbert Elias hat diese - neben einer für ihn typisch bürgerlichen Sinngebung durch ein politisches Ideal – auf die „unausweichliche Auseinandersetzung (...) mit dem Stigma der (...) Nazi Herrschaft“ zurückgeführt, die dazu beitrage, „dass junge Menschen bürgerlicher Herkunft auf der Suche nach Sinngebung zu politischen Idealen greifen, die im Gegensatz zu den großen Parolen dieser befleckenden Vergangenheit stehen“.⁵⁷ Die Hinwendung zum Marxismus habe so die Funktion einer Katharsis.

Diese treffende Analyse der jugendlichen Hinwendung zur marxistischen Ideologie ist aber gänzlich nur durch eine historische Einordnung zu verstehen. Denn wie oben erwähnt gab es auch in den 1950er Jahren bereits Unbehagen und gegen Ende des Jahrzehnts eine einsetzende kritische Thematisierung der NS-Zeit, die aber unter der Jugend, auch und gerade der akademischen, zu keiner vergleichbaren Ideologisierung führte. Dies erklärt sich aus dem zeitlichen Abstand der Studentengeneration von 1967/68 zur NS-Diktatur. Die jungen

⁵⁷ Elias, Norbert; *Der bundesdeutsche Terrorismus*, in: *Studien über die Deutschen: Machtkämpfe und Habitusentwicklung im 19. und 20. Jahrhundert*, Frankfurt: Suhrkamp, 1990, S. 300/301.

Erwachsenen der 1950er Jahre hatten die NS-Diktatur, Krieg und anschließende Jahre der materiellen Not noch selbst erlebt.⁵⁸ Das soziologische Resultat war, was Helmut Schelsky 1957 auf den Begriff der *skeptischen Generation* brachte: Eine Generation, die aus negativer Erfahrung heraus jede Ideologie ablehnte, sich stark am Erwachsenenleben und der Familie orientierte, und Zusammenschlüssen aller Art skeptisch gegenüber stand.⁵⁹ Die junge Generation der späten 1960er Jahre hatte in ihrer Kritik an der Bundesrepublik keine solchen Vergleichswerte, und konnte deshalb zu einem aus der geschilderten Selbstreinigung und Selbstbeauftragung erwachsenden moralischen Rigorismus kommen, der sich vehement an politischen ‚Fehlentwicklungen‘ und Missständen, wie in 3.1 geschildert, festmachte.

Ferner ist zu bedenken, dass der Marxismus ja meist nicht in seiner traditionell-dogmatischen Ausprägung vertreten, sondern durch neue Konzepte und Ansätze erweitert wurde, um ihn der gegebenen (welt-)politischen Situation anzupassen. Durch diese – im Folgenden zu schildernde – Modernisierung, fühlten sich die Protestierenden in der Lage, die Welt umfassend zu erklären, wobei sie sich allenthalben durch realpolitische Ereignisse bestätigt sahen. Die Studentenbewegung wählte sich zu großen Teilen im Besitz eines „Heilswissens“.⁶⁰ Geschaffen wurde dieses Up-Date des Marxismus durch die Rezeption der Frankfurter Schule einerseits und der Schriften revolutionärer Marxisten der *Dritten Welt* wie Mao und Ernesto Che Guevara andererseits.

Die Philosophie der Frankfurter Schule bildete für die Studentenbewegung einen grundsätzlichen Bezugs- wie auch Reibungspunkt. Besonders Theodor W. Adorno zog teilsvehemente Kritik von studentischer Seite auf sich, was in einem Grundzug seiner Philosophie begründet lag, der „seltsame[n] Unentschiedenheit, die seinen Lesern zwar den Boden ihres bürgerlichen Selbstverständnisses entzog, sie dann aber gleichsam in der Luft hängen ließ“.⁶¹ An dieser Stelle setzte Herbert Marcuse an, der dadurch zum eigentlichen geistigen Ziehvater der Bewegung wurde. Dieser teilte zunächst die Grundannahmen der Kritischen Theorie, konstatierte, es seien

⁵⁸ Nahezu alle späteren RAF-Mitglieder der 1. und 2. Generation stammten aus dieser Altersgruppe. Ausnahmen bilden hier lediglich die wesentlich älteren Ulrike Mainhof (Jahrgang 1934) und Horst Mahler (Jahrgang 1936).

⁵⁹ Vgl. Homepage der Universität Linz, 21.12.2006, <http://paedpsych.jk.uni-linz.ac.at:4711/JUGENDPSYCH/JUGENDPSYCHREFERATE97/THEMA08/Thema08.html>.

⁶⁰ Kießling, Simon, „Die antiautoritäre Revolte der 68er“, Köln: Böhlau, 2006, S. 290.

⁶¹ Birkenmaier, Werner, „Ist die Frankfurter Schule an allem Schuld? (Stuttgarter Zeitung, 17.12.1977), in: Arbeitsstab „Öffentlichkeit gegen Terrorismus“ im Bundesministerium des Inneren, *Hat sich die Republik verändert? – Terrorismus im Spiegel der Presse*, Oldenburg: 1978, S. 119.

„alle Tatsachen vorhanden, die die kritische Theorie dieser Gesellschaft und ihrer schicksalhaften Entwicklung bekräftigen: zunehmende Irrationalität des Ganzen, Verschwendung und Restriktion der Produktivität, das Bedürfnis nach aggressiver Expansion, die beständige Bedrohung durch Krieg, verschärfte Ausbeutung, Entmenschlichung“.⁶²

Aber er kritisierte deren Verharren in Deskription und Theorie. Der „schwächste Punkt“ der Kritischen Theorie sei ihre „Unfähigkeit, die befreienden Tendenzen innerhalb der bestehenden Gesellschaft aufzuweisen“.⁶³ Sie besitze „keine Begriffe, die die Kluft zwischen dem Gegenwärtigen und seiner Zukunft überbrücken könnten; indem sie nichts verspricht und keinen Erfolge zeigt, bleibt sie negativ“.⁶⁴ Das war eine Kritik, die dem studentischen Drang zu gesellschaftlicher Veränderung weit mehr entgegenkam als Adornos Position, für den die Konsequenz aus seiner berühmten Sentenz *Es gibt kein richtiges Leben im Falschen* eben de facto nur darin bestand, „den ‚Traum eines Daseins ohne Schande‘“⁶⁵ nicht aufzugeben und unermüdlich aufzuklären.

Marcuses Gedanken gewannen darüber hinaus noch an Attraktivität durch seine Auseinandersetzung mit der damals zentralen theoretischen Frage nach dem ‚revolutionären Subjekt‘. Die offensichtliche Abneigung der bundesdeutschen Arbeiterschaft – zeitgenössisch des *Proletariats* – gegenüber revolutionären Bestrebungen oder auch nur des Sozialismus als Zielsetzung⁶⁶ wurde von Marcuse mit der „Verschleierung der Machtverhältnisse“⁶⁷ und der „Weckung und Befriedigung falscher Bedürfnisse“ erklärt, die das „kritische Bewusstsein“ der Bevölkerung stilllegten.⁶⁸ Diese theoretische Anpassung unter dem Schlagwort des *Verblendungszusammenhangs* verlieh dem Marxismus der Neuen Linken den Status eines aktuellen hermeneutischen Instrumentes. Als potentiell *revolutionäres Subjekt* setzte Marcuse subproletarische *Randgruppen* ein, „das Substrat der Geächteten und Außenseiter: die Ausgebeuteten und Verfolgten anderer Rassen und anderer Farben, die Arbeitslosen und die Arbeitsunfähigen“.⁶⁹ Dieses Konzept spielte für die spätere Ideologie der RAF eine

⁶² Marcuse, Herbert, „Der eindimensionale Mensch – Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft“, München: dtv, 1994, S. 263.

⁶³ Ebd., S. 265.

⁶⁴ Ebd., S. 268.

⁶⁵ Vgl. Seel, Martin, *Das richtige im Falschen*, Bei: Homepage der ZEIT, 12.01.2007, http://www.zeit.de/archiv/2001/19/200119_ka-philo-.xml.

⁶⁶ Einen wichtigen historischen Hintergrund bildet hier das Godesberger Programm der SPD, mit dem das Ziel einer (teil-)sozialistischen Gesellschaftsordnung aus dem Kanon im Parlament vertretener politischer Konzepte ausschied.

⁶⁷ Für diese wurden durch die Studentenbewegung besonders die Medien des Springer-Konzerns verantwortlich gemacht. Diesen wurde bewusste Manipulation der Bevölkerung durch systematische Fehlberichterstattung, Verzerrung und Verdrehung von Tatsachen, sowie Lüge und Hetze attestiert.

⁶⁸ Vgl. Etzemüller, Thomas, *1968 – Ein Riss in der Geschichte?*, Konstanz: UVK, 2005, S. 82 und S. 134.

⁶⁹ Marcuse, Herbert, „*Der eindimensionale Mensch...*“, S. 267.

wichtige Rolle.⁷⁰ Marcuse aber einen Aufruf zu gewalttätigen Protesten unterstellen zu wollen wäre nicht nur falsch, sondern geradezu bösartig. Allerdings implizierten seine Schriften zumindest eine aktivere Widerstandsform als nur die akademisch-publizistische. Andreas Baader berief sich im Frankfurter Kaufhausbrandprozess explizit auf Marcuses Essay „Repressive Toleranz“, aus dem er folgende Passage verlas:

„Aber ich glaube, dass es für unterdrückte und überwältigte Minderheiten ein ‚Naturrecht‘ auf Widerstand gibt, außergesetzliche Mittel anzuwenden, sobald die gesetzlichen sich als unzulänglich herausgestellt haben. Gesetz und Ordnung sind überall und immer Gesetz und Ordnung derjenigen, welche die etablierte Hierarchie schützen; es ist unsinnig, an die absolute Autorität dieses Gesetzes und dieser Ordnung denen gegenüber zu appellieren, die unter ihr leiden und gegen sie kämpfen – nicht für persönlichen Vorteil und aus persönlicher Rache, sondern weil sie Menschen sein wollen“.⁷¹

Baader bezog sich aber in zweifacher Hinsicht zu Unrecht auf Marcuse. Erstens lag diesem nichts ferner, als mit seiner Aussage terroristische Aktivitäten Einzelner wie die Frankfurter Brandstiftung zu evozieren oder auch nur zu rechtfertigen. Zweitens nahm er für sich und seine Mitstreiter irriger Weise den Status der unterdrückten Minderheiten, also der Randgruppen, in Anspruch, hatte Marcuse doch den Studenten – damals wie heute in ihrer überwältigenden Mehrheit bürgerlicher Herkunft – die Rolle einer revolutionären Randgruppe abgesprochen.⁷² Mit dieser Misskonzeption stand Baader damals allerdings keineswegs alleine. Vielmehr wurde revolutionäre Praxis allenthalben diskutiert, oft mit praktischer Auswirkung. Gemäß der oben bereits beschriebenen global-ganzheitlichen Perspektive gingen entscheidende Impulse hierzu von den marxistischen revolutionären Bewegungen der Dritten Welt aus, allen voran der sozialistischen kubanischen und der chinesischen Revolution. Bei Rudi Dutschke finden sich vielfach explizite Kampfaufforderungen, wie etwa folgender Passus aus seiner Rede zur Strategie der Studentenbewegung auf dem Berliner Vietnamkongress 1968:

„Wir wagen es schon, den amerikanischen Imperialismus politisch anzugreifen, aber wir haben noch nicht den Willen mit unserem eigenen Herrschaftsapparat zu brechen, militante Aktionen gegen die Manipulationszentren, z.B. gegen die unmenschliche Maschinerie des Springer-Konzerns durchzuführen, unmenschliche Kriegsmaschinerie zu vernichten“.⁷³

⁷⁰ Siehe 4.2.1..

⁷¹ Marcuse, Herbert, *Repressive Toleranz*, zitiert nach: Peters, Butz, *Tödlicher Irrtum...*, S. 110/111.

⁷² Vgl. Etzemüller, Thomas, *1968...*, S. 134.

⁷³ Dutschke, Rudi, *Die geschichtlichen Bedingungen...*, S. 583.

Wolfgang Kraushaar hat jüngst systematisch nachgewiesen, wie sich Konzepte revolutionärer Gewalt durch die Schriften Dutschkes ziehen, bis hin zu der Einführung des Begriffes Stadtguerilla in den deutschen Sprachraum 1966.⁷⁴ Dabei fällt der undeutliche, teils offen widersprüchliche Charakter der Dutschke'schen Position zur Gewalt ins Auge. Einerseits bezeichnet er Anschläge auf Springer-Einrichtungen als „emanzipatorische Tat“, sofern dabei keine Menschen zu Schaden kommen. Andererseits schränkt er diese Reduzierung auf *Gewalt gegen Sachen* aber auch ein, etwa wenn er es im Zusammenhang mit dem Besuch des Schahs von Persien in West-Berlin ein „Zeichen für die Niveaulosigkeit unseres bisherigen Kampfes“ nennt, dass „die revolutionären Kräfte in den Metropolen die einzigartige Chance der Erschießung des persischen ‚Herrschers‘ [...] nicht ausnutzten“.⁷⁵ Der Gewaltbegriff Dutschkes wie der von großen Teilen der Studentenbewegung ist schillernd, und zumindest was die genannte *Gewalt gegen Sachen* anbetrifft meist affirmativer Natur.

Auch das *Kursbuch* bot genügend Projektionsfläche für revolutionäre Aktivitäten. In den Ausgaben der Jahre 1968/1969 ist das Thema *Revolution* allgegenwärtig und wird konkret diskutiert, oft am Beispiel der kubanischen Revolution. Neben zahlreichen abgedruckten Reden Fidel Castros findet sich auch ein Text des iranischen Dissidenten Bahman Nirumand, der den gesellschaftlichen Umsturz durch eine „Guerilla-Strategie“⁷⁶ propagiert und die rebellierenden Studenten als „revolutionäre Avantgarde“ zeichnet; dabei befand er sich mit seiner Beschreibung von Guerilla-Bewegungen des *Tricont* als völlig hierarchiefrei und ergo vorbildhaft unmittelbar in der romantisierenden Sichtweise der antiautoritären Teile der Studentenbewegung.⁷⁷ Der Herausgeber Enzensberger fungierte so, was die theoretische Radikalisierung der Bewegung anbetrifft, als „teilnehmender Beobachter“.⁷⁸ Und es ist ein

⁷⁴ Vgl. Kraushaar, Wolfgang; *Rudi Dutschke, Andreas Baader und die RAF*, Hamburg: Hamburger Edition, 2005, S. 46.

⁷⁵ Ebd., S. 44/45.

⁷⁶ Nirumand, Bahman, *Die Avantgarde der Studenten im internationalen Klassenkampf*, in: *Kursbuch* 13/1968, S. 12/17.

⁷⁷ Nirumands Artikel, der den euphorisierten, mitgerissenen und mitreisenden Geist der Hochzeit der Studentenbewegung atmet und mit marxistischem Vokabular gespickt ist, steht in krassem Gegensatz zu seinen heutigen Ansichten. So führt er in einem von der Meinhof-Tochter Bettina Röhl geführten Interview zur Idee eines revolutionären, bewaffneten Kampfes in Westeuropa aus:

„Diese Leute haben eigentlich nur eine bestimmte revolutionäre Romantik gehabt, ohne die Länder zu kennen und ohne die inneren Strukturen dieser Befreiungsbewegungen in der dritten Welt zu verstehen. Diese Befreiungsbewegungen waren undemokratisch und arbeiteten mit inhumanen Methoden. (...) Das zeigt den Denkfehler von damals, dass man einfach aus anderen Gesellschaften Kampfmethoden übernommen hat, ohne die eigene Gesellschaft zu analysieren und zu wissen, welche Kampfmethoden hier angebracht sind, um diese Gesellschaft weiter zu entwickeln“.

Cicero, 1/2005, bei: Homepage der Zeitschrift *Cicero*, 08.01.2007, http://www.cicero.de/97.php?ress_id=4&item=954.

⁷⁸ *Der Spiegel*, 5/2007, *Die Tage der Kommune*, S. 142.

treffendes Fazit, mit Vibeke R. Peterson festzuhalten: „Kursbuch is presenting us with all the tools for a revolution. The status quo has string fascistoid characteristics; liberalism has capitulated; the revolutionary theories are at hand; and the vanguard has already started”.⁷⁹

Mit diesen Ausführungen sind die entscheidenden Elemente eines theoretischen Instrumentariums dargestellt, ohne das die Radikalisierung der Proteste nicht denkbar gewesen wäre. Der Radikalisierungsprozess, der einen kleinen Teil der Studentenbewegung schließlich in den terroristischen Untergrund führte, war aber Resultat des Zusammenspiels und der reziproken Beeinflussung dieser Theoreme und dem tatsächlichen, praktischen Verlauf der Protestbewegung. Dieser, sowie seine Analyse, Deutung und historische Einordnung, ist demnach Gegenstand des folgenden Kapitels.

3.2.2 Verlauf und Bewertung

Die Eskalation der Studentenbewegung, die in den bundesweiten Straßenschlachten der *Osterunruhen* 1968 ihren krassesten Ausdruck fand, war von Beginn an durch ein Aufschaukeln der beiderseitigen Reaktionen gekennzeichnet. Dabei ist der staatlichen Seite aufgrund deren weitaus größeren Machtpotentials und daher auch Spielraumes, ein erhebliches Maß an Mitverantwortung anzulasten, was am Beispiel Westberlins, dem Nukleus der Protestbewegung, geradezu exemplarisch nachvollzogen werden kann. Dort zeigten sich mit dem Beginn öffentlicher studentischer Proteste 1966 signifikante Defizite, sowohl was den polizeilichen, den justiziellen wie den politischen Umgang vor allem mit Demonstranten anbelangt. Und es offenbarten sich ebenso große Defizite hinsichtlich der demokratischen Kultur, widergespiegelt in medialer Berichterstattung und Diskurs.

Von Seiten der Polizei erfuhren die Studenten einen kontinuierlichen und oft den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit verletzenden Einsatz körperlicher Gewalt. Ein frühes Beispiel hierfür ist eine Anti-Vietnamkriegsdemonstration am 10.12.1966, die von der vorgegebenen Route auf eine große Umgehungsstrasse abwich; darauf „schlugen Polizisten wahllos mit Gummiknüppeln auf sie [die Studenten] ein“, wie die Frankfurter Rundschau berichtete.⁸⁰ Die Studenten reagierten auf solcher Art Erfahrungen zunächst defensiv und kreativ, etwa mit der *Spaziergangsdemonstration* am 17.12. 1966. bei der sie durch spontane Zusammenrottung und ebenso rasche Wiederauflösung kleiner Demonstrationen der Polizei die

⁷⁹ Petersen, Vibeke R., *Kursbuch 1965-1975 – Social, Political and Literary Perspectives of West Germany*, New York: Peter Lang, 1988, S. 28.

⁸⁰ *Frankfurter Rundschau*, 11.12.1966, zitiert nach: Sack, Fritz / Steinert, Heinz; *Analysen zum Terrorismus 4/2 - Protest und Reaktion*, Opladen: Westdeutscher Verlag, 1984, S. 116.

Angriffsfläche entzogen werden sollte. In dieser Phase hatte die Auseinandersetzung zwischen Staatsgewalt und Protestierenden noch etwas spielerisch-karnevaleskes,⁸¹ und hätte so von der Polizei durch zurückhaltend-deeskalierende Taktik leicht bewältigt werden können. Aber selbst bei dieser sehr harmlosen Demonstrationsform intervenierte die Berliner Polizei massiv und nahm durch zivile Greiftrupps Studenten wie Passanten und auch zwei Reporter fest.

Was sich hier zeigte, war weder ein spezifisches Problem der Berliner Polizei, noch handelte es sich um Einzelfälle. Vielmehr wurde eine strukturelle Problematik in der Verfasstheit der bundesdeutschen Polizei der 1960er Jahre deutlich, die sich bereits Jahre vor der eigentlichen Studentenbewegung manifestiert hatte.⁸² Zunächst führte die damals noch stark militärisch geprägte Organisationsform vor allem der Bereitschaftspolizei zu einer den flexiblen und unkonventionellen Protestformen unangemessenen Starrheit:

„Dynamik und Spontaneität der studentischen Proteste bereiteten häufig Probleme. Anscheinend waren viele Polizisten bei nicht im Detail planbaren Einsätzen überfordert. Diese Schwierigkeiten wurden dadurch potenziert, dass die Einsätze meistens `mit einer festen Konzeption´ geplant und schon vorher `verbindliche Befehle´ herausgegeben wurden“.⁸³

Unter solch ohnehin ungünstigen Vorzeichen wurde der Einsatz von Gewalt außerdem durch das vorherrschende Selbstbild der Beamten begünstigt, das von „kämpferischen Idealen geprägt war“ und sich schon in der Ausbildung an Härte und einer Form von Männlichkeit orientierte, „bei der Aktivität hoch im Kurs stand, Passivität hingegen negativ bewertet wurde.“⁸⁴

Eine so verfasste Polizei hätte einer politischen Führung sowie einer justiziellen Kontrolle bedurft, welche die bestehenden Defizite korrigiert und zumindest eklatante Fehlleistungen disziplinarisch aufgearbeitet hätte. Aber an beidem mangelte es. Die Justiz agierte in teils verantwortungslosem Maße staatstreu und sprach auch Polizeibeamte, die sich klarer

⁸¹ Dies zeigt sich z.B. daran, dass die Handlungsanweisung für die ‚Spaziergangsdemonstration‘ in Kinderreime gepackt wurde: „Kommt die Polizei vorbei, gehen wir an ihr vorbei – an der nächsten Ecke dann, fängt das Spiel von vorne an“; zitiert nach: *Der Spiegel*, 5/2007, *Die Tage der Kommune*, S. 141.

⁸² So etwa während der so genannten ‚Schwabinger Krawalle‘ in München 1962. Damals hatte der Versuch der Polizei, zwei „Gitarrenspieler wegen ruhestörenden Lärms festzunehmen“ zu „stundenlangen Straßenschlachten [geführt], in deren Verlauf die erbitterten Jugendlichen systematisch von der Polizei zusammengeschlagen“ wurden“; Zitat: Mosler, Peter, *Was wir wollten – Was wir wurden: Studentenrevolte – 10 Jahre danach*, Reinbeck: Rowolth, 1977, S. 255.

⁸³ Weinhauer, Klaus, „‘Freund und Helfer‘ an der Front: Patriarchen, Modernisierer und Gruppenkohäsion in der westdeutschen Schutzpolizei von Mitte der 1950er bis in die frühen 1970er Jahre“; in: Frese, Matthias/Paulus, Julia/ Teppe, Karl (Hrsg.), „Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch – Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik“, Paderborn: Schöningh, 2003, S. 565.

⁸⁴ Ebd., S. 567.

Rechtsbrüche schuldig gemacht hatten, in aller Regel frei, sofern es überhaupt zu einer Anklage kam.⁸⁵ Parallel dazu versäumte es die Politik, Druck auf die Polizeiführungen auszuüben und zeigte eine offene Bereitschaft, „dem Konflikt durch eine höhere Dosierung staatlicher Herrschaftsmittel und Gewaltanwendung eine Wendung zu geben, die die Träger der Bewegung auf die Verliererstraße bringt.“⁸⁶

Eine derartige Strategie musste innerhalb der Protestbewegung massive Frustration bewirken, die verstärkt wurde durch ein Klima der Konfrontation und Ausgrenzung der Studenten aus dem legitimen politischen Spektrum. Die Mehrheit der politischen Klasse trug gezielt zur Schaffung dieses Klimas bei, indem sie den Studenten den politischen Dialog verweigerte, ihre Anliegen und Forderungen entweder nicht ernst nahm oder diffamierte. Heinrich Albertz war dabei mit seinem Ausspruch⁸⁷ nicht alleine, derlei Äußerungen waren ein verbreiteter Tenor. Bundespräsident Lübke bezeichnete die studentischen Proteste als „Radau und Terror“,⁸⁸ Helmut Schmidt erklärte vor dem deutschen Bundestag energisch, man werde und wolle sich das Erreichte nicht kaputt machen lassen,⁸⁹ Bundeskanzler Kiesinger reagierte bei einer Wahlkundgebung im April 1968 auf Zwischenrufe zur Frage der Notwendigkeit von Notstandsgesetzen mit dem Satz: „Je mehr Geschrei dieser Art ich höre, desto deutlicher wird mir, wie notwendig es ist, in unserem Lande für Ordnung zu sorgen.“⁹⁰

Zusätzlich zu dem von einem zumindest tendenziell autoritär geprägten Staats- und Politikverständnis, das aus diesen und ähnlichen Äußerungen sprach, sahen sich die Studenten einer Massenpresse gegenüber, die selbige Haltung auf das Drastischste artikulierte. So schrieb die Berliner *Bild*-Zeitung im Februar 1968 unter der Überschrift „Stoppt den Terror der Jung-Roten jetzt!“: „Man darf über das, was zur Zeit geschieht, nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Und man darf auch nicht die ganze Dreckarbeit der Polizei und ihren Wasserwerfern überlassen.“⁹¹ Neben dieser expliziten Aufforderung zur Selbstjustiz bemühte sich der Artikel, den Studenten jedweden ernst zu nehmenden politischen Anspruch zu entziehen, indem er sie in eine Reihe mit „randalierenden Motorradfahrer[n]“ der 1950er

⁸⁵ Vgl. Hofmann, Gunther, *Bonn 1987*, in: Sontheimer, Michael/Kallscheuer, Otto (Hg.), *Einschüsse – Besichtigung eines Frontverlaufs zehn Jahre nach dem deutschen Herbst*, Berlin: Rotbuch Verlag, 1987, S. 52; Hier zeigte sich wiederum ein strukturelles Problem. Auch im Zuge der ‚Schwabinger Krawalle‘ kam es bei 131 Anzeigen zu keiner einzigen Verurteilung, obwohl die Staatsanwaltschaft zunächst verlaublich hatte, in allen 131 Fällen handelte es sich objektiv um strafbare Handlungen“; Zitat: *Der Spiegel*, 19/1968, S.49.

⁸⁶ Sack, Fritz / Steinert, Heinz; *Analysen zum Terrorismus 4/2...*, S. 142.

⁸⁷ Siehe Anmerkung 16.

⁸⁸ Lübke, Heinrich, *Fernsehansprache zum Jahreswechsel, 31.12.1967*, in: Winkler, Hans-Joachim (Hg.), *Das Establishment antwortet der APO*, C.W. Opladen: Leske, 1968, S. 35.

⁸⁹ Schmidt, Helmut, *Rede in der 169. Sitzung des BT, 30.04.1968*, in: ebd. S. 39.

⁹⁰ Ebd., S. 23.

⁹¹ Berlin-Ausgabe der *Bild*-Zeitung, 07.02.1968.

Jahre stellte. Zusammen mit dem Topos der kommunistischen Fremdsteuerung der Studenten durch die DDR⁹² ist damit die publizistische Linie der Medien des Axel-Springer-Verlages umrissen. Die unbestrittene Meinungsführerschaft des Springer-Konzerns – gerade in Berlin, wo Springer-Publikationen den Markt überdurchschnittlich dominierten⁹³ - trug so wesentlich zum Aufbau öffentlichen Drucks bei, durch den verantwortliche Politiker auf eine *harte Linie* festgelegt werden sollten.⁹⁴

Die beschriebenen Phänomene bestätigten für viele der Protestierenden jenes faschistoide Bild vom Staatsapparat und seinen Organen, das sich aus den verbreiteten Theoriegebäuden ergab: Der Staat wurde von alten autoritären Kadern – vielfach mit NS-Vergangenheit – getragen, die Bevölkerung war bloßes Objekt medialer konsumptioneller Manipulation, und manifestierte sich dazu eine Opposition, so wurde sie mit blanker Gewaltanwendung beantwortet. Daraus resultierte ideologische Konfirmation gepaart mit massiven Bedrohungsgefühlen und in der Folge eine zunehmende Verbissenheit und Aggressivität der Proteste, einschließlich Gewalttätigkeiten gegen Sachen und bald auch Polizeibeamte. Zumindest die konservativen Teile der staatlichen Seite wiederum sahen sich durch die zunehmende rhetorische wie tatsächliche Radikalisierung der Bewegung in ihren eigenen Vorurteilen und Auffassungen bestätigt und immer weniger bereit, in einen Dialog zu treten oder Kursänderungen vorzunehmen. Ein dynamisch sich entfaltender „Doppelbinderprozess“⁹⁵ mit fatalen Konsequenzen war konstituiert.

Die Begrüßung politischen Engagements und Bewusstseins der Jugend und die Bereitschaft, die Studentenbewegung als Ansporn zur Selbstprüfung, zu Reform und Erneuerung anzunehmen, die es im Jahr 1968 unter führenden Politikern zumindest rhetorisch schließlich auch gab,⁹⁶ war zu diesem Zeitpunkt verspätet und ineffektiv. Das Tischtuch zu den

⁹² „Es geht um (...) unser alle Freiheit. (...) Gerade und besonders in West-Berlin, wo niemand unterscheiden kann, wer ein westlicher Demonstrant und wer ein vom Osten herübergeschickter Agitator ist“; Berlin-Ausgabe der *Bild-Zeitung*, 05.02.1968.

⁹³ Vgl. Peters, Butz, *Tödlicher Irrtum...*, S. 83.

⁹⁴ Beispielsweise forderte die ‚Berliner Morgenpost‘ Anfang des Jahres 1967 auf: „Mehr Rückgrat Herr Albertz! Unruhestifter unter Studenten ausmerzen“, zitiert nach: Sack, Fritz / Steinert, Heinz; *Analysen zum Terrorismus 4/2...*, S. 123.

⁹⁵ Elias, Norbert; *Der bundesdeutsche Terrorismus*, in: *Studien über die Deutschen: Machtkämpfe und Habitusentwicklung im 19. und 20. Jahrhundert*, Frankfurt: Suhrkamp, 1990, S. 344.

⁹⁶ - Brandt, Willy, *Rede auf dem SPD-Parteitag am 18.03.1968*: „Noch ist es nicht lange her, da machten wir uns Sorgen über die Indifferenz vieler junger Leute (...) Jetzt, da Studenten (...) wissen, wogegen, aber noch nicht, wofür sie sind, jetzt fällt einigen nichts anderes ein, als nach der Autorität des Staates zu rufen“;
 - Kiesinger, Kurt Georg, *Rede in der 169. Sitzung des BT am 30.04.1968*: „Das [die Studentenbewegung] kann zu Überlegungen über institutionelle Änderungen führen, die die parlamentarische Demokratie für diese Jungen einleuchtender und akzeptabler macht. Das muss aber unter allen Umständen eine Aufforderung für uns alle sein, in ganz anderem Maße und mit viel größerer Intensität als bisher zu den Jungen zu gehen und uns mit ihnen über unsere parlamentarische Demokratie auseinanderzusetzen“.
 - Benda, Ernst, *Rede vor dem BT am 30.04.1968*: „...kann eine außerparlamentarische Diskussion dem Parlamentarismus auch da nützlich sein, wo sie Parlament und Regierung in demokratischem Sinne

radikaleren Teilen der Studentenbewegung war zerschnitten; spätestens seit dem Tod Benno Ohnesorgs durch den Schuss des Polizeibeamten Kurras am 02. Juni 1967, der sofort den Charakter eines Fanals dafür erhielt, dass das *System* ein mörderisches sei. In dem Jahr, das auf diese entscheidende Zäsur folgte, kam es bei Demonstrationen immer häufiger zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Studenten und Polizisten, Kompromissbereitschaft war nicht mehr zu erkennen. Ulrike Meinhof subsumierte und artikulierte diese Stimmung gleichzeitig in ihrem symptomatischen *Konkret*-Artikel „Vom Protest zum Widerstand“:

„Es ist dokumentiert worden, dass es in diesem Land noch Leute gibt, die Terror und Gewalt [gemeint sind Springer`sche Berichterstattung, Polizeigewalt, und der Mordanschlag auf Rudi Dutschke] nicht nur verurteilen (...) sondern dass es Leute gibt, die bereit und fähig sind, Widerstand zu leisten, so dass begriffen werden kann, dass es so nicht weiter geht. (...) Nun, nachdem gezeigt worden ist, dass andere Mittel als nur Demonstrationen, Springer-Hearing, Protestveranstaltungen zur Verfügung stehen, andere als die, die versagt haben, weil sie den Anschlag auf Rudi Dutschke nicht verhindern konnten (...) kann und muss neu und von vorne über Gewalt und Gegengewalt diskutiert werden. (...) Der Spaß hat aufgehört. „Protest ist, wenn ich sage, das und das passt mir nicht. Widerstand ist, wenn ich dafür Sorge, dass das, was mir nicht passt, nicht länger geschieht.“⁹⁷

Das entscheidende Moment, das für einen Bruchteil der Studentenbewegung den Übergang von theoretischer Kampfbereitschaft zu tatsächlicher, bald systematisch terroristischer Gewaltanwendung markierte, war das Ohnmachtsgefühl, das sich mit dem raschen Zerfall der Studentenbewegung nach 1968 rapide verstärkte. Befand man sich in den Jahren 1967/68 noch, wie Norbert Elias es nannte, in einem „von überwältigend starken Affekten getragene[n] Gruppentraum“,⁹⁸ der in den subjektiv überwältigenden Erlebnissen der Massendemonstrationen seine oft euphorisierend wirkende Entsprechung fand, so sahen sich gerade die politisch ambitioniertesten Gruppen im Jahre 1969 an einem toten Punkt angelangt. Ein Großteil der Bewegung arrangierte sich im Folgenden mit dem politischen System der Bundesrepublik, was man je nach Blickwinkel als Opportunismus oder als *Marsch durch die Institutionen* bezeichnen kann. Ein kleinerer Teil wandte sich esoterisch-alternativen Lebensformen zu. Ein harter Kern jedoch sann angesichts der aus revolutionär-linksradikaler Perspektive verfahrenen Lage hartnäckig nach Lösungswegen, und „das Stadtguerilla-Konzept war eine der wenigen Möglichkeiten, die in diese ausweglose Situation

herausfordert“.

Alle Zitate: Winkler, Hans-Joachim (Hg.), *Das Establishment...*, S. 95-99.

⁹⁷ Meinhof, Ulrike, *Vom Protest zum Widerstand*, *Konkret* 5/1968, in: Meinhof, Ulrike, *Die Würde des Menschen...*, S. 140.

⁹⁸ Elias, Norbert; *Der bundesdeutsche Terrorismus...*, S. 333.

(...) `passte⁹⁹“ und für seine Anhänger eine weiterführende Perspektive eröffnete. Dass dieser Weg, obwohl er eine dezidierte Hinwendung zu systematischer Gewaltanwendung bis hin zu Mordanschlägen bedeutete, eingeschlagen wurde, unterstreicht die vom extremistischen Restbestand der APO subjektiv empfundene Dringlichkeit, radikal handeln zu müssen. Denn für die in ihrer überwältigenden Mehrheit bürgerlichen Mitglieder der RAF ist – gerade im Vergleich zu jungen Erwachsenen aus Arbeiterschichten – eine ursprünglich relativ hohe, sozialisationsbedingte Hemmschwelle zum Gewaltgebrauch vorzusetzen.¹⁰⁰

4. Die Rote Armee Fraktion

4.1. Individuelle Dispositionen und Gruppendynamik der RAF

Gemäß dem in 1.1 entworfenen Konzept der Zusammenführung verschiedener Forschungsansätze zum Zwecke einer multikausalen Herleitung des Terrorismus der RAF, gilt es nun, die Perspektive zu wechseln und den Blick von struktur- und ideengeschichtlichen auf individuelle bzw. mesosoziale Aspekte zu richten. Im Zusammenspiel der drei genannten Perspektiven kann das Phänomen Linksterrorismus am plausibelsten nachvollzogen und verstanden werden.

4.1.1 Sinnsuche, Heilsversprechen und *Neuer Mensch*

Hinsichtlich der individuellen Ebene des Terrorismus gilt es zunächst den Topos der Psychopathologie von Terroristen auszuschließen, der in den 1970er Jahren entstand und auch heute noch gelegentlich Anklang findet. Bereits 1981 haben jedoch Herbert Jäger et. al. nachgewiesen, dass „für eine generelle Pathologisierung der Terroristen (...) jeder Anhaltspunkt“¹⁰¹ fehlt. Auch über eventuelle, vielleicht nur temporäre Psychopathologien einzelner RAF-Mitglieder liegen keinerlei Ergebnisse oder auch nur stichhaltige Indizien vor. Allerdings ist es möglich, auf der Basis von Selbstzeugnissen Motivationsmuster herauszuarbeiten, die sich bei vielen RAF-Terroristen wieder finden, wobei zwischen der ersten und der zweiten Generation differenziert werden muss.

⁹⁹ Sack, Fritz / Steinert, Heinz; *Analysen zum Terrorismus 4/2...*, S. 436.

¹⁰⁰ Vgl. Elias, Norbert; *Der bundesdeutsche Terrorismus...*, S. 305; Diesen Befund kehrte Heinz-Gerhard Haupt in einem ansonsten wertvollen Beitrag durch klar falsche Elias-Rezeption in sein Gegenteil, indem er dem Soziologen die These unterschob, unter den bürgerlichen Jugendlichen seien „Formen des Gewaltverzichts“ in der Sozialisationsphase gerade *nicht* eingeübt worden, vgl. Haupt, Heinz-Gerhard, *Politische Gewalt...*, in: Weinbauer, Klaus et al (Hg.), *Terrorismus in der Bundesrepublik...*, S. 64.

¹⁰¹ Jäger, Herbert/Schmidtchen, Gerhard/ Süllwold, Lieselotte, *Analysen zum Terrorismus 2 – Lebenslaufanalysen*, Opladen: Westdeutscher Verlag, 1981, S. 235.

Einen wichtigen Ansatzpunkt bildet hier einmal mehr die Analyse Norbert Elias', der den bundesdeutschen Terrorismus in erster Linie als Ausdruck eines Generationenkonfliktes beschreibt. Demnach waren in der BRD der 1960er und 1970er Jahre die einflussreichen ökonomischen und vor allem politischen Positionen von der mittleren und älteren Generation besetzt und so für die junge Generation alle gesellschaftlichen „Aufstiegskanäle“ verschlossen.¹⁰² Diese These impliziert, terroristische Gewalt hätte nicht stattgefunden, wäre ihren Trägern oder denen der Studentenbewegung allgemein rechtzeitig die Möglichkeit einer Integration in gesellschaftliche Machtpositionen und damit auch die Möglichkeit einer signifikanten Veränderung der Gesellschaftsordnung eröffnet worden. Eine solche Sichtweise ist aber schon allein deshalb irreführend, weil die späteren Terroristen derlei Integration, den *Marsch durch die Institutionen*, kategorisch ablehnten und als konterrevolutionären Reformismus diffamierten.¹⁰³ So ist die These der *verstopften Aufstiegskanäle*, einem Umstand, der in modernen westlichen Gesellschaften – wenn nicht gar in anthropomorphen Sozialgebilden überhaupt – eine Konstante darzustellen scheint, für sich genommen zu wenig aufschlussreich. Wird aber der Aspekt der Sinnsuche mit hinzugenommen – und Elias interpretiert den gesellschaftlichen Aufstieg und die aus ihm resultierenden Handlungsoptionen ja gerade auch als sinnstiftendes Moment – so ergeben sich entscheidende Hinweise für die Genese des Linksterrorismus, die sich mit den Befunden aus autobiographischen und anderen Zeugnissen von RAF-Mitgliedern decken.

Es ist an dieser Stelle auf den Begriff der *skeptischen Generation* zu rekurrieren, von der sich die Träger der Studentenbewegung wie der ersten und zweiten RAF-Generation durch zwei zentrale Faktoren abhoben: Zunächst wuchs diese Alterskohorte in materiellem Wohlstand auf, der existentielle Mangelzustand der Nachkriegszeit und die damit verbundene Fokussierung auf Wiederaufbau und Werte wie Sicherheit, Familie, Prosperität waren ihr, verglichen mit den Vertretern der *skeptischen Generation*, fremd. Besonders ihr akademischer Teil verlangte vielmehr nach einer weit universelleren, existenzialistischeren Sinngebung, als sie die dominanten Werte der 1950er Jahre angeboten hatten; ein Befund, den zwar die materielle Sicherheit erst ermöglichte, der aber dennoch nicht nur als deren Effekt betrachtet und so als reines Wohlstandsphänomen klassifiziert werden kann. Denn hinzutreten musste ein zweiter Faktor: die Hinwendung zum Politischen. Eine Beschränkung auf das Private wurde nunmehr als banal ausgeschlossen, was in einem Bericht Irmgard Möllers, Mitglied der ersten RAF-Generation, deutlich wird. Über ihren Studienbeginn 1966 im damals von der Studentenbewegung noch unberührten Freiburg sagt sie: „Die Studenten sind Wein trinken

¹⁰² Vgl. Elias, Norbert; *Der bundesdeutsche Terrorismus...*, S. 325.

¹⁰³ Siehe 4.2.1.

gegangen und haben gelernt – das war`s. Öde einfach. Deswegen bin ich im Sommer 1967 nach München gegangen.“¹⁰⁴ Dort traf sie auf bereits politisierte Kreise, begann sich in diesen zu engagieren und ging, wie dem Tenor ihrer Rückschau deutlich zu entnehmen ist, völlig in diesem Engagement auf: Sie hatte eine für sich subjektiv sinnvolle Betätigung gefunden. Auch wird bei Möller das zeitspezifische Zusammenwirken endogener und exogener Faktoren augenscheinlich, und damit die Notwendigkeit der Historisierung. So führt sie zu den objektiven Motiven ihrer Politisierung aus:

„Die Große Koalition (...) hat eine ganz entscheidende Rolle gespielt. Da kam erstmals die Ahnung auf, dass Opposition hier fundamental sein muss. Von militanter Politik war ich damals zwar noch weit entfernt, aber das war eine entscheidende Erkenntnis, die alles, was danach gekommen ist, bestimmt hat.“¹⁰⁵

Ein ähnlicher Existentialismus zeigt sich in noch drastischerer Form bei Gudrun Ensslin, die zusammen mit Andreas Baader die eigentliche Triebfeder der ersten RAF-Generation bildete. Für Ensslin, wie für viele Mitglieder der RAF, führte der Weg der politischen Bewusstwerdung und Aktivierung durch die Studentenbewegung in weltanschauliche Extreme, die zwar objektiv betrachtet kontinuierlich an Bezug zur gesellschaftlichen Realität einbüßten, ihr aber als einzig wahrhaftige, sinnvolle und ob ihrer schieren Konsequenz Erfolg versprechende Geisteshaltung erschienen. Helga Einsele, die damalige Direktorin der Frauen-Justizvollzugsanstalt im Frankfurter Stadtteil Preungesheim, in der Ensslin nach der Kaufhausbrandstiftung einsaß, urteilte, sie sei „ein eindrucksvoller Mensch, weil sie so absolut ist, notfalls mit dem Leben für ihre Überzeugung eintritt.“¹⁰⁶ Der vermeintlichen Absolutheit und Kompromisslosigkeit des politischen Großgegners, nannte man ihn *Spätkapitalismus* oder *Imperialismus*, wurde so die eigene Kompromisslosigkeit entgegengesetzt.

Dies ist wiederum nur vor der historischen Hintergrundfolie zu verstehen,¹⁰⁷ vor der sich junge Menschen in überbordendem Idealismus zu nicht weniger als dem Kampf für eine umfassende Revolutionierung der bestehenden Verhältnisse verpflichtet sahen. Der Jurist Horst Mahler, der zu denjenigen RAF-Mitgliedern der ersten Stunde gehörte, die sich aus eher nüchterner theoretischer Rationalisierung zum *bewaffneten Kampf* entschlossen, beschrieb diese Disposition dennoch glaubwürdig: „Das durch Sinnleere demotivierte junge

¹⁰⁴ Tolmein, Oliver, ‚RAF – Das war für uns Befreiung‘ – Ein Gespräch mit Irmgard Möller über bewaffneten Kampf, Knast und die Linke, Hamburg: Konkret Literatur Verlag, 1997, S. 16.

¹⁰⁵ Ebd.

¹⁰⁶ Aust, Stefan, *Der Baader-Meinhof Komplex*, München: Goldmann, 1998, S. 74.

¹⁰⁷ Vgl. 3.1 und 3.2..

Leben sucht in der Hingabe an eine revolutionäre Bewegung – und sei es nur als fünfte Kolonne der Militanten in der Dritten Welt – die Errettung aus Nihilismus und Verzweiflung.“¹⁰⁸ Zum Topos der Weltverbesserung tritt hier der des Leidens unter der Art des sozialen Zusammenlebens in der kapitalistischen Gesellschaft, in der jede zwischenmenschliche Beziehung als *Warenbeziehung* und Konsum als einzig verfügbares Sinnangebot theoretisiert wurden; zusammengenommen ergaben beide ein geschlossenes Bild, das wie eine Ersatzreligion erscheint. In diesem Licht betrachtet ist dem Vater Ensslins, einem evangelischen Pfarrer, trotz seiner rhetorischen Überhöhungen eine gute Beobachtungsgabe zu attestieren, wenn er seine Tochter nach dem Frankfurter Brandstiftungsprozess wie folgt beschreibt:

„Für mich ist erstaunlich gewesen, dass Gudrun...fast den Zustand einer euphorischen Selbstverwirklichung erlebte, einer ganz heiligen Selbstverwirklichung (...) Das ist für mich das größere Fanal als die Brandlegung selbst, dass ein Menschenkind, um zu einer solchen Selbstverwirklichung zu kommen, über solche Taten hinweggeht.“¹⁰⁹

Die sinnstiftende Selbstverwirklichung bestand für die RAF-Gründer und auch spätere Mitglieder darin, die eigene Persönlichkeit und die persönliche Lebensführung mit den anvisierten politischen Zielen und Programmatiken zu völliger Deckung zu bringen. Dies wurde geradezu als *conditio sine qua non* betrachtet, ohne die ein ernsthafter revolutionärer Kampf aussichtslos wäre.¹¹⁰ Der Gedanke einer solchen politischen Totalisierung des eigenen Lebens, einer totalen politischen Identität, findet sich auch explizit bei Ulrike Meinhof. In einem Interview mit Helma Sanders im Dezember 1969 sagte sie: „Man kann nicht innerhalb einer Familie die Konkurrenzverhältnisse aufgeben, ohne nicht darum kämpfen zu müssen, die Konkurrenzverhältnisse auch außerhalb der Familie aufzuheben.“¹¹¹ Was hier beschrieben wird ist nicht weniger als der Versuch, den *Neuen Menschen* Ernesto Che Guevaras zu verwirklichen, mit dem man ein, wenn auch von der RAF nie konkret definiertes, Heilsversprechen verband.

Dieser Prozess war selbst für die entschlossensten und theoretisch geschulten Protagonisten

¹⁰⁸ Zitiert nach: Waldmann, Peter, *Beruf: Terrorist...*, S. 161.

¹⁰⁹ Zitiert nach: Koenen, Gerd, *Vesper, Ensslin, Baader – Urszenen des deutschen Terrorismus*, Köln: Kiepenheuer & Witsch, 2003, S. 185.

¹¹⁰ Vgl. *Das Konzept Stadtguerilla* der RAF; dort heißt es: „Eine revolutionäre politische Praxis unter den herrschenden Bedingungen – wenn nicht überhaupt – setzt die permanente Integration von individuellem Charakter und politischer Motivation voraus, d.h. politische Identität“, in: ID-Verlag (Hg.), *Rote Armee Fraktion – Texte und Materialien...*, S. 28.

¹¹¹ Aust, Stefan, *Der Baader-Meinhof Komplex*, S. 103.

wie Ensslin alles andere als einfach. Gerade in der Zeit vor dem endgültigen Bruch mit einer legalen Existenz, dem Schritt in den Untergrund, sind ihr Zweifel und seelische Qualen anzumerken. Etwa in den Briefen an ihre Familie aus der Frankfurter Untersuchungshaft 1968, in denen sie mit sich und ihrem Weg ringt und die Sehnsucht nach Sohn Felix ein immer wiederkehrendes Thema darstellt.¹¹² Nimmt man diese geistig-emotionale Verfassung als Ausgangspunkt, muss man davon ausgehen, Ensslin habe sich regelrecht auf ihren terroristischen Weg gezwungen, um schließlich zu der – zumindest nach außen hin – völlig überzeugten und radikal kompromisslosen Position zu kommen, wie sie wenige Jahre später in den Briefen an ihre Geschwister reflektiert ist. Hier nun hat sie ihren Wandlungsprozess endgültig abgeschlossen, ihr ausnahmslos in Schwarz- und Weißfarben errichtetes Gedankengebäude lässt keine Zweifel mehr zu. Aus dem Gefängnis heraus agitiert sie:

„Ich will, was jeder Revolutionär will, natürlich schieben [gemeint ist, den politischen Entwicklungsprozess des Bruders, zu beschleunigen, anzuschieben; Anm. des Verf.]. Nicht, weil ich Dich noch für mich will, sondern weil ich Dich schon für Dich will. Nichts anderes bedeutet kämpfen. Wenn Du aufhörst Ware zu sein, beginnst Du Mensch zu sein. Das Neue bekämpft das Alte. Kann gar nicht anders. Zieht den Trennungsstrich, jede Minute. (...) Man muss (...) den 24- Stundentag auf den Begriff HASS [Hervorhebung im Original] bringen.“¹¹³

Auch verleugnet sie jedes persönliche Risiko und präsentiert ihren Entschluss zum *bewaffneten Kampf* als stringenten Endpunkt eines konsequenten Erkenntnisprozesses, der als solcher keine andere Entscheidung ermögliche:

„Nur eine Kausalitätskette, nichts weiter, der man folgen muss, um aus der Hundehütte der Moral, also der Korruption zu gelangen: man stellt, wenn man es tut, schnell fest, wie beweglich man wird (dass es auch gefährlich wird, tot oder 15 Jahre oder für immer im Gefängnis, das ist ganz klar und kein wichtiger Aspekt mehr für den, der sich entschlossen hat, die Hundehütte zu verlassen).“¹¹⁴

Dieses letzte Zitat leitet über zu dem zentralen Aspekt, der die Metamorphose zum *Neuen Menschen* so attraktiv machte, dem der Selbstermächtigung und „existentielle[n] Selbstentbindung“.¹¹⁵ Indem man in die RAF eintrat, ließ man sein gesamtes bisheriges Leben hinter sich und begann etwas völlig neues. Im Zerfall- und Verzweiflungsstadium der Studentenbewegung ermöglichte dieser Schritt denjenigen, die ihn taten, zweierlei: War der

¹¹² Vgl. z.B. Koenen, Gerd, *Vesper, Ensslin, Baader – Urszenen...*, S. 202.

¹¹³ Ensslin, Gudrun, *Zieht den Trennungsstrich, jede Minute – Briefe an ihre Schwester Christiane und ihren Bruder Gottfried aus dem Gefängnis 1972-1973*, Hamburg: Konkret Literatur Verlag, 2005, S. 137 & 140.

¹¹⁴ Ebd., S. 43/44.

¹¹⁵ Koenen, Gerd, *Das Rote Jahrzehnt – Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967-77*, Köln: Kiepenheuer & Witsch, 2001, S. 386.

Versuch der Revolutionierung der Gesellschaft auch gescheitert, so revolutionierte man doch zumindest sich selbst, und schuf so nach einem verbreiteten Theorem überhaupt erst eine Voraussetzung für gesellschaftlichen Umbruch. Und, wichtiger, man beseitigte in einem einzigen Akt die eigene politische Ohnmacht, schuf sich eine neue Handlungsperspektive. Als Illegale im Untergrund waren die RAF-Mitglieder Subjekte, nicht mehr, wie vermeintlich zuvor, Objekte einer allumfassenden Staats- und Wirtschaftsmechanik. Sie waren Akteure, und machten nun ihrerseits Repräsentanten aus Staat und Wirtschaft zu Objekten ihrer Anschläge. Die daraus resultierende Machterfahrung hat Jan-Phillip Reemtsma jüngst als entscheidend für die Attraktivität der RAF dargestellt.¹¹⁶ Dabei ist aber zu bedenken, dass sich diese Erfahrung erst nach dem Einstieg in den terroristischen Untergrund einstellen konnte, und so das Moment der Selbstentbindung, des Bruches mit dem bisherigen, bei den meisten späteren RAF-Mitgliedern bürgerlichen und damit verhassten Leben, als Motiv sicherlich höher zu bewerten ist.

Dieses Moment führte auch Menschen zum Terrorismus, bei denen die theoretische Begründung und Herleitung des *bewaffneten Kampfes* dürftig oder kaum vorhanden war. Deren Entscheidung zur *Stadtguerilla* war eher eine impulsive, das Sich-Stürzen in eine ungewisse, aber zumindest radikal andere Lebenswelt, das den bisherigen Zustand eines oft diffusen psychisch-emotionalen Krankens an der bisherigen auf einen Schlag beendete. Einen Prototyp stellt hier Margrit Schiller dar, Heidelberger Studentin aus gutbürgerlichem, aber autoritärem Elternhaus. In ihrem Lebensbericht übergeht sie die Rebellion von 1968 nahezu, urteilt über deren politisch-theoretische Elemente, „diese Ebene von Politik war noch abstrakt, weit weg“; und fährt fort: „Ich wusste noch nicht, wonach ich suchte. Jedenfalls nach irgendeinem Sinn in meinem Leben.“¹¹⁷ Ihre graduelle Politisierung über das Heidelberger Sozialistische Patientenkollektiv¹¹⁸ besteht in erster Linie darin, ihre unbestimmte Unzufriedenheit als Folge gesellschaftlicher Verhältnisse im Kapitalismus zu rationalisieren. Dementsprechend stellt sie das Aufgehobensein im Kollektiv der

¹¹⁶ Kraushaar, Wolfgang, *Rudi Dutschke, Andreas Baader und die RAF*, Hamburg: Hamburger Edition, 2005, S. 114.

¹¹⁷ Schiller, Margrit, *Es war ein harter Kampf um meine Erinnerung – Ein Lebensbericht aus der RAF*, München: Piper, 2001, S. 24 & 26.

¹¹⁸ Das *Sozialistische Patientenkollektiv* (SPK) konstituierte sich im Februar 1970 um Wolfgang Huber, nachdem dieser zu Beginn des Jahres als Assistenzarzt an der Neurologischen und Psychiatrischen Klinik der Universität Heidelberg entlassen worden war. Unter dem Schlagwort „Die Krankheit zur Waffe machen“ wurden dort psychische Probleme als Effekte der kapitalistischen Gesellschaftsordnung rationalisiert. Mit der Zielsetzung einer sozialistischen Revolution radikalisierte sich das SPK sehr rasch, bildete Arbeitskreise „Sprengtechnik“ und „Funktechnik“ und rief im Flugschriften zum „Volkskrieg“ auf. Mehrere Mitglieder des SPK traten der RAF bei. Huber wird im Dezember 1972 wegen Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung und Vorbereitung eines Sprengstoffanschlages zu viereinhalb Jahren Gefängnis verurteilt.

Gleichgesinnten als für sie wichtigsten Aspekt ihres SPK-Engagements dar.¹¹⁹ Als Schiller 1970 als Quartiergeberin für die RAF-Führungsclique fungiert, bietet sich ihr eine ideale Projektionsfläche für die eingeschlagene Linie: „Aus dem Leiden die Kraft zum Kampf entwickeln. Darin konnte ich mich erkennen. Den Stein meiner Einsamkeit und Verzweiflung am Leben aufzuheben und ihn gegen seine Ursache zu werfen.“¹²⁰ Besonders angezogen fühlte sie sich auch von der „absoluten Ernsthaftigkeit“ und dem bedingungslosen Einsatz für die eigenen Überzeugungen, den die RAF an den Tag legte, so dass sie schließlich die Entscheidung fällte, „dass ich die Brücken zu meinem bisherigen Leben abbrechen und zur RAF wollte.“¹²¹ So simpel, fast banal, konnte ein solch wirkungsmächtiger Schritt erfolgen, und überhaupt muss die frappierende Unbedarftheit, die aus Schillers gesamten Bericht spricht, erstaunen. Gerd Koenens Urteil, hier trete „in rührender Weise (...) die Grundmotivation ans Licht: nämlich im Feuer einer namenlosen Gefahr eine andere zu werden, eine Grenze zu überschreiten, die alte bürgerliche Existenz abzustreifen“,¹²² trifft insofern den Kern des Sachverhaltes.

Stellten die Theoriegesättigten wie Ensslin, Meinhof oder Mahler den einen Pol, und eher ex post Politisierte wie Schiller den anderen Pol der Linksterroristen dar, so repräsentieren Gestrandete der Studentenbewegung wie Till Meyer den Mittelbau. Meyer, späteres Mitglied der *Bewegung 2. Juni*, war bereits Jahre lang in linksradikalen Gruppen politisch aktiv gewesen, Ende April 1971 jedoch wurde die Lektüre des *Konzept Stadtguerilla* der RAF für ihn zu einer Initialzündung: „Ich war begeistert. Vor mir lag eine rundum schlüssige Schrift zur Begründung des bewaffneten Kampfes ‚jetzt und hier‘ (...) Ich war bereit, für meine Ideale Leben und Freiheit in die Wagschale zu werfen. So weiterleben – gefressen, verdaut und ausgeschissen zu werden – war meine Perspektive nicht.“¹²³ Zwar fielen im Fall Meyers die Gedanken der RAF auf auch theoretisch bereits hinreichend fruchtbaren Boden, doch wird wie bei Schiller der Topos der Selbstentbindung und Selbstermächtigung deutlich, die Inversion der eigenen sozialen Rolle vom Objekt zum Subjekt. Zudem offenbart sich die Signifikanz der historischen Situation: Konnte das Gefühl eigener politischer Impotenz einige Jahre zuvor noch durch den Massenaufbruch der Studentenbewegung kanalisiert werden bzw. kam gar nicht erst auf, so war dies nach der Atomisierung der Bewegung nicht mehr möglich.

Schließlich verdeutlicht Meyers Aussage, der bereit ist für seine „Ideale“ zu sterben, einen zentralen Aspekt der Mentalität der Linksterroristen, den es im Hinblick auf die

¹¹⁹ Schiller, Margrit, *Es war ein harter Kampf...*, S. 30-35

¹²⁰ Ebd., S. 55.

¹²¹ Ebd., S. 57.

¹²² Koenens, Gerd, *Das Rote Jahrzehnt...*, S. 376.

¹²³ Meyer, Till, *Staatsfeind - Erinnerungen*, München: Goldmann, 1998, S. 161.

Diskursanalyse besonders zu berücksichtigen gilt. Es handelt sich dabei um die absolute Authentizität der eigenen Motivation, die als einigender und kennzeichnender Faktor für RAF-Mitglieder angesehen werden kann. Ungeachtet der sonstigen Disposition, entsprach sie eher dem Typus Ensslin/Meinhof oder dem Schillers, waren die Terroristen doch „völlig aufrichtig (...) in ihren Gefühl und ihrer Überzeugung von dem höchst oppressiven und ungerechten Charakter der Gesellschaft, in der sie lebten.“¹²⁴ Dies ist nach der geleisteten Untersuchung unter den Stichworten Sinnsuche, Selbstverwirklichung und Selbstentbindung von essentieller Bedeutung, um einer zu persönlichkeitszentrierten Interpretation der herausgearbeiteten Befunde vorzubeugen und die soziale Eingebundenheit der Protagonisten präsent zu halten.

Es sollte nicht vergessen werden, dass ein Großteil der RAF Mitglieder nicht nur einem behüteten häuslichen Umfeld entstammten, sondern auch von früher Jugend an eine besondere Sensibilität gegenüber sozialen Belangen sowie starkes gesellschaftliches oder politisches Engagement aufwiesen.¹²⁵ Derlei Eigenschaften sind in demokratischen Verfassungsstaaten für gewöhnlich erwünscht, tragen sie doch zu sozialer Kohärenz und der Menschenwürdigkeit des Gemeinwesens bei. Kommen Menschen mit einer solchen Grunddisposition zu dem Entschluss, militanten Terror auszuüben, so drängt sich die Frage nach den Ursachen – auch und besonders den gesellschaftlich-politischen – geradezu auf. Bezieht man die ursprüngliche, erziehungsbedingte Gewaltferne der bürgerlichen Mehrheit der RAF-Mitglieder mit in die Überlegung ein, so verschärft sich diese Frage noch zusätzlich. Die zu überwindende Hürde zum eigenhändigen Töten eines Menschen muss in diesen Fällen als außerordentlich hoch angesehen werden; hinzu kommt das enorme persönliche Risiko, dessen sich die RAF durchaus bewusst war.¹²⁶ Dennoch wurde der Weg des Terrorismus um der eigenen sozialen Ideale willen beschritten. Die Tatsache, dass die sich aus diesen Befunden ergebende Notwendigkeit der gesellschaftlichen Selbstreflexion von Carlchristian

¹²⁴ Elias, Norbert; *Der bundesdeutsche Terrorismus...*, S. 306.

¹²⁵ So war beispielsweise Ulrike Meinhof ab 1957 in der Anti-Atomwaffen-Bewegung aktiv, zeitweise als Sprecherin, und trat 1958 in den damals noch zur SPD gehörenden Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) ein, wo sie sich ebenfalls besonders in pazifistischen Initiativen einbrachte; Pfarrerstochter Gudrun Ensslin engagierte sich fast ihre gesamten Jugendjahre hindurch im Evangelischen Mädchenwerk; Margrit Schiller wollte immer „mit Menschen zu tun haben“ (Schiller, Margrit, *Es war ein harter Kampf...* S. 20/21) und arbeitete neben dem Studium als Pflegerin; Holger Meins war vor dem Abitur jahrelang bei den christlichen Pfadfindern aktiv, auch als Gruppenleiter; Die Liste ließe sich fortsetzen.

¹²⁶ Dazu ein Zitat Klaus Jünschkes, Mitglied der ersten RAF-Generation: „Jeder, der zur Waffe gegriffen hat, hat gewusst, dass er entweder umkommt oder in den Knast wandert und dass er eine sehr hohe Strafe zu erwarten hat. Das ist doch jedem bewusst gewesen“, in: Jünschke, Klaus, *Spätlese- Texte zu RAF und Knast*, Frankfurt, Main: Verlag Neue Kritik, 1988, S. 194.

von Braunmühl, dem Bruder eines RAF-Opfers, noch im Jahre 1994 angemahnt wurde,¹²⁷ sagt bereits viel über den einschlägigen Diskurs in den 1970er Jahren aus.

4.1.2 Gruppendynamiken und Selbstinszenierung

Wie deutlich geworden ist, handelte es sich bei den Angehörigen der RAF historisch betrachtet zunächst um eher typische als exzeptionelle Vertreter ihrer Generation. Sie handelten „in vieler Hinsicht wie andere Menschen auch, nur im Hinblick auf eine andere Bezugsgruppe“, und sie zeigten „Verlangen nach einem Lebenssinn und nach einer Zukunftsperspektive, die ihnen eine Orientierung gibt“.¹²⁸ Den Aspekt der Bezugsgruppe betreffend muss allerdings differenziert werden. Seit ihrem faktischen Bestehen, Stichtag ist hier die Befreiung Andreas Baaders aus dem Berliner Zentralinstitut für Soziale Fragen, bestand die RAF als reale Bezugsgruppe ihrer sich nun in der Illegalität bewegenden Mitglieder. Durch den Zwang zu extremer Vorsicht und Konspirativität, den ein Leben im Untergrund zwangsläufig mit sich bringt, wurde die RAF sehr rasch zu deren einziger Bezugsgruppe, wodurch sich ihre Werte, Normen und Anschauungen verfestigten, entfiel doch fortan jeglicher alternativer Vergleichsrahmen.¹²⁹

Hier ist zunächst ein anderer gruppeninterner Aspekt von Bedeutung, das Prinzip der Kollektivität. Zu jeder Zeit nahm die RAF für sich in Anspruch, politische Fragen kollektiv zu erörtern und zu beschließen, was so als eines ihrer konstitutiven Merkmale angesehen werden kann und einen essentiellen Bestandteil ihrer Legitimation nach außen, also zum linksextremen politischen Spektrum hin, darstellte. Dass Anspruch und Wirklichkeit in diesem Punkt weit auseinander klafften ist mittlerweile hinlänglich bewiesen. De facto existierte innerhalb der RAF stets eine Führungsclique, was schon allein die praktischen Erfordernisse des Lebens in der Illegalität und der Durchführung militärisch geplanter Anschläge und Überfälle kaum anders zuließen. So lässt sich das Fazit ziehen, dass die postulierte Kollektivität nie mehr war als „nach außen getragenen Ideologie, unter anderem mit dem Zweck, möglichen Sympathisanten eine Gruppenidentität vorzuspiegeln, die es so nie gegeben hat.“¹³⁰

¹²⁷ Vgl. Braunmühl, Carlchristian von, *Erfahrung von Gewalt – ein Anschlag der RAF und ein Versuch von Angehörigen, darauf zu reagieren*, in: Wirth, Hans-Jürgen (Hrsg.) *Versuche die RAF zu verstehen – das Beispiel Birgit Hogefeld*, Gießen: Edition Psychosozial, 1996, S. 113; Zu Braunmühl und dem Inhalt seiner Rede siehe Anmerkung 429.

¹²⁸ Jäger Herbert et al., *Analysen zum Terrorismus 2...*, S. 234.

¹²⁹ Vgl. Demes, Ute, *Die Binnenstruktur der RAF – Divergenz zwischen postulierter und tatsächlicher Gruppenrealität*, Münster: Waxmann, 1994, S. 47.

¹³⁰ Ebd., S. 47.

An dieser Stelle ist die Brücke zu den externen Bezugsgruppen zu schlagen, das heißt einem kaum genau zu definierenden, aber durch linksextreme Anschauungen gekennzeichneten Milieu. Für die dort vorhandenen Gruppierungen sind ebenfalls Prozesse selektiver Wahrnehmung zu konstatieren, die eine Identifizierung mit der RAF erst möglich machten. Ein gutes Beispiel hierfür sind die *Komitees gegen Isolationsfolter*, die sich aus Protest gegen die zeitweilige Isolationshaft vieler RAF-Mitglieder der ersten Generation gründeten, und aus denen sich viele Angehörige der zweiten RAF-Generation rekrutierten. Diese Komitees waren innerhalb der linksextremen Szene in enger ideologischer Nähe zur RAF lokalisiert, und als Single-Purpose-Organisationen weitgehend auf die Verbesserung der Haftbedingungen für RAF-Häftlinge fixiert. Sie sorgten maßgeblich mit dafür, dass der Themenkomplex *Politische Gefangene* und *Isolationshaft* in der öffentlichen Auseinandersetzung präsent wurde und unter RAF-Sympathisanten Wirkungsmacht entfalten konnte. Die *Isolationshaft* stellte so ab 1972 das zentrale Bindeglied zwischen den inhaftierten Angehörigen der ersten RAF-Generation und deren sich in Freiheit befindenden Unterstützergruppen dar und sorgte für einen Interaktionsprozess zwischen den beiden Gruppen, als dessen wichtigstes Antriebsmoment der von den RAF-Gründern entfaltete moralische Druck identifizierbar ist.¹³¹ Konnten diese also bereits durch ihre terroristische Praxis einen erheblichen und teils erfolgreichen Handlungsdruck auf Gesinnungsgenossen ausüben,¹³² so gelang ihnen dies in noch weit höherem Maße durch die in drastischer Weise als politischer Kampf auf Leben und Tod inszenierten und mit fataler Konsequenz durchgeführten Hungerstreiks gegen die Haftbedingungen. Inwiefern diese Bedingungen tatsächlich phasenweise menschenwürdig oder gar die körperliche Unversehrtheit verletzend waren, ist eine bis heute umstrittene Frage, die hier nicht vertieft werden kann.¹³³ Fakt ist, dass die RAF-Häftlinge nach einiger Zeit sogar

¹³¹ Zur weiterführenden Information: Die *Komitees gegen Isolationsfolter in den Gefängnissen der BRD* nahmen den von den in inhaftierten RAF-Mitgliedern der ersten Generation erhobenen Vorwurf, sie seien durch totale Isolierung von der Außenwelt einer *sensorischen Deprivation* oder *weißen Folter* unterworfen, auf. Folterkomitees bildeten sich in 23 bundesdeutschen Städten, und versuchten durch Öffentlichkeitsarbeit und Demonstrationen auf die behauptete *Vernichtungsstrategie* des Staates gegenüber den RAF-Gefangenen hinzuweisen.

¹³² So heißt es etwa in ‚Die Rote Armee aufbauen‘: „Sitzt nicht auf eurem hausdurchsuchten Sofa herum und zählt die Lieben, wie kleinkarierte Krämerseelen. (...) Quatscht nicht, das [der ‚bewaffnete Kampf‘] sei zu schwer“, in: ID-Verlag (Hg.), *Rote Armee Fraktion...*, S. 25/26; Dazu Michael *Bommi* Baumann, Mitglied der ‚Bewegung zweiter Juni‘: „Ob die nun ein Kaufhaus angesteckt haben oder nicht, war mir in dem Augenblick scheißegal, einfach dass da mal Leute aus dem Rahmen ausgebrochen sind und so eine Sache gemacht haben“, in: Baumann, Michael, *Wie alles anfing*, Hamburg: Rotbuch, 1994, S. 38.

¹³³ Wie in der Frage nach Mord oder Selbstmord der Stammheimer Gefangenen in der Nacht des 17. Oktober 1977 scheiden sich die Geister hier nach wie vor entlang der einstigen politischen Frontlinien. Während Angehörige des linken Spektrums auch heute noch vielfach der Vernichtungshaft-These anhängen, sagte der damalige Bundesjustizminister Hans-Jochen Vogel bereits 1987: „Worin haben sich eigentlich die Haftbedingungen gegenüber denen anderer Gefangener unterschieden, die wegen Mordes verurteilt oder in U-Haft waren und erklärten, sie wollten weitere Morde begehen?“, in: Sontheimer, Michael/Kallscheuer,

Privilegien genossen, wie den gemeinsamen *Umschluss*, und das von einer Isolation nur für die ersten Monate der Haft gesprochen werden kann.

Wichtiger ist in diesem Zusammenhang auch die agitatorische Öffentlichkeitswirkung der Hungerstreiks, die mit Erklärungen der Streikenden flankiert wurden. Die Wirkung konnte deshalb eintreten, weil die besagten Erklärungen auf in linksextremen Gruppierungen etablierte Topoi abhoben, allem voran dem der Analogie zwischen *Drittem Reich* und der BRD. In der Hungerstreikerklärung vom 8. Mai 1973 heißt es: „Unsere Isolation jetzt und das Konzentrationslager demnächst – ob nun unter der Regie von grünen oder weißen Terrortrupps – kommt raus auf Vernichtungslager – Reformtreblinka – Reformbuchenwald – die ‚Endlösung‘.“¹³⁴ Und auch durch die Erklärung zum dritten Hungerstreik vom 13. September 1974 ziehen sich leitmotivisch Begriffe wie „Vernichtungshaft“, „Mordversuche“, „Verschleppung“.¹³⁵ Nicht nur die RAF selbst arbeitete an dem Bild der Folter und Vernichtung, das Thema war bis weit in die intellektuelle und liberale Linke verbreitet. Einmal mehr eignet sich das *Kursbuch* hier als Gradmesser, das im August 1973 eine komplette Ausgabe unter die Überschrift „Folter in der BRD – Zur Situation der Politischen Gefangenen“ stellte, und deren Editorial mit den Zeilen begann:

„Folter in der BRD: dieses Heft war von der Kursbuch-Radaktion nicht geplant. Es wurde ihr förmlich aufgezwungen durch die politische Realität – eine Realität, die in vielem wie das Gegenstück, ja die Negation jener Realität erscheint, die in *Kursbuch 31* analysiert und als wichtigster Aspekt des spätkapitalistischen Staates von heute herausgestellt wurde: sein Reformismus.“¹³⁶

Das durch solcherart Rhetorik und Berichterstattung evozierte, konstruierte und beschworene Vernichtungsszenario korrespondierte wiederum direkt mit den in der äußeren Linken vorhandenen Bedrohungsgefühlen, die sich mit der gewalttätigen Eskalation der Studentenbewegung bzw. der polizeilichen Reaktionen auf öffentliche Proteste gebildet und seitdem verfestigt hatten.¹³⁷ Der daraus resultierende Impuls, sich zur Wehr setzen zu müssen, um sich selbst zu schützen oder zumindest nicht mitschuldig zu machen, bildete eine zentrale Motivation sowie die Hauptzielsetzung der zweiten RAF-Generation, so dass diese zutreffend

Otto (Hg.), *Einschüsse...*, S. 160.

¹³⁴ Quelle: ID-Verlag (Hg.), *Rote Armee Fraktion – Texte und Materialien...*, S. 189.

¹³⁵ Ebd., S. 191.

¹³⁶ Enzensberger, Hans Magnus (Hg.), *Kursbuch 32*, S. 1.

¹³⁷ Zur Illustration sei ein Zitat Michael Bommi Baumanns über die Stimmung im Jahre 1968 angeführt: „Die allgemeine Hetze hat einfach ein Klima geschaffen, wo du mit Späßchen nichts mehr erreichen kannst. Wo sie dich so oder so liquidieren, ganz egal was du machst. Bevor ich wieder nach Auschwitz transportiert werde, dann schieß ich lieber vorher“, in: Baumann, Michael, *Wie alles anfing...*, S. 47; Siehe zudem 3.2.2.

als eine „Befreit-die-Guerilla-Guerilla“¹³⁸ titulierte wurde, traten die eigentlichen politischen Ziele doch zeitweise völlig hinter dem der Gefangenenbefreiung zurück. Klaus Jünschke ging 1988 soweit zu behaupten, ohne *Isolationshaft* – richtiger, die Stilisierung der Haftbedingungen zu einer solchen – hätte der Eskalationsprozess ab 1975 nicht stattgefunden.¹³⁹ Und Birgit Hogefeld führte den Anblick des toten, fast zum Skelett abgemagerten Holger Meins, der am 9. November 1974 während des dritten RAF-Hungerstreiks starb, als ein wesentliches Schlüsselerlebnis in ihrem Entscheidungsprozess hin zum Terrorismus an.

4.2 Die Terrorgruppe

Wurden in diesem Hauptteil bislang Mechanismen der Mikro- wie der Meso-Ebene rekonstruiert, die mit zur Genese und Perpetuierung des Terrorismus der RAF beitrugen, so soll nun das Ergebnis dieser Prozesse, die eigentliche Ideologie der RAF bis 1977, dargestellt werden. Ein weiteres Unterkapitel widmet sich, gerade auch im Hinblick auf den diskursanalytischen Hauptteil, den Kommunikationsstrategien sowie dem tatsächlichen kommunikativen Handeln der Terrorgruppe.

4.2.1 Ideologie und Denkweise

Den Ansatzpunkt der RAF-Ideologie bilden Ende und Zerfall der Studentenbewegung. Explizit nennt das *Konzept Stadtguerilla*, das erste und zentrale programmatische Papier der RAF, deren Beitrag zu ihrem eigenen Gedankengebäude: die Rekonstruktion des Marxismus-Leninismus „als diejenige politische Theorie (...), ohne die politische, ökonomische und ideologische Tatsachen und ihre Erscheinungsformen nicht auf den Begriff zu bringen sind, ihr innerer und äußerer Zusammenhang nicht zu beschreiben ist.“¹⁴⁰ Damit ist zum einen die theoretische Grundlage der RAF benannt, die Schriften von Marx und Engels, zum anderen wird zum Leitmotiv aller RAF-Ideologie schlechthin übergeleitet, dem Begriff der Praxis. Denn nicht durch wissenschaftlich-theoretische Arbeit und Diskussion sei den Studenten die Revitalisierung des Marxismus gelungen, so das RAF-Papier, vielmehr sei diese als Resultat

¹³⁸ Vgl. Gast, Wolfgang, *Internationale der Einäugigen*, bei: Homepage der Zeitschrift *Das Parlament*; 15.02.2007, <http://www.das-parlament.de/2006/36/Thema/013.html>.

¹³⁹ „Bei den Stockholmern ist doch klar, dass die niemals in den Knast gekommen wären, wenn der Staat nicht die Isolationshaft auf Jahre in einer Weise verhängt hätte, dass Gefangene in Lebensgefahr geraten wären. Damals ist Holger Meins während des dritten Hungerstreiks gegen die Isolationshaft gestorben, und darauf haben sechs relativ junge Leute aus dem Stand heraus die deutsche Botschaft in Stockholm besetzt. Da kann doch kein Politiker die Verantwortung abstreiten. Das hätte es ohne die Isolationshaft niemals gegeben“, in: Jünschke, Klaus, *Spätlese...*, S. 185.

¹⁴⁰ ID-Verlag (Hg.), *Rote Armee Fraktion – Texte und Materialien...*, S. 34.

„ihrer Straßenkämpfe, Brandstiftungen, Anwendung von Gegengewalt, ihres Pathos, also auch ihrer Übertreibungen und Ignoranz, kurz: ihrer Praxis“¹⁴¹ anzusehen. An eben diesem Punkt setzt nun aber die Kritik der RAF an, indem der erreichte Grad an praktischem *Widerstand* als völlig unzureichend deklariert und damit als Ursache der Diffusion der Protestbewegung identifiziert wird:

„Die Studentenbewegung zerfiel, als ihre spezifisch studentischkleinbürgerliche Organisationsform, das ‚Antiautoritäre Lager‘ sich als ungeeignet erwies, eine ihren Zielen angemessene Praxis zu entwickeln, ihre Spontaneität weder einfach in die Betriebe zu verlängern war noch in eine funktionsfähige Stadtguerilla noch in eine sozialistische Massenorganisation.“¹⁴²

Die Konsequenzen, die die RAF aus dieser Analyse zog, lassen sich unter ihrem Schlagwort des *Primat der Praxis* subsumieren, nach dem die Praxis nicht nur Vorrang vor aller theoretischen Arbeit hat, sondern darüber hinaus als Vorbedingung und unverzichtbares Mittel einer adäquaten Theoretisierung der gesellschaftlichen Realität angesehen wird. Mit den Worten der RAF selbst: „Die Klassenanalyse, die wir brauchen, ist nicht zu machen ohne revolutionäre Praxis.“¹⁴³ Daneben erfüllt die Praxis, die direkte Aktion, für die Gruppe noch eine Vielzahl weiterer Funktionen. Einmal schaffe sie eine *Offensivposition* für die sich ansonsten in der Defensive befindlichen oppositionellen Kräfte, wodurch der „Mythos von der Allgegenwärtigkeit des Systems“¹⁴⁴ gebrochen, die Option revolutionärer *Gegengewalt* als mögliches Kampfmittel aufgezeigt und im Idealfall etabliert werden könne. Mit diesem Gedanken der *Propaganda der Tat* hoffte die RAF, eine Mobilisierung des Volkes bzw. des *Proletariats*¹⁴⁵ erreichen zu können, die es nach ihrer Überzeugung ansonsten nicht geben werde.¹⁴⁶ Allein das entschlossene, militante Handeln habe überhaupt Aussicht darauf, eine revolutionäre Volksfront aus Arbeitern und sozialistischen Intellektuellen entstehen zu lassen, die letztendlich die gesamtgesellschaftlichen Revolution durchsetzen könne:

„Wir behaupten, dass ohne revolutionäre Initiative, ohne die praktische revolutionäre Intervention der Avantgarde, der sozialistischen Arbeiter und Intellektuellen (...) es keinen Vereinheitlichungsprozess

¹⁴¹ *Das Konzept Stadtguerilla*, in: ID-Verlag (Hg.), *Rote Armee Fraktion – Texte und Materialien...*, S. 34.

¹⁴² Ebd., S. 36.

¹⁴³ Ebd., S. 39.

¹⁴⁴ Ebd., S. 42.

¹⁴⁵ Die beiden Begriffe werden synonym verwendet, eine genaue Definition blieb die RAF schuldig.

¹⁴⁶ Dazu: „Stadtguerilla geht davon aus, dass es die preußische Marschordnung nicht geben wird, in der viele so genannte Revolutionäre das Volk in den revolutionären Kampf führen möchten“, in: *Das Konzept Stadtguerilla*, in: ID-Verlag (Hg.), *Rote Armee Fraktion – Texte und Materialien...*, S. 41.

geben wird, dass das Bündnis nur in gemeinsamen Kämpfen hergestellt wird oder nicht, in denen der bewusste Teil der Arbeiter und Intellektuellen nicht Regie zu fahren, sondern voranzugehen hat.“¹⁴⁷

In diesem Zitat wird das Selbstverständnis der RAF deutlich: sie versteht sich als Avantgarde einer zukünftigen sozialistischen Revolution, deren Bedingungen sie erst selbst erschafft, um sie – sobald eine revolutionäre Situation eingetreten ist – entscheidend zu verstärken, verfügt sie doch dann bereits über praktische Kampferfahrung. Es zeigt sich hier die Übernahme der (Stadt-)Guerrilla-Konzepte lateinamerikanischer Revolutionsbewegungen, insbesondere das Ernesto Che Guevaras und das Carlos Marighelas. Ersterer lieferte mit seiner Focus-Theorie ein grundlegendes Instrumentarium, welches die RAF adaptierte und auf die BRD übertrug. Das wichtigste Element der Theorie ist die Annahme, man müsse „nicht immer warten, bis alle Bedingungen für eine Revolution herangereift sind, die Führung des Aufstandes kann solche Bedingungen selbst schaffen.“¹⁴⁸ Auf dieser Annahme fußte das gesamte Gedankengebäude der RAF. Die Focus-Theorie leitete sich allerdings aus den konkreten Erfahrungen der kubanischen Revolution her, während der es einer ursprünglich sehr kleinen Gruppe von Guerilleros 1959 gelungen war, mit zunehmender Unterstützung der Bevölkerung das Regime des Militärdiktators Batista zu stürzen und eine sozialistische Republik zu errichten. Die historische Situation in Kuba war sehr spezifisch und mit der der politisch stabilen und prosperierenden Bundesrepublik in keiner Weise zu vergleichen. Guevara selbst hatte sich explizit gegen eine Übertragbarkeit seines Konzeptes der Guerillakriegsführung selbst auf Scheindemokratien ausgesprochen, da dort zunächst alle gewaltlosen Mittel auszuschöpfen seien.¹⁴⁹ Die RAF tat dieses Problem mit der lapidaren Feststellung ab, dass „die politischen Möglichkeiten (...) solange nicht wirklich ausgenutzt werden können, solange das Ziel, der bewaffnete Kampf, nicht als Ziel der Politisierung zu erkennen ist.“¹⁵⁰

Dieser Satz wirkt hinsichtlich seiner Implikation, die Spielräume legaler politischer Arbeit und Opposition in der BRD würden sich durch das Vorhandensein, durch die *Unterstützung* einer militanten Terrorgruppe ausweiten, absurd. Eher das Gegenteil war der Fall, wie die Erfahrungen im Zuge der Studentenproteste bereits ausreichend hätten aufzeigen können. Die Erklärung für diese Leichtfertigkeit ist daher in der prinzipiellen Ablehnung legaler und

¹⁴⁷ Ebd., S. 37

¹⁴⁸ Guevara, Ernesto Che, *Der Partisanenkrieg*, Berlin (Ost): Deutscher Militärverlag, 1962, S. 11.

¹⁴⁹ Dazu: „Dort, wo ein Unterdrückerregime auf mehr oder weniger demokratischem Wege an die Macht gelangt ist (sei es sogar einmal ohne Wahlfälschung) und wo wenigstens dem Anschein nach die verfassungsmäßige Gesetzlichkeit gewahrt wird, entsteht keine Partisanenbewegung, weil noch Möglichkeiten des Kampfes mit friedlichem Mitteln vorhanden sind“ in: ebd.

¹⁵⁰ *Das Konzept Stadtguerilla*, in: ID-Verlag (Hg.), *Rote Armee Fraktion – Texte und Materialien...*, S. 44/45.

gewaltloser Arbeitnehmerpolitik wie etwa der Gewerkschaftsarbeit oder einzelner programmatischer Elemente der sozial-liberalen Koalition zu suchen. Diese wurde insofern unter dem Schlagwort des Reformismus abgelehnt, als dass sie durch graduelle Verbesserungen der materiellen Situation wie der politischen Position der Arbeiterschaft Klassenantagonismen befriede und so eine systemerhaltende und stabilisierende, sprich eine *konterrevolutionäre* Funktion ausübe.¹⁵¹

Ziel der RAF war dagegen die Eskalation politischer Konflikte: Durch Terroranschläge sollte der Staat zu immer drastischeren Maßnahmen, polizeilichen wie juristischen, gezwungen werden, und ihm so – in der Diktion der RAF – die demokratische Maske herab gerissen und die dahinter verborgenen, in Wahrheit faschistischen Strukturen, offenbar werden. Diese beabsichtigte Provokation staatlicher Überreaktionen stellte ein weiteres essentielles Element des terroristischen Kalküls der Gruppe dar, durch welches neben der *Entlarvung* des Staates als gewalttätig und oppressiv in der Folge vor allem die Aktivierung von Sympathisanten, letztlich die Schaffung einer revolutionären Opposition intendiert war. Das Kalkül kann allerdings nur dann aufgehen, wenn sich der angegriffene Staat tatsächlich zu unangemessenen Reaktionen provozieren lässt, etwa solchen, die gegen von ihm selbst etablierte und postulierte Grundsätze verstoßen. Waldmann hat in diesem Zusammenhang unter Verwendung einer Paris'schen Formel von der „Reaktionsangewiesenheit“¹⁵² der Terroristen gesprochen, und damit diesen integralen Bestandteil der RAF-Strategie zutreffend umrissen.

Wenn die skizzierte Grundannahme der Focus-Theorie einer Beschwörungsformel gleich in den diversen RAF-Papieren auftaucht,¹⁵³ so mag auch das schiere Prinzip Hoffnung eine Rolle gespielt haben. Ob die RAF tatsächlich, wie Till Meyer, an die „Initialkraft der Revolte“¹⁵⁴ glaubte, muss kritisch bewertet werden. Schon die vielfach negativen bis offen ablehnenden Reaktionen von Arbeitern gegenüber den Aktionen der Studentenbewegung hätten Zweifel daran aufkommen lassen müssen, durch gesteigerte Gewalttätigkeit doch noch breitere Bevölkerungsschichten auf die Seite der Revolution zu ziehen.. Birgit Hogefeld, allerdings Angehörige der zweiten RAF-Generation, behauptete in ihrer Rückschau 1996,

¹⁵¹ Ebd., S. 39, S. 46.

¹⁵² Waldmann, Peter, *Terrorismus - Provokation der Macht*, Hamburg: Murmann: 2005 (zweite, überarbeitete und erweiterte Ausgabe), S. 38.

¹⁵³ Z.B. in *Über den bewaffneten Kampf in Westeuropa* vom Mai 1971, wo es heißt: „Aus dem kleinsten Funken kann ein Brand entstehen“, in: ID-Verlag (Hg.), *Rote Armee Fraktion – Texte und Materialien...*, S. 71.

¹⁵⁴ Meyer, Till, *Staatsfeind...*, S. 143.

man habe an einen Massenaufstand in Deutschland überhaupt nicht gedacht, sondern an ein „Revolutionsmodell, bei dem eine Minderheit grundlegende Veränderungen durchsetzt.“¹⁵⁵

Im Licht dieses Zitates erscheint der Anspruch der RAF, selbsternannte Anwälte und Vollstrecker des wahren Volkswillens, der wirklichen Interessen des Volkes zu sein, doppelt anmaßend. Ein Eindruck, der auch nicht dadurch abgemildert wird, dass die Kategorie Volk in der RAF-Ideologie nicht mit dem Staatsvolk der BRD gleichgesetzt werden darf, sondern eine weit universalistischere und internationalere Konnotation trägt. Die RAF sah sich als Teil und Akteur eines „Weltbürgerkrieges, in dem ‚die Befreiungsbewegungen‘ gegen ‚den Imperialismus‘ kämpften“,¹⁵⁶ der Begriff Volk schloss also die *Arbeiterklassen* aller Länder und gerade jene der *dritten Welt* mit ein, worauf die RAF gemäß ihrer Konzeption einer globalen Einheitsfront größten Wert legte, wiederum besonders im Hinblick auf die sich im nationalen Rahmen bewegende Politik der Gewerkschaften.¹⁵⁷ Ein solcher internationaler Vertretungsanspruch wirkt allerdings noch konstruierter, noch willkürlicher als ein national beschränkter. Tatsächlich standen die „als interessiert unterstellten Dritten“¹⁵⁸ dem Terror gleichgültig bis ablehnend gegenüber.

Abschließend ist festzustellen, dass sich die RAF auch weitere Begriffe sowie ihre Zielvorstellungen betreffend fast durchweg im Bereich des Unbestimmten bewegte. Zentrale Begriffe ihrer Papiere wie *revolutionärer Kampf* oder *Imperialismus* wurden nie konkret definiert und rein affirmativ verwendet, zur Explikation bleibt hier nur der Rückgriff auf die Theoretisierung dieser Konzepte in der Studentenbewegung. Völlig schuldig blieb die RAF eine Darstellung, wie der Kommunismus, für den sie kämpfte, aussehen sollte, käme es tatsächlich zu einer wie auch immer gearteten Revolution. Die Terrorgruppe war bar jedes Zukunftskonzeptes, jeder längerfristigen und umfassenderen politischen Perspektive, sie verharrte in militanter Bekämpfung von Repräsentanten und Einrichtungen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und des *imperialistischen* politischen Systems, sie repräsentierte bloße, radikale Negation des Bestehenden.

Die RAF war sich dieser Widersprüchlichkeiten und Mängel entweder tatsächlich nicht bewusst, oder aber – und dies scheint wahrscheinlicher – sie übertünchte sie aggressiv mit einer undurchdringlichen Schicht revolutionären Pathos, wie er auch schon in der

¹⁵⁵ Wirth, Hans-Jürgen (Hrsg.) *Versuche die RAF zu verstehen...*, S. 46.

¹⁵⁶ Reinecke, Stefan, *Otto Schily – Vom RAF-Anwalt zum Innenminister*, Hamburg: Hoffmann und Campe, 2003, S. 118.

¹⁵⁷ Vgl. *Dem Volk dienen*, in: ID-Verlag (Hg.), *Rote Armee Fraktion – Texte und Materialien...*, S. 115.

¹⁵⁸ Münkler, Herfried, *Terrorismus als Kommunikationsstrategie – Die Botschaft des 11. September*, Homepage der Zeitschrift *Internationale Politik* der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V., 12.04.2007, <http://www.internationalepolitik.de/archiv/jahrgang2001/dezember01/terrorismus-als-kommunikationsstrategie--die-botschaft-des-11--september.html>

Studentenbewegung vorhanden war, und sich in den zahllosen Mao- und Marx-Zitaten widerspiegelt, die ihre Erklärungen und Konzeptpapiere durchziehen.¹⁵⁹

4.2.2 Kommunikation

Vor der Analyse des öffentlichen Diskurses über die RAF soll auf das kommunikative Handeln der Gruppe selbst eingegangen werden. Dabei liegt die Annahme zu Grunde, dass Terrorismus „primär eine Kommunikationsstrategie“¹⁶⁰ darstellt, die Gewalt nicht nur „wegen ihres Zerstörungseffekts, sondern als Signal verwendet, um psychologische Breitenwirkung zu erzielen.“¹⁶¹ Und in der Tat wird von ehemaligen RAF-Mitgliedern bestätigt, dass im Allgemeinen der propagandistisch-agitatorische Aspekt bei den Aktionen der Gruppe gegenüber dem unmittelbaren des Mordes und der materiellen Zerstörung im Vordergrund stand, was sich auch mit deren oben skizzierter Konzeption deckt.¹⁶² Widersprüchlich hierzu, und wie ein implizites Eingeständnis der Aussichtslosigkeit, durch Terror eine *proletarische* Massenmobilisierung herbeizuführen, wirkt dabei die Tatsache, dass sich die RAF von Anfang an mit ihren Verlautbarungen – abgesehen von den meisten Erklärungen zu einzelnen Anschlägen - stets an das ihr politisch nahe stehende Milieu der radikalen Linken wandte und selten bis nie an die Gesamtbevölkerung. So nannten die meisten RAF-Schriften explizit nicht näher definierte *Genossen* als Adressaten, die breite Bevölkerung, die *Massen*, tauchte darin lediglich als Diskursgegenstand und zu agitierendes Objekt auf. Hinzu kam die akademisch-verklausulierte, gänzlich in marxistischem Vokabular gehaltene und damit wenig allgemeinverständliche Diktion. So blieb nur noch der bloße, praktisch unkommentierte Terroranschlag als kommunikatives Mittel stehen, der aber auf die überwältigende Mehrheit der Bundesbürger eine rein abschreckende Wirkung hatte. Dem selbst gesteckten Ziel, durch die Praxis der „Stadtguerilla (...) im Bewusstsein der Menschen die Zusammenhänge imperialistischer Herrschaft herzustellen“,¹⁶³ kam die RAF damit nicht näher.

Schließt man daraus, dass die RAF zunächst ein bereits einschlägig konditioniertes Milieu zu mobilisieren gedachte, so erstaunt der arrogante, verächtliche Tenor, den die

¹⁵⁹ Das Paradigmatische bildete dabei folgendes Zitat Mao Tse Tungs aus dem *Konzept Stadtguerilla*: „Aber der Marxismus legt der Theorie darum und nur darum ernste Bedeutung bei, weil sie die Anleitung zum Handeln sein kann. Wenn man über eine richtige Theorie verfügt, sie aber nur als etwas behandelt, worüber man einmal schwatzt, um es dann in die Schublade zu legen, was man jedoch keineswegs in die Praxis umsetzt, dann wird diese Theorie, so gut sie auch sein mag, bedeutungslos“, in: ebd., S. 36.

¹⁶⁰ Waldmann, Peter, *Terrorismus...*, S. 15.

¹⁶¹ Berendse, Gerrit-Jan, *Schreiben im Terrordrom – Gewaltcodierung, kulturelle Erinnerung und das Bedingungsverhältnis zwischen Literatur und Terrorismus*, München: Edition Text & Kritik, 2005, S. 20.

¹⁶² Vgl. auch die Ausführungen Irmgard Möllers in: ¹⁶² Tolmein, Oliver, *RAF – Das war für uns Befreiung'...*, S. 39-41.

¹⁶³ *Dem Volke dienen*, in: ID-Verlag (Hg.), *Rote Armee Fraktion – Texte und Materialien...*, S. 116.

Programmpapiere tragen. Drastisch illustriert dies bereits der erste offizielle RAF-Text „Die Rote Armee aufbauen“, der eine Erklärung zur gewaltsamen Befreiung Andreas Baaders am 5. Juni 1970 darstellt und sich an die „Genossen von 883“¹⁶⁴ richtet, obwohl es in den einleitenden Absätzen heißt, man müsse die Aktion nicht „den intellektuellen Schwätzern“¹⁶⁵ erklären, sondern vielmehr Bandarbeitern und Fürsorgezöglingen, sprich den „potentiell revolutionären Teilen des Volkes“,¹⁶⁶ den Marcuse’schen Randgruppen. In aggressivem, geradezu trotzig-ungeduldigem Ton wird hier unbestimmter Aktionismus eingefordert, unter regelmäßigen Seitenhieben auf theoretisch orientierte Linke, die als „linke Schleimscheißer“, „Hosenscheißer“, „Rotkohlfresser“ und „Sozialarbeiter, die sich doch nur anbieten“ beschimpft werden.¹⁶⁷ Nach der Veröffentlichung dieses Papiers gab es von Seiten der RAF ein volles Jahr keinerlei weitere Verlautbarungen.

Befremdlich musste selbst auf Sympathisanten der absolute Wahrheitsanspruch der RAF wirken, der Gestus der Deutungshoheit, mit dem man an die Öffentlichkeit trat. Birgit Hogefeld machte diesen retrospektiv dafür verantwortlich, dass die Distanz der RAF zur Linken rasch sehr groß wurde, und bedauerte, dass „fast in der gesamten RAF-Geschichte *kritische* Solidarität (...) abgelehnt und diffamiert“¹⁶⁸ wurde. Ein Diskurs zwischen der Gruppe und ihren potentiellen Unterstützern fand zu keiner Zeit statt, und dies eben nicht nur aufgrund der Schwierigkeiten, die die Illegalität mit sich brachte, sondern auch und gerade wegen des demonstrativen Unwillens der RAF, einen solchen überhaupt zu führen. Die *Genossen* sollten tun, was die RAF forderte, am besten sich ihr anschließen. Dass Einzelne dies tatsächlich immer wieder taten, war dem moralischen Druck geschuldet, den die RAF schlicht dadurch entfalten konnte, dass sie scheinbar etwas gegen die als unerträglich erachteten Verhältnisse tat, statt weiter nur zu theoretisieren. Exemplarisch für diesen Solidarisierungsdruck kann folgende Passage stehen:

„Genossen, hört auf, euch hinter den Massen zu verschanzen! Hört auf, die Frage des Widerstandes auf die Massen abzuwälzen! Hört auf, eure Angst vor der maßlosen Gewalttätigkeit des Systems als Vermittlungsproblem zu rationalisieren! (...) Habt Mut zu kämpfen, habt Mut zu siegen! (...) Es ist die Pflicht jedes Revolutionärs, die Revolution zu machen.“¹⁶⁹

¹⁶⁴ *Die Rote Armee aufbauen*, in: Ebd., S. 24.; Die in West-Berlin erscheinende Zeitschrift ‚Agit 883‘ war von 1968-1973 das Organ des undogmatisch-spontaneistischen Flügels der Studentenbewegung bzw. ihrer Zerfallsprodukte.

¹⁶⁵ Ebd.

¹⁶⁶ Ebd.

¹⁶⁷ Ebd.

¹⁶⁸ Wirth, Hans-Jürgen (Hrsg.) *Versuche die RAF zu verstehen...*, S. 26.

¹⁶⁹ *Tonbandprotokoll von dem Teach-in der Roten Hilfe, Frankfurt/Erklärung vom 31. Mai 1972*, in: ID-Verlag (Hg.), *Rote Armee Fraktion – Texte und Materialien...*, S. 150.

Wurde ein RAF-Mitglied verhaftet oder getötet, so war der Druck besonders stark, was sich in der Rolle der *Folterkomitees*¹⁷⁰ als wichtige Rekrutierungspools für die zweite RAF-Generation widerspiegelt. Die Instrumentalisierung der Haft als kommunikativ-agitatorisches Mittel ist in 4.1.2 bereits beschrieben worden.

Schließlich ist auf Interaktion der RAF mit den Medien einzugehen. Zeichnete sich die Terrorgruppe, was staatliche Organe und Repräsentanten anbetrifft, durch konsequente Kommunikationsverweigerung aus,¹⁷¹ wurde dagegen viel Wert auf das Erreichen möglichst großer Publizität gelegt. Deshalb gingen RAF-Schriften meist in mehrfacher Ausführung an verschiedene Stellen und oft an Presseinstitutionen. Während der Schleyer-Entführung forderte die Gruppe eine Veröffentlichung ihrer Erklärung in der Tagesschau. Dies unterstreicht die Berechtigung des Ansatzes, dem kommunikativen Aspekt des Terrorismus besondere Beachtung zu schenken, wobei das entscheidende kommunikative Mittel stets der Terroranschlag selbst bleibt. Nur durch diesen und seine Schockwirkung, durch die eine „Besetzung der Öffentlichkeit“¹⁷² erfolgt, sind Terroristen potentiell in der Lage, politische Beachtung zu erlangen, die ihnen aufgrund der Marginalität ihrer Konzeptionen ansonsten nicht zu Teil würde, und im zweiten Schritt unter gewissen Umständen politische Wirkungsmacht zu entfalten. Die Medien stellen so, indem sie die Nachricht eines Anschlages transportieren und amplifizieren, einen integralen Bestandteil des terroristischen Kalküls dar.

Dabei korrespondieren, und dies erklärt das große Medienecho, die Funktionsweisen der Massenmedien und des Terrorismus auf fatale Weise: Die Terroristen begehen spektakuläre Taten, die Medien berichten vorzugsweise über solche und machen sie damit zu Sensationen. Auch die „personale Verantwortlichkeitszuweisung“¹⁷³ der RAF an Repräsentanten von Politik und Wirtschaft deckt sich zu einem guten Teil mit der Tendenz medialer Berichterstattung zur Personalisierung von Politik. Rein instrumentell betrachtet hätte also ein konsequentes Nicht-Berichten über Terroranschläge vielleicht zu deren Verminderung beigetragen, wobei allerdings ebenso gut eine Verstärkung der terroristischen Aktivitäten im Sinne einer Trotzreaktion vorstellbar ist. Zudem sprechen natürlich, und dies ist das Entscheidende, grundsätzliche Einwände gegen derartiges Verfahren, wie etwa die Informationspflicht der Medien, die Meinungs- und Informationsfreiheit. Dies lässt auch die

¹⁷⁰ Vgl. 4.1.2., Anm. 132.

¹⁷¹ Gemeint sind hier inhaltliche Gespräche, nicht unmittelbare Verhandlungen mit staatlichen Stellen z.B. während Entführungen, die natürlich stattfanden. Vgl. z.B. das Urteil Hans-Jochen Vogels in: Sontheimer, Michael/Kallscheuer, Otto (Hg.), *Einschüsse...*, S. 159.

¹⁷² Steinert, Heinz, *Selektive Realitäts-Konstruktion und populistische Politik*, in: Hitzler, Ronald/ Reichertz, Jo (Hg.), *Irritierte Ordnung – Die gesellschaftliche Verarbeitung von Terror*, Konstanz: UVK, 2003, S. 202.

¹⁷³ Stamm, Karl-Heinz, *Die Botschaft der Medien – Zur Dialektik von „revolutionärer Gewalt“ und Öffentlichkeit*, in: Hartung, Klau et al., *Der blinde Fleck – Die Linke, die RAF und der Staat*, Frankfurt, Main: Verlag Neue Kritik, 1987, S. 52.

so genannte *Nachrichtensperre* während der Schleyer-Entführung, während der sich die Überwältigende Mehrheit der Medien auf Bitten der Bundesregierung in der Berichterstattung stark zurückhielt, speziell was die Veröffentlichung von RAF-Verlautbarungen anging, in sehr zweifelhaftem Licht erscheinen.

5. Der Staat

Das folgende Kapitel widmet sich den Reaktionen des Staates auf den Terrorismus der RAF, sowie dessen Auswirkungen auf die politische Kultur in der BRD und das Verhältnis zwischen Regierung und Opposition. Dieser Komplex stellt eines der zentralen Felder des öffentlichen Terrorismus-Diskurses der 1970er Jahre dar, und bildet so einen wichtigen und zugleich den letzten der die Diskursanalyse ereignisgeschichtlich unterfütternden Hauptteile.

Bei der Betrachtung der von staatlicher Seite zur Bekämpfung des Terrorismus unternommenen Maßnahmen ist besonders auch der zeithistorische Kontext zu beachten, um zu einer adäquaten Bewertung zu gelangen. Entscheidend ist hier der generelle Wandel in der Konzeption von Staatlichkeit, von den Aufgaben und Möglichkeiten staatlichen Handelns. Waren die 1960er Jahre dominiert von einer Planungseuphorie, dem Vertrauen in die weitgehende Steuerbarkeit von Wirtschaft und Gesellschaft durch den Staat, wie es etwa in der keyensianistischen Wirtschafts- und Finanzpolitik der großen Koalition einen paradigmatischen Ausdruck und unter der Regierung Brandt ihre vorläufige Fortsetzung fand, so wich dieses Vertrauen zu Beginn der siebziger Jahre vielfach Ernüchterung und Enttäuschung.¹⁷⁴

Der Terrorismus stellte eines der für diesen politisch-mental Umschwung mitverantwortlichen Krisensymptome dar.¹⁷⁵ Gleichzeitig repräsentierte aber die innere Sicherheit eines der wenigen Politikfelder, in dem die überkommene Staatskonzeption erhalten blieb und sogar ausgebaut wurde,¹⁷⁶ eine „Bastion staatlicher Allzuständigkeit und unumschränkter Handlungsfähigkeit“.¹⁷⁷ Scheipers These, durch das massive Handeln des Staates auf dem Gebiet der inneren Sicherheit sei das staatliche Unvermögen in anderen Politikbereichen kompensiert, die „Effektivität staatlichen Handels (...)“

¹⁷⁴ Vgl., Metzler, Gabriele, *Konzeptionen politischen Handelns von Adenauer bis Brandt*, Paderborn: Ferdinand Schöningh, 2005, S. 404 ff.

¹⁷⁵ Neben anderen, wie z.B. der von annähernder Vollbeschäftigung im Jahre 1970 auf über eine Million Arbeitssuchende im Jahr 1975 ansteigende Arbeitslosigkeit: vgl. Online-Ressource des der Bundesagentur für Arbeit zugeordneten Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 10.05.2007; http://doku.iab.de/zfibel/03_06_02.pdf.

¹⁷⁶ Vgl. Scheiper, Stephan, *Der Wandel staatlicher Herrschaft in den 1960er/70er Jahren*, in: Weinbauer et al., *Terrorismus in der Bundesrepublik...*, S. 210.

¹⁷⁷ Ebd., S. 211.

öffentlichkeitswirksam“ behauptet worden, ist allerdings entgegenzuhalten, dass trotz allersicherheitspolitischer Maßnahmen die meisten der Festnahmen von RAF-Mitgliedern auf Hinweise aus der Bevölkerung zurückgingen, diese Maßnahmen sich also oft als unzulänglich oder überflüssig – je nach politischer Lesart – erwiesen.

5.1 Legislative Reaktionen

Der Beginn gesetzgeberischer Maßnahmen gegen den Terrorismus¹⁷⁸ überschneidet sich zeitlich mit der Verwirklichung der großen Strafrechtsreform der sozialliberalen Regierung in den Jahren 1969 bis 1974, deren Hauptziel die „Beschränkung des Einsatzes strafrechtlicher Mittel auf wirklich sozialschädliches Verhalten (...) sowie eine Rationalisierung und Humanisierung des Rechtsfolgensystems“¹⁷⁹ war, letzteres etwa durch Abschaffung der Zuchthausstrafe und der Erweiterung von Bewährungsmöglichkeiten. Insgesamt bedeutete diese Reform tendenziell eine liberalisierende Modernisierung des Strafrechtes, eine Tendenz, die sich in der Anti-Terrorismusgesetzgebung umkehrte.

Mit dem ersten weithin so genannten Anti-Terror-Paket wurde eine Vielzahl von bisherigen Rechten Beschuldigter vor Gericht eingeschränkt: Die Höchstzahl der Verteidiger pro Angeklagtem wurde auf drei begrenzt, Mehrfachverteidigung verboten, und die Möglichkeit geschaffen, Verteidiger vom Verfahren auszuschließen, sollten diese dringend verdächtig sein, an einer Tat, „die den Gegenstand der Untersuchung bildet, beteiligt zu sein oder eine Handlung begangen zu haben, die für den Fall der Verurteilung des Beschuldigten Begünstigung, Strafvereitelung oder Hehlerei wäre.“¹⁸⁰ Zudem können Verfahren fortan auch in Abwesenheit des Angeklagten geführt werden, wenn dieser sich nach Ansicht des Gerichtes absichtlich in einen Zustand der Verhandlungsunfähigkeit gebracht hatte.

Dazu ist anzumerken, dass der Paragraph zum Verteidigerausschluss eine bestehende Gesetzeslücke schloss, auf die das Bundesverfassungsgericht mit Beschluss vom 14. Februar 1973 hingewiesen hatte. Damals wurde der De-facto-Ausschluss Otto Schilys verworfen, da für ihn keine gesetzliche Grundlage existierte. Unter dem Aspekt der Wahrung von Rechtsstaatlichkeit ist jedoch mehreres zumindest diskutabel: Zum einen wurde der Einwand

¹⁷⁸ Behandelt werden nur die wichtigsten bundesrechtlichen Maßnahmen; solche, die die Befugnisse der Polizei betreffen, finden sich in 5.2. Das elfte und zwölfte Strafrechtsänderungsgesetz vom 16.12.1971, das die Straftatbestand der Flugzeugentführungen schuf bzw. die Strafen für Geiselnahmen verschärfte, werden hier nicht behandelt, da sie nicht auf Taten der RAF zurückzuführen waren.

¹⁷⁹ Rieß, Peter, *Die „Anti-Terrorismusgesetzgebung“ in der BRD*; in: Bundeszentrale für Politische Bildung (Hg.), *Freiheit und Sicherheit – Die Demokratie wehrt sich gegen den Terrorismus*, S. 71.

¹⁸⁰ Pfeiffer, Gerd, *Strafprozessordnung und Gerichtsverfassungsgesetz*, München: C.H. Beck, 1999, § 138a StPO, S. 309-311.

erhoben, ein Verteidigerausschluss auf bloßen, nicht erwiesenen Verdacht hin widerspreche dem fundamentalen Rechtsgrundsatz der Unschuldsvermutung.¹⁸¹ Ließe sich dieser Punkt noch relativ leicht mit dem begründeten und legitimen Interesse des Staates an der Vereitlung von Straftaten entkräften, so fällt dies bei einem anderen Kritikpunkt schwerer. Denn Bakker-Schut kritisierte ebenfalls, „mit Hilfe eigens dazu erlassener Sondergesetze in bestimmte laufende oder bevorstehende Strafprozesse einzugreifen“,¹⁸² da derart maßgeschneiderte Gesetze rechtsstaatlichen Prinzipien des Grundgesetzes widersprächen. In der Tat war – was die politisch Verantwortlichen auch offen kommunizierten – der Verteidigerausschluss „in erster Linie für Terroristenverfahren‘ gedacht“,¹⁸³ und der Paragraph zur Verhandlung in Abwesenheit war nicht zu trennen von den Hungerstreiks der RAF-Häftlinge, deren dritter zum Zeitpunkt der Verabschiedung des Gesetzes bereits zweieinhalb Monate andauerte.

Während diese Bedenken Schuts, dem eine geistig-ideologische Nähe zur Neuen Linken anzumerken ist, kaum Zustimmung fanden, so erhob sich gerade gegen den Umstand Protest, dass die Bestimmungen spezifischer Anti-Terrorismusgesetze eben allgemeingültig waren. So monierte etwa Erich Schmidt-Leichner, dass in Großverfahren sehr wohl ein Interesse des Angeklagten bestehen könne, mehr als drei Anwälte zu beschäftigen.¹⁸⁴ Derartige Beschneidungen der Freiheit der Advokatur stellen auch Hauptkritikpunkte wie Hauptinhalte der weiteren Anti-Terrorismusgesetzgebung dar. So war unter anderem die richterliche Kontrolle des schriftlichen Verteidigerverkehrs „heftig umstritten“¹⁸⁵ und Ziel rechtsanwaltlicher Kritik, und bewirkte, wie besonders auch die erweiterte Strafbarkeit der Nichtanzeige geplanter Straftaten – von der lediglich Seelsorger, nicht aber Ärzte und Rechtsanwälte, ausgenommen wurden¹⁸⁶ - eine Erosion der Vertrauensstellung der Anwälte sowie der Rechte des Angeklagten. Die Anwaltschaft war so ein Hauptleitragender der Anti-Terrorismusgesetzgebung, „ihre Position wurde am entscheidensten geschwächt“.¹⁸⁷

Mit den geschilderten und anderen¹⁸⁸ Maßnahmen des Gesetzgebers wurden rechtsstaatliche Garantien deutlich eingeschränkt, oft auch die Allgemeinheit betreffend.¹⁸⁹ Dabei handelte es

¹⁸¹ Vgl., Bakker Schut, Pieter, *Stammheim – Der Prozess gegen die Rote Armee Fraktion*, Kiel: Neuer Malik Verlag, 1986, S. 136.

¹⁸² Ebd., S. 132.

¹⁸³ Berlitz, Uwe/Dreier, Horst, *Die legislative Auseinandersetzung mit dem Terrorismus*, in: Sack/Steinert, *Protest...*, S. 237.

¹⁸⁴ Vgl., Peters, Butz, *Tödlicher Irrtum...*, S. 334.

¹⁸⁵ Ebd., S. 335.

¹⁸⁶ Vgl. Lackner, Karl, *Strafgesetzbuch*, München: C.H. Beck, 1995, §138 & 139, S. 652ff.

¹⁸⁷ Berlitz, Uwe/Dreier, Horst, *Die legislative...*, S. 246.

¹⁸⁸ Für eine Übersicht aller Anti-Terrorismusgesetze siehe 8.2.

¹⁸⁹ Man denke etwa an das so genannte *Razziengesetz*, das die Durchsuchung aller in einem Gebäude befindlichen Wohnungen ermöglicht, sofern der Verdacht besteht, in einer bestimmten der Wohnungen hielten sich gesuchte Terroristen auf, was das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung (Art. 13 GG) stark negativ tangiert.

sich um die Ergebnisse formal korrekter politischer Willensbildungsprozesse, deren Gutheißen oder Ablehnen sich in erster Linie als eine Frage des politischen Standpunktes darstellte. Dieser prinzipiell legitime demokratische Ermessensspielraum wurde aber objektiv im *Deutschen Herbst* gesprengt: Nach der Entführung des Arbeitgeberpräsidenten Hanns-Martin Schleyer am 5. September 1977 wird über die in Stuttgart-Stammheim inhaftierten RAF-Mitglieder eine totale Isolation verhängt,¹⁹⁰ auch Anwaltsbesuche werden unterbunden. Diese Maßnahme, für die keinerlei gesetzliche Grundlage existiert, wird erst nach fast einem Monat durch das *Kontaktsperregesetz* ex post legalisiert. Damit wurden die Grenzen der Rechtsstaatlichkeit auch formal überschritten. Sontheimer und Kallscheuer haben, abhebend unter anderem auf diesen Vorgang, der auch eine Verletzung der Gewaltentrennung bedeutet, die Phase des *Deutschen Herbstes* in etwas zu drastischer Diktion als Zeit einer „kommissarischen Diktatur“ nach der Definition von Carl Schmitt beschrieben: Diese hebe „die Verfassung in concreto auf, um dieselbe Verfassung in ihrem konkreten Bestand zu schützen“.¹⁹¹ Die Paradoxie eines solchen Unterfangens ist offenkundig. Dass sich auch die entscheidenden staatlichen Akteure der rechtsstaatlichen Bedenklichkeit ihres Tuns bewusst waren, dafür spricht eine nachträgliche Einlassung Helmut Schmitts. Dieser dankte 1979 den deutschen Juristen ausdrücklich dafür, „dass sie das alles nicht verfassungsrechtlich untersucht haben“.¹⁹² Auch der damalige Bundesjustizminister Hans-Joachim Vogel gab sich zehn Jahre nach dem deutschen Herbst selbstkritisch: zwar verteidigte er die neuen Gesetze wie auch die Haftbedingungen der RAF-Häftlinge,¹⁹³ die ab 1972 ein zentrales Agitationsthema der RAF und ihrer Sympathisanten bildeten. Er merkte aber auch an:

„Manchen von uns Älteren hat die Sicherheit und Gelassenheit, wie sie beispielsweise die englische Demokratie in solchen Lagen an den Tag legt, gefehlt. Und manches, was an persönlicher Sicherheit mangelte, ist dann durch autoritäres Justamentgehabe ersetzt worden. Das mag mit zur Eskalation beigetragen haben.“¹⁹⁴

Mit diesem Zitat soll und kann keine schlussendliche Bewertung der Frage vorgenommen werden, ob Staat und Gesetzgeber in Reaktion auf den Terrorismus der RAF sinnvoll und angemessen handelten. Es sei aber darauf hingewiesen, dass in Phasen terroristische Herausforderung prinzipiell die Gefahr einer zumindest partiellen Selbstdemontage des

¹⁹⁰ Wie bereits mit dem § 201 StGB widersprechenden Abhören von Gesprächen zwischen RAF-Angeklagten und deren Verteidigern im Stuttgart-Stammheimer Gefängnis im März/April 1975; vgl. Peters, Butz, *Tödlicher Irrtum...*, S. 350/351.

¹⁹¹ Sontheimer, Michael/Kallscheuer, Otto (Hg.), *Einschüsse...*, S. 23.

¹⁹² Ebd.

¹⁹³ Vgl. Anmerkung 130.

¹⁹⁴ Ebd., S. 157.

Rechtsstaates zu bestehen scheint, wobei der konkrete Nutzen vieler legislativer und auch polizeilicher Maßnahmen kritisch zu betrachten ist.

5.2 Polizeiliche Reaktionen

Mehr noch als die legislativen zeigen die polizeilichen Reaktionen des Staates auf den Terrorismus eine Perpetuierung des Glaubens an die Planbarkeit gesellschaftlich-politischen Wandels. Der massive allgemeine Ausbau der Polizeikräfte und die Modernisierung der Kriminalistik, die die 1970er Jahre zum „Jahrzehnt polizeilicher Reformen schlechthin“¹⁹⁵ werden ließen, trugen deutliche Züge dieser im staatlichen Bereich ansonsten absterbenden Konzeption von Machbarkeit und Steuerbarkeit. Exemplarisch dafür stand der von 1971 bis 1981 amtierende sozialdemokratische Chef des BKA, Horst Herold, dessen Vorstellungen einer breiten informationstechnischen Erfassung der Gesellschaft tatsächlich an den Wunsch nach einem Foucault'sche *panoptischen Blick* denken lassen.¹⁹⁶

Der Terrorismus stellte einen entscheidenden Katalysator für die polizeilichen Reform- und Ausbauprozesse dar, sowie auch für den starken Bedeutungszuwachses des Komplexes *Innere Sicherheit*, eines Begriffes, dessen Prägung historisch mit dem Aufkommen linksextremistischer Gewalttätigkeit zusammenfällt.¹⁹⁷ Die innere Sicherheit wurde fortan nicht mehr als axiomatische Selbstverständlichkeit betrachtet, sondern – worin sich der pessimistischen Paradigmenwechsel der beginnenden 1970er Jahre manifestiert – als permanent bedroht angesehen, insbesondere durch Gruppen wie die RAF.¹⁹⁸ Das Ergebnis war ein Quantensprung polizeilicher Tätigkeit.

Im Zeitraum 1970 bis 1980 stieg der Personalbestand der Länderpolizeien von ca. 135 000 auf ca. 195 000, der des Bundesgrenzschutzes – der mit der im September 1972 gegründeten GSG 9 eine eigene Anti-Terroreinheit erhielt – von ca. 21 000 auf über 26 000.¹⁹⁹ Auch die

¹⁹⁵ Lange, Hans-Jürgen (Hg.), *Staat, Demokratie und Innere Sicherheit in Deutschland*. Opladen: Leske & Budrich, 2000, S. 140.

¹⁹⁶ Vgl. Sturm, Michael, „Dazwischen gibt es nichts“. „Bewaffneter Kampf“ und Terrorismusbekämpfung in der Bundesrepublik am Beginn der 1970er Jahre, in: SoWi – Das Journal für Geschichte, Politik, Wirtschaft und Kultur 2/2003, S. 55.

¹⁹⁷ Vgl. Weinbauer, Klaus, *Zwischen „Partisanenkampf“ und „Kommissar Computer“: Polizei und Linksterrorismus in der Bundesrepublik bis Anfang der 1980er Jahre*, in: Weinbauer et al., *Terrorismus in der Bundesrepublik...*, S. 244.

¹⁹⁸ Vgl. dazu folgenden Auszug aus dem am 17.6.1972 von der Innenministerkonferenz verabschiedeten „Programms für die Innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland“: „Die innere Sicherheit (...) wird zunehmend durch politischen Extremismus und neue Formen des politisch motivierten Terrors gefährdet. Diese politisch begründete Anwendung von Gewalt bedroht eine der wertvollsten Errungenschaften der rechtsstaatlichen Ordnung“, in: Albrecht, Horst, *Im Dienst der Inneren Sicherheit – Die Geschichte des Bundeskriminalamtes*, Wiesbaden: BKA, 1988, S. 245.

¹⁹⁹ Vgl. Weinbauer, Klaus, *Zwischen „Partisanenkampf“ ...*, in: Weinbauer et al., *Terrorismus in*

Landesämter sowie das Bundesamt für Verfassungsschutz wurden personell um jeweils über 60% aufgestockt. Den Nukleus der Expansion der Polizei bildete allerdings das Bundeskriminalamt, das sich rasch zur Zentrale der bundesweiten Terrorismusbekämpfung entwickelte, nachdem es von Innenminister Genscher im Januar 1971 mit der Verfolgung der *Baader-Meinhof-Gruppe* beauftragt worden war. In Folge dieses Beschlusses wurde im Rahmen der BKA-Sicherungsgruppe Bonn die Sonderkommission Baader/Meinhof eingerichtet und 1975 auf Beschluss der Innenministerkonferenz um eine eigene Terrorismus-Abteilung des BKA erweitert. Das Budget des BKA wurde gegenüber ursprünglichen Finanzplänen massiv aufgestockt und stieg von 38,9 Millionen DM 1970 allein bis 1974 auf 70,8 Millionen DM,²⁰⁰ die Personalstärke vervielfachte sich zwischen 1970 und 1980 von 1211 auf 3339 Mitarbeiter,²⁰¹ zudem erhielt das BKA 1973 einen 9800m² großen Neubau in Wiesbaden, der die in großem Stil eingeführte „Datenverarbeitung und Fernmeldetechnik“,²⁰² unter anderem das neue EDV-gestützte INPOL-Fahndungssystem, beherbergen sollte. Auch wurden dem Amt mit der zweiten Änderung des BKA-Gesetzes im Juni 1973 erheblich erweiterte Befugnisse erteilt, wie etwa die „originäre Zuständigkeit bei politisch motivierten Anschlägen gegen Verfassungsorgane des Bundes“.²⁰³

Kritisch ist in der historischen Betrachtung der Nutzen all dieser Maßnahmen zu bewerten. Denn trotz des massiven polizeilichen Aufwandes blieb es eine Tatsache, dass die Mehrzahl der Verhaftungen von RAF-Mitgliedern – wie oben erwähnt – auf Hinweise aus der Bevölkerung zurückzuführen waren, im Falle der ersten RAF-Generation sogar die überwiegende Mehrheit. Wahrscheinlich ist aber, dass gerade diese vermehrte „Anzeigebereitschaft“²⁰⁴ der Bevölkerung von der prominenteren Stellung des Themenkomplexes innere Sicherheit in öffentlichem Diskurs und Politik, flankiert durch sich wiederholende Terroranschläge, herrührte. Die Forcierung der inneren Sicherheit durch den Ausbau polizeilicher Mittel und Möglichkeiten, auch die signifikant sich erhöhende, oft martialisch anmutende öffentliche Präsenz der Polizei vor diesem Hintergrund vor allem als PR-Aktivität zu interpretieren, wäre allerdings zynisch: Schließlich kamen bei Anti-Terror-Einsätzen der Polizei bis 1977 mehrere völlig unbeteiligte Personen ums Leben.²⁰⁵

der Bundesrepublik..., S. 246.

²⁰⁰ Vgl. Albrecht, Horst, *Im Dienst der Inneren Sicherheit – Die Geschichte des Bundeskriminalamtes*, Wiesbaden: BKA, 1988, S. 229/230.

²⁰¹ Vgl. Weinbauer, Klaus, *Zwischen „Partisanenkampf“ ...*, in: Weinbauer et al., *Terrorismus in der Bundesrepublik...*, S. 246.

²⁰² Zachert, Hans-Ludwig (Hg.), *40 Jahre Bundeskriminalamt*, Stuttgart: Boorberg, 1991, S. 250.

²⁰³ BKA (Hg.), *Bundeskriminalamt 1951-1991*, Heidelberg: Kriminalistik Verlag, 1992, S. 72.

²⁰⁴ Sturm, Michael, *„Dazwischen gibt es nichts“ ...*, S. 58.

²⁰⁵ Vgl. 8.3.

5.3 Regierung, Opposition und politische Kultur

Die weit reichenden Veränderungen, die sich durch den Terrorismus für das Verhältnis zwischen Regierung und Opposition wie für die politische Kultur der BRD allgemein ergaben, bilden einen zentralen Aspekt der nachfolgenden Diskursanalyse. An dieser Stelle sollen daher in knapper Weise zwei ereignisgeschichtliche Rahmenbedingungen dargestellt werden, die als wichtige Informationen für eine adäquate Einordnung dienen.

Zu nennen ist zunächst das Faktum der direkten Bedrohung von hochrangigen Vertretern des Staates durch den Linksterrorismus. Diese verdeutlichte sich bereits im Mai 1972 mit dem Anschlag auf Bundesrichter Wolfgang Buddenberg,²⁰⁶ und nahm mit der Entführung des West-Berliner CDU-Vorsitzenden Peter Lorenz²⁰⁷ und dem Anschlag auf die deutsche Botschaft in Stockholm²⁰⁸ gerade für die politische Klasse die Gestalt eines Gefährdungsszenarios an, welches spätestens im Jahr 1977 Permanenz erreichte. Die Konsequenzen hieraus waren auch öffentlich sichtbar: Das Bonner Regierungsviertel glich in dieser Zeit einer mit Stacheldrahtverhau, Polizeipanzern und Scharfschützen gesicherten Festung, auf Fahrten wurden höhere Politiker von Polizeieskorten begleitet. All dies war geeignet, ein Klima der Angst zu befördern, von dem die politischen Entscheidungsprozesse des Bundestages kaum unberührt bleiben konnten. Zur Illustration einer im Kern wohl auf viele politische Entscheidungsträger transferierbaren mentalen Verfassung soll eine Beobachtung Gunter Hofmanns angeführt werden, der 1977 als Korrespondent der *Zeit* eine direkte Beobachterrolle in der *Festung Bonn* innehatte. Abhebend auf den damaligen hessischen Ministerpräsidenten Holger Börner schrieb er retrospektiv: „Er hat gelernt, mit einer Pistole umzugehen (...) Freunde (...) urteilten, das Gefühl, verfolgt zu werden, habe ihn fast nie mehr verlassen. Und das sollte politisch folgenlos bleiben?“²⁰⁹ Aus diesem Befund lassen sich schwerlich direkte Schlüsse ableiten, etwa was politisches Verhalten im Hinblick auf die oben beschriebenen, gegen den Terrorismus gerichteten legislativen Maßnahmen anbetrifft. Er stellt aber einen für die Gesamtbetrachtung gerade auch der diskursiven Auseinandersetzung um den Terrorismus unweigerlich mit einzubeziehenden Aspekt dar.

Weiterhin wichtig ist die Beobachtung, dass um den Diskursgegenstand des Terrorismus vehemente parteipolitische Debatten geführt wurden, die ihre Brisanz maßgeblich aus dem Umstand bezogen, dass die Parteien – CDU/CSU auf der einen und SPD sowie FDP auf der

²⁰⁶ Vgl. 8.1.

²⁰⁷ Peter Lorenz wurde nicht von der RAF, sondern von der „Bewegung 2. Juni“ entführt. Dies spielt für die Generierung des beschriebenen Bedrohungsszenarios jedoch eine untergeordnete Rolle.

²⁰⁸ Vgl. 8.1.

²⁰⁹ Ebd., S. 35.

anderen Seite – sich nicht selten in gegenseitigen Schuldzuweisungen ergingen. Entsprechend der politischen Konstellation kamen dabei die meisten Angriffe von Seiten der oppositionellen Christdemokraten, wobei die Kernbehauptung darin bestand, die Innenpolitik der sozialliberalen Koalition sei zumindest ungeeignet, den Terrorismus zu bekämpfen, wenn nicht diesem sogar förderlich. Es drängt sich der Schluss auf, hier sei der Versuch unternommen worden, aus der terroristischen Gewalt parteipolitisches Kapital zu schlagen. So äußerte der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß in einer Rede im November 1974:

„Jetzt hier in demokratischer Gemeinsamkeit zu sagen, wir Demokraten in SPD/FDP und CDU/CSU, wir halten (...) zusammen in dieser Situation, hier müssen wir den Rechtsstaat retten – das ist alles blödes Zeug! Wir müssen sagen: die SPD und FDP überlassen diesen Staat kriminellen und politischen Gangstern.“²¹⁰

Ebenso konfrontativ und in seiner Machart ähnlich pauschalisierend wirkte die CDU-Dokumentation *Terrorismus in der Bundesrepublik* vom November 1977, die in inkonsistenter Weise Zitate sozial- wie freidemokratischer Politiker – unter ihnen Willy Brandt, Hans-Jochen Vogel et al. – aber auch von Kirchenvertretern auflistete, und die Zitierten der „Verharmlosung und Beschwichtigung“²¹¹ des Terrorismus bezichtigte. Die obige These einer parteipolitischen Instrumentalisierung erhält weitere Plausibilität, bezieht man demoskopische Daten in die Betrachtung mit ein: Im September 1977 befürchteten nach einer Infas-Umfrage 83% der Befragten weitere Terroranschläge, und noch im Mai 1978 bewerteten 73% den Problemkreis der inneren Sicherheit als die dringendste politische Aufgabe,²¹² so dass sich Forderungen nach immer weiter reichenden Anti-Terror-Maßnahmen als für die politische Profilierung gerade der Oppositionsparteien Erfolg versprechend darstellten.

Zusammenfassend ist zu sagen, dass die beiden geschilderten Sachverhalte die politische Auseinandersetzung um den Terrorismus insgesamt verkomplizierten, indem sie eine sachlich-nüchterne Debatte erschwerten.

²¹⁰ Zitiert nach: Binder, Sepp, *Terrorismus – Herausforderung und Antwort*, Bonn: Verlag Neue Gesellschaft, , S. 73.

²¹¹ Ebd., S. 72.

²¹² Vgl. ebd., S. 22.

6. Der öffentliche Diskurs

Nach der Analyse von Vorbedingungen, Genese und Ideologie des RAF-Terrorismus sowie der Darstellung der wichtigsten staatlichen Reaktionen soll nun der eigentliche Kern der Arbeit, die Untersuchung des öffentlichen Diskurses über den Komplex Terrorismus – also auch über dessen politisch-gesellschaftliche Auswirkungen – vorgenommen werden. Dieser Untersuchung einen analytisch-darstellenden Teil voranzustellen war deshalb essentiell, da so im Folgenden die Möglichkeit besteht, die Diskursanalyse durch Rekurs auf bislang herausgearbeitete Kenntnisse und Erkenntnisse zu erden, ihr also eine historiographische Basis anheim zu stellen. Dadurch wird die Bearbeitung des Quellenmaterials in konsistenter Weise möglich und davor bewahrt, durch erklärende, Zusammenhänge her- und Hintergründe darstellende Einschübe, in entscheidendem Maße an Stringenz einzubüßen.

Vor der eigentlichen Diskursanalyse, die anhand zweier ausgewählter Presseerzeugnisse sowie einzelnen aufschlussreichen Beiträgen zur öffentlichen Debatte durchgeführt wird,²¹³ soll nun zunächst ein diskurstheoretisches Instrumentarium zur Verfügung gestellt, und eine genaue Beschreibung der handwerklichen Verfahrensweise der Analyse geliefert werden.

6.1 Diskurstheorie

Um ein hinreichendes theoretisches Gerüst zu erstellen, das eine Diskursanalyse zu tragen wie zu überwölben im Stande ist, gilt es zunächst den Begriff des Diskurses selbst zu klären. Grundsätzlich ist hierbei festzuhalten, dass dem öffentlichen Diskurs in demokratischen Gesellschaften westlich-freiheitlicher Prägung eine zentrale Bedeutung für die politische Auseinandersetzung und den politischen Entscheidungsprozess zukommt. Die Öffentlichkeit, also die Summe aller in der Gesellschaft öffentlich anzutreffenden Meinungen und Äußerungen, beeinflusst nicht nur politisch-gesellschaftliche Entscheidungen zu bestimmten Bereichen, sondern gibt oft sogar selbst neue Themenbereiche vor, initiiert politisches Handeln und Handlungen politisch Verantwortlicher durch Agenda-Setting oder der Generierung öffentlichen Drucks.

Diese etwas monolithische Deskription muss aber differenziert werden, denn der Begriff Öffentlichkeit als solcher ist ein sehr behelfsmäßiges Konstrukt zur Beschreibung eines komplexen Zusammenspiels von Einzelmeinungen und –verlautbarungen, von Mechanismen der Nachrichtenproduktion- und Selektion, und nicht zuletzt des Zufalls. Dessen eingedenk soll hier auch keine sich in Details verlierende, rein deskriptive Klärung des Begriffes

²¹³ Zur Materialauswahl im Einzelnen siehe 7.2.

versucht werden, sondern vielmehr eine Definition im Sinne einer Arbeitshypothese, die sich auf entscheidende Charakteristika des demokratischen öffentlichen Diskurses beschränkt, und vor allem dessen Wirkungsmechanismen im Auge behält.

Dabei ist in kritischem Anschluss an Michel Foucault²¹⁴ eines zu exkludieren: Es wird im Folgenden nicht strikt davon ausgegangen, dass „die Produktion des Diskurses zugleich kontrolliert, selektiert, organisiert und kanalisiert wird – und zwar durch gewisse Prozeduren, deren Aufgabe es ist, die Kräfte und Gefahren des Diskurses zu bändigen, sein unberechenbar Ereignishaftes zu bannen, seine schwere und bedrohliche Materialität zu umgehen.“²¹⁵ Eine solche Auffassung trägt der prinzipiellen Offenheit des Diskurses zu wenig Rechnung, hebt in zu großem Maße ab von der Vorstellung einer Art *Invisible Hand*, die Diskurse lenkt oder manipuliert. Tatsächlich stellt der öffentliche Diskurs „eine gesellschaftliche Redeweise“ dar, „die institutionalisiert ist, gewissen (...) Regeln unterliegt“,²¹⁶ und gerade im Zusammenhang der Analyse des Diskurses in etablierten Massenmedien, also medialer Institutionen, wäre jeder andere Ansatz unplausibel. Aber diese Regeln sind eben „durchaus veränderbar“,²¹⁷ unterliegen sozio-ökonomischen wie politischen und mentalitätsgeschichtlichen Wandlungsprozessen und deren komplexen Zusammenwirken, so dass ihre Veränderung kaum vorhersagbar oder gar steuerbar sein kann.

Das heißt nicht, dass die diskurstheoretische Position Jürgen Habermas' übernommen werden soll, der Diskurse „als eine möglichst herrschaftsfreie, rational argumentierende, öffentliche Debatte über bestimmte Gegenstände fasst, also einen rationalen und machtneutralen Diskursbegriff propagiert.“²¹⁸ Jägers Formulierung weist hier bereits auf den entscheidenden Kritikpunkt bezüglich der Habermas'schen Auffassung hin: Diese ist vorrangig als Postulat zu bezeichnen, welches eine idealtypische Kommunikationssituation entwirft, in der sich sämtliche Diskursteilnehmer von Prinzipien einer aufgeklärten wie aufklärerischen Vernunft und Ethik leiten lassen.²¹⁹ Zur positivistisch-historiographischen Beschreibung eines Diskurses kann Habermas Ansatz demnach kaum Verwendung finden. Dennoch gilt es ebenso, sich von den rein manipulativen Implikationen der Foucault'schen Vorstellung einer machtpolitischen Durchdringung der Diskurse weitgehend zu

²¹⁴ Zur Verwendung der Schriften Foucaults, wie im Folgenden auch denen Jägers, ist anzumerken, dass diese explizit auf moderne, massenmedial geprägte Industriegesellschaften westlicher Prägung zielen, also keine Gefahr eines ahistorischen Theoriegebrauchs besteht.

²¹⁵ Foucault, Michel, *Botschaften der Macht*, Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt, 1999, S. 54.

²¹⁶ Jäger, Margret, *Überblicksanalyse einer Diskursverschränkung*, in: Jäger, Siegfried, *Kritische Diskursanalyse*, Duisburg: Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung, 2001, S. 366.

²¹⁷ Ebd.

²¹⁸ Jäger, Siegfried, *Kritische Diskursanalyse*, S. 127.

²¹⁹ Vgl. auch: Habermas, Jürgen, *Moralbewußtsein und kommunikatives Handeln*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1983, Insbesondere Kapitel 3 (S. 55 ff) und 4 (S. 127 ff).

verabschieden. Dabei sollte allerdings der Diskurs sehr wohl weiterhin begriffen werden als „dasjenige, worum und womit man kämpft“, als „die Macht, derer man sich zu bemächtigen sucht“,²²⁰ wobei unter *man* die politisch-gesellschaftlichen Akteure zu verstehen sind. Der öffentliche Diskurs stellt also einerseits die Arena dar, in der gesellschaftliche Konflikte maßgeblich ausgefochten werden, so dass man sich im Rahmen einer Untersuchung des Diskursstranges²²¹ RAF-Terrorismus für die 1970er Jahre, wo die Terror-Thematik eine kontinuierliche, phasenweise die öffentliche Debatte beherrschende war, tatsächlich im Theater des Terrorismus befindet. Andererseits ist der Diskurs machtpolitisch aufgeladen, insofern er das „Handeln von Menschen bestimmt“,²²² und ob dieser Eigenschaft ein stark umkämpftes Feld. Die diskursive Ebene stellt *materielle Praxis* dar, indem sie zur (materiellen) Veränderung der Gesellschaft beiträgt; sie kann Realität nicht nur darstellen, abbilden und repräsentieren, sondern auch schaffen. Daraus erklärt sich die Heftigkeit der Meinungskämpfe zum Komplex des Terrorismus, durch den grundsätzliche Fragen des Staats- und Demokratieverständnisses der Bundesrepublik aufgeworfen wurden, so dass die diskursive Deutungshoheit zu diesem Thema für die politischen Akteure von eminenter Bedeutung war. Das Ringen um Deutungshoheit, das gleichzeitig auch einen Kulturkampf um die hegemoniale Konzeption von Gesellschaft darstellte, sowie sein Verlauf und seine Resultate bis 1977 machen eine der Hauptperspektiven der Diskursanalyse aus.

Dies führt zu einer weiteren theoretischen Prämisse der folgenden Analyse, und zwar der, den Terrorismus der RAF auch als Kommunikationsstrategie aufzufassen. Dass durch die Taten der RAF keinerlei *revolutionäre* Mobilisierung zu verzeichnen war, die Strategie, über die diskursiv-kommunikative Ebene politischen Einfluss auszuüben also kläglich scheiterte, wurde in 4.2.2 bereits behandelt. Grund dafür war vor allem, dass „die Schockwirkung [der Terroranschläge] eine Wahrnehmung der Botschaft verunmöglichte“ und es so „kaum zu einer Verständigung oder gar einem Dialog mit der zu befreienden Masse“²²³ kam. An dieser Stelle ist vielmehr ein anderer Aspekt des Terrorismus als Kommunikationsstrategie von Belang, unter dem die RAF ungleich erfolgreicher agierte: Die Etablierung des (Bürger-) Kriegstopos in der öffentlichen Auseinandersetzung.

Ihren eigenen theoretischen Maximen nach stellte dieser Vorgang einen Erfolg dar. Zum einen, da hierdurch der klare Trennungsstrich etabliert wurde, den die RAF zwischen sich und dem Staat zu ziehen beabsichtigte. Zum anderen, da sich die RAF als Teil eines

²²⁰ Foucault, Michel, *Botschaften...*, S. 55.

²²¹ Zur genaueren Beschreibung dieses Terminus siehe 7.2.

²²² Jäger, Margret, *Überblicksanalyse...*, S. 366.

²²³ Berendse, Jan-Gerrit, *Schreiben im Terrordrom*, S. 51.

Weltbürgerkrieges konzipierte²²⁴ und so den Status einer regulären Kriegspartei für sich in Anspruch nahm. Durch die Verwendung von Kriegsvokabular seitens Politik und Publizistik wurde die RAF in dieser Auffassung zumindest partiell bestätigt und so hinsichtlich ihrer tatsächlichen Bedeutung aufgewertet; die von ihr selbst ausgehende materielle Bedrohung – objektiv betrachtet zu keiner Zeit auch nur annähernd staatsgefährdend – führte so zur Genese bzw. Generierung einer Drohkulisse, die der realen Stärke des terroristischen Angriffes in keiner Weise angemessen war. Den Mechanismen dieser Genese sowie des *kommunikativen Kriegszustandes* und deren Auswirkungen auf Politik, öffentliche Auseinandersetzung und politisch-gesellschaftliches Klima, wie auch eventueller Instrumentalisierung der Bedrohung durch den Terrorismus zur Durchsetzung bestimmter politischer Ziele, gilt ein weiteres Hauptaugenmerk der Diskursanalyse.

6.2 Diskursanalyse

Nach der theoretischen Verortung verbleibt nun die Beschreibung der methodologisch-technischen Gesichtspunkte, die der Diskursanalyse zu Grunde liegen. Dabei stütze ich mich weitgehend auf die von Siegfried Jäger erarbeiteten Konzeptionen, da diese von ähnlichen wie den von mir veranschlagten diskurstheoretischen Vorannahmen ausgehen, und zudem einen systematischen und erschöpfenden Leitfaden für eine historische Diskursanalyse liefern. Die einzelnen Schritte werden im Folgenden dargelegt.

Zunächst gilt es, aus den vielen in einer Gesellschaft vorhandenen Diskursebenen – z.B. der Wissenschaft, der Kunst, der Politik, der Arbeitswelt etc. – die in ihrer Summe den „Gesamtdiskurs einer Gesellschaft ausmachen“,²²⁵ eine auszuwählen. Dies ist mit der Wahl der Massenmedien, und hier speziell des Sektors der seriös-politischen Periodika als zentraler Ort des öffentlichen Diskurses, geschehen. Hierzu muss angemerkt werden, dass diesem Bereich, auch im Bezug auf die oben genannten, eine gewisse Sonderstellung zukommt, da Diskurse der Wissenschaft, Politik etc. natürlich auch in den Massenmedien Niederschlag finden. So sehr die Medien also als eigenständige Diskursebene aufgefasst werden können, so bilden sie doch gleichzeitig eine Art Metabereich, der viele der anderen gesellschaftlichen Diskursebenen überwölbt, teilweise inkorporiert und beeinflusst, wenn auch durchaus nicht alle.

Ferner sind um der Klarheit willen die Aussagen des ersten Absatzes von 6.1 noch weiter zu konkretisieren: Die dort beschriebene Öffentlichkeit ist in der modernen Massendemokratie

²²⁴ Vgl. 3.2.1 und 4.2.1

²²⁵ Jäger, Siegfried, *Kritische Diskursanalyse*, S. 117.

immer eine Medienöffentlichkeit. Die Massenmedien bilden primär das Forum des öffentlichen Diskurses, so dass eine Extrapolation des öffentlichen Diskurses auf der Basis medialer Quellen nicht nur legitim, sondern geradezu geboten, wenn nicht unausweichlich erscheint. Die Beschränkung auf den Unterbereich der Printmedien wurde in Anmerkung 9 bereits begründet, nicht allerdings die Auswahl der untersuchten Presseorgane im Einzelnen. Dem etwaigen Vorwurf der Willkürlichkeit soll durch einige Überlegungen, die die Plausibilität der getroffenen Auswahl verdeutlichen, begegnet werden.

In der anschließenden Diskursanalyse soll nicht der öffentliche Diskurs als solcher oder in seiner Gesamtheit – das heißt sämtliche Einzelstimmen und -Meinungen widerspiegelnd – rekonstruiert werden, schon allein aus forschungspragmatischen Gründen wäre ein solches Unterfangen im vorgegebenen Rahmen nicht zu bewerkstelligen. Vielmehr sollen die zentralen Themen der Terrorismus-Debatte behandelt werden, und dies anhand der Analyse von Periodika, denen unbestreitbar die Funktion von Leitmedien²²⁶ zukam. Anvisiert wird so der Diskurs der - sehr weit gefassten - Mitte der Gesellschaft, der Nukleus der Kämpfe um Deutungshoheit, die wirkungsmächtigsten Gravitationszentren des öffentlichen Diskurses und ihre Ausläufer. Extreme Positionen sollen nur am Rande mit einfließen. Die Konzentration auf die Berichterstattung des *Spiegels* sowie der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* verspricht, dieses Ziel in befriedigender Weise zu erreichen, denn diese Publikationen repräsentieren das Zentrum des öffentlichen Diskurses in hinreichendem Maße: Alle Aspekte des Themenkomplexes Terrorismus werden in ihnen behandelt, wichtige Entscheidungsträger kommen zu Wort, zentrale Dissensen der Debatte werden wiedergespiegelt. Zudem bewegen sie sich sämtlich innerhalb des systemimmanenten Spektrums, setzen also die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik sowie eine marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung voraus. Vor diesem Hintergrund wird auch von Interesse sein, was in den Publikationen *nicht* thematisiert wird, was als nicht sagbar oder nicht erwähnenswert erscheint.²²⁷ Die beiden Publikationen werden dabei generell als Einheiten behandelt, das heißt, eine Aufschlüsselung der in die Untersuchung einfließenden Einzelartikel nach Redakteuren unterbleibt in den meisten Fällen. Stets deutlich gemacht wird aber, ob es sich

²²⁶ Als *Leitmedium* wird für diese Arbeit verstanden: Eine periodische Druckschrift, die durch ihren überregionalen Verbreitungsgrad, ihre relativ hohe Auflage und ihre Etabliertheit als renommiertes Forum politischer Artikulation und Diskussion - was auch den Zugang zu wichtigen politischen Akteuren als Gesprächspartner und Informationsquellen bedeutet und einschließt – diskursprägend wirkt. Vgl. auch die Definition Udo Göttlichs, der ein Leitmedium als ein solches Medium fasst, dem "eine Hauptfunktion in der Konstitution gesellschaftlicher Kommunikation und von Öffentlichkeit zukommt" (Göttlich, Udo, 2002).

²²⁷ Für Siegfried Jäger stellt das Aufzeigen dessen, was *nicht* gesagt wird, ein Moment dar, das Diskursanalyse per se zu einer kritischen Verfahrensweise macht (Vgl. Jäger, Siegfried, *Kritische Diskursanalyse*, S. 223). Dieser Auffassung schließe ich mich an, weise aber darauf hin, dass diese Stoßrichtung keine Hauptperspektive meiner Analyse darstellt.

bei einem Beitrag um einen Kommentar oder einen Bericht handelt, wobei Kommentaren tendenziell eine größere Aussagekraft für die redaktionelle Linie der jeweiligen Zeitung zugemessen wird. Selbiges gilt für Artikel, die von maßgeblichen Vertretern der Organe, wie etwa den Herausgebern, verfasst wurden.

Der nächste Schritt der Diskursanalyse betrifft den Diskursstrang, also die Gesamtheit der im Betrachtungszeitraum in den untersuchten Periodika zum Komplex Terrorismus veröffentlichten Artikel, der Diskursfragmente. Diesen als Kontinuum erfassen zu wollen ist wiederum aus Gründen der Materialfülle kaum möglich, weshalb es sich anbietet, „synchrone Schnitte“²²⁸ durch diesen Diskursstrang vorzunehmen, also alle Artikel die in den analysierten Publikationen zu einem bestimmten Zeitpunkt erschienen – etwa nach einem Anschlag – zu untersuchen. Durch Vergleich dieser synchronen Schnitte können schließlich inhaltliche wie prozessuale Veränderungen der öffentlichen Auseinandersetzung herausgearbeitet und so auch auf Veränderungen des politischen Klimas, der Prioritätensetzung, der *Frontenbildung*, geschlossen werden. Diese Methode soll hier aber nur in modifizierter Form zur Anwendung kommen: Erstens wird ihre Statik dadurch abgemildert, dass als Ansatzpunkt für die jeweiligen synchronen Schnitte nicht nur einzelne Tage, bzw. was den *Spiegel* anbetrifft, Wochen herangezogen werden, sondern vielmehr ganze Phasen erhöhter Brisanz des Terrorismusdiskurses, die sich im Wesentlichen aus der Ereignisgeschichte der terroristischer Aktivitäten ergeben.²²⁹ Konkret handelt es sich dabei um die Jahre 1970, 1972, 1975 und 1977, die im Falle des *Spiegels* in ihrer Gesamtheit abgedeckt werden, während im Fall der untersuchten Tageszeitungen aus Gründen der Materialfülle die empirische Erfassung auf Wochen unmittelbar nach Anschlägen etc. konzentriert ist. Zweitens werden auch einige Einzelbeiträge zum Diskurs inkludiert, die nicht aus den genannten Periodika stammen, sondern durch diverse andere Kanäle ihren Weg in die Öffentlichkeit fanden,²³⁰ die aber aufgrund ihrer inhaltlichen Charakteristika und/oder ihrer Aussagekraft von solcher Signifikanz sind, dass es im Sinne einer minutiösen Rekonstruktion des Diskurses sträflich wäre, sie nicht in die Analyse mit einzubeziehen. Durch diese Verfahrensweise soll der Gefahr entgegengewirkt werden, der Analyse einen allzu fragmentarischen und punktuellen Charakter zu geben, die bei kategorischer Anwendung des Jäger'schen Konzeptes bestünde.

Zuletzt ist auf die konkrete Untersuchung einzelner Artikel einzugehen. Jäger bietet hier an, zu jedem synchronen Schnitt einige wenige typische Artikel einer periodischen Druckschrift

²²⁸ Jäger, Siegfried, *Kritische Diskursanalyse*, S. 188.

²²⁹ Zur besseren Übersicht ist der Arbeit daher eine Chronik der relevanten Ereignisse beigelegt. Siehe 8.1.

²³⁰ Hierbei handelt es sich entweder um Veröffentlichungen in anderen Presseorganen, um Reden oder um literarische Beiträge.

auszuwählen und diese einer Feinanalyse²³¹ zu unterziehen. Die Auswahl typischer Artikel solle erfolgen auf Basis von Kriterien wie der generellen thematischen Schwerpunktsetzung der betreffenden Zeitung, ihrer „Diskursposition (...) die grob ‚bekannt‘ ist“,²³² dem Berichtstil und formalen Besonderheiten sowie der tendenziellen Verteilung von Unterthemen des Terrorismus-Diskurses. Dieser Ansatz scheint aber insofern mangelhaft, als dass er sich – wie schon bei dem Setzen der synchronen Schnitte – zu sehr dem Punktuellen verschreibt, wie gut auch immer dies begründet sein mag. Im Folgenden werden deshalb nur die aufgeführten, durchaus brauchbaren Kriterien zur Feinanalyse Verwendung finden. Der Fokus der konkreten Analyse wird aber nicht auf einzelne Artikel gelegt, sondern vielmehr auf die jeweiligen Unterthemen und deren quantitative wie qualitative Gewichtung. So ist es möglich, die Schwerpunktsetzung und damit auch die politische Stoßrichtung jeder Zeitung bzw. Zeitschrift zu erfassen, wobei formale, feinanalytische Aspekte zur Ergänzung und Unterfütterung dienen.

6.2.1 *Der Spiegel*

6.2.1.1 Das Jahr 1970

Im Jahr 1970 ist für den *Spiegel* noch kaum von einem Terrorismus-Diskurs zu sprechen, vielmehr finden sich Ausläufer des vorangegangenen Diskurses über die Studentenbewegung und die APO. Zwei Jahre zuvor war dieser Diskursstrang noch einer der dominantesten gewesen: Nahezu jede Ausgabe des Jahrgangs 1968 enthielt Berichte, Kommentare oder Interviews zu dieser Thematik, darunter mehrere Titelgeschichten, wie die Ausgabe 18/1968 zu den *Osterunruhen*, deren Cover das Konterfei von Karl Marx zeigte. 1970 war diese Berichterstattung quantitativ stark abgeflacht, nur noch etwa jede dritte Ausgabe enthielt einschlägige Artikel, die zudem im Umfang durchschnittlich deutlich kürzer waren.

Die beiden Diskursstränge greifen allerdings ineinander bzw. der des Terrorismus knüpft an den Aspekt linksextremer Gewalt als Unterthema des APO-Diskursstranges an. Entsprechend der historischen Situation, die noch keine qualitative Steigerung linksextremer Gewalt hin zu organisiertem, systematischen Terrorismus beinhaltet, wird diese vor dem Fluchtpunkt der Studentenrevolte thematisiert. Nach der gewaltsamen Befreiung Andreas Baaders in Berlin schreibt der *Spiegel*:

²³¹ Wobei Aspekte wie Textoberfläche und -struktur, sprachlich-rhetorische Mittel, inhaltlich-ideologische Aussagen etc. berücksichtigt werden sollen.

²³² Jäger, Siegfried, *Kritische Diskursanalyse*, S. 193.

„Die Tat von Dahlem [=Baader-Befreiung] verdeutlicht die Eskalation in der Serie politisch-ideologisch motivierter Gewalttaten, die am 2. Juni 1967 mit dem Scharfschuss des West-Berliner Polizisten Karl-Heinz Kurras auf den Anti-Schah-Demonstranten Benno Ohnesorg begonnen hatte.“²³³

Hier offenbart sich eine wichtige politische Selbstverortung des *Spiegels*: indem er den Tod Ohnesorgs als Ursprung eines Eskalationsprozesses, wenn nicht letztendlich als Ursache linksextremer Gewalt wie der Baader-Befreiung darstellt, positioniert er sich zumindest interpretatorisch auf Seiten der Neuen Linken. Denn dort waren zunehmende Militanz bei Demonstrationen, *Gewalt gegen Sachen* und später auch Personen ja stets als Reaktion auf eine zuerst von staatlicher Seite ausgegangene Aggression, als *Gegengewalt* aufgefasst worden. Der *Spiegel* kritisiert polizeiliches Verhalten aber nicht nur mit Blick in die Vergangenheit, sondern auch die aktuelle Lage betreffend:

„Am 9. Mai fielen in Berlin wieder Schüsse aus einer Polizeipistole. Bei einer Kambodscha-Demonstration hatte die Berliner Polizei, obwohl frühere Zwischenfälle bedenkliche Erfahrungen gezeitigt hatten, Zivilfahnder eingesetzt. Einer von ihnen, Polizeimeister Wolfgang Dallwitz, 35, wurde von Demonstranten erkannt (...) zu Boden geworfen und verprügelt. Dallwitz feuerte aus seiner Pistole, die er trotz Verbots bei sich trug, ‚unbeabsichtigt‘ (Dallwitz) drei Schüsse ab, traf eine Passantin am Bein und einen Kollegen an Hals und Hüfte. Und nach dem 9. Mai vollzog sich wiederum, was in Berlin schon immer geschah, wenn Polizisten und Demonstranten aufeinander trafen: Die Polizei stellte sich hinter ihren Beamten.“²³⁴

Deutlicher noch, zugleich aber auch differenzierter, wird diese Kritik in dem Artikel „Vorwärts, Männer!“²³⁵ Hier tadelt der *Spiegel* zwar scharf die „Aggression“ von Berliner Polizeibeamten, die „statt der Befriedung die Konfrontation suchen“, berichtet aber zugleich ausführlich über die Anstrengungen des Berliner Polizeipräsidenten Hübner, diesen kontraproduktiven Tendenzen entgegenzuwirken. Dieser arbeite an der „Modernisierung der Berliner Polizei“, „neuem Selbstbewusstsein“ und „flexiblen Einsatz-Taktiken“, und bemühe sich zudem, „seinen Einsatzleitern rüden Befehlston auszureden, wie die bei Demonstrationseinsätzen üblichen Schlachtrufe ‚Vorwärts, Männer!‘ oder ‚Attacke, Attacke!‘.“²³⁶

Gleichzeitig lässt der *Spiegel* aber keine Zweifel daran, dass er jegliche Gewaltanwendung ablehnt und verurteilt. Ebenfalls im Artikel zur Baader-Befreiung wird militanten

²³³ *Der Spiegel* 21/1970, S. 100.

²³⁴ Ebd., S. 101.

²³⁵ *Der Spiegel* 24/1970, S. 78.

²³⁶ Ebd.; Zur Problematik der (para-)militärischen Ausrichtung der Polizei in den sechziger Jahren siehe auch 3.2.2.

Linksextremen attestiert, sie hätten „kaum noch Gewalt-Skrupel“,²³⁷ worauf im Stile einer Anklageschrift eine Aufzählung der bislang im Jahr 1970 verübten Anschläge – meist Brandlegungen – folgt. Solchem Tun Militanter wird zudem dadurch jede Berechtigung abgesprochen, dass ihnen völlige Isolation von der gesellschaftliche Realität bescheinigt wird.²³⁸ Das ist ein Befund, der in „Vorwärts Männer!“ seine Fortführung findet, wo im Zusammenhang mit Gewalt von „anarchistischen, von der gesellschaftlichen Wirklichkeit weithin isolierten Randgruppen der einst geschlossenen Berliner APO“²³⁹ gesprochen wird. Auch in dem mit Abstand längsten einschlägigen Artikel des Jahres, einer sechsseitigen Reportage zur aktuellen Verfassung der APO, wird auf die Isolation der Gewaltbereiten innerhalb des linken Spektrums hingewiesen, Gewaltanwendung als „Rausch“ tituliert und das Fazit gezogen: „Nur noch Anarchisten glauben heute, durch Einzelaktionen Politik machen zu können.“²⁴⁰

Damit ist eine Sprachregelung etabliert, die der *Spiegel* bis zum *Deutschen Herbst* beibehalten wird: Wer militante Aktionen wie Brandanschläge oder Bombenlegungen durchführt, wird als *Anarchist* klassifiziert, wozu ab 1972 der Begriff *Terrorist* tritt und die Termini im Folgenden zunehmend synonym gebraucht werden. Eine Tatsache, die Unschärfe und Undifferenziertheit im Terrorismus-Diskurs tendenziell förderte,²⁴¹ da durch diese de facto synonyme, oft pauschale, unreflektierte und inflationäre Verwendung der Bezeichnung *Anarchist* immer größere Personengruppen semantisch in den Bereich des Terrorismus gerückt wurden. Auf diese Problematik, die sich bis 1977 stetig verschärfte und der mit dem Begriff des Sympathisanten verknüpften ähnelt, wird noch genauer einzugehen sein.

Wie bereits mit seiner These zu den Ursachen des Eskalationsprozesses angerissen, zeigt der *Spiegel* großes Bemühen darum, jenseits einer reinen Verurteilung der terroristischen Gewalt die Ursachen des Phänomens zu erfassen, es tatsächlich zu verstehen und so zu fundierten Einordnungen oder auch Handlungsempfehlungen zu kommen. Ein bevorzugtes Mittel hierbei stellt die Dokumentation von O-Tönen, Interviews und Texten von Beteiligten dar. Diese finden teils zur Untermauerung redaktioneller Beiträge Verwendung, etwa wenn ein Zitat des ehemaligen SDS-Vorstandsmitglieds Reinhard Wolff wie folgt verwendet wird: „’Aufgrund der Enttäuschung’, mit so genannten ‚Aufklärungsaktionen nichts zuwege zu bringen’, folgte ein Teil der APO Ende 1968, wie Wolff später kritisierte, ’oft vorschnell

²³⁷ *Der Spiegel* 21/1970, S. 100.

²³⁸ Vgl. Ebd., S. 101.

²³⁹ *Der Spiegel* 24/1970, S. 78.

²⁴⁰ *Der Spiegel* 22/1970, S. 89.

²⁴¹ Vgl. Balz, Hanno, *Der Sympathisantendiskurs...*, S. 341.

einer Direkte-Aktion-Strategie“.²⁴² Häufig aber werden Dokumente als Einzeltexte abgedruckt, so dass es den Lesern ermöglicht wird, sich unter direktem Zugriff auf die Quelle selbst ein Urteil zu bilden. Ein prominentes Beispiel bildet hier die Veröffentlichung von Auszügen der Tonbänderklärung, die die französische Journalistin Michele Ray im Juni 1970, als sie den RAF-Kern für ein konspiratives Interview traf, erhielt und dem *Spiegel* zuspielte.²⁴³ Für diese Praxis finden sich im Laufe der 1970er Jahre noch viele Beispiele, auch mit internationaler Ausrichtung, wie etwa der sechsseitige Auszug „aus dem Tagebuch des bolivianischen Guevara-Mitkämpfers Inti Peredo“,²⁴⁴ der von Bewunderung für den Revolutionär Guevara geprägt ist. Aufgrund derartiger Veröffentlichungen – im Jahre 1975 publizierte der *Spiegel* ein brieflich geführtes Interview mit der inhaftierten Kerngruppe der ersten RAF-Generation – sah sich das Blatt scharfer Kritik von konservativer Seite ausgesetzt: 1975 konstatierte Franz Josef Strauss, der *Spiegel* sei „zunehmend zu einem Forum der Verbreitung der Terrorphilosophie der Baader/Meinhof-Bande’ geworden“, wogegen sich das Blatt in einer Hausmitteilung mit dem Hinweis wehrte, Strauss und andere vermengten „Meinung und Dokumentation, die dem Leser ein eigenes Urteil ermöglicht.“²⁴⁵

Tatsächlich wird man nach Analyse der Quellenbasis sagen können, dass sich der *Spiegel* durch diese Art der Berichterstattung um die Aufklärung seiner Leserschaft bemühte sowie um einen offenen und sachlich fundierten Diskurs. Dieses Anliegen lässt sich auch aus einem weiteren Leitmotiv des *Spiegels* ableiten, der ausführlichen und vehementen Kritik an den Zeitungen des Springer-Verlages und der Verlagsleitung selbst. So analysiert der *Spiegel* im Februar 1970 in einer elfseitigen Reportage, die auch einen Kommentar Rudolf Augsteins umfasst, die publizistische Praxis des Springer-Konzerns, damals wie heute der größte Zeitungsverlag Europas. Konstatiert wird eine *Gleichschaltung* sämtlicher Springer-Publikationen, enge Zusammenarbeit mit der CDU/CSU-Opposition und genuine „Nachrichten-Manipulation“.²⁴⁶ Für ausschließliche Leser von Presseerzeugnissen des Axel-Springer-Verlages sei es demnach nicht mehr möglich, sich über das „wahre Tagesgeschehen“²⁴⁷ zu informieren, „wirkliche Motive (...) der Sozial- und Freidemokraten werden zumindest den Lesern der Springerschen Boulevardblätter systematisch

²⁴² *Der Spiegel* 22/1970, S. 89; vergleiche zu dieser Einschätzung auch 3.2.1 und 3.2.2.

²⁴³ *Der Spiegel* 25/1970, S. 74.

²⁴⁴ *Der Spiegel* 40/1970, S. 150-162.

²⁴⁵ *Der Spiegel* 21/1975, S. 3.

²⁴⁶ *Der Spiegel* 5/1970, S. 50/51.

²⁴⁷ Ebd.; Für einige der Befunde wird auf eine vom damaligen Geschäftsführer der SPD, Hans-Jürgen Wischniewski, Bezug, abgehoben. Diese werden aber affirmativ verwendet und durch eigene Recherchen und Urteile des *Spiegel* bestätigt und ausgeweitet.

vorenthalten.“²⁴⁸ Augstein prangert zudem in seinem Kommentar unter dem Titel „Die Böses-Blut-GmbH“ eine sich abzeichnende Vorzugsbeteiligung der Springer-AG am NDR an, die er durch das Stilmittel rhetorischer Fragen als reine Willfährigkeit der Politik gegenüber einem ökonomisch-publizistischen *Big Player* geißelt:

Soll der Beweis immer wieder erbracht werden, dass diese Gesellschaft nur dem gibt, der schon hat, und am meisten dem, der schon am meisten hat? (...) Sollte es mit der Parlaments-Herrschaft doch nicht anders bestellt sein? (...) Springers regionale Stellung ist längst derart, dass Hamburgs Politiker als seine Marionetten erscheinen. Ist das so beabsichtigt?“²⁴⁹

Otto Köhler, ebenfalls Kommentator des *Spiegels*, nimmt Monate später, die Berichterstattung der *Welt* über die anstehende Gründung der Universität Bremen²⁵⁰ zum Anlass heftiger Kritik. Köhler fordert auch angesichts der Möglichkeit marxistisch orientierter Lehrstühle Gelassenheit im Sinne eines Bekenntnisses zum Pluralismus und ideologischer Differenziertheit. Dieses wird der *Welt* abgesprochen, die zwar die Gründung der Universität Regensburg „mit antikommunistischem Kampfauftrag“²⁵¹ Anfang der sechziger Jahre als „gemäßigt konservative Lösung“ bezeichnet habe, gegen die neue Bremer Hochschule nun aber als einer „Kaderschule der Revolution“ wettere. Zudem versucht Köhler, die – in seiner Darstellung unzumutbare – Rechtslastigkeit der *Welt* anhand deren Empfehlungen zur Sache vor Augen zu führen:

„Die rettende Tat, um die ‚Ausbreitung dieses Aberwitzes‘ zu steuern? Nellessen²⁵² hat eine Idee: Was spräche dagegen, wenn zur Balance politischer Kräfte nun auch eine reaktionär fixierte Universität gefordert würde, eine auf den Kapitalismus oder den Katholizismus eingeschworene? Nichts – außer dass es solche in Regensburg oder Würzburg gibt. Nellessen denkt aber auch (...) an eine NPD-Universität: ‚Kann dem Weltbild Thaddens verboten sein, was dem von der Vrings erlaubt ist‘? Das wäre die Rettung. Der Rektor der Adolf-von-Thadden-Universität würde nie gestatten, was der Heidelberger Rektor erlaubte und Nellessen (...) streng rügte; dass nämlich 700 amerikanische ‚Neger-Soldaten eine Protestversammlung ‚Wider die inneramerikanischen Rassenkonflikte‘ abhalten.“²⁵³

²⁴⁸ Ebd., S. 53.

²⁴⁹ Ebd., S. 54.

²⁵⁰ Die Universität Bremen verstand sich unter ihrem SPD-nahen Gründungsrektor Thomas von der Vring als Reformuniversität. Sie schloss auch marxistische Lehrstuhlinhaber nicht prinzipiell von Forschung und Lehre aus.

²⁵¹ *Der Spiegel* 29/1970, S. 60.

²⁵² Bernd Nellessen: der vorrangig für die *Welt* zum Thema der Gründung der Universität Bremen berichtende Redakteur.

²⁵³ *Der Spiegel* 29/1970, S. 60.

In zynischem, aber dadurch noch anklagenderem Ton, will der *Spiegel* die *Welt* hier als Diskurspartner disqualifizieren, indem er deren offensichtlich rassistische Diktion²⁵⁴ zitiert. Fast exemplarisch werden in diesem Zitat die beiden dominierenden, sich antagonistisch gegenüberstehenden politischen Ausrichtungen der sozial-liberalen Ära deutlich: Die Reformpolitik der Regierungskoalition unter den Vorzeichen liberaler Emanzipation auf der einen, und die konservativ-restaurative Linie der Opposition, wobei der *Spiegel* der ersten, die *Welt* der zweiten Richtung zuzuordnen ist.²⁵⁵ In dieser diskursiven Auseinandersetzung sind mit den in diesem Kapitel behandelten Unterthemen des Terrorismus-Diskurses bereits einige der wichtigsten Charakteristika der politisch-publizistischen Linie des *Spiegels* herausgearbeitet. Diese gilt es hinsichtlich ihrer etwaigen Veränderung weiter zu untersuchen, neu hinzutretende zu identifizieren.

6.2.1.2 Das Jahr 1972

Im Jahr 1972, spätestens nach der *Mai-Offensive* der RAF, hatte sich die Terrorismus-Thematik als eigenständiger Diskursstrang etabliert. Damit erweiterte sich die bisherige Berichterstattung um einige wichtige Unterthemen, andere wurden fortgeführt, beides unter Beibehaltung gewisser Publikationspraktiken.

Zu Letzteren gehört die der Dokumentation und des Bereitstellens eines diskursiven Forums auch für widerstreitende Ansichten. Wichtigstes Beispiel hierfür ist im Jahr 1972 die Kontroverse um Heinrich Bölls Essay „Will Ulrike Gnade oder freies Geleit?“,²⁵⁶ in dem er - aufgebracht über vorverurteilende und reißerische Berichterstattung der *Bild-Zeitung*²⁵⁷ - „freies Geleit“ zum Gericht für Ulrike Meinhof forderte, so sie doch kaum mit einem fairen Prozess, sondern vielmehr mit „Demagogie“ zu rechnen habe, und vor „Lynchjustiz“ warnte, zu der die *Bild-Zeitung* aufrufe. Zudem appellierte er unter Hinweis auf die Verfolgten des Nationalsozialismus an die Gnadenfähigkeit der Gesellschaft, die sie gegenüber zahlreichen

²⁵⁴ Selbst wenn für das Jahr 1970 noch eine größere Gebräuchlichkeit bzw. geringere Tabuisierung des Begriffes „Neger“ angenommen wird als für die Gegenwart, so trägt doch der Ausdruck „Neger-Soldaten“ in diesem Zusammenhang eindeutig negative, herablassende Konnotationen.

²⁵⁵ Diese Zuordnung stellt natürlich eine gewisse Vereinfachung dar und hält nicht in jeder Einzelfrage der empirischen Überprüfung stand. Für die im Rahmen dieser Arbeit beabsichtigte Rekonstruktion der zentralen, wirkungsmächtigsten Elemente des Diskursstranges ‚Terrorismus‘ dürfte sie aber so legitim wie zweckdienlich sein.

²⁵⁶ *Der Spiegel* 3/1972, S. 54 ff.

²⁵⁷ Einen Tag nach einem Banküberfall in Kaiserslautern [siehe Chronologie] hatte die *Bild-Zeitung* am 23.11.1971 mit der Schlagzeile „Baader-Meinhof-Bande mordet weiter – Bankraub: Polizist erschossen“ aufgemacht, obwohl zu diesem Zeitpunkt lediglich einige Indizien auf eine Täterschaft der RAF hinwiesen. Tatsächlich war die RAF aber für den Bankraub verantwortlich. Vgl. Peters, Butz, *Tödlicher Irrtum...*, S. 256/57 & Anmerkung 62.

NS-Verbrechern gezeigt habe.²⁵⁸ Dem entgegnete der nordrheinwestfälische Minister Diether Posser mit einer strikten Zurückweisung der NS-Analogien, dem Hinweis auf die streng rechtstaatlichen Verfahren in der BRD und dem Vorwurf, Böll verharmlose die Taten der RAF.²⁵⁹ In einer weiteren Stellungnahme gab Böll Posser „im großen ganzen Recht“, und schrieb, er habe mit seinem Artikel nicht annähernd erreicht, was ihm „vorschwebte: eine Art Entspannung herbeizuführen und die Gruppe, wenn auch versteckt, zur Aufgabe aufzufordern.“²⁶⁰

Ob seiner Analyse herausragend ist der offene Brief Helmut Ensslins, der sich an „all jene Eltern“ richtet, die wie er „von den Verstehensschwierigkeiten ihrer Kinder (...) besonders betroffen worden sind.“²⁶¹ Ensslin rekurriert hier auf die Sinnsuche der Jugend, speziell der Generation der Studentenbewegung, und deren Unbehagen an gesellschaftlichen Verhältnissen und Missständen. Die Studentenbewegung hätte der „Gesellschaft (...) mehr, als geschehen, zu denken geben müssen“, hätte nicht „durch einen Großteil der Presse lächerlich gemacht und – was gegenüber dem positiv ethischen Gehalt dieser Bewegung besondere Leidenschaftlichkeit entfachen musste – kriminalisiert, letztlich aber durch Polizeieinsätze aus der Öffentlichkeit gefegt“²⁶² werden dürfen, so Ensslin.

Neben derartigen Quellenbeiträgen von im Zusammenhang mit dem Terrorismus-Diskurs in der Öffentlichkeit stehenden Personen, veröffentlichte der *Spiegel* aber auch Artikel von RAF-Mitgliedern selbst. Horst Mahler etwa – an der Gründung der RAF entscheidend beteiligt, aber zu diesem Zeitpunkt bereits inhaftiert – ist im Jahr 1972 mit zwei Beiträgen vertreten, in denen er explizit RAF-Ideologie transportiert:

„Allerdings entlarvt der immense Fahndungsaufwand die Propagandalüge von der ‚apolitischen Kriminalität‘ der RAF. Revolutionäre Politik ist notwendig kriminell. (...) Legalität ist wesentlich die Bewahrung von Herrschaft durch Respektierung ihrer Institutionen.“²⁶³

„Überall macht die sozialistische Weltrevolution glänzende Fortschritte. (...) Die Legende von der Apathie der Massen ist nur ein Alibi für Versammlungs- und Zirkelsozialisten. (...) Es hat sich die Einsicht in die Unvermeidlichkeit revolutionärer Gegengewalt eingestellt.“²⁶⁴

Zudem bot der *Spiegel* seinen Lesern Auszüge aus dem für die Praxis der RAF eminent wichtigen *Minihandbuch der Stadtguerilla* des Brasilianers Carlos Marighela²⁶⁵ und mehrere

²⁵⁸ Vgl. Böll, Heinrich, *Freies Geleit für Ulrike Meinhof – Ein Artikel und seine Folgen*, Köln: Kiepenheuer & Witsch, 1972, S. 27.

²⁵⁹ *Der Spiegel*, 5/1972, S. 40/41.

²⁶⁰ *Der Spiegel* 6/1972, S. 60.

²⁶¹ *Der Spiegel* 9/1972, S. 46.

²⁶² Ebd.

²⁶³ *Der Spiegel* 5/1972, S. 30.

²⁶⁴ *Der Spiegel* 8/1972, S. 54.

ausführliche Berichte von RAF-Aussteigern, wie dem Dokumenten-Fälscher Hans-Peter Konieczny²⁶⁶ und dem ehemaligen Freund Ulrike Meinhofs, Peter Homann.²⁶⁷

Dieses Vorgehen lässt neben dem Ansinnen, dem Leser Informationen aus erster Hand zur Verfügung zu stellen, noch ein weiteres erkennen: Das bereits in 6.2.1.1 angesprochene Verstehen der Terroristen und ihrer Beweggründe als Voraussetzung, um diesen adäquatbegegnen zu können. Hinsichtlich dieses Anliegens ist vom Jahr 1970 zum Jahr 1972 eine sowohl quantitative – also die Anzahl einschlägiger Artikel betreffende – als auch eine qualitative – also Länge, Platzierung,²⁶⁸ etc. – Steigerung festzustellen, was mit der durch die ereignisgeschichtlichen Hintergründe erhöhten Brisanz der Thematik korrespondiert. In gewisser Weise agiert der *Spiegel* hierdurch als Anwalt militarisierter APO-Kreise, zumindest aber verweist er durch Aufzeigen von deren Beweggründen auch auf – aus seiner Sicht – Defekte der Funktionsfähigkeit demokratischer Mechanismen und Öffentlichkeit in der BRD. Diese Interpretation lässt sich gut mit dem Auszug aus einem Bericht [kein Kommentar!] über einen Prozess gegen Mitglieder des SPK²⁶⁹ belegen: „Doch dafür gab das Gericht keinen Strafabatt: Weder für die im Ursprung berechtigte Kritik der Huber-Gefolgschaft noch für den Umstand, dass die Polit-Patienten möglicherweise erst von einer verständnislosen Umwelt in die Desperado-Rolle gedrängt wurden.“²⁷⁰ Und noch deutlicher wird das Gesagte in folgendem Zitat aus einem Augstein-Kommentar, das aufgrund seiner Aussagekraft in seiner Ausführlichkeit wiedergegeben werden soll:

„Man muss für möglich halten, dass Baader, Meinhof und Mahler den politischen Verhältnissen dieses Landes und der ganzen Welt auch dann den Krieg erklärt hätten, wenn es keine Globke, (...) Kiesinger, Schröbbers je gegeben hätte. Aber ihre Predigt, diese politische Herrschaft drapiere sich mit Heuchelei, wäre zumindest auf diesem Feld nicht durch Beweise erhärtet worden. Wahr ist, an Ulrike Meinhof vollzieht sich, repräsentativ für zehn Jahrgänge, das Urteil des angesichts der bürgerlich versandeten Revolution Frankreichs in eine lebensgefährliche Krise gestürzten Hegel: bei Strafe des Untergangs müsse der Mensch den Widerwillen gegen die Wirklichkeit überwinden und die Welt ‚als eine selbstständige, im wesentlichen fertige anerkennen‘; müsse, mit unseren Worten, erwachsen werden. Aber wir wollen zugeben, dass wir Sympathie (= Mitleiden) für jene empfinden, die derart zugrunde gehen, und keine Sympathie für jene, die als Erwachsene auf die Welt kamen.“²⁷¹

²⁶⁵ *Der Spiegel* 5/1972, S. 44.

²⁶⁶ *Der Spiegel* 42/1972, S. 36-52.

²⁶⁷ *Der Spiegel* 44/1972, S. 93-96.

²⁶⁸ So findet sich für 1970 keine Titel zum innerdeutschen Terrorismus-Diskurs, für das Jahr 1972 aber derer drei.

²⁶⁹ *Das Sozialistische Patientenkollektiv*, siehe Anmerkung 116.

²⁷⁰ *Der Spiegel* 53/1972, S. 39.

²⁷¹ *Der Spiegel*, 6/1972, S. 28.

An dieser Äußerung wird die Bedeutung des historischen Kontextes besonders deutlich. Nach der *Mai-Offensive* der RAF findet sich keine in ihrem Grad an Empathie vergleichbare mehr, auch wenn der Topos der Suche nach den Ursachen des Terrorismus durchaus bestehen bleibt.

In der folgenden Phase traten aber vermehrt redaktionelle Analysen und Erklärungsversuche des *Spiegels* über Genese und Motivation der RAF zu Tage. Dabei wird, wie auch in den Berichten der Aussteiger – die RAF mitsamt ihrer Ideologie gründlich demontiert. Der Leitartikel zum *Spiegel*-Titel „Bomben in der BRD“²⁷² nennt das „Welt- und Feindbild der Desperados ebenso einfach wie simpel“ und stellt die Aussichtslosigkeit des RAF-Kampfes heraus: „Wie die Gruppe freilich mit Banküberfällen, Einbrüchen und Autodiebstählen die Massen zum bewaffneten Kampf mobilisieren will, blieb bislang ihr Geheimnis. Die Randschichten regten sich nicht“. Und weiter: „...die exotische Strategie findet unter den deutschen Linken kaum Sympathie“.

Als mit diesen Aspekten zusammenhängenden Widerspruch in der Konzeptionen der RAF macht der *Spiegel* zu Recht die Übertragung Südamerikanischer Guerilla-Strategien auf die BRD aus:

„Je mehr freilich die Gruppe (...) Anlehnung bei Marighela (...) und Che Guevara sucht[e], desto mehr geriet ihre Praxis in Widerspruch zu den sozialistischen Lehrmeistern. Denn was immer sie an politischen Maximen verkünden, ist importiert und nicht übertragbar. (...) Den deutschen Stadtguerilleros (...) fehlt die Situation.“²⁷³

Dies ist korrekt herausgearbeitet.²⁷⁴ Bezweifelt werden kann hingegen, ob Massenmobilisierung überhaupt je der Ratio der RAF entsprach,²⁷⁵ auch wenn jede Veränderung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse zumindest eine Teilmobilisierung der Bevölkerung zwangsläufig voraussetzt. Insofern weist der *Spiegel* mit Blick auf die abschreckende Wirkung der Attentate berechtigterweise auf die Absurdität der RAF-Praxis hin.

Diese Absurdität bildet die Hintergrundfolie dafür, dass der *Spiegel* nunmehr auch psychologische und psychoanalytische Erklärungsmuster für das Vorgehen der RAF anbietet:

„Der Psychologe Richter beurteilt die Gruppe so: ‚Man fühlt sich noch stark genug, alle Insassen eines Hochhauses oder gar die ganze Bevölkerung in Panik zu versetzen – das ist die letzte Möglichkeit, die bedrohte Gruppenidentität abzustützen‘. (...) Der Giessener Psychoanalytiker Tobias Brocher erkennt

²⁷² Hier und im Folgenden: *Der Spiegel* 23/1972, S. 33.

²⁷³ *Der Spiegel* 24/1972, S. 30.

²⁷⁴ Vgl. 4.2.1.

²⁷⁵ Vgl. ebd.

ähnliche Symptome – ‚einen phantastischen Omnipotenzrausch‘; einen ‚Rückfall in unbewältigte kindliche Machtphantasien: Wenn die Welt, die man vorfindet, derart enttäuschend ist, soll alles kaputtgehen.‘²⁷⁶

Diesem neuen Element der *Spiegel*-Berichterstattung, einer zumindest graduellen Psychopathologisierung der RAF-Mitglieder, entspricht auch die verstärkte Behandlung von Biographischem und die Erstellung von individuellen Charakteristiken.²⁷⁷

Das Fazit, das der *Spiegel* für die innenpolitische Lage in der BRD zieht, ist mit einem Satz zu fassen: „So gibt es denn auch nach den jüngsten Bombenanschlägen (...) keinen Zweifel daran, dass die anarchistischen Gewaltakte den Rechten nutzen“. Damit setzt zu diesem Zeitpunkt ein weiteres Unterthema des Terrorismus-Diskurses im *Spiegel* ein: Der Appell an Vernunft und Mäßigung, der Versuch, gegen eine Hysterisierung der Öffentlichkeit und des öffentlichen Diskurses anzuschreiben. Als bereits wenige Wochen nach der *Mai-Offensive* die gesamte RAF-Führungsspitze verhaftet ist, hält das Magazin „Erleichterung, Gelassenheit, Augenmaß“²⁷⁸ für angemessen, und greift *Bild*, *Welt* und *Quick* scharf für deren aktuelles „Gezeter um ‚die Sympathisanten‘“²⁷⁹ und unsachgemäße Berichterstattung an:

„‚Quick‘ prophezeite ‚für die nächsten Wochen und Monate‘ einen ‚Kampf gegen 65 000 ausländische Terroristen in Deutschland‘, und Springers ‚Bild‘ verkündete in elf Zentimeter hohen Schlagzeilen: ‚Aufstand in Deutschland geplant‘. Beide Blätter bezogen ihre Visionen aus den Archiven des Verfassungsschutzes und des Bundeskriminalamtes – Altpapier aus dem Jahre 1971, aufgebügelt zur aktuellen Panikmache.“²⁸⁰

Der *Spiegel* bekämpfte solcher Art „Panikmache“, bot jene doch – so erfolgreich – eine geeignete Vorbedingung für eine Deliberalisierung der Gesellschaft oder gab sogar erst den Anstoß hierzu. Deshalb wandte er sich auch scharf gegen die ersten faktischen Anzeichen eines dahingehenden Wandels, die zunehmend pauschale Verurteilung politisch links angesiedelter Bürger als potentielle oder tatsächliche Unterstützer, zumindest aber Wegbereiter und Helfershelfer des Terrorismus; und die parallele Zunahme staatlicher Repressionsmaßnahmen gegen die selbe Bevölkerungsgruppe. Ersteres charakterisiert der *Spiegel* als eine Art Hexenjagd im Miller’schen Sinne, bei der Realitätssinn, Verhältnismäßigkeit oder gar Toleranz ad acta gelegt bzw. bewusst zu beseitigen versucht

²⁷⁶ *Der Spiegel* 23/1972, S. 30.

²⁷⁷ Vgl. etwa: *Der Spiegel* 24/1972, S. 24 & S. 31; *Der Spiegel* 27/1972, S. 62-67.

²⁷⁸ *Der Spiegel* 27/1972, S. 60.

²⁷⁹ Ebd.

²⁸⁰ Ebd.

würden. Im Visier des *Spiegel* stehen einmal mehr besonders die Publikationen aus dem Hause Axel Springer:

„Gesellschaftliche Veränderung, Sozialismus gar, erfülle sich in ‚Explosionsgewalt‘ – so Rechtsschreiber wie Herbert Kremp, ein Mann von der ‚Welt‘. Sie fordern mehr Staat und offenbar alle Köpfe, die anders als Barzel denken. (...) Aufs Forum gezerrt wurden Liberale wie Linke, und vierzehn der pauschal Gescholtenen, unter ihnen Ernst Bloch, Walter Jens und Uwe Johnson, beschwerten sich beim Deutschen Bundestag über die ‚einseitige Diskriminierung linker Staatsbürger‘.²⁸¹

Direkt wendet sich der *Spiegel* in diesem Zitat gegen die von konservativer Seite immer häufiger angewandte Argumentationslinie, der Ausbau innergesellschaftlicher Demokratie, Partizipation und Emanzipation, ja der gesellschaftspolitische Reformismus selbst, trage die Tendenz zu Gewalt oder Terrorismus in sich. Dabei handelt es sich um eine Auseinandersetzung, die schon in den Jahren der Studentenbewegung angelegt wurde, sich aber durch das Auftreten genuinen Terrorismus neu entfachte, im Laufe der 1970er Jahre steigerte, um schließlich im Herbst 1977 zu kulminieren. Aus Sicht des Hamburger Magazins wurde dabei oft *Gesinnungsschnüffelei* betrieben, etwa wenn Reporter von *FAZ* und *Welt* linke Verlage zu denunzieren versuchten, weil bei diesen „Bomben (...) als Paperbacks über den Ladentisch gehen“.²⁸² In den zugrunde liegenden Fällen positioniert sich der *Spiegel* klar als Anwalt einer liberalen öffentlichen Auseinandersetzung und Verteidiger von Meinungsfreiheit, auch im Falle der Publikation von Guerilla-Literatur.²⁸³

Was die staatliche Seite anbetrifft, so monierte der *Spiegel* bereits vor den Anschlägen des Mai 1972, dass in Nordrheinwestfalen Beamte und Bewerber für den öffentlichen Dienst „ohne eindeutige Rechtsgrundlage“²⁸⁴ suspendiert oder gar nicht erst eingestellt werden sollten. Monate später kreidet er den Ermittlungen gegen Gudrun Ensslins Rechtsanwalt Otto Schily an, dass dieser von der Verteidigung ausgeschlossen worden sei, „ohne ihm rechtliches Gehör zu gewähren (...) und obwohl es für eine solche Maßnahme keine Grundlage in westdeutschen Gesetzen gibt.“²⁸⁵ Vier Wochen später spricht der *Spiegel* von einer „Justizaffäre“, in der „ranghöchste Kriminalisten und Juristen in der Bundesrepublik in Verdacht [geraten], die Existenz eines renommierten Strafverteidigers leichthin aufs Spiel gesetzt zu haben – mit Argumenten, die im Widerspruch zu den Tatsachen stehen.“²⁸⁶ Im

²⁸¹ *Der Spiegel* 27/1972, S. 61/62.

²⁸² *Der Spiegel* 28/1972, S. 109.

²⁸³ Ebd.

²⁸⁴ *Der Spiegel* 18/1972, S. 44.

²⁸⁵ *Der Spiegel* 32/1972, S. 29.

²⁸⁶ *Der Spiegel* 36/1972, S. 63.

Hamburger Prozess gegen Werner Hoppe²⁸⁷ seziert der *Spiegel* detailliert Schwachstellen und Widersprüchlichkeiten der Anklage und bezeichnet diese letztlich als „dubios“.²⁸⁸

Worauf der *Spiegel* also pocht, ist die strikte Einhaltung rechtsstaatlicher Grundsätze und Verfahrensweisen, auch und gerade im Zusammenhang mit Terrorismus. Dabei wäre es aber unangemessen, dem Blatt die Propagierung einer laxen oder gar Terroristen begünstigende Haltung zu unterstellen, wird doch im selben Artikel wegen eines erfolgreich aus der Haft herausgeschmuggelten Kassibers von Gudrun Ensslin beanstandet, „wie schlampig die Sicherheit sogar dort gehandhabt wird, wo sie an höchster Stelle überwacht werden soll: in Karlsruhe beim Bundesgerichtshof.“²⁸⁹

6.2.1.3 Das Jahr 1975

Im Jahr 1975, das mit dem Überfall auf die deutsche Botschaft in Stockholm durch ein RAF-*Kommando* einen wichtigen Höhepunkt in der Anthologie des Terrors markiert, ist für die Berichterstattung des *Spiegels* ein hohes Maß an Kontinuität und politischer Stringenz zu konstatieren. Dies wird unmittelbar deutlich, analysiert man die Artikel zu dem zuletzt behandelten Unterthema des Terrorismus-Diskurses, dem der Rechtsstaatlichkeit.

Einer der ausführlichsten Artikel zu diesem Unterthema erscheint anlässlich der Prozesseröffnung gegen den Führungskern der ersten RAF-Generation in Stuttgart-Stammheim. Dort hebt der Verfasser zunächst auf eine politische Neuausrichtung der SPD ab, die sich unter dem Eindruck des Terrorismus der vergangenen Jahre und dem „ständig wiederholten Vorwurf, sie sei zu lasch nach links“,²⁹⁰ stetig nach rechts bewegt habe, um danach der Gesamtheit der im Bundestag vertretenen Parteien vorzuwerfen, sie verlören nach dem Stockholmer Attentat den Maßstab für das in der Terrorismusbekämpfung rechtstaatlich Gebotene:

„Als habe man auf dieses Alibi gewartet, überbieten sich Bonns Parteien in der Sicherheitspolitik, (...) spendieren Millionen für Verfassungsschutz und Bundeskriminalamt, ändern das Strafprozessrecht, (...) – und schießen dabei womöglich weit übers Ziel hinaus. (...) Die Frage steht, wie viel von alledem Sicherheitspolitik mit Augenmaß ist, und wie viel Abwehrreflex, schiere Reaktion auf eine Zeiterscheinung ist, die alle irritierte, vor allem die Handlungsbevollmächtigten des Staates.“²⁹¹

²⁸⁷ Werner Hoppe war 15. Juli 1972 nach einer Schießerei mit der Polizei, bei der das RAF-Mitglied Petra Schelm erschossen wurde, festgenommen und wegen mehrfachen versuchten Mordes angeklagt worden.

²⁸⁸ *Der Spiegel* 28/1972, S. 54.

²⁸⁹ Ebd.

²⁹⁰ *Der Spiegel* 21/1975, S. 36.

²⁹¹ Ebd.

Der *Spiegel* befürchtet und warnt hier vor zweierlei: Zum einen vor einer zunehmenden Verschiebung des Schwerpunktes der Innen- und Sicherheitspolitik nach rechts, einhergehend mit einer kontinuierlichen Expansion staatlicher Befugnisse und polizeilicher Tätigkeit. Zum anderen eine daraus resultierende, womöglich substantielle und irreversible Beschädigung des Rechtsstaates. Affirmativ zitiert das Blatt deshalb in demselben Artikel den Tübinger Professor für Strafrecht Jürgen Baumann, der kritisiert: „Zu leicht (...) vergibt man grundsätzliche rechtsstaatliche Positionen, um einer augenblicklichen Bedrohung des Rechtsstaates begegnen zu können. Dabei schadet man seinem Ziel oft mehr, als Nutzen herauskommt.“²⁹² Zudem sieht der *Spiegel* durch den beschriebenen (rechts-)politischen Trend die Reformpolitik der ersten sozial-liberalen Koalition allgemein in Gefahr, die er wohlwollend begleitet hatte und mit dem stark positiv konnotierten Begriff „Fortschritt“²⁹³ bezeichnet. Festgemacht wird dies wiederum am „Abbau des liberalen Rechtsstaates“,²⁹⁴ der mit einer Verabschiedung der Antiterrorgesetze²⁹⁵ des Justizministers Vogel beginne, und mit dem letztendlich die RAF ihrem Ziel näher komme.²⁹⁶ Der angerissene Aspekt der Polizeitätigkeit wird bereits als Symptom für eine zum Stillstand kommende Reformierung der Gesellschaft oder gar deren Reversion gekennzeichnet. Bei der Polizei, bis zum Ende der sechziger Jahre noch von stark militärisch-autoritärer innerer Verfasstheit,²⁹⁷ hatte zu Beginn der 1970er Jahre ein Reformprozess eingesetzt, der vom *Spiegel* begrüßt wurde. Durch den Terrorismus allerdings sah das Blatt diesen nun gestoppt: „Restaurativer Muff“²⁹⁸ halte wieder in die Polizeischulen Einzug, und statt mehr Bürgernähe präsentiere sich die Polizei „wehrhafter denn je“.²⁹⁹

Die linksliberale Kritik des *Spiegel* an der Einführung des Begriffs der Befürwortung von Straftaten als einem „der notorisch gefährlichen Generalklauseln, gemeinhin Gummiparagrafen genannt“,³⁰⁰ und damit potentiell idealem Mittel zur strafrechtlichen Verfolgung einer extrem unscharf definierten Gruppe von Sympathisanten der RAF, leitet über zu der im Jahr 1975 sich auch im Ton verschärfenden Klage gegen pauschale Verurteilungen politisch linksgerichteter Personen. Die Praxis der vergrößernden Vorverurteilung prangert der *Spiegel* in nun fast polemischem Tonfall an:

²⁹² Ebd., S. 42.

²⁹³ *Der Spiegel* 24/1975, S. 30.

²⁹⁴ Ebd.

²⁹⁵ Vgl. 5.1. und 8.2.

²⁹⁶ *Der Spiegel* 24/1975, S. 30.

²⁹⁷ Vgl. 3.2.2.

²⁹⁸ *Der Spiegel* 21/1975, S. 37.

²⁹⁹ *Der Spiegel* 18/1972, S. 27.

³⁰⁰ *Der Spiegel* 49/1975, S. 89.

„Dankbar und weidlich hegten, rechts von der Mitte, Politiker und Publizisten die Schmähe vom roten Sumpf. In einem Atemzug gelang etwa einem Bonner CSU-Pressedienst die Aufzählung von Anarcho-Anwälten, Gefangenenkollektivs und pseudointellektuellen Hilfstruppen in den Massenmedien, von sozialistischen Akademikern und Literaten.“³⁰¹

Sichtbar aus der Annahme heraus, selbst angegriffen zu sein, wirkt das Magazin mit solcher Polemik ebenfalls an der Vergiftung und Verunsachlichung des Terrorismus-Diskurses mit, die es im selben Artikel anprangert:

„Aus keinem anderen Kapitel Nachkriegsgeschichte wurde mittlerweile soviel politischer Zunder entflammt wie aus dem Spannungsfeld zwischen Baader-Meinhof und der Republik. Nichts und niemand belastete auch nur annähernd das politische Klima im Staate so erheblich – vor allem weil Schlussfolgerungen aus Bombenknall und Geiselnahme fast nur in holzschnitthafter Vergrößerung abgetauscht wurden.“³⁰²

Der *Spiegel* läuft so Gefahr, den eigenen, in 6.2.1.2 geschilderten Versuch zu sabotieren, stetig auf Mäßigung und Nüchternheit der Diskursteilnehmer hinzuwirken; selbst wenn man zu Grunde legt, dass er dies nur in Reaktion auf die Polemisierung anderer tut. Zu diesem Zeitpunkt hatte die öffentliche Debatte erkennbar eine Stufe erreicht, auf der trotz der viel beschworenen *Solidarität der Demokraten* antagonistische Positionierungen in solch scharfer Form etabliert worden waren, dass deren Überwindung kaum noch möglich schien, und die Spitzen von Regierung und Opposition sich allenthalben in gegenseitigen Schuldzuweisungen ergingen. Auch wenn er sich, wie gesehen, selbst diesem Mechanismus nicht in Gänze zu entziehen im Stande ist, so verurteilt der *Spiegel* letzteres Verhalten beider Seiten,³⁰³ zunächst noch mit eindeutiger Tendenz zur Kritik vor allem der CSU-Rhetorik. Im Falle von Franz Josef Strauß detektiert das Magazin nach der Entführung von Peter Lorenz eine Strategie, die „Sozialliberalen der geistigen Komplizenschaft mit den Terroristen“ zu bezichtigen, und ihnen so „eine moralische und politische Mitschuld“³⁰⁴ am Terrorismus anzulasten. Anheim gestellt ist dem betreffenden Artikel ein Kommentar Rudolf Augsteins, der die These

³⁰¹ *Der Spiegel* 21/1975, S. 34/36.

³⁰² Ebd., S. 34.

³⁰³ So kritisiert er den Baden-Württembergischen Ministerpräsidenten (CDU), der der sozial-liberalen Koalition vorwarf, sie „habe einen ‚Zeitgeist‘ heraufbeschworen, der zur ‚Staatsverspottung reizt‘; gleichzeitig aber auch den Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion Herbert Wehner dafür. Dass er Franz Josef Strauß öffentlich bescheinigte, er sei „geistig ein Terrorist“; *Der Spiegel* 21/1975, S. 36.

³⁰⁴ *Der Spiegel* 11/1975, S. 19; Das vom *Spiegel* zur Untermauerung dieser These angeführte Strauß-Zitat lautet: „...dann möchte ich wissen, wie viele Sympathisanten der Baader-Meinhof-Verbrecher in der SPD- und der FDP-Fraktion in Bonn drinsitzen. Es ist ein ganzer Haufen“.

aufstellt, es hätten sich „mit fast mathematischer Sicherheit“³⁰⁵ mehr Anschläge und Attentate ereignet, wäre in den letzten Jahren statt einer sozial-liberalen Koalition die CDU/CSU in der Regierungsverantwortung gestanden. Zunehmend aber bezieht der *Spiegel* auch die SPD mit in seine Kritik ein, wofür besonders der *Radikalen-Erlass* vom Januar 1972 und dessen Auswirkungen verantwortlich zeichnet. Die für den *Spiegel* aus diesem Gesetz resultierende „Gesinnungs-Schnüffelei“, die „inquisitorische Praxis einer Linkenhatz“, werde zwar „vor allem in Unions-“, aber eben auch „in SPD-geführten Bundesländern betrieben“.³⁰⁶

Der *Spiegel* verurteilt die allgemein-prophylaktische Verdächtigung linker Anwärter für den öffentlichen Dienst, die für ihn durch die so genannte Regelanfrage beim Verfassungsschutz generiert wird, als illiberale Diskriminierung. Die hierfür angewandte publizistische Strategie enthält auch ein Element, welches eine Verbindung zwischen dem Magazin und Positionen der Neuen Linken herstellt: Den Topos der NS-Belastung der bundesdeutschen Justiz und der daraus resultierenden Gefährdung ihrer Überparteilichkeit und Neutralität. So schildert der *Spiegel* die Fälle zweier angehender Lehrerinnen, denen wegen ihrer Mitgliedschaft in der DKP der Zugang zum Schuldienst höchstrichterlich verweigert wurde. Daraufhin wird ausführlich die NS-Verstrickung eines der Richter ausgebreitet, um mit dem Appell zu schließen:

„Es geht darum, dass die Justiz weiterhin an Diskriminierung mitwirkt oder Diskriminierung ermöglicht, wo sie sich – angesichts ihrer Vergangenheit unter Hitler, angesichts ihrer zur ‚Endlösung‘ führenden Bereitschaft, den Tatbestand ‚Rassenschande‘ zu akzeptieren – selbst dem geringsten Ansatz zur Diskriminierung entgegenstellen sollte.“³⁰⁷

Anknüpfend an diese eher punktuelle Kritik sei zuletzt auf einen Essay Rudolf Augsteins hingewiesen, der ob seiner geradezu universalistischen Ausrichtung bemerkenswert ist. In Wiederaufnahme des bereits etablierten Motivs, den Terrorismus und seine Ursachen verstehen zu wollen,³⁰⁸ bettet der *Spiegel*-Herausgeber seine Thesen zur Genese des Terrorismus in eine philosophisch inspirierte Analyse der Gegenwart ein. Diese, so Augstein, sei von einer Tendenz zur Anarchie – verstanden als das Gegenteil von Herrschaft – geprägt, die der immer komplexeren Organisation hoch technisierter und funktional ausdifferenzierter Gesellschaften inhärent und folglich unvermeidlich sei. Daraus ergäben sich für gewisse Menschen existentielle Fragen, die Augstein wie folgt umschreibt: „Wie, wenn das Gefühl,

³⁰⁵ Ebd., S. 20.

³⁰⁶ *Der Spiegel* 28/1975, S. 21.

³⁰⁷ *Der Spiegel* 32/1975, S. 34.

³⁰⁸ Vgl. 6.2.1.2.

die menschliche Gesellschaft habe sich versteuert (Arnold Gehlen) und taumele nun auf ihrem Planeten hilflos durch den Weltraum, in einerseits sensiblen und andererseits kriminell aufladbaren Naturen explodierte?“³⁰⁹ Anarchisten und Terroristen werden so als „Produkt“ einer real vorhandenen Anarchie der Weltordnung dargestellt, als „sensible und psychisch anfällige Sensoren, ganz sicher so sehr Opfer wie Täter, auch sie in Lücken angesiedelt, die der Erforscher von Flora und Fauna ‚ökologische Nischen‘ nennt.“³¹⁰ Diese Nische wäre im Falle der RAF ein revolutionäres „Weltgefühl“, und Augstein legt nahe, dass damit versucht werde, ein dem Menschen prinzipiell eigenes Streben nach dem Metaphysischen zu befriedigen; freilich vergebens und deshalb auf zunehmend verzweifeltere und aggressivere Weise.

Der Essay stellt einen markanten Höhepunkt in dem Bemühen um Deutung und Verstehen des Terrorismus dar, sowohl hinsichtlich seines umfassenden Ansatzes wie seiner Thesenfreudigkeit. Stellt man die im Jahr 1975 erreichte, bereits ausführlich skizzierte Schärfe des Terrorismusdiskurses in Rechnung, macht sich der *Spiegel* mit dieser empathisch-nachdenklichen Veröffentlichung stark angreifbar, beweist aber gerade wegen dieses Umstandes auch einen konsequenten Willen zur offenen Debatte ohne Vorzensur. Dabei muss dem Herausgeber ein signifikantes Maß an Reflexion zugesprochen werden, decken sich doch gerade die existentialistischen Aspekte von Augsteins Beitrag weitgehend mit Positionen der aktuellen historischen Forschung zur RAF-Genese und Motivationslage ihrer Mitglieder.³¹¹

6.2.1.4 Das Jahr 1977

Das Jahr 1977 stellt in mehrfacher Hinsicht eine Zäsur im Diskurs über den Terrorismus der RAF dar, zunächst natürlich durch die ereignisgeschichtlichen Vorgaben: Mit den Morden an Siegfried Buback, Jürgen Ponto und Hanns Martin Schleyer fallen drei exponierte Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Staat der RAF zum Opfer, zudem stießen die Terroristen mit dem durch internationale Kooperation zu Stande gekommenen Hijacking einer Lufthansa-Maschine in neue Dimensionen vor, was die Schleyer-Entführung in ihrer Endphase noch erheblich dramatisierte. Diese neue Qualität des Terrors zeitigte im Herbst des Jahres – auf dem auch der Schwerpunkt dieses Kapitels liegt – als Resultat eine Dominanz des Terrorismus-Diskurses über alle anderen im gesellschaftlichen Gesamtdiskurs vorhandenen

³⁰⁹ *Der Spiegel* 23/1975, S. 27.

³¹⁰ Ebd.

³¹¹ Vgl. 4.1.1.

Diskursstränge, was in der Auswertung des *Spiegels* schon auf quantitativer Ebene deutlich wird: Von den 16 zwischen Beginn der Schleyer-Entführung und Jahresende erschienen Ausgaben hat durchschnittlich jede zweite Titelgeschichte den Terrorismus oder eines seiner Unterthemen zum Gegenstand.³¹² Das Ende des Jahres 1977 bildet also zunächst hinsichtlich des Stellenwertes des Terrorismus-Diskurses einen Einschnitt, denn ein vergleichbarer war seit 1970 zu keiner Zeit erreicht worden, Terrorismus war bis dato maximal eines von mehreren innenpolitischen Hauptthemen, jedoch nie von beherrschender Bedeutung gewesen. Durch die Massivität und Dramatik der Ereignisse erfuhr der Diskurs aber nicht nur eine quantitative Expansion, sondern auch eine qualitative Veränderung: Der Druck, subjektiv wie objektiv, zu kollektiven Grenzziehungen und demonstrativen Positionierungen gegen den Terror erhöhte sich drastisch und bedeutete auch und gerade für kritische Publizistik eine Einengung von Spielräumen und Toleranzgrenzen. Selbiges galt für den öffentlichen Druck auf die politisch Verantwortlichen, entsprechend zu handeln.³¹³ Dies alles ist während der Analyse der Berichterstattung des *Spiegels* in dieser Zeit mit zu bedenken, um zu einer angemessenen Einordnung und Bewertung zu gelangen.

Tatsächlich scheint vor diesem Hintergrund eine Verschärfung der publizistischen Linie feststellbar, die sich besonders an dem verwendeten Vokabular festmachen lässt, denn es tauchen nun in der Berichterstattung des *Spiegels* gehäuft Begriffe aus dem Bereich des Krieges und des gemeinen Verbrechens auf. Bereits in der ersten Ausgabe nach der Schleyer-Entführung titelt das Magazin: „Killer-Krieg gegen den Staat – Geisel Schleyer“,³¹⁴ womit schon zu Beginn des *Deutschen Herbstes* ein verbaler Höhepunkt gesetzt ist, den der *Spiegel* hinsichtlich seiner hysterischen und alarmistischen Tonlage fortan nicht mehr überbieten wird. Der Topos des Krieges wird weitergeführt,³¹⁵ ergänzt durch die Charakterisierung der Terroristen als bloße Kriminelle: Diesen, bislang nahezu ausschließlich als Anarchisten oder Terroristen bezeichnet, werden nun ab September 1977 andere, weit emotionaler gefärbte und unsachlichere Beschreibungen zugewiesen, darunter die Begriffe „Schergen“, „Gangster“³¹⁶ und „schießwütige Killer“.³¹⁷ Herausragend ist in diesem Zusammenhang die Bezeichnung

³¹² *Der Spiegel* 38/1977-53/1977.

³¹³ So sprachen sich nach einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Emnid unmittelbar nach der Entführung H-M. Schleyers 67 Prozent der Bundesbürger für einen ‚harten Kurs‘ gegenüber dem Terrorismus aus und befürworteten die Wiedereinführung der Todesstrafe für gefasste Terroristen; *Der Spiegel* 39/1977, S. 26.

³¹⁴ *Der Spiegel* 38/1977

³¹⁵ Vgl. dazu etwa die militärisch konnotierte Diktion im Titel des *SPIEGEL* 39/1977: „Der Staat geht in Stellung – Sondergesetzte gegen Terroristen“.

³¹⁶ Beide: *Der Spiegel* 38/1977, S. 17-21.

³¹⁷ *Der Spiegel* 39/1977, S. 23.

„Intelligenz-Gangster“³¹⁸ für Mitglieder der RAF, eröffnet diese doch eine Vielzahl negativer Assoziationen und ist selbst in diesem prekären Zeitabschnitt des Terrorismus-Diskurses in seiner pauschalisierend antiintellektuellen Ausrichtung für den *Spiegel* ungewöhnlich. So wird der geschilderte Strukturwandel der Berichterstattung unterstrichen, mit dem der *Spiegel* zu einem gewissen Maß die bis dato durchaus konsequent verfolgte Position berühmter Sachlichkeit und Gelassenheit aufgibt, und sich zumindest punktuell der konservativen Diskursstrategie³¹⁹ annähert.

Dieser Befund sollte allerdings keinesfalls überbewertet werden, denn auch unter den verschärften Bedingungen des *Deutschen Herbstes* bleiben – allen Widersprüchlichkeiten zum Trotz – die bislang als Kernelemente der publizistischen Linie des *Spiegels* herausgearbeiteten Motive erhalten. Zentral ist dabei der Versuch, auf eine nüchterne und differenzierte öffentliche Auseinandersetzung hinzuwirken, was exemplarisch an der Behandlung des Unterthemas der Sympathisanten beobachtet werden kann. Die inflationäre und teils gewollt unreflektierte Verwendung dieses Begriffes kritisiert der *Spiegel* auf entschiedene Weise:

„Sympathisant, soviel wird bei soviel Sympathisanten-Gerede klar, ist jeder, der dafür gehalten wird. Die Bezeichnung kommt einer Worthülse gleich, die alle Tage irgend jemandem an den Kopf geworfen wird, randvoll mit Verdächtigungen und bar jeder Präzision. Der schwammige Begriff ist vielmehr zu einem Sprachknüppel des politischen Kampfes geworden.“³²⁰

Zwar ist zu problematisieren, dass der *Spiegel* nach dieser zutreffenden Analyse zum einen keine präzise Definition des Begriffes liefert, und ihn zum anderen dennoch weiterhin selbst verwendet: So spricht Rudolf Augstein in einem Kommentar vom RAF-Terrorismus als „Tugendterror“, der, „wenn nicht zuallererst, so doch auch von Sympathisanten“³²¹ lebe, und übernimmt damit sogar die inquisitorisch-anklagende und dabei unscharfe Bedeutungsdimension der Vokabel. Dennoch bleibt die versachlichende Grundlinie erhalten, da differenzierende Beiträge bei weitem überwiegen. Expliziert verteidigt der *Spiegel* in einer insgesamt mehr als hundert Seiten umfassenden Serie zum Thema Sympathisanten Liberale wie den Freidemokraten Professor Ulrich Klug, der, nachdem er als „Justiz-Staatssekretär in Düsseldorf BM-Häftlingen dienstliche Besuche abstattete“, einer „Rufmord-Kampagne“³²² ausgesetzt worden sei, obwohl er lediglich der *Isolationsfolter*-Kampagne habe

³¹⁸ Ebd.

³¹⁹ Vgl. 6.3.1.

³²⁰ *Der Spiegel* 41/1977, S. 30.

³²¹ Ebd., S. 29.

³²² Ebd., S. 45.

entgegenwirken wollen. Und besonders Denkern und Literaten – den „engagierte[n] Humanisten“³²³ – wird Verständnis gezollt für ihr Dilemma, kritisch denken zu wollen, dabei aber die Gefahr des Missverstanden-Werdens nicht ausschließen zu können: „Ein Restrisiko bleibt für diesen Typ der Intelligenten immer, wenn er nicht ablassen will, zu zweifeln und zu fragen, wo für andere längst das letzte Wort gesprochen ist.“³²⁴ Der *Spiegel* nennt es „Ansätze zu gedankenpolizeilicher Großfahndung wie zu den Zeiten des Senators McCarthy“,³²⁵ Personen aufgrund deren differenzierter Äußerungen an den Pranger der Öffentlichkeit zu stellen.³²⁶

Hieran anknüpfend findet sich im *Deutschen Herbst* erneut und ebenfalls in verschärfter Form die Inschutznahme der Sozialdemokraten, verbunden mit einer Kritik des Agierens von CDU und CSU. Den Christdemokraten wird attestiert, sie betrieben eine „Hexenjagd“, bei der schon derjenige als Sympathisant gebrandmarkt werde, „der Baader/Meinhof-Gruppe statt – Bande“³²⁷ sage. Zweck dieser Strategie sei, den Sozialdemokraten und deren Reformpolitik eine Mitschuld am Terrorismus anzulasten um daraus politisch Kapital zu schlagen:

„Schon beginnt im Unions-Lager die Mobilmachung gegen die Sozialdemokraten, die als Hauptschuldige für das Anwachsen des Terrorismus geächtet werden sollen. Von der Liberalisierung des Strafrechts über antiautoritäre Kindererziehung bis hin zu der Bekanntschaft zwischen SPD-Chef Willy Brandt und dem von der Union und der Rechtspresse als Meinhof-Sympathisant angeklagten Schriftsteller Heinrich Böll – alles soll in Wahlkampfmunition gegen die Sozialdemokraten umgegossen werden.“³²⁸

Diese Verteidigung der Sozialdemokratie gegen politisch-strategisch motivierte Angriffe der CDU/CSU bedeutet allerdings keine pauschale Parteinahme, vielmehr positioniert sich der *Spiegel* auch in dieser dramatischen Endphase des Terrorismus-Diskurses noch deutlich links der SPD, und damit gegen den aus den gehäuften Attentaten der RAF resultierenden gesamtgesellschaftlichen Trend³²⁹ zum *starken Staat*. Während der Schleyer-Entführung schreibt das Blatt, ein Mehr an Polizei bedeute „in der Terror-Szene nicht unbedingt mehr Sicherheit, sondern vermutlich mehr Sympathisanten,³³⁰ mehr Attentate, mehr

³²³ Ebd. S. 47.

³²⁴ Ebd.

³²⁵ Ebd.

³²⁶ Vgl. dazu auch den Beitrag von Jürgen Habermas in: *Der Spiegel* 42/1977, S. 32.

³²⁷ *Der Spiegel* 39/1977, S. 24.

³²⁸ Ebd.

³²⁹ Vgl. Hauptteil 5. und Anmerkung 259.

³³⁰ Hier wird der Begriff *Sympathisanten* in Anführungszeichen gesetzt; ein weiteres Beispiel für die Uneinheitlichkeit, wenn nicht Unsicherheit des *SPIEGEL* hinsichtlich dieses Terminus.

Geiselnahmen.³³¹ Und auch nach der Entführung der *Landshut* mahnt der *Spiegel* Mäßigung an:

„Man wird es leid, und darf doch nicht müde werden anzuzeigen, dass die deutsche Staatsmacht nur zu den maßvollsten, zu den allernotwendigsten Mitteln greifen darf, sonst gefährdet sie Menschenleben zusätzlich (...) Man kann das sicherlich typisch deutsche Spiel der Terroristen mitspielen, indem man, entgegen allem Augenmaß, auf typisch deutsche Weise zuviel tut.“³³²

Mit dem zweiten Teil dieses Zitates stellt der *Spiegel* durchaus Verständnis der terroristischen Ratio unter Beweis, denn tatsächlich entsprach die Provokation des Staates zu verschreckenden Überreaktionen dem Kalkül der RAF und war integraler Bestandteil ihres Rekrutierungsmechanismus.³³³ In ihrer Gesamtheit illustrieren die angeführten Zitate das konstante Eintreten für den Erhalt rechtsstaatlicher Garantien und die strikte, fast prinzipielle Gegnerschaft zu legislativen Neuregelungen, mittels derer dem Terrorismus begegnet wurde. Am Ende des Jahres sieht das Magazin in diesem Punkt bereits viel Schaden angerichtet, ein *Spiegel*-Titel trägt im Dezember 1977 die Überschrift „Der ramponierte Rechtsstaat“.³³⁴

Abschließend lässt sich auf Basis der systematischen Analyse der im *Spiegel* zwischen den Jahren 1970 und 1977 erschienen Artikel und Beiträge zum Terrorismus-Diskurs ein klares Fazit ziehen. Es ist insgesamt zu konstatieren, dass das Magazin über den gesamten Betrachtungszeitraum hinweg mit relativ hohem Maße an Konsequenz eine politische publizistische Linie verfolgt, die sich wesentlich aus folgenden Hauptelementen konstituiert: Verteidigung und Einforderung eines liberalen Rechtsstaates, Anmahnung politischer Besonnenheit und damit verbunden Förderung und Propagierung eines politischen Klimas der Offenheit und der Toleranz. Die Phase des *Deutschen Herbstes* mit ihrer teils zur Hysterie tendierenden Verschärfung des öffentlichen Diskurses bedeutet für den *Spiegel* einen Lackmustest, der aber weitgehend positiv ausfällt: Der *Spiegel* hält trotz der für seine Positionen ungünstigen bis antagonistischen diskursiven Trends im Prinzip an obigen Positionen fest.³³⁵

6.2.2 *Frankfurter Allgemeine Zeitung*

6.2.2.1 Das Jahr 1970

³³¹ *Der Spiegel* 39/1977, S. 22.

³³² *Der Spiegel* 45/1977, S. S. 24.

³³³ Vgl., 4.1.2 und 4.2.1.

³³⁴ *Der Spiegel* 50/1977, S. 32.

³³⁵ Damit ist dem Befund von Hanno Balz, der *Spiegel* sei spätestens im Jahr 1977 auf Elemente der konservativer Diskursstrategie – wie die pauschalisierte Vorverurteilung der gesamten Linken – eingeschwenkt, habe also hinsichtlich seiner bisherigen Positionen einen „Paradigmenwechsel“ vollzogen, entschieden zu widersprechen. Vgl. dazu: Balz, Hanno, *Der Sympathisantendiskurs...*, S. 343 f.

Wie im Falle des *Spiegels* ist im Jahr 1970 auch für die *FAZ* noch kein eigentlicher Terrorismus-Diskurs festzustellen, es werden aber bereits Begriffe wie Terror und Terrorismus im Zusammenhang mit innerdeutschen linksextremistischen Gewalttaten verwandt. Entgegen der Praxis des Hamburger Magazins werden vorhandene Unterthemen des späteren Terrorismus-Diskurses und Berichte über Taten von späteren Mitgliedern der 1970 im Entstehen begriffenen RAF sowie verwandte Themen aber kaum retrospektiv vor dem Hintergrund der Studentenbewegung betrachtet und damit in einen politischen Kontext eingebettet.

Vielmehr zeichnet sich die einschlägige Berichterstattung der *FAZ* dadurch aus, dass die politische Dimension des Gegenstandes zwar formal zur Kenntnis genommen und auch mit entsprechenden Bezeichnungen wie „anarchistisch“³³⁶ oder „marxistisch“³³⁷ gekennzeichnet wird, eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem bzw. den so Bezeichneten aber unterbleibt. In der *FAZ* kommen keine der *Anarchisten* selbst zu Wort, etwa in der Form der Veröffentlichung von Dokumenten oder Original-Tönen, es werden keine Analysen der ideologischen Instrumentarien durchgeführt oder Untersuchungen zu Motiven und Zielvorstellungen der militanten Teile der Neuen Linken angestellt. Folglich findet auch keine kritische Auseinandersetzung mit der Genese linksextremistischer Militanz statt und damit kein Versuch, die Kritik von links tatsächlich zu verstehen.

Diese publizistische Praxis ist bereits für das Jahr 1968 gegenüber der Studentenbewegung feststellbar, was an der Berichterstattung zu den teils gewalttätigen Demonstrationen nach dem Mordanschlag auf Rudi Dutschke nachgewiesen werden kann. Hier werden in einem Bericht über die Ereignisse in West-Berlin Demonstranten pauschal als „Randalierer“ bezeichnet, die sich „in immer größere Erregung“³³⁸ hineinsteigerten. Noch aufschlussreicher für die politische Linie der *FAZ* ist ein Kommentar in derselben Ausgabe: Nach Verurteilung des Attentats auf Dutschke folgt zunächst eine kurze gesellschaftskritische Passage:

„Rudi Dutschke, seine Lehre und seine Wirksamkeit sind gewiss eine Provokation. Aber wenn Utopie nicht realistische Vernunft, sondern Emotion, Anarchismus nicht Ordnungswillen und Rechtsbewahrung, sondern Mord, Fanatismus nicht Eifer zur Toleranz, sondern ebenfalls Fanatismus provoziert, so ist das nicht allein dem Provozierenden zuzuschreiben, wie viel gewalttätige Züge er selbst tragen mag.“³³⁹

³³⁶ *FAZ*, 16. Mai 1970, S. 8.

³³⁷ *FAZ*, 2. Oktober 1970, S. 1.

³³⁸ *FAZ*, 13. April 1968, S. 4.

³³⁹ Ebd., S. 1.

In dieser Kritik an den verfehlten Reaktionen von Teilen der Gesellschaft auf Dutschke und die von ihm maßgeblich mitrepräsentierte Studentenbewegung ist aber die auf den Angeschossenen zurückweisende Kritik bereits angelegt, und zwar einerseits, indem diesem „gewalttätige Züge“ bescheinigt werden, und andererseits durch die Formulierung, Dutschke sei „nicht allein“ die Schuld an dem auf ihn selbst verübten Attentat zuzuschreiben. Dementsprechend fährt der Kommentator fort:

„Wenn ideologisch erblindete Studenten aber alles Unheil sehen in einer Gesellschaft permanenter Gewalt von lauter latenten Mördern in Wechselwirkung mit einer Presse, die als Produkt dieser Gesellschaft deren Neigung zur Gewalttätigkeit anheize (...) kann es für sie keine Hoffnung geben, auch keinen fruchtbaren Ansatz.“³⁴⁰

Deutlich tritt hier die Strategie der *FAZ* zu Tage, deren Hauptelemente ein Absprechen jeder Legitimität der studentischen Kritik sowie eine Tendenz zur Diffamierung dieser Kritik als „Demagogie“³⁴¹ und von deren Träger als hysterisierte Ideologen darstellen. Damit vollzieht die *FAZ* eine kategorische Grenzziehung zwischen sich und der Neuen Linken, wobei sie für sich selbst durch Appelle an „Verstand und Liberalität“³⁴² den Standpunkt der Vernunft in Anspruch nimmt. Die *FAZ* propagiert eine Rückkehr zu demokratischen Spielregeln, zu „intensiver, aber rationaler und liberaler Auseinandersetzung“³⁴³ fordert aber gleichzeitig strikte Distanzierung von den Demonstrationen der Neuen Linken und darüber hinaus ein robustes Auftreten der staatlichen Seite: „Je ausschließlicher die Ordnungsmacht des Staats mit einer Gruppe konfrontiert ist, die in utopischem Wahn Amok zu laufen beginnt, desto klarer ist die Grenze, an der ungesetzliche Gewalt auf die Macht des Gesetzes stoßen muss.“³⁴⁴ Diese Diktion lässt wenig Offenheit, Diskurs- oder gar Kompromissbereitschaft erkennen, ein Befund, der durch einen weiteren Umstand unterstrichen wird: Den völligen Verzicht auf eine Diskussion der beiden objektiv berechtigten Aspekte der Kritik der Neuen Linken: das oft unverhältnismäßige, militärisch geprägte Vorgehen der Polizeikräfte sowie die teils offen verhetzende Berichterstattung der Boulevard-Medien des Axel Springer-Konzerns.³⁴⁵ Eine solche wäre für die *FAZ* zum Erreichen des eigenen Anspruches nüchterner, rationaler Debatte unerlässlich gewesen.

³⁴⁰ Ebd.

³⁴¹ Ebd., S. 4.

³⁴² Ebd., S.1.

³⁴³ Ebd.

³⁴⁴ *FAZ*, 16. April 1968, S. 1.

³⁴⁵ Vgl. 3.2.2.

Für das Jahr 1970 lassen sich die dargelegten Ergebnisse leicht modifiziert übertragen: Die Neue Linke, zu diesem Zeitpunkt nächstliegender Kontext für militante linksextreme Aktionen,³⁴⁶ spielt in der Berichterstattung der *FAZ* nach den vier herausragenden Vorkommnissen in Zusammenhang mit der entstehenden RAF³⁴⁷ keine Rolle, Inhalte, Motivationslagen, Ziele und Methoden werden nicht diskutiert. Auch hinsichtlich des offensichtlichen Entstehens einer neuen Terrorgruppe zeichnet sich die *FAZ* durch eine indifferente Haltung aus. So findet etwa die Veröffentlichung der unter dem Titel „Natürlich darf geschossen werden“ firmierenden ersten programmatischen Erklärung der RAF im *Spiegel* keinerlei Erwähnung. Die wenigen Artikel zur Befreiung Andreas Baaders und der Verhaftung Horst Mahlers sind reine Berichte zu Tathergang, Fahndung und Reaktionen verantwortlicher Politiker, und behandeln die Taten – bar jedweder politischen Analyseversuche – zwar unter dem Etikett „anarchistischen Terrors“, de facto jedoch wie gewöhnliche, also nicht politisch motivierte Verbrechen.

Ein mikroskopischer Ansatz zu inhaltlicher Auseinandersetzung mit linker Militanz findet sich in einem Bericht einige Tage nach der Baader-Befreiung, als die *FAZ* als „Stimmen des Terrors und der Unvernunft“³⁴⁸ einige Sätze aus einem der Deutschen Presse Agentur zugegangenen Pamphlet der RAF veröffentlicht, sowie in folgendem Zitat aus dem Artikel zu dem dreifachen Banküberfall in West-Berlin: „Nach dem Vorbild lateinamerikanischer Stadtguerilleros haben am Dienstag maskierte Räuber (...) in West-Berlin drei Banken überfallen. (...) ein Flugblatt mit der Forderung nach ‚Enteignung der Feinde des Volkes‘ [hat] den Verdacht der Polizei erhärtet, dass die Täter in linksextremistischen Kreises zu suchen sein könnten.“³⁴⁹

Generell ist aber linksextreme Militanz im Jahr 1970 ein Thema, welches der *FAZ* kaum berichtenswert erscheint. Die einschlägige Berichterstattung ist von solch geringer Quantität, dass sich in diesem Stadium des Diskurses auch eine nach Unterthemen des Terrorismus-Diskurses differenzierte Betrachtung erübrigt.

6.2.2.2 Das Jahr 1972

³⁴⁶ Vgl. 6.2.1.1.

³⁴⁷ Untersucht wurde die Berichterstattung nach der Befreiung Andreas Baaders in Berlin, der Veröffentlichung von Auszügen eines Meinhof-Tonbandes [„Natürlich darf geschossen werden“] im *Spiegel*, dem parallelen Überfall dreier West-Berliner Banken sowie der Verhaftung Horst Mahlers; Vgl. auch: 8.1.

³⁴⁸ *FAZ*, 19. Mai 1970, S.9; Der Wortlaut des Zitates: „Glaubte irgendein Schwein wirklich, wir würden von der Entfaltung der Klassenkämpfe, der Reorganisation des Proletariats reden, ohne uns gleichzeitig zu bewaffnen? Glaubten die Schweine, die zuerst geschossen haben, wir würden und gewaltlos wie Schlachtvieh abknallen lassen? (...) die Rote Armee aufbauen!“.

³⁴⁹ *FAZ*, 30. September 1970, S. 7.

Für das 1972 wurden die Publikationen der *FAZ* im Zeitraum zwischen dem 12. Mai und dem 29. Mai, der Phase der so genannten *Mai-Offensive* der RAF, untersucht. Im Vergleich zu den untersuchten Zeitabschnitten des Jahres 1970³⁵⁰ lässt sich dabei die Entfaltung eines Terrorismus-Diskurses feststellen, bei der die *FAZ* sich auf relativ wenige Unterthemen beschränkt und damit für ihre Berichterstattung klare Leitlinien setzt.

Zu nennen ist zunächst die umgehend erhobene Forderung nach personellem wie materiellem Ausbau der Polizei. So veröffentlicht die *FAZ* am 15. Mai 1972 unter dem Titel „Kann uns die Polizei vor gelenktem Terror schützen?“ einen skeptischen Artikel, mit dem die eingangs gestellte Frage negativ beantwortet und auf eine als alarmierend dargestellte Unzulänglichkeit der Polizeikräfte hingewiesen wird:

„Ist wirklich vorgesorgt? Wir haben noch nicht Sorbonne 1968, Quebec 1970, Belfast 1972 durchexerziert. Wer Stadtguerilla in den ausländischen Großstädten beobachtet, weiß, dass unsere gewöhnliche Polizei auch nur einem Stück solcher Aufgaben nicht gewachsen wäre. Sie wäre mit verhältnismäßig geringen Mitteln von den Terroristen in eine Lage zu versetzen, in der sie, überfordert, überlastet, übermüdet, überreizt, zu Fehlleistungen neigt. Was unsere zum Teil gar nicht mehr vorhandenen Bereitschaftspolizeien in solchem Zusammenhang wert wären, darüber bestehen Zweifel.“³⁵¹

Ist der Ruf nach einer Verstärkung der Polizei in diesem Zitat noch - wenn auch deutlich - implizit angelegt, so expliziert die *FAZ* am Tag darauf, in Reaktion auf den Bundesrichter Wolfgang Buddenberg geltenden Bombenanschlag,³⁵² diesen Topos. Der entsprechende Kommentar - stets die für die politische Ausrichtung einer Zeitung aufschlussreichste Artikelgattung - schließt nach einer Beschreibung der besonderen Ruchlosigkeit der RAF mit dem Fazit: „Man kann die freiheitliche Gesellschaft nicht in ein Polizeinetz stecken. Aber ohne Zweifel muss die Polizei besser ausgestattet werden, mit Menschen und mit Mitteln, wenn sie ihre Aufgabe erfüllen soll.“³⁵³

Nun ist dieser Befund allerdings durch einen zusätzlichen Aspekt zu präzisieren, welcher von der *FAZ* in unmittelbarem Zusammenhang mit der detektierten Unterversorgung der Polizei gerückt wird. Dabei handelt es sich um den Vorwurf an die Politik im Allgemeinen und die sozialliberale Regierung im Besonderen, die genannte Unzulänglichkeit der Polizei zunächst herbeigeführt zu haben und überdies keine Anstrengungen zu deren Bekämpfung zu unternehmen. In einem Kommentar vom 20. Mai 1972 moniert die *FAZ* erneut die

³⁵⁰ Vgl. Anmerkung 347.

³⁵¹ *FAZ*, 15. Mai 1972, S. 2.

³⁵² Vgl. 8.1.

³⁵³ *FAZ*, 16. Mai 1972, S. 2.

„mangelnde Ausstattung der Polizei“ sowie den Umstand, dass diese „von den Politikern wie ein Stiefkind behandelt“³⁵⁴ werde. Tage zuvor hatte das Blatt allerdings schon präzisiert, welche Politiker tatsächlich gemeint sind: „Das Problem der inneren Sicherheit, von der amtierenden Regierung (...) eher als lästig empfunden, wird nun akut. Der Bundeskanzler hat den Tag vor dem Abend gelobt, als er im Bundestag sagte, es sei jetzt doch ruhiger als vor vier Jahren.“³⁵⁵ Die *FAZ* knüpft nun an eine Kritik an, die prinzipiell gegen liberale Reformprozesse im innen- und sicherheitspolitischen Bereich gerichtet ist:

„Es wäre besser, solche Entwicklungen [die vermeintliche Erosion der Polizei] bereits in einem Stadium zu stoppen, in dem unsere Polizei der Aufgabe noch Herr werden kann. Allzu lange hat man – um das führende Beispiel Frankfurt zu nennen – es zugelassen, dass die Polizei nicht nur als ‚Bullen‘ beschimpft, sondern auch so geführt wurde, als nicht ganz zurechnungsfähige Dienstleistende, denen hinterdrein weder die höhere Exekutive noch die Justiz immer die volle Deckung zu geben geneigt ist.“³⁵⁶

Hier nimmt die *FAZ* Frankfurt am Main als stellvertretendes Beispiel für viele andere Städte, wenn nicht die gesamte Bundesrepublik, um ein generelles Unbehagen an in Teilen der jungen Generation verbreiteten Respektverlust gegenüber staatlichen Institutionen und Funktionsträgern zu artikulieren; einem strukturellen Wandel, der auf linksliberaler Seite vielfach als positiv zu bewertendes Indiz eines inneren Demokratisierungsprozesses, eines Mündig-Werdens in Abkehr von Elementen obrigkeitsstaatlicher deutscher Traditionen verstanden wurde. Eine ähnlich gelagerte interpretatorische Diskrepanz lässt sich hinsichtlich des Appells feststellen, die Justiz habe Polizeieinsätze ex post ausnahmslos zu legitimieren: In diesem Punkt ist allerdings schon auf der Grundlage rechtsstaatlicher Prinzipien, nicht erst vor dem Hintergrund der Existenz politischer Ermessensspielräume, zu konstatieren, dass im Sinne der Gewaltenteilung die Aufgabe der Justiz vielmehr eine Kontrolle als eine grundsätzliche „Deckung“ der Polizei ist.

Die sich in den letzten Absätzen manifestierenden Elemente eines Kulturkampfes als Teilaspekt des Terrorismus-Diskurses werden noch deutlicher bei der Untersuchung eines weiteren Unterthemas, der Frage nach geistigen Wegbereitern der Terroristen, in der sich die *FAZ* mit dem Abdruck eines offenen Briefes des Professors K. Steinbuch an Bundeskanzler Brandt klar positioniert. Steinbuchs Artikel wendet sich in ausgesprochener Schärfe gegen

³⁵⁴ *FAZ*, 20. Mai 72, S. 2.

³⁵⁵ *FAZ*, 15. Mai 1972, S. 2.

³⁵⁶ Ebd.

„Extremisten“³⁵⁷ an den Universitäten, wobei er – und dies kennzeichnet den konservativen Kulturkampf gegen liberale Reformen – den „Niedergang unserer Universitäten“ zunächst an einer „Zerstörung der Autorität“ sowie der Diffamierung des „Leistungsprinzips“³⁵⁸ festmacht. Hiervon ausgehend werden nun die hochschulpolitischen Strukturreformen der Ära Brandt für eine bedrohliche Zunahme linksextremer Lehrender an den Universitäten verantwortlich gemacht:

„Man sollte sich auch von der Illusion frei machen, die angebliche ‚Demokratisierung‘ ziele in jedem Fall auf die Befreiung unterdrückter Gruppen, vielmehr erkennen, dass sich unter dieser Überschrift häufig eine Machtergreifung von Funktionären abspielt, die mit den angeblich Unterdrückten wenig zu tun hat.“³⁵⁹.

Die als „Funktionäre“ Bezeichneten, ansonsten aber an keiner Stelle genauer Definierten, werden nun in einem weiteren Schritt als die eigentlich Schuldigen an den Bombenattentaten identifiziert, da sie, als „Rattenfänger“³⁶⁰ agierend, die Jugend zu solcherlei Taten „verführt“³⁶¹ hätten. Dabei arbeitet Steinbuch mit einer Analogie zum Aufkommen des Nationalsozialismus:

„Sie sagen [gemeint ist Bundeskanzler Brandt], dass man mit Bombenlegern fertig wird (was ich vorläufig noch nicht bezweifle), meine Sorge aber ist, dass wir mit den Schreibtisch- und Kathedertätern nicht fertig werden. Nach den Erfahrungen unseres Volkes darf man aber nicht mehr nachträglich die Kleinen aufhängen, sondern muss rechtzeitig die Anstifter kontrollieren.“³⁶²

Durch seine definitorischen Unklarheiten sowie die Verwendung denunziatorischer Bezeichnungen ist dieser Artikel letztlich eine implizite Aufforderung zu Zensur oder der Verhängung von Berufsverboten an den Universitäten, gerichtet gegen die Gesamtheit eines in völliger Unbestimmtheit belassenen Spektrums linker „Ideologien“ und deren Träger.

Die so etablierte politische Linie wird ergänzt und untermauert durch einen Artikel, der sich mit marxistischer Guerillaliteratur und deren Verfügbarkeit in der Bundesrepublik befasst. Die *FAZ* stellt dort die Frage „nach der geistigen Ausrüstung der Täter“,³⁶³ um im Folgenden einen dreistufigen „Bildungsprozess (...) des politischen Verbrechers“ zu skizzieren, der „in der vollen Öffentlichkeit und Respektabilität normaler großstädtischer Buchhandlungen“

³⁵⁷ *FAZ*, 23. Mai 1972, S. 6.

³⁵⁸ Alle Zitate: ebd.

³⁵⁹ Ebd.

³⁶⁰ Ebd.

³⁶¹ Ebd.

³⁶² Ebd.

³⁶³ Alle Zitate: *FAZ*, 26. Mai 1972, S. 2.

seinen Anfang nehme, wo Literatur wie das *Handbuch des Stadtguerillero* allenthalben zu erwerben sei. Die Quintessenz des Artikels besteht in der Empörung darüber, dass „alle solche Bucherscheinungen völlig legal [sind], kein Auge des Gesetzes sie auch nur zur Notiz [nimmt].“³⁶⁴

Zusätzlich zu Gesetzgeber und Dienstherren versucht die *FAZ* aber auch, die „deutsche[n] Liberale[n]“³⁶⁵ in die Pflicht zu nehmen, die die potentiell systemgefährdende Bedrohung, welche die Neue Linke darstelle, völlig unterschätze oder gar ignoriere. So heißt es in einer Rezension des Buches *Das deutsche Dilemma – Leidenswege der politischen Emanzipation* von Karl-Dietrich Bracher:

„Auffällig ist, dass dieser Band, in dem es so zentral um das deutsche Demokratieverständnis geht, noch keine Auseinandersetzung mit den Demokratiekonzepten der ‚Neuen Linken‘ enthält. Das mag zufällig sein, es ist aber doch auch in einem tieferen Sinne symptomatisch. Deutsche Liberale neigen erfahrungsgemäß nicht selten dazu, zum falschen Zeitpunkt auf dem falschen Bein hurra zu schreien und gegen den Gegner von Gestern zu kämpfen. Während sie noch mit flammendem Schwert auf den recht kraftlos daniederliegenden Obrigkeitsstaat, den Nationalismus und den Antiparteienaffekt einschlagen, sind unserer Demokratie im Rücken dieser tapferen Kämpfer bereits andere, unerwartete Widersacher erwachsen. Ein neuer Akt des ‚deutschen Dilemmas‘, das weitgehend auch ein Dilemma des deutschen Liberalismus ist, hat schon begonnen.“³⁶⁶

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die *FAZ* die linksliberale Tendenz der Zeit kritisiert und eine Verurteilung und Ausgrenzung linker Ideologien aus Diskursen und Institutionen fordert, ohne allerdings je eine Grenze zwischen noch legitimem und bereits verfassungswidrigem Gedankengut zu definieren oder auch nur einen dahingehenden Versuch zu unternehmen. Ebenso diffus bleibt die die Forderung nach strikterer Verurteilung politischer Attentate durch „manche Leute“,³⁶⁷ denen unterstellt wird, sie befürchteten, „man könne ihnen vorwerfen, sie wollten nur ‚schwarze Chargen‘ sehen, wo es doch um Probleme der Gesellschaft gehe“. Überhaupt lehnt es die *FAZ* ab, die RAF in einem gesellschaftlichen Kontext zu bewerten oder einen Ansatz gelten zu lassen, der auch nach möglichen gesellschaftlichen und politischen Ursachen für die Entstehung terroristischer Gewalt fragt. Vielmehr möchte sie den Terrorismus und seine Bewertung weitgehend auf die individuell-moralische Ebene reduziert wissen,³⁶⁸ wobei der zu linken Theoretikern und Liberalen

³⁶⁴ Ebd.

³⁶⁵ *FAZ*, 27. Mai 1972, S. 9.

³⁶⁶ Ebd.

³⁶⁷ Alle Zitate: *FAZ*, 26. Mai 1972, S. 1.

³⁶⁸ Mit diesem Ansinnen wähnt sich die *FAZ*, wiederum in einem Gegensatz zur dominanten politisch-theoretischen Strömung der Zeit: „Man will keine Bösewichte mehr gelten lassen; es gibt nur noch Opfer

hergestellte Zusammenhang, der ja durchaus eine Bezugnahme auf soziale Kontexte bedeutet, eine paradoxe Ausnahme bildet.

Auf sprachlicher Ebene wird der Versuch der Exklusion der RAF aus dem als legitim angesehen Bereich der Gesellschaft durch eine wichtige terminologische Änderung markiert: Wurde die RAF in der *FAZ* bislang als *Baader-Meinhof-Gruppe* bezeichnet, so findet am 27. Mai 1972 erstmalig der Begriff *Baader-Meinhof-Bande* Verwendung, der von diesem Zeitpunkt an die offizielle und ausnahmslose Sprachregelung des Blattes darstellt. Durch den Begriff der *Bande*, bislang vor allem von Zeitungen des Axel Springer-Verlages verwendet, findet eine demonstrative Distanzierung statt, die RAF wird in den Bereich des gemeinen Verbrechens verwiesen und ihr so die politische Dimension abgesprochen; ein Mechanismus, der automatisch davon entbindet, sich mit den politischen Implikationen bzw. Dimensionen der RAF auseinandersetzen zu müssen.³⁶⁹ Auch trägt der Begriff durch seine starke assoziative Funktion ein signifikantes boulevardeskes Element in sich. Dem selbst gesteckten und regelmäßig bekräftigten Anspruch der nüchternen Sachlichkeit handelt die *FAZ* mit seinem Gebrauch somit zuwider.

6.2.2.3 Das Jahr 1975

Im Jahr 1975, für das die Berichterstattung der Zeiträume 23. April bis 4. Mai sowie 21. Mai bis 28. Mai untersucht wurden, also die Phasen nach dem Überfall eines RAF-*Kommandos* auf die deutsche Botschaft in Stockholm und der Beginn des Stammheimer Prozesses gegen die Kernmitglieder der ersten RAF-Generation, lässt sich hinsichtlich des Unterthemas rechtsstaatlicher Fragen relative Konstanz feststellen. Die *FAZ* verfolgt in diesem Jahr weiterhin einen Kurs der Befürwortung sicherheitspolitischer Verschärfungen als Mittel der Terrorismusbekämpfung, dies findet aber keinen Niederschlag in einer erhöhten Anzahl von Artikeln zu dieser Frage und auch nicht in einer qualitativen Modifizierung, also etwa einer Verwendung drastischeren Vokabulars. Allerdings ist eine Schwerpunktverschiebung von polizeilichen hin zu legislativen Anti-Terrormaßnahmen feststellbar.

Ausdrücklich begrüßt wird von der *FAZ* beispielsweise das neu geschaffene Gesetz, welches den Ausschluss von Verteidigern ermöglicht, sollten diese im Verdacht der Kooperation mit ihren Mandanten stehen. In einem Kommentar kritisiert die *FAZ* hierzu die

gesellschaftlicher Zustände“, Ebd.

³⁶⁹ Dem entgegen steht, dass sich, anders als im Jahr 1970, einige wenige Hintergrundberichte zur Neuen Linken sowie mehrere Originaldokumente der RAF, bzw. Auszüge aus solchen finden; z.B. der Artikel „Einig im Kampf gegen das System – Die ‚Neue Linke‘ zersplittert“, *FAZ*, 16. Mai 1972, S. 7, oder auch der zitierte Artikel zur Guerillaliteratur.

Regierungskoalition, obgleich Urheberin des neuen Gesetzes, dafür, dass dieses zunächst auf „Unwilligkeit“³⁷⁰ gestoßen sei, und nur der Mord an Kammergerichtspräsident von Drenkmann zu seiner Verabschiedung geführt hätte. Der Sozialliberalen Koalition wird dabei eine Angst vor „Ordnungshysterie“³⁷¹ bescheinigt, die dem Gegenstand unangemessen sei, handelt es sich nach Ansicht der *FAZ* doch um absolut notwendige Minimalmaßnahmen. In der entsprechenden Debatte nach dem Stockholmer Anschlag stellt sich die *FAZ* damit hinter den Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Carl Carstens, der mahnend an „die falschen Parolen gegen angebliche Hysterie aus der Zeit vor der Lorenz-Affäre“³⁷² erinnerte, wie die *FAZ* zustimmend berichtet, und sich anschließend für „schärfere Waffen in der Hand des Staates“³⁷³ ausspricht.

Ebenfalls auf Zustimmung stößt bei der *FAZ*, dass die Bundesregierung den Forderungen der Stockholmer Attentäter nach Freilassung von 26 RAF-Mitgliedern nicht nachgab, also anders als im Entführungsfall Lorenz eine harte Linie vertrat. Der Kommentar „Stockholmer Fußnote“ drückt allerdings eine deutliche Grundskepsis der *FAZ* aus, was richtiges Verhalten von SPD und FDP gegenüber dem Terrorismus anbelangt, wobei sich der Kommentator in Übereinstimmung mit einem Großteil der Bevölkerung wähnt:

„Nicht nur die Verbrecher waren überrascht, als ihr jüngster Anschlag ins Leere lief; auch viele Bürger hatten wohl insgeheim befürchtet, dass sich der Staat wiederum erpressbar zeige und für das Leben der Geiseln in der Stockholmer Botschaft den Terroristen den von ihnen geforderten Preis zahle. Das ist nicht geschehen. Die schwere Prüfung ist diesmal bestanden worden. (...) Den Mutigen, so heißt es, hilft Gott.“³⁷⁴

Wenn auch unter Vorbehalt, so findet sich hier doch eine seltene Einmütigkeit zwischen *FAZ* und sozialliberaler Regierung, eingeschränkt jedoch durch die Kritik an der Praxis der Regierung, während der Botschaftsbesetzung Entscheidungen auch im Rahmen des *Großen Krisenstabes*³⁷⁵ gefällt zu haben: Die Regierenden dürften „nicht in ‚Mitbestimmung‘ ausweichen, die an der Staatsspitze ein noch bedenklicheres Prinzip“ sei, „als in der Gesellschaftspolitik“.³⁷⁶

³⁷⁰ *FAZ*, 24. April 1975, S. 1.

³⁷¹ Ebd.

³⁷² *FAZ*, 26. April 1975, S. 1.

³⁷³ Ebd.

³⁷⁴ Ebd.

³⁷⁵ Der so genannte Große Krisenstab war erstmalig während des Entführungsfalles Peter Lorenz gebildet worden, und umfasste neben der Regierungsspitze, einigen Fachministern sowie Chefs des BKA und anderer Sicherheitsbehörden auch die Spitzenvertreter der Opposition.

³⁷⁶ *FAZ*, 26. April 1975, S. 1.

Ein weiteres zentrales Unterthema des Terrorismus-Diskurses der *FAZ* bildet im Jahr 1975 die Frage der Sympathisanten und der linken Intellektuellen. In diesem Punkt ist eine klare Zunahme der publizistischen Bemühungen festzustellen, vermeintlich Geistesverwandten der RAF eine Mitschuld, wenn nicht gar die Hauptschuld am Terrorismus zuzuschreiben: Zum einen wird diesem Punkt mehr Zeilenumfang eingeräumt als 1972, zum anderen sind die Anklagen expliziter und von oft drastischer Diktion. Typisch ist dabei die zu diesem Zeitpunkt bereits hinlänglich etablierte Beschuldigung linker Theoretiker und Intellektueller, denen angelastet wird, dass „deren mit sauberen Fingern auf unschuldigem Papier niedergelegte Theorien die Baaders zu mörderischen Konsequenzen getrieben haben.“³⁷⁷ Die beschriebenen Personen bildeten, und hier übernimmt die *FAZ* eine zu dieser Frage verbreitete Metapher, den „ideologischen Sumpf, aus dem immer wieder die Blasen des verbrecherischen Willens“³⁷⁸ aufstiegen. Der so beschriebene Kausalzusammenhang, im ersten Zitat mit zynischem Unterton, verbleibt allerdings im Stadium reiner Behauptung. Ergänzt wird die Schuldzuweisung durch eine Kritik liberaler Reformen insgesamt, für die linke Intellektuelle zwar wiederum eine wichtige Schubkraft darstellen, die aber in ihrer Stoßrichtung eine gesamtgesellschaftliche ist:

„Scharen von Reformwütigen haben in den letzten Jahrzehnten Staat und Gesellschaft zu immer neuem Umwerten und Verändern treiben wollen. Ihre Ideen liefen meist auf Permissivität hinaus. Duldsamkeit gegenüber allem Irrsinn und jedem Missbrauch aber schuf dem Terrorismus das Treibhausklima. Immer mehr Schädliches galt als erlaubt – wen kann es eigentlich wundern, dass da dem Radikalismus und der Brutalität zuneigende junge Leute fanden, ihnen müsse auch die letzte, die mörderische Erfahrung gestattet sein?“³⁷⁹

Dieser Auszug eines Kommentars offenbart ein generelles Unbehagen an langfristigen gesellschaftlichen Modernisierungsprozessen und geht damit weit über den eigentlichen Verantwortungsbereich der sozialliberalen Regierung hinaus. Allerdings nimmt dieser Teilaspekt nur wenig Raum ein, bestimmend bleibt die Anklage der Sympathisanten und intellektuellen *Wegbereiter*, bei denen es sich für die *FAZ* um ein „nach Tausenden“ zählendes „Heer“ handelt.

Höhepunkt und Verdichtungssymbol dieser Anklage stellt ein halbseitiger Essay des Kölner Professors und Dr. jur. Richard Lange dar. Lange präsentiert ein Modell dreier „konzentrischer Kreise“, anhand dessen er das Aufkommen des Terrorismus erklärt: Den

³⁷⁷ *FAZ*, 21. Mai 1975, S.1.

³⁷⁸ *FAZ*, 26. April 1975, S. 1.

³⁷⁹ *FAZ*, 30. April 1975, S.1.

innersten bildeten dabei die Terroristen selbst, gestützt auf einen weiteren Kreis von Sympathisanten, der laut Lange allein in West-Berlin „wohl zutreffend auf etwa 5000“³⁸⁰ geschätzt werde. Diese spielten die „entscheidende Rolle“³⁸¹ bei der Durchführung von Terrorakten und werden von Lange als Helfershelfer oder Mitwisser definiert. Ist die Argumentation bis zu diesem Punkt noch von innerer Stringenz getragen, so begibt sich Lange in den Bereich des Diffusen, wenn er auf den dritten konzentrischen Kreis eingeht. Dieser bestehe, so die pauschale Feststellung, aus „vielen guten Liberalen“ sowie Schriftstellern, und – dieser Topos kann mittlerweile als etabliert gelten – schaffe das „Klima, in dem jene [Terroristen und Sympathisanten] die Rechtfertigung ihres Verhaltens und damit die entscheidende Motivation zu den Verbrechen und deren Abschirmung finden.“³⁸² Wie dieses „Klima“ genau geschaffen wird, worin es präzise besteht und wie es seine behauptete Wirkungsmacht entfaltet, wird nicht erläutert.

Was den Essay ferner zu einer aufschlussreichen und für die gewandelte Berichterstattung der *FAZ* im Jahre 1975 repräsentativen Quelle macht, sind Elemente der sprachlichen Ebene, die von zunehmender Unsachlichkeit und der Verwendung von Metaphern gekennzeichnet ist. So spricht Lange von dem „Krebsgeschwür des anarchistischen Terrorismus“,³⁸³ das „immer wieder Metastasen“ treibe, und verbleibt auch mit seiner antiliberalen Gesellschaftskritik in der Terminologie der Medizin. Abhebend auf den Umstand, dass unter vielen Liberalen der Tod Holger Meins mehr Empörung hervorgerufen habe als die Ermordung von Drenkmanns, heißt es:

„Dass so etwas möglich ist, ohne auf flammenden Widerstand zu stoßen und angeprangert zu werden, zeigt, wie weit unsere Gesellschaft in ihren tonangebenden Schichten erkrankt ist. Hier erst haben wir die letzten Gründe dafür, dass es zum kriminellen Nihilismus kommen konnte. (...) Auch darin gleicht unsere gesellschaftliche Lage der, mit der es die Medizin zu tun hat: In jedem Körper stecken zu jeder Zeit unzählige Krankheitskeime. Ob er mit ihnen fertig wird, hängt davon ab, ob er selber gesund und widerstandsfähig ist oder nicht. (...) Nur in einer erkrankten Gesellschaft konnten Recht und Ordnung zu Schimpfwörtern werden.“³⁸⁴

Diese Verwendung organozistischer Vokabulars, die Beschreibung des Staates bzw. der Gesellschaft als monolithischen „Körper“, offenbart eine Gesellschaftskonzeption, die dem Gedanken des Pluralismus diametral entgegengerichtet ist. Kritische, auch staatskritische

³⁸⁰ *FAZ*, 2. Mai 1975, S. 10, Eine Quellenangabe dieser Schätzung gibt Lange nicht an.

³⁸¹ Ebd.

³⁸² Ebd.

³⁸³ Hier und im Folgenden: Ebd.

³⁸⁴ Ebd.

Meinungen, werden zwar als durchaus existent anerkannt, aber ihnen wird jedwede Legitimität abgesprochen, indem sie semantisch auf zu beseitigende Krankheitserreger reduziert werden. Darüber hinaus erhält das obige Zitat eine bedenkliche Note dadurch, dass die verwendete Diktion deutliche Parallelen mit der nationalsozialistischer Schriften aufweist, in denen organisistische Termini zum rhetorischen Standardrepertoire zählten.

Der Aspekt betonter Distanzierung durch Sprache, den der Lange-Essay illustriert, lässt sich 1975 auch in vielen originär redaktionellen Artikeln der *FAZ* nachweisen: So werden die 26 RAF-Mitglieder, deren Freilassung die Attentäter von Stockholm forderten, als „Mordgesellen- und gesellinnen“³⁸⁵ bezeichnet, der Anschlag selbst als „Wahnsinnstat“³⁸⁶ und die Attentäter als „tollwütige Linksradikale“.³⁸⁷ Der RAF wird so jede politische Dimension abgesprochen³⁸⁸ und sie wird als gefährlicher und vor allem irrationaler Gegner dargestellt, gegen den – und damit erfolgt die Einführung von Kriegsvokabular – „Schlacht[en]“³⁸⁹ geführt werden müssen. Die somit etablierte Sprachregelung findet ihre Fortführung in Ausdrücken wie den zu schärfenden „Waffen des Staates“,³⁹⁰ oder der Skizzierung eines „in die Tausende gehenden Heeres“³⁹¹ von aktiven RAF-Unterstützern. Für die auf konservativer Seite verbreitete Verwendung solcherlei Vokabulars stellt die *FAZ* allerdings eines der gemäßigeren Beispiele dar, weitaus drastischere ließen sich anführen.³⁹² Dennoch begibt sich die *FAZ* damit in den Bereich der „innerstaatlichen Feinderklärung“,³⁹³ nach der Diskurs nur noch stark eingeschränkt entlang zementierter politischer Frontstellungen möglich ist. Entscheidend ist dabei, dass die *FAZ* in ihrer Definition der Feinde, wie oben nachgewiesen, weit über die eigentliche RAF hinausgeht und weite Teile der demokratischen Öffentlichkeit mit einzuschließen versucht.

³⁸⁵ *FAZ*, 25. April 1975, S. 1.

³⁸⁶ Ebd.

³⁸⁷ *FAZ*, 30. April 1975, S. 1.

³⁸⁸ Dazu: „Er [der Stammheimer Prozess] wird, wenn alles gut geht, erweisen, dass es in der freiheitlichen Demokratie das politische Verbrechen nicht gibt, dass nur das Verbrechen übrig bleibt, wenn Gewalttat zum Mittel der Politik gemacht wird“, *FAZ*, 21. Mai 1975, S.1.

³⁸⁹ *FAZ* 26. April 1975, S. 1.

³⁹⁰ Ebd.

³⁹¹ *FAZ*, 30. April 1975, S.1.

³⁹² Genannt seien hier nur Golo Mann, der in der *Welt* vom 7. September 1977 von „Ausnahmestand“ spricht und einen „Bürgerkrieg“ konstatiert; sowie Eduard Zimmermann, der Moderator der Fernsehsendung „Aktzeichen XY – Ungelöst“, der bereits am 6. März 1975 in der Kölnischen Rundschau äußerte, „dass nur das Kriegsrecht unseren demokratischen Staat aus der schier unerträglichen Ohnmacht gegenüber dem Terror“ befreie; zitiert nach: Binder, Sepp, *Terrorismus...*, S. 26.

³⁹³ Zu der Diskussion um diesen auf Carl Schmitt zurückgehenden Begriff vgl. 6.2.4.

6.2.2.4 Das Jahr 1977

Wie bereits in 6.2.1.4 am Beispiel des *Spiegels* geschildert, stellt das Jahr 1977 für den gesamten Terrorismus-Diskurs einen Sonderfall dar. Zu keiner anderen Zeit vor oder nach diesem Jahr erreichte der Terrorismus-Diskurs eine vergleichbare Intensität und quantitative Massivität, nahm der Themenkomplex Terrorismus eine ähnliche, den gesellschaftlichen Gesamtdiskurs beherrschende Stellung ein: Gerade in der Phase des *Deutschen Herbstes*, für die die Zeiträume 5. bis 19. September sowie 18. bis 26. Oktober untersucht wurden, enthält die *FAZ* täglich einschlägige Leitartikel, Seite 1-Kommentare und Hintergrundberichte. Aber auch schon nach der Ermordung des Generalbundesanwaltes Siegfried Buback und noch mehr nach der des Vorstandssprechers der Dresdner Bank, Jürgen Ponto, nimmt der Terrorismus-Diskurs weit mehr Raum ein als in den oben recherchierten Jahren. Zudem bildet das Jahr 1977, und hier wieder insbesondere der *Deutsche Herbst*, einen klaren qualitativen Höhepunkt der Berichterstattung der *FAZ*, es finden sich nun die drastischsten Forderungen, Positionen werden am deutlichsten bezogen, Kritik am schärfsten formuliert, was stets vor dem Hintergrund der dramatischen historischen Ereignisse zu sehen ist.

Differenziert betrachtet werden muss allerdings das Unterthema der inneren Sicherheit. Für dessen Teilaspekt, der Frage nach einem Ausbau der Polizei, ist 1977 keine nennenswerte Veränderung mehr festzustellen. Hier führt die *FAZ* lediglich konsequent fort, was sie seit 1970 kontinuierlich betrieb: Die Forderung nach materieller wie personeller Verstärkung der Polizeikräfte. Allenfalls eine erhöhte Dringlichkeit ist ab September des Jahres zu bemerken. So bemängelt die *FAZ* in Reaktion auf die Ermordung Pontos in zwei Kommentaren, die Kriminalämter seien „nicht genügend mit Personal versehen“³⁹⁴ und fordert: „Wir müssen uns die innere Sicherheit mehr kosten lassen.“³⁹⁵ Nach der Entführung Hanns-Martin Schleyers wird der *FAZ*-Kommentator und Herausgeber Johann Georg Reißmüller sogar ungewöhnlich konkret, wenn er schreibt: „Endlich sollen die Sicherheitsdienste des Bundes verstärkt werden, um 5000 Mann.“³⁹⁶

Anders verhält es sich mit dem Teilaspekt der Gesetzesänderungen bzw. –verschärfungen. Hier ist eine signifikant gesteigerte Vehemenz und Intensivierung der Bemühungen zu verzeichnen, den Gesetzgeber zum Erlass neuer Gesetze zu bewegen, oder wenigstens die öffentliche Meinung in Richtung einer Befürwortung solcher Maßnahmen zu beeinflussen. Als exemplarisch hierfür kann der Kommentar „Die innere Sicherheit ist zerbrochen“³⁹⁷

³⁹⁴ *FAZ*, 1. August 1977, S. 1.

³⁹⁵ *FAZ*, 6. August 1977, S. 1.

³⁹⁶ *FAZ*, 7. September 1977, S. 1.

³⁹⁷ Ebd.

angeführt werden, in dem die Bundesrepublik als sich in einem Zustand der „absoluten Schutzlosigkeit“ befindlich beschrieben wird, herrührend von einem Mangel an gegen den Terrorismus gerichteten legislativen Maßnahmen. Der „Bundestagsmehrheit“ wird so z.B. vorgeworfen, sie wolle „nichts von einem Gesetz wissen, das die Überwachung der Gespräche zwischen Verteidigern und inhaftierten Mandanten möglich macht.“³⁹⁸ Damit begibt sich die *FAZ* auf rechtsstaatlich hochbedenkliches Terrain, was aber in dem ausschließlich auf eine vermeintliche Erhöhung der Sicherheitslage ausgerichteten Kommentar nicht problematisiert wird.

Eine Thematisierung der wichtigen Frage einer eventuellen Kollision von Anti-Terror-Gesetzen mit rechtsstaatlichen Grundsätzen findet sich dafür neun Tage später in dem Kommentar „Falschmünzerei mit dem Rechtsstaat“,³⁹⁹ mit dem die *FAZ* unmissverständlich Stellung bezieht. Als Gefahr für den Rechtsstaat werden nicht Gesetzesverschärfungen gesehen, sondern deren Unterbleiben, sowie legislative Liberalisierungen seit den späten sechziger Jahren:

„Damit [gemeint ist rechtliche Liberalisierung] hätte der Staat aufhören müssen, als Ende der sechziger Jahre die Gewalt organisierter Gruppen den Frieden im Land zu durchbrechen begann. Es wird für immer ein Rätsel bleiben, warum Regierung und Parlament dessen ungeachtet das Ordnungsrecht, zum Beispiel das Demonstrationsstrafrecht, noch weiter einengten. Das war, angesichts des sich ausbreitenden Terrorismus, ein Rückzug des Staates aus seiner Verantwortung für Frieden und Recht. Wenn der Staat nun, da die ‚Rote Armee Fraktion‘ unbehindert mordet, die Waffen des Rechts gegen das Verbrechen schärft und vermehrt, beschädigt er nicht die Rechtsstaatlichkeit: Er tut vielmehr – endlich – seine Pflicht.“⁴⁰⁰

Mit der besonderen Betonung der rechtsstaatlich gebotenen Schutzpflicht des Staates gegenüber seinen Bürgern, mahnt der Kommentator im Folgenden einen Katalog von Gesetzesnovellen an, wie etwa die „Sicherheitsverwahrung gegen Terroristen schon nach der ersten Verurteilung“ oder „härtere Strafnormen gegen den, der die Mordtaten der ‚RAF‘ preist“.⁴⁰¹ Solches verbiete der Rechtsstaat nicht, er „verlang[e] es eher“.⁴⁰² Bedenken, durch Gesetzesverschärfungen *FAZ* oder die Einschränkung von Bürgerrechten den Rechtsstaat zu beschädigen, teilt die *FAZ* nicht. Wie weit sie im Gegenteil den Ausbau staatlicher Befugnisse betreffend bereit wäre zu gehen, stellt ein am Tage der Landshut-Erstürmung in Mogadischu

³⁹⁸ Ebd.

³⁹⁹ *FAZ*, 16. September 1977, S. 1.

⁴⁰⁰ Ebd.

⁴⁰¹ Ebd.

⁴⁰² Ebd.

erschienener Seite 1-Kommentar mit dem Titel „geschütztes und ungeschütztes Leben“⁴⁰³ unter Beweis. Die dort getroffenen Äußerungen sind nur als Befürwortung der Folter, wenn nicht der Tötung inhaftierter Terroristen interpretationsfähig. Nachdem der Kommentator in der Auseinandersetzung zwischen Staat und Terrorismus eine „gespenstische Ungleichheit der Kampfmittel“⁴⁰⁴ zu Gunsten der RAF konstatiert hat, fährt er fort:

„Muss es dabei bleiben, dass die Terroristen foltern, erpressen, morden und mit alledem jederzeit drohen können, der Staat jedoch auf die Erhaltung von Leben und Gesundheit der Bandenmitglieder verpflichtet ist und ihnen nichts androhen kann, was ihnen wirklich Angst macht (...)? Lässt sich nichts ändern an der deprimierenden Ungleichheit der Überlebenschancen zwischen den Bandenmitgliedern einerseits, den von ihnen Verfolgten und Geiseln andererseits? Was das Grundgesetz hier erlaubt, ist nun peinlich genau zu untersuchen. Sollte es sich erweisen, dass es alle Wege versperrt, müsste geprüft werden, wie weit es einer Änderung zugänglich ist.“⁴⁰⁵

Dieses Zitat repräsentiert, auf dem Höhepunkt des *Deutschen Herbstes*, auch den qualitativen Höhepunkt zum Unterthema der rechtsstaatlichen Fragen. Ähnlich Radikales, selbst Verfassungsänderungen in Kernbereichen Propagierendes, bleibt in der *FAZ* einmalig, und ist damit bezeichnend für die historische Situation und ihre Dramatik. Ebenso bezeichnend ist es aber auch für die politisch-publizistische Linie der *FAZ*. An dieser Stelle sollte auf die weitgehende Kongruenz der politischen Linie von *FAZ* und Christdemokraten hingewiesen werden. So findet sich gerade in der Phase des *deutschen Herbstes* von Seiten der CDU/CSU ein Katalog von Forderungen nach legislativen und polizeilichen Maßnahmen, von denen ein beträchtlicher Teil zuvor bereits von der *FAZ* selbst erhoben worden war.⁴⁰⁶

Muss bei dem soeben analysierten Punkt eine Tendenz zur Einseitigkeit, ja Maßlosigkeit festgestellt werden, so findet sich zu einem anderen wichtigen Unterthema des Terrorismus-Diskurses gerade im *Deutschen Herbst* 1977 ein bislang absenter Ansatz differenzierter Betrachtung. Mit einem systematisch aufgebauten und mit klaren Begrifflichkeiten arbeitenden Kommentar widmet sich die *FAZ* dem Komplex der Sympathisanten. Deutlich werden diese, vorerst definiert als Personen, die den Terrorismus begünstigen, geschieden von aktiven Unterstützern, die als „Helfer oder (...) Helfershelfer“⁴⁰⁷ zu bezeichnen seien. Aber auch hinsichtlich „indirekte[r] Begünstigung, meistens in der Form geistiger Komplizenschaft“⁴⁰⁸ differenziert die *FAZ*. Keineswegs qualifiziere das reine Teilen von

⁴⁰³ *FAZ*, 18. Oktober 1977, S. 1.

⁴⁰⁴ Ebd.

⁴⁰⁵ Ebd.

⁴⁰⁶ Vgl. *FAZ*, 7. September 1977, S. 3 sowie *FAZ* 9. September 1977, S. 3.

⁴⁰⁷ *FAZ*, 14. Oktober 1977, S. 1.

⁴⁰⁸ Ebd.

Motiven mit der RAF, etwa des Antikapitalismus, als Sympathisant, vielmehr müsse „das zweite Kriterium [hinzukommen]: die grundsätzliche Billigung der Anwendung von Gewalt zur Erreichung politischer Ziele.“⁴⁰⁹

Festzuhalten gilt nun, dass der beschriebene Artikel seine exponierte Stellung gerade daraus bezieht, dass die *FAZ* vor, aber auch nach seiner Veröffentlichung, keine Bemühungen erkennen lässt, den dort formulierten Ansprüchen an Differenziertheit und nüchterner Systematik gerecht zu werden. Vielmehr wird in nahezu allen einschlägigen Artikeln das etablierte Muster fortgeführt, sowohl den Begriff des Sympathisanten als auch deren Tätigkeit im Bereich des Unbestimmen zu belassen, und auf dieser konzeptuellen Basis pauschalisierende Anklagen zu erheben bzw. diffuse Schuldzuweisungen zu tätigen. Deren Ziel sind in den allermeisten Fällen nach wie vor Professoren und Literaten, wie in dem Kommentar „Sie können dafür“,⁴¹⁰ in dem es mit Blick auf diese Berufsgruppen heißt:

„Das Strafrecht zu achten sind die Sympathisanten gewohnt. Sie passen sich dem an wie das Wild am Waldrand; sie wissen, dass Schonzeit ist für Intellektuelle, die dem Terrorismus – und wäre es auf beflissen erklärende Weise – schön tun. (...) Die Sympathisanten, die nie einem Terroristen Nachtlager und Reisegeld gegeben haben, sind die wirklich gefährlichen. Sie haben zwar ‚nichts getan‘, sie haben nur ihre Meinung gesagt, sie haben nur nachgedacht. Dass das Denken eine bestimmte Richtung begünstigt: Was kann der Denker, was kann der Schreiber dafür? Er kann dafür.“⁴¹¹

Das Zitat suggeriert de facto eine Absage an das Recht der freien Meinungsäußerung, wobei aber keinerlei Grenzen der Legitimität gezogen, sondern durch schwammige Wendungen wie „schön tun“ oder „eine bestimmte Richtung“ Pauschal- und Vorverurteilungen möglich gemacht, wenn nicht gar gefördert werden. Verschärft wird der damit vollzogene Exklusionsprozess ganzer gesellschaftlicher Gruppen und deren typischer, teils schon berufsbedingter Verhaltensweisen, durch die Verwendung herabwürdigender Vergleiche [„Wild am Waldrand“] oder, an anderer Stelle, denunziatorischen Vokabulars wie „politische und publizistische Schickeria“.⁴¹² Diese Praxis ist geeignet, zu einer Verhärtung des Terrorismus-Diskurses beizutragen, indem sie eine Partitionierung der Öffentlichkeit befördert, in der sich auch und gerade die verschiedenen demokratischen Kräfte offensiv und unversöhnlich gegenüber stehen.

⁴⁰⁹ Ebd.

⁴¹⁰ *FAZ*, 2. August 1977, S. 1.

⁴¹¹ Ebd.

⁴¹² *FAZ*, 15. Oktober 1977, S. 1.

Damit handelt die *FAZ* auch der Position ihres Mitherausgebers Joachim Fest diametral entgegen, der während der Schleyer- und Landshut-Entführung in einem Kommentar zu allseitiger Mäßigung und einer Offenheit des demokratischen Diskurses aufruft:

„Fraglos gehört die Kontroverse, auch die leidenschaftliche (...) zu den Lebenselementen demokratischer Gemeinwesen. Die Figur des Gegners hat darin geradezu konstitutiven Rang. Aber von dort bis zu dem kopflosen Geschrei ringsum, den Verdächtigungen und Denunziationen, ist ein weiter, die Qualität der Positionen verändernder Weg: Aus politischen Gegnern werden dabei unversehens Feinde, zwischen denen kein Gespräch mehr möglich ist.“⁴¹³

Bemerkenswert ist, dass der Appell Fests direkt neben dem Kommentar erscheint, aus dem das zuvor angeführte, denunziatorisch antiliberaler Zitat stammt. Er bleibt so, was seine Aussage und auch die wohl intendierte Wirkung angeht, publizistischer Solitär, wie auch der oben geschilderte Kommentar zur Differenzierung des Sympathisanten-Begriffs.

Ferner auffällig ist im Jahr 1977 die Auseinandersetzung mit den möglichen Ursachen des Terrorismus. Dabei besteht eine grundsätzliche Problematik darin, dass bis dato – anders als im *Spiegel* - in der *FAZ* keine wirkliche, auch inhaltlich-kritische Beschäftigung mit Handlungskonzepten, Motivationslagen und ideologischen Elementen der RAF stattgefunden hat, kein genuiner Versuch des Verstehens unternommen worden ist. Mangels daraus zu gewinnender Erkenntnisse über Wesen und Wirken der RAF entbehrt die *FAZ*'sche Ursachenanalyse in der Folge weitgehend ihrer Grundvoraussetzung, lassen sich doch ursächliche Fragen schwerlich adäquat beantworten, solange keine Klarheit über den Status quo des zu untersuchenden Gegenstandes besteht. Nun finden sich 1977 zumindest Ansätze, das beschriebene Defizit zu beseitigen, wobei zwei Kommentare besonders hervortreten. Ersterer beschäftigt sich mit der Außenwirkung als Kernelement des Terrorismus und hebt so auf den wichtigen Aspekt des Terrors als Kommunikationsstrategie ab. Die dabei getroffene Feststellung, die RAF wolle „mächtiger dastehen als der Staat“⁴¹⁴ ist im Grundsatz korrekt: In der Tat gehörte es zur Ratio der RAF, Spielräume für eine revolutionäre Bewegung dadurch zu schaffen, dass der „Mythos von der Allgegenwärtigkeit des Systems“ durch „erfolgreiche“ Angriffe gegen dessen Repräsentanten gebrochen würde.⁴¹⁵ Dies allerdings verkennt die *FAZ*, wenn sie als Motivation lediglich „Machtrausch und Ruhmsucht“⁴¹⁶ konstatiert. Entsprechend verhält es sich mit der Feststellung, die Terroristen betrieben „psychologische

⁴¹³ Ebd.

⁴¹⁴ *FAZ*, 8. September 1977, S. 1.

⁴¹⁵ Vgl. 4.2.1.

⁴¹⁶ *FAZ*, 8. September 1977, S. 1.

Kriegführung“.⁴¹⁷ Auch diese ist im Prinzip korrekt,⁴¹⁸ missdeutet wird aber die beabsichtigte Wirkung dieser Strategie, wenn es im Anschluss heißt, sie würde in der Zuversicht betrieben, „dass die Menge sich dabei verhalte wie das Kaninchen vor der Schlange.“⁴¹⁹

Als eigentliche Verursacher des Terrorismus werden nun, in Fortführung der schon 1975 etablierten analytischen Linie, liberaler Reformismus und allgemeine gesellschaftliche Liberalisierung angeführt. Exemplarisch dafür ist ein *FAZ*-Gespräch mit Bernhard Vogel, in dem gezielt auf diese Thematik eingegangen wird. Auf die Frage nach Versäumnissen von Eltern, Lehrern und Politikern „gegenüber denjenigen (...), die um 1950 geboren wurden und die jetzt Terroristen sind?“ heißt es: „Haben wir nicht zu sehr eine Anspruchshaltung begünstigt und zu wenig auch eine Verpflichtungsordnung gefordert? Haben wir nur Schranken abgebaut?“.⁴²⁰ Die damit geäußerte Kritik an einer Tendenz zur Permissivität findet ihre Entsprechung in einem Kommentar vom Ende des *Deutschen Herbstes*, in dem das Jahr 1968 als Ausgangspunkt einer unheilvollen Entwicklung, die letztlich zu terroristischen Exzessen geführt habe, dargestellt wird:

„Zehn Jahre nach 1968 erhalten wir die Quittung dafür, dass damals neue Anzeichen von Barbarei, von Mangel an politischer und damit schlicht menschlicher Zivilisation nicht recht erkannt worden sind, zugedeckt wurden vom Euphemismus eines banalen Reformwesens. (...) Blind gemacht für die keimenden Anfänge eines so umfassenden Irrationalismus, haben sich überschlagende Ausläufer der Spätaufklärung (...) den Weg frei gemacht für eine gesellschaftszerstörende Selbstverwirklichung des Einzelnen, einen Nihilismus.“⁴²¹

Wiederholt die *FAZ* mit diesem Artikel weitgehend ältere Muster ihrer politischen Analyse der RAF, so besteht der neuartige Aspekt in der Parallelisierung der Studentenbewegung mit der nationalsozialistischen Reichspogromnacht. Unter Verwendung des Topos der „Barbarei“ als Konnex wird eine direkte Linie zwischen den beiden Ereignissen konstruiert:

„Vor genau neununddreißig Jahren, bei den Geschehnissen, die als ‚Reichskristallnacht‘ in die Geschichte eingingen, sahen wir Schulkameraden, die wir als freundlich, harmlos und von der Hitlerjugend-Begeisterung nicht infiziert kannten, sich dem wütenden, zerstörerischen Toben gegen jüdisches Eigentum (...) hingeben. Es war nicht der engere Kreis von ‚Nazis‘ allein, der das Dritte Reich so möglich und so schrecklich machte. Dreißig Jahre später, 1968, wurden diese Erinnerungen wieder wach, als (...) sich (...) der gewaltige Demonstrationszug formierte, der in das ausartete, was damals nicht nur jüngere Leute als ‚Gewalt gegen Sachen‘ (...) rechtfertigen wollten. Auch 1938 waren

⁴¹⁷ Ebd.

⁴¹⁸ Vgl. 4.2.1 & 4.2.2.

⁴¹⁹ *FAZ*, 8. September 1977, S. 1.

⁴²⁰ *FAZ*, 14. September 1977, S. 2.

⁴²¹ *FAZ*, 21. Oktober 1977, S. 1.

zerstörte Druckmaschinen, umgeworfene Regale und zerschelltes Kristall nur Spuren von ‚Gewalt gegen Sachen‘ und dennoch ein Menetekel für kommendes Ungeheuerliches.“⁴²²

Dieses Zitat ist deshalb inakzeptabel, weil es sich für den durchsichtigen Zweck der Diffamierung der Studentenbewegung des Mittels der groben Geschichtsklitterung bedient. Abgesehen von der Unvergleichbarkeit der der Reichspogromnacht und der Studentenbewegung zu Grunde liegenden Motive, wird die Tatsache völlig unterschlagen, dass 1938 eine Vielzahl von Juden ermordet wurde. Die *FAZ* -Beschreibung der Ereignisse der Reichspogromnacht stellt also eine eklatante Verharmlosung dar. Gleichzeitig werden durch die einleitende Verwendung des Pronomens „wir“ die Leser des Kommentars – sofern sie den entsprechenden Generationen angehören - zur Identifikation mit dem Autor des Kommentars eingeladen und durch die Zuweisung der Taten an „Schulkameraden“ von einer etwaigen Mitschuld oder gar Mittäterschaft entbunden. Als Mitläufer, als einer derjenigen, die „das Dritte Reich so möglich machten“, firmieren folglich stets Andere, während sich der Autor selbst eine moralische Absolution erteilt. Seine Entsprechung wie Ergänzung findet diese Denkfigur in einem in derselben *FAZ* -Ausgabe veröffentlichten Nachruf auf Hanns-Martin Schleyer: Dort wird dessen prä-bundesrepublikanische Laufbahn lediglich mit dem Satz behandelt, „schon der junge Jura-Student“ habe „sich sozialpolitisch engagiert“. Mit keinem Wort erwähnt werden Schleyers langjährige Mitgliedschaft in SS und NSDAP sowie seine Tätigkeit als persönlicher Sekretär von Bernhard Adolf, dem Präsidenten des Zentralverbands der Industrie für Böhmen und Mähren (ZVI), die ihn direkt mit der *Arisierung* tschechischer Industrien und Zwangsarbeit in Verbindung brachte; beides Maßnahmen, an deren Durchführung Schleyer nicht nur pflichtbewusst teilnahm, sondern die er aus nationalsozialistischer Überzeugung heraus auch inhaltlich unterstützte.⁴²³

6.2.3 Einzelstimmen in verschiedenen Publikationen

Nach der Untersuchung zweier herausragender Presseorgane soll die vorliegende Diskursanalyse nun durch Einzelbeiträge aus diversen Publikationen ergänzt werden, denen aufgrund ihrer Aussagekraft eine exeptionelle Bedeutung zukommt und die daher geeignet sind, der Untersuchung zusätzliche wichtige Aspekte anzufügen. Damit soll auch unterstrichen werden, dass die in der bisherigen Diskursanalyse herausgearbeiteten Themenkomplexe und Argumentationsmuster keineswegs auf die Periodika *Spiegel* und *FAZ*

⁴²² Ebd.

⁴²³ Vgl. Hachmeister, Lutz, *Schleyer – Eine deutsche Geschichte*, München: C.H. Beck, 2004, S. 208-216.

beschränkt waren, sondern sich vielmehr allenthalben im Terrorismus widerspiegeln. Der Betrachtungszeitraum wird dabei aus bereits oben erörterten Gründen der Forschungspragmatik auf die Phase des *Deutschen Herbstes* beschränkt.

Genannt werden sollen zunächst die Elemente einer allgemeinen konservativen Zeit- und Kulturkritik, die teils kulturkämpferische Züge tragen. Diese, im Laufe der *FAZ*-Analyse mehrfach identifiziert, finden sich auch in anderen bedeutenden Zeitungen. Symptomatisch kann hier ein Beitrag der *Zeit* mit dem Titel „Der Weg in die Gewalt – Geistige und gesellschaftliche Ursachen des Terrors“⁴²⁴ stehen, in dem als solche vor allem die „Desintegration“ in drei gesellschaftlichen Bereichen ausgemacht werden: Zunächst der „Machtverlust der Kirchen“ und damit ein Verlust der „Rationalität des Religiösen“, deren wesentlicher Aspekt die „Abwehr menschenfeindlicher Entwicklungen“ sei. Ferner eine „Desorganisation der Persönlichkeitssysteme“, die darin bestehe, dass Selbstbewertung nur mehr innerhalb von sozialen Gruppen statt auch in „übergeordneten gesellschaftlichen Systemen“ stattfinde. Zuletzt wird als Ursache für den Terrorismus ein „Zerfall der gesellschaftlichen Moral“ angeführt, der allerdings schlicht behauptet und an so lapidare Aussagen festgemacht wird wie der, es sei gegenwärtig „schick jemanden übers Ohr [zu] hauen“.

Daneben gilt es eine Gesellschaftskritik zu erwähnen, die aufgrund ihrer politischen Ausrichtung nicht dem Konservativismus zuzurechnen ist: In der *Allgemeine Wochenzeitung der Juden* schreibt im Februar 1978 Friedo Sachser ebenfalls „über die Ursachen des Terrorismus“⁴²⁵ und identifiziert dabei Grundprinzipien der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft als eigentliche Ursachen, die entgegen demokratischen Tugenden wie „Rücksichtnahme“ und der Bereitschaft zum „Kompromiss“ den politisch-sozialen Alltag bestimmten: „Nur die Leistung, die Erfolge zählen, nicht aber die Methoden, die sie ermöglichen. Gut ist, was Erfolg und Geld bringt. Nicht Humanismus heißt die Richtschnur, sondern blanker Materialismus“. Der „gewaltige Konkurrenzdruck“ in der marktwirtschaftlich organisierten Gesellschaft verleite manche, „die das erforderliche Durchsetzungsvermögen nicht aufbringen“, in „extreme politische Ideologien“, wie andere in den Drogenkonsum. Sachser's Fazit aus den Erfahrungen mit der RAF ist deshalb ein selbstkritisches: „Haben wir wirklich Grund uns über die Existenz junger Terroristen zu empören und entsetzt abzuwenden? Wir brauchen uns nur umzusehen und umzuhören, um die Ursachen erkennen zu können und damit auch unser aller Mitverschulden“. Damit ergeben sich

⁴²⁴ Hier und im Folgenden: *Die Zeit*, 09.12.1977, zitiert nach: Arbeitsstab „Öffentlichkeit gegen Terrorismus“ im Bundesministerium des Inneren; *Hat sich die Republik verändert?...*, Oldenburg: 1978, S. 103-111.

⁴²⁵ Hier und im Folgenden: *Allgemeine Wochenzeitung der Juden* 17.03.1978; in: Ebd., 182-195.

Verbindungslinien zur Berichterstattung des *Spiegels*, der wiederholt nach den Ursachen des Terrorismus fragt, indem er verbreitete Kritikpunkte der Neuen Linken aufgreift und erörtert.

Weiterhin inkludiert werden muss an dieser Stelle ein öffentlicher Briefwechsel zwischen Jürgen Habermas und dem Politologen Kurt Sontheimer, dessen Gegenstand der Themenkomplex des Sympathisantentums sowie der etwaigen Mitverantwortung linker Theoretiker am Terrorismus ist, und der so eine für den damaligen Diskurs aufschlussreiche Metadebatte repräsentiert. Sontheimer knüpft dabei an den im Herbst 1977 kulminierenden Vorwurf geistiger Brandstiftung gegen linke Intellektuelle und die Neue Linke insgesamt an, und schreibt, an Habermas adressiert:

„Weil sie und einige andere so unmissverständlich gesprochen haben [=gemeint ist die definitive Verurteilung jedweder Gewalt durch Habermas; Anm. des Verf.], nehmen sie für die gesamte Linke in Anspruch, dass von deren Theorien und Einstellungen keine Brücke zu den Terroristen der RAF führe. (...) Hier machen sie es sich zu einfach.“⁴²⁶

Sontheimer konstatiert bis Mitte der sechziger Jahre eine weitgehend friktionslose Koexistenz der verschiedenen politischen Auffassungen. Erst mit der „Studentenrevolte“ und der Entstehung der Neuen Linken sei es zu der „Aufkündigung dieser Koexistenz durch einen Teil der linken Intelligenz“ gekommen, zum „Ergreifen des Fehdehandschuhs gegenüber der BRD als System“, was in der „Wahl neuer politischer Mittel bis hin zur Gewalt und schließlich auch individuelle[m] Terror“ resultiert habe. Aus dieser Analyse heraus fordert Sontheimer abschließend eine demonstrative Distanzierung der Linken von den Gewaltbereiten bzw. Befürwortern von Gewalt unter den Linken und stellt einen kausalen Zusammenhang zwischen dem Mangel an klarer Distanzierung und der pauschalen Diffamierung des linken politischen Spektrums her:

„Solange die seriöse, die redlich argumentierende Linke in der BRD sich nicht deutlicher zu distanzieren bereit ist von den `Idioten´ unter den Linken, solange sie lieber die Liberalen wie mich aufs Korn nimmt, solange werden sie sich den substanzlosen Schuldzuweisungen ausgesetzt sehen, die sie heute mit Recht so beklagen“.

Auf eben diese „Schuldzuweisungen“ hebt Jürgen Habermas in seiner Entgegnung auf Sontheimer ab, wenn er, den aktuellen Diskurs betreffend, drei eminente Gefahren identifiziert. Dazu führt er zunächst den Begriff der *innerstaatlichen Feinderklärung* nach Carl Schmitt ein, um ihn auf die politische Situation in der BRD anzuwenden: Diese sei

⁴²⁶ Hier und im Folgenden: Süddeutsche Zeitung 26.11.1977; in: Ebd., S. 69-77.

zunehmend dadurch gekennzeichnet, dass die „innerstaatliche Feinderklärung“⁴²⁷ zur Routine werde, es gehe kaum noch um „Kriminelle“, sondern um „Feinde“: „Die ‚geistig-politische Auseinandersetzung‘ verwandelt sich in dem Maße, wie sie zur Intellektuellenhetze ausartet, zum Versuch, den inneren Feind zu definieren“. Dazu führt Habermas als Beispiel ein Zitat der *FAZ* an, das oben bereits zur Verwendung kam.⁴²⁸

Zudem sieht der Sozialphilosoph das „Existenzrecht der Linken in der BRD“ in Gefahr, und dies konkret durch den Versuch, sie „mit der historisch-politischen Verantwortung für die Terroranschläge zu belasten“. Er detektiert, es würden im Terrorismus-Diskurs „unhaltbare geistig-moralische Zurechnungen mit großem publizistischem Aufwand vorgenommen“, und zwar von Personen und politischen Kräften der Rechten, die er folglich als „Nutznießer eines desperaten Terrorismus von Einzelgängern“ bezeichnet.

Schließlich mahnt Habermas eine dritte Gefahr an, die für ihn ein Resultat der beiden ersteren darstellt. Wie Sontheimer sieht er die BRD als demokratisches Gemeinwesen in bedenklichem Maße attackiert, allerdings nicht von Seiten kritischer Linker, sondern gerade durch deren pauschale Verurteilung:

„Wenn diesmal die linken Intellektuellen zum innerstaatlichen Feind erklärt und wenn sie durch breitenwirksame Verleumdung moralisch entwaffnet würden, wäre dann nicht die Front derer empfindlich geschwächt, die rechtzeitig einer Aushöhlung der republikanischen Identität unseres Gemeinwesens entgegenreten?“

6.3 Vergleich und Bewertung

Nach der quellenkritischen Untersuchung des Terrorismus-Diskurses in *Spiegel* und *FAZ* im Zeitraum 1970 bis 1977, folgt nun der abschließende Arbeitsschritt der Diskursanalyse: der Vergleich und die Interpretation der gewonnenen Erkenntnisse und deren historisch-semantiche Einordnung. Dabei lassen sich, bedingt durch die Auswahl der beiden Presseorgane als weitgehend typische Repräsentanten der zwei dominantesten politischen Positionen der diskursiv-politischen Auseinandersetzung um den Terrorismus der 1970er Jahre, zwei gegenläufige Diskursstrategien beschreiben, wofür durch die Inkorporierung interpretatorischer Elemente in Hauptteil 6.2 bereits Vorleistungen erbracht wurden. Die Strategien sollen aber im Folgenden pointiert und systematisch zusammengefasst werden. Dabei wird deutlich, in welchem hohem Maße Deutungshoheit und Meinungsführerschaft im öffentlichen Diskurs umkämpft waren, wie stark der Diskurs – als ein zentrales Instrument zur

⁴²⁷ Hier und im Folgenden: Süddeutsche Zeitung 27.11.1977; in: Ebd., S. 81-89.

⁴²⁸ Vgl. Anmerkung 411.

Durchsetzung politischer Ziele – Objekt politischer Auseinandersetzungen und gleichzeitig deren Mittel war.

6.3.1 Die konservative Diskursstrategie

Die konservative Strategie im Terrorismus-Diskurs, am Beispiel der *FAZ* exemplarisch herausgearbeitet, zeichnete sich zunächst dadurch aus, dass dem Linksterrorismus der RAF jedwede relevante politische Dimension abgesprochen wurde. Zwar wurde die linksextremistische Motivation der RAF sehr wohl erkannt, schließlich bildete diese die Basis für den konservativen Generalangriff auf die politische Linke, aber die RAF wurde nicht als politische Herausforderung begriffen, die auch Implikationen im Sinne von Selbstkritik für Politik und Gesellschaft der BRD haben könnte. Im Gegenteil, eine solche Auffassung, wie sie später Carlchristian von Braunmühl propagierte,⁴²⁹ sollte unterbunden werden, führte sie doch zu einem In-Frage-Stellen vieler Mechanismen und Funktionsweisen der Gesellschaft sowie deren sozio-ökonomischer Verfasstheit. Ein solches Fazit wäre aber dem Grundanliegen des Konservatismus, der Erhaltung des Status quo, bzw. der Wiederherstellung des politisch-gesellschaftlichen Status quo ante 1968, diametral zuwider gelaufen. So wurde seit Beginn der 1970er Jahre versucht, die Angehörigen der RAF sowie ihres Umfeldes in den Bereich des rein Kriminellen und mehr noch, in den des (Psycho-) Pathologischen zu verweisen, wofür die extensive Verwendung von Zuschreibungen wie „wahnsinnig“, „tollwütig“, die Beschreibung des Linksextremismus als „Krankheitskeim“⁴³⁰ etc. symptomatisch waren. Ebenso bezeichnend war die weitestgehende Ignorierung des Themenkomplexes Linksextremismus in der Zeit vor der so genannten *Mai-Offensive* der RAF 1972, sowie der nahezu vollständige Verzicht auf Hintergrundberichte zur Neuen Linken oder die Dokumentation von RAF-Positionen anhand von Originalschriften.

Ein weiteres Kernelement konservativer Diskursstrategie stellte der Versuch dar, linken

⁴²⁹ Carlchristian von Braunmühl, der Bruder des am 10. Oktober 1987 von der RAF ermordeten Diplomaten Gerold von Braunmühl, Abteilungsleiter im Auswärtigen Amt. Im September 1994 hielt er anlässlich des Symposiums „Alle Gewalt geht vom Volke aus“ während der Jahrestagung des Berufsverbandes der Ärzte für Kinder- und Jugendpsychiatrie und Psychotherapie in Deutschland einen Vortrag mit dem Titel „Erfahrung von Gewalt – ein Anschlag der RAF und ein Versuch von Angehörigen, darauf zu reagieren“. Darin schildert Braunmühl seine auch selbst- und gesellschaftskritischen Fragen nach dem RAF-Mord: „Ich meine, wenn Menschen, die gegen soziale Ungerechtigkeit und Not besonders empfindlich sind, in ‚völlig aufrichtigem Gefühl‘ (N. Elias) zur Überzeugung kommen, dass wir in einer ungerechten und sinnleeren Gesellschaft leben, dann sagt dies doch auch etwas über unsere Gesellschaft. Und dann ist es gut, dafür zu werben, sich auch an die eigenen Nase zu fassen und in den Spiegel zu sehen“; in: Wirth, Hans-Jürgen (Hrsg.), *Versuche die RAF zu verstehen...*, S. 112/113.

⁴³⁰ Vgl. 6.2.2.

Intellektuellen und Liberalen eine Mitschuld am Terrorismus zuzuweisen. Dabei wurde mit der Behauptung gearbeitet, die Entwicklung linker, auch systemkritischer Theorien stelle den eigentlichen Ursprung des Terrorismus dar, habe diesen überhaupt erst ermöglicht. Dadurch wurde nicht nur die gesamte Linke, sondern auch kritisches Denken an sich de facto unter Generalverdacht gestellt. Die politische Linke sah sich mit einer pauschalen Delegitimierung von konservativer Seite konfrontiert sowie einem konstanten Druck zu demonstrativer Distanzierung und Rechtfertigung.

Diese Strategie zielte aber neben dem Bereich linker Theoriebildung und Gesellschaftskritik auch auf deren soziale Resultate ab, auf die mit der Regierungsübernahme der sozialliberalen Koalition 1969 eingeleitete Ära innenpolitischer Reformierung und gesellschaftlicher Liberalisierung. So standen im Visier konservativer Kritik durchgängig auch neue Lehrpläne an Schulen, die reformierte Hochschulstruktur, liberale ordnungspolitische Reformen und die Liberalisierungen des Strafrechtes. All dies wurde ebenfalls als ursächlich, zumindest aber begünstigend für den Terrorismus dargestellt. In toto ergibt sich so das Bild eines regelrechten Kulturkampfes um gesellschaftliche Hegemonie, in dem die konservative Seite mit zunehmender Eskalation der terroristischen Gewalt vermehrt Erfolge verbuchen konnte. So kam es, auch und gerade durch den öffentlichen Druck, den die konservative Diskursstrategie auf die sozialliberale Regierung ausübte, bis 1978 zu erheblichen gesetzlichen Verschärfungen und einem stückweisen Abbau rechtsstaatlicher Garantien, sowie einem massiven Ausbau der Sicherheitsapparate.⁴³¹ Das publizistische Wirken in diese Richtung stellte, wie gezeigt, ein zentrales Unterthema des Terrorismus in der *FAZ* dar und zeigte deren weitgehende politische Deckungsgleichheit mit den Oppositionsparteien CDU und CSU.

Die konservative Diskursstrategie bewirkte demnach keine Förderung einer Atmosphäre ziviler Offenheit und Öffentlichkeit, oder eine demokratisch-diskursive Auseinandersetzung mit einem gewichtigen innenpolitischen Problemfeld, sondern vielmehr ein Klima der Schuldzuweisungen, Polarisierung und die Herausbildung politischer Frontstellungen, worüber auch die allenthalben postulierte *Solidarität der Demokraten* nicht hinwegzutäuschen im Stande war. Tatsächlich bestand ein Haupteffekt der konservativen Diskursstrategie in der Etablierung eines „politisch-kommunikativen Kriegszustandes“.⁴³² Linke und Liberale wurden dabei, um den von Jürgen Habermas nicht unbegründet in die Debatte eingeführten Begriff Carl Schmitts zu gebrauchen, zum Gegenstand einer innerstaatlichen Feinderklärung. Die dabei allenthalben gebrauchten Schuldzuweisungen waren wenig geeignet, Vertrauen in

⁴³¹ Vgl. 5.1 und 5.2.

⁴³² Musolff, Andreas, *Terrorismus im öffentlichen Diskurs der BRD*, in: Weinbauer, Klaus et al (Hg.); *Terrorismus in der Bundesrepublik...*, S. 315.

die Funktionsfähigkeit des demokratischen Staates zu fördern, und ebenfalls nicht dazu, Sympathisanten und Unterstützer des Terrorismus zu einem Umdenken zu veranlassen. Letzteres hätte allenfalls durch den Gebrauch sachlicher Argumentation Aussicht auf Erfolg gehabt, nicht aber durch verkürzte und allzu oft offensichtlich parteipolitisch motivierte Polemik.

Überdies zeitigte das Diskursverhalten der konservativen Seite den schwerwiegenden negativen Effekt, dem Kalkül der RAF in zwei zentralen Aspekten zu entsprechen. Zum einen erfolgte durch die Beschwörung eines Kriegs- oder zumindest bürgerkriegsähnlichen Zustandes, in den sich der Staat befinde – was sich in einer zunehmenden Verwendung von Kriegsvokabular manifestierte – eine semantische Aufwertung der Terroristen zu einer regulären Kriegspartei. Eine solche Anerkennung war seit ihrer Gründung erklärtes Ziel der RAF gewesen.⁴³³ So wurde ein wichtiges ideologisches Element der RAF in deren und den Augen ihrer Unterstützer explizit verifiziert, was potentiell zur Steigerung der Motivation beider Gruppen beizutragen geeignet war. Zum anderen traf sich das konstante Drängen der Konservativen auf Gesetzesverschärfungen, Ausweitungen polizeilicher Befugnisse und den Abbau rechtsstaatlicher Garantien mit seinen teils drastischen Spitzen⁴³⁴ direkt mit der Strategie der RAF, durch Terroranschläge den Rechtsstaat zur Selbstdemontage zu treiben, oder, in der Diktion der RAF selbst, sein unter demokratischer Fassade verstecktes, in Wahrheit faschistisches Wesen zu offenbaren.

6.3.2 Die liberale Diskursstrategie

Die liberale Diskursstrategie bildete zur konservativen zumeist einen direkten Gegenpol, es finden sich allerdings auch einige Überschneidungspunkte. Sie war erstens charakterisiert durch die teils affirmative Aufnahme und Verhandlung einiger von der RAF de facto neu aufgeworfener gesellschaftskritischer Aspekte. Dies war vor allem in den frühen siebziger Jahren und für aus der Studentenbewegung herrührende Kritikpunkte der Fall. So verurteilte der *Spiegel* gleichfalls die NS-Belastung hochrangiger Vertreter bundesrepublikanischer Politik und Justiz, was deren Thematisierung und Offenlegung voraussetzt, während dieser neuralgische Punkt in der *FAZ* schlicht ausgeblendet wurde. Gleichermaßen verhielt es sich mit der liberalen Kritik an den journalistischen Praktiken der *Bild*-Zeitung oder polizeilichen Gewalteinsatzes während politischer Demonstrationen. Zudem war das liberale Diskursverhalten gegenüber der Systemkritik der RAF dadurch gekennzeichnet, dass es eine

⁴³³ Vgl. 4.2.1.

⁴³⁴ Forderung nach Folter bzw. Erschießungen, vgl. 6.2.2.4.

direkte inhaltliche Auseinandersetzung mit einschloss. Es finden sich also immer wieder Interviews mit oder Originaltexte von (Ex-)RAF-Mitgliedern sowie Auszüge aus RAF-Schriften, die den Versuch darstellten, den Terrorismus und seine Ursachen zunächst zu verstehen, um ihn in einem zweiten Schritt argumentativ zu entwaffnen. Die kategorische Illegitimität von Gewaltanwendung als Mittel der politischen Auseinandersetzung stand dabei aber zu jeder Zeit außer Frage.

Ein weiteres Charakteristikum liberaler Diskursstrategie bestand darin, die von konservativer Seite betriebene, pauschale Verdächtigung bzw. Vorverurteilung linker Intellektueller und liberaler Reformer, sie träfe eine Mitschuld am Terrorismus, dezidiert zurückzuweisen. Die politische Linke und kritisches Denken und Theoretisieren als solches wurden als legitime und notwendige Bestandteile des demokratischen Gemeinwesens verteidigt, ebenso wurde der liberale innenpolitische Reformprozess seit 1969 gegen den Vorwurf der Begünstigung und Förderung des Terrorismus in Schutz genommen. Dieses Agieren stellte zwar grundsätzlich eine Verteidigung politischer Positionen dar, enthielt darüber hinaus aber auch offensive Elemente: Gleichsam im Gegenzug wurde der konservativen Seite beschieden, unter ihrer Regierungsverantwortung und einer damit einhergehenden Politik der Deliberalisierung und sicherheitspolitischen Aufrüstung wäre der Linksterrorismus auf ein ungleich höheres Maß angestiegen.

Was die durch den Terrorismus der RAF aufgeworfenen Fragen der Rechtsstaatlichkeit anbetrifft zeigt die liberale Diskursstrategie ebenfalls eine der konservativen diametral entgegen gerichtete Auffassung. Während die *FAZ* kontinuierlich auf Gesetzesverschärfungen und -neuregelungen drang, kritisierte der *Spiegel* nahezu jedes neue Gesetzesvorhaben intensiv und zog den Nutzen gesetzlicher Maßnahmen in Zweifel. Auf liberaler Seite stand hinsichtlich dieses Unterthemas vor allem die Integrität und Unversehrtheit des Rechtsstaates und der durch ihn verbürgten freiheitlichen Garantien im Vordergrund. Größer als die von der RAF für das Gemeinwesen ausgehende Bedrohung wurde die Gefahr eingeschätzt, im Zuge legislativer Terrorismus-Bekämpfung den Rechtsstaat in unvertretbarem Maße zu beschädigen und damit Staat und Demokratie mehr Schaden zuzufügen, als es die RAF überhaupt vermocht hätte. Dieser Topos spiegelte sich neben der grundsätzlichen Skepsis gegenüber verschärften Gesetzen auch in der Kritik an polizeilicher Aufrüstung und dem durch den Terrorismus verursachten Stillstand innerpolizeilicher Reformprozesse, wenn nicht einer Remilitarisierung der Polizei.

Zuletzt ist festzustellen, dass die liberale Diskursstrategie stark auf die Offenheit des Terrorismus-Diskurses hinzuarbeiten versuchte. Dies zeigte sich insbesondere durch die

Repräsentation widerstreitender Meinung innerhalb des *Spiegels* selbst, sowie durch die Dokumentation originaler RAF-Schriften, die den Lesern eine Eigenbewertung ermöglichten und zu sachlich fundierter Meinungsbildung einluden. Auch die konsequente Anmahnung von Augenmaß und Mäßigung in der Terrorismus-Debatte und die Warnung vor einer Hysterisierung der öffentlichen Auseinandersetzung dienten dem Ziel eines offenen Diskurses.

6.3.3 Strukturelle Wandlungsprozesse

Sowohl in der Berichterstattung des *Spiegels* als auch in der der *FAZ* lassen sich für die siebziger Jahre bis zum *Deutschen Herbst* inhaltliche wie sprachlich-formale Veränderungen feststellen, wiewohl publizistische Konstanten identifizieren.

Für den *Spiegel* bildet das Unterthema der Rechtsstaatlichkeit das Feld mit der höchsten Konstanz: Die Einhaltung rechtsstaatlicher Grundsätze sowie der Erhalt, und eben nicht der Abbau rechtsstaatlicher Garantien und Freiräume auch und gerade für Terroristen stellt ein Hauptanliegen des *Spiegels* dar, welches mit der innenpolitisch-diskursiven Zuspitzung im Jahre 1977 nicht endet, sondern im Gegenteil verstärkt vertreten wird. Entsprechend verhält es sich mit der Verteidigung linker Intellektueller, Liberaler und der Reformpolitik der sozialliberalen Regierungskoalition, die ebenfalls bis einschließlich der Phase des *Deutschen Herbstes* beibehalten wird. Der These Weinbauers, nach dem Herbst 1977 habe sich allgemein ein Wandel hin zu einer „staatskritischen Haltung“ gezeigt, „die staatliches Handeln nicht mehr als sakrosankt und per se gerechtfertigt ansah“,⁴³⁵ in die der *Spiegel* inkludiert wird, ist entgegenzutreten. Vielmehr ist zu konstatieren, dass der *Spiegel* eine solche Haltung bereits mit Beginn des Terrorismus-Diskurses im Jahre 1970 vertrat und sie stringent weiterverfolgte.

Eine deutliche Wandlung zeigt sich hingegen bei der Auseinandersetzung mit der RAF und ihrer Ideologie. Zu Beginn der siebziger Jahre war diese durchaus intensiv und gekennzeichnet durch direkte Kontakte, wie etwa Interviews und der Veröffentlichung originaler RAF-Schriften. Noch 1975 publizierte der *Spiegel* ein mehrseitiges Gespräch mit dem Kern der ersten RAF-Generation. Diese Offenheit endete mit der Eskalation der terroristischen Gewalt im Jahr 1977, in dem der *Spiegel* eine geschlossene Position der RAF gegenüber einnahm, was sich besonders in der sprachlichen Beschreibung der Terroristen mit

⁴³⁵ Weinbauer, Klaus, *Zwischen „Partisanenkampf“ ...*, in: Weinbauer et al., *Terrorismus in der Bundesrepublik...*, S. 265.

Begriffen wir „Gangster“ und „schießwütige Killer“ niederschlug. Dadurch gab der *Spiegel* die bislang praktizierte Wahrnehmung der politisch-gesellschaftlichen Implikationen der RAF auf und kam zu einer Reduktion des Terrorismus auf die Ebene des Kriminellen und Pathologischen.

In Jahr 1977 übernahm der *Spiegel* auch das bis dato nur von konservativer Seite vertretene Deutungsmuster des Terrorismus und der staatlichen Reaktionen darauf als Kriegsgeschehen, wofür der Titel *Killerkrieg gegen den Staat* nach der Schleyer-Entführung exemplarisch steht. Damit konterkarierte der *Spiegel* seine eigenen Bemühungen um rechtsstaatliche Mäßigung in der Auseinandersetzung mit dem Terrorismus, förderte tendenziell eine Hysterisierung des Diskurses und damit auch eine Verunsachlichung von Politik und Terrorabwehr. Da die Beurteilung der Konfrontation eines Staates mit Terrorismus als Krieg fast prinzipiell staatliche Überreaktionen begünstigt,⁴³⁶ war die Übernahme dieses Topos der ursprünglichen publizistisch-politischen Linie des *Spiegel*, der Versachlichung und Deeskalation des Diskurses, diametral entgegengerichtet und entsprach – wie oben dargelegt – eher dem terroristischen Kalkül der Eskalation. Darin wird die enorme Schwierigkeit deutlich, angesichts einer sich steigernden Dramatik terroristischer Anschläge Mechanismen der Hysterisierung nicht mit zu beschreiten, und dem Druck einer sich angesichts des Terrors radikalierenden öffentlichen Mehrheitsmeinung zu widerstehen.⁴³⁷

Im Falle der *FAZ* lassen sich derartige Brüche bzw. Inkonsistenzen der publizistischen Linie nicht feststellen. Hier bestehen die Wandlungsprozesse vielmehr in einer kontinuierlichen Steigerung und Intensivierung von Forderungen und politischen sowie gesellschaftlichen Schuldzuweisungen. So machte die *FAZ*, beginnend mit den ersten Anschlägen der RAF zum einen linke Intellektuelle, Literaten und Professoren mitverantwortlich für den Terrorismus, zum anderen die sich seit 1969 verstärkende gesellschaftliche Liberalisierung, wie etwa die Demokratisierung inneruniversitärer Strukturen. Dieser auch kulturkämpferische Versuch der Delegitimierung sozialliberaler Reformpolitik wie kritischen Denkens per se verschärfte sich im Laufe der 1970er Jahre, wobei 1975 bereits ein Höhepunkt erreicht wird, indem die beschriebenen Kritikpunkte als „Krankheitskeime“ im Staats-„Körper“ beschrieben werden. Dieser Grad an Diffamierung steigert sich 1977 nur noch insofern, als das die Studentenbewegung, als Ausgangspunkt der kritisierten Liberalisierungen, in eine Linie mit der Reichspogromnacht von 1938 gestellt wird.

⁴³⁶ Vgl. Musolff, Andreas, *Terrorismus im öffentlichen Diskurs der BRD*, in: Weinbauer, Klaus et al (Hg.); *Terrorismus in der Bundesrepublik*, S. 316.

⁴³⁷ Vgl. dazu auch 5.3.

Ein ähnlicher Spannungsbogen stellt sich hinsichtlich der Fragen der Rechtsstaatlichkeit dar. Auch hier forderte die *FAZ* seit 1970 gesetzliche Verschärfungen und Ausweitungen der Befugnisse von Polizei und Sicherheitsdiensten, wobei der deutsche Herbst als markanter Kulminationspunkt fungiert: Nur dürftig verklausuliert befürwortet die *FAZ* im Oktober 1977 das Foltern oder gar Erschießen inhaftierter RAF-Mitglieder. Damit propagierte die *FAZ* de facto einen Übergang zum Kriegsrecht, in dem essentielle rechtsstaatliche Garantien außer Kraft gesetzt werden und wirkte so – wie auch durch die stetig wiederholte Skizzierung *innerstaatlicher Feinde* – an der Genese eines imaginären innenpolitischen Kriegszustandes mit all seinen oben geschilderten negativen Folgen mit.

6.3.4 Rekurs: Terrorismus als Kommunikationsstrategie

Nach dieser Ergebniskollekte bleibt auf einen letzten Aspekt einzugehen, das heißt, auf das Konzept des Terrorismus als Kommunikationsstrategie zu rekurrieren. Als solche war der RAF-Terror prinzipiell erfolglos, denn er bewirkte nicht – wie oben beschrieben – die beabsichtigte Massenmobilisierung zu Gunsten einer sozialistischen Revolution. Mit der Diskursanalyse konnte aber nachgewiesen werden, dass das kommunikative Kalkül der RAF zumindest auf Nebenschauplätzen durchaus aufging: Hier ist wiederum in erster Linie die Etablierung der Kriegs-Topos in der Debatte um die Auseinandersetzung zwischen Linksterrorismus und Staat zu nennen, mit gewisser Berechtigung aber auch die geglückte Provokation der staatlichen Seite zu rechtsstaatlich teils bedenklichen Reaktionen, die untrennbar mit der phasenweisen Hysterisierung des Terrorismusdiskurses und dem daraus resultierenden öffentlichen Druck verknüpft waren. Mit dem Mittel terroristischer Anschläge, die isoliert betrachtet die Funktionsweisen von Politik und Gesellschaft nicht zu erschüttern vermocht hätten, wurden so dennoch Effekte erzielt, die allein aus der enormen medial-diskursiven Verstärkung der terroristischen Bedrohung erklärbar sind.

Da die Berichterstattung und der Diskurs dem direkten Einfluss der Terrorgruppe entzogen sind, bildet dieses Feld einen möglichen und wichtigen Ansatzpunkt, das terroristischen Kalkül ins Leere laufen zu lassen, etwa durch Unaufgeregtheit und Mäßigung. Wie Walter Laqueur bereits im Herbst 1977 bemerkte, ist der Terrorismus auf möglichst drastisches Medienecho angewiesen,⁴³⁸ eine dem entgegen gerichtete Diskursstrategie also Erfolg versprechend.

⁴³⁸ Vgl. Laqueur, Walter, *Terroristen – die Superunterhalter unserer Zeit*, in: *Der Spiegel* 37/1977, S. 44.

In diesem Zusammenhang ist zur Praxis des *Spiegels*, Interviews mit und Originalbeiträge von (Ex-)RAF-Mitgliedern zu veröffentlichen, festzustellen, dass in der aktuellen Terrorismusforschung zwei gegensätzliche Thesen vertreten werden: Teils werden derartige Interviews als nützlich angesehen, da sie den Terroristen eine gewaltfreie Artikulationsmöglichkeit geben, und so einem Element der terroristischen Motivationslage – der Erregung von Aufmerksamkeit für die eigenen politischen Ziele – entgegen wirken könnten. Andererseits werden sie aber auch als kontraproduktiv beschrieben, da sie eine Privilegierung darstellten und als regelrechte Belohnung für Terroranschläge erscheinen könnten. Um letzteres zu vermeiden hat Waldmann jüngst angemahnt, Terroristen zumindest „nicht unmittelbar nach einer von ihnen verübten Schreckenstat“ zu Wort kommen zu lassen, sondern allenfalls „in Phasen relativer Ruhe“.⁴³⁹ Diese Verfahrensweise wurde vom *Spiegel*, der seine Interviews und O-Töne jenseits der beiden genannten Betrachtungsweisen in erster Linie als Dokumentation verstand, weitestgehend eingehalten.

7. Schlussbetrachtung

7.1 Zusammenfassung der Ergebnisse

Ziel der vorliegenden Arbeit war es, durch multiperspektivische historisierende Betrachtung sowie die Untersuchung des zeitgenössischen öffentlichen Diskurses zu einer historischen Einordnung des Terrorismus der RAF in den 1970er Jahren beizutragen. In dem zu diesem Zweck zunächst erarbeiteten ereignis- wie ideen- und mentalitätsgeschichtlichen Teil⁴⁴⁰ konnte gezeigt werden, dass die Entstehung der RAF nur vor dem spezifischen geschichtlichen Hintergrund der BRD der ausgehenden sechziger Jahre zu verstehen ist, dass Konstellationen wie die erste *Große Koalition*, die NS-Belastung von Vertretern aus Politik und Justiz oder der Vietnamkrieg essentielle Antriebskräfte zuerst der Studentenbewegung und sodann des Linksterrorismus darstellten. Als zentrales Moment der Terrorismusgenese wurde dabei der Verlauf der studentischen Protestbewegung herausgearbeitet, während dessen die staatliche Seite durch verbreitete Kritikimmunität und letztlich durch Rückgriff auf eine vornehmlich polizeiliche Lösung des Konfliktes zur exponentiellen Radikalisierung eines kleinen Teiles der Bewegung, und der Bestätigung und Verfestigung dessen ideologischer Prämissen maßgeblich beitrug. Militante Theoreme fanden so direkte Anknüpfungspunkte und zeitigten, nach dem Ende der Massenbewegung, subjektiv empfundenen Handlungsdruck hin zu neuen, militanten, von Kleingruppen getragenen Protestformen, zum Terrorismus. Hier

⁴³⁹ Waldmann, Peter, *Terrorismus...*, S. 88.

⁴⁴⁰ Hauptteile 3. bis 5.

– und dies unterstreicht die Wichtigkeit multikausaler Erklärungsmuster – zeigte sich auch der Einfluss individueller Aspekte sowie gruppendynamischer Prozesse. Ersteres besonders dahingehend, dass aus ins Fanatische getriebener Ideologisierung heraus eine völlige Kongruenz des eigenen Lebens mit dem revolutionären Ideal und ein radikaler Bruch mit der bürgerlichen Existenz angestrebt wurde. Beides wurde durch die Mitgliedschaft in der RAF fast automatisch erreicht. Letzteres insofern, als dass der monolithische politisch-soziale Bezugsrahmen der späteren RAF-Mitglieder, der auch eine stark selektive Wahrnehmung der Realität bewirkte, den Schritt in den Untergrund begünstigte; und dass, dies gilt für die zweite RAF-Generation, durch Appelle an Solidarität und Kollektivität seitens der inhaftierten ersten Generation enormer moralischer Druck auf Sympathisanten generiert wurde, was in einer Perpetuierung der RAF als Gruppe resultierte.

Was die staatlichen Reaktionen auf den Terrorismus anbetrifft, so war eine Fortführung planungstechnischer Konzepte der 1960er Jahre in dem sich als eigenständiges Politikfeld etablierenden Bereich der inneren Sicherheit festzustellen. Dabei war hinsichtlich der legislativen Maßnahmen zu kritisieren, dass diese teils für bestimmte Angeklagte oder Strafverfahren maßgeschneidert wurden und zudem generell eine kontinuierliche Beschneidung rechtsstaatlicher Garantien bedeuteten. Bei der Rekonstruktion der polizeilichen Terrorbekämpfung stachen als Kritikpunkte vor allem deren relative Erfolglosigkeit heraus, wurde doch die Mehrzahl verhafteter RAF-Mitglieder aufgrund von Hinweisen aus der Bevölkerung festgenommen sowie die Tötung dreier unbeteiligter Menschen im Zuge der Terroristenfahndung.

Im Laufe der anschließenden Diskursanalyse konnte wiederholt die Berechtigung der Prämisse verdeutlicht werden, den öffentlichen Diskurs als zentrale Arena, als Objekt wiewohl entscheidendes Mittel politisch-gesellschaftlicher Auseinandersetzungen zu begreifen. So ließen sich am Beispiel des *Spiegels* sowie der *FAZ* sämtliche die damalige öffentliche Debatte bestimmenden Fragen und die ihnen zugrunde liegenden Argumentationslinien aufzeigen. Außerdem wurden die mit der Eskalation der terroristischen Gewalt im Laufe der Jahre sich verstärkenden politischen Antagonismen offenbar, die in grundverschiedenen Analysen des Terrorismus wie signifikant differierenden Staats- und Gesellschaftskonzeptionen insgesamt wurzelten und sich in reziproken Schuldzuweisungen manifestierten. Früh kam es dadurch zu einer Polarisierung des Diskurses. Während auf konservativer Seite der Fokus auf der Bedrohung des Staates durch die RAF lag, und für deren Vorhandensein linke Theoriebildung wie auch sozial-liberale Gesellschaftsreformen verantwortlich gemacht wurden, wurde auf linksliberaler Seite eine mindestens so große

Gefahr in der Ausweitung staatlicher Befugnisse im Zuge der Terrorbekämpfung gesehen und *Law and Order*-Politik als dem Terrorismus förderlich beschrieben. Dementsprechend feindete die FAZ linksorientierte Intellektuelle als Sympathisanten und Wegbereiter des Terrorismus an, während der *Spiegel* selbige, wie auch den sozial-liberalen Reformismus, in Schutz zu nehmen bemüht war. Prinzipiell räumte der *Spiegel* der Terrorismus-Thematik mehr Raum ein, publizierte RAF-Dokumente und nahm, bis Mitte der 1970er Jahre, Kritikpunkte der Neuen Linken auf. Dabei gelang es dem Blatt wiederholt, Erkenntnisse über Terrorismus zu befördern und Einschätzungen abzugeben, die sich mit dem aktuellen Forschungsstand treffen, oder aus diesem verifizieren lassen. Die FAZ hingegen thematisierte den Komplex bis 1977 spärlicher und ging auf gesellschaftspolitische Hintergründe und Implikationen der RAF nicht ein, wodurch ihre Handlungsempfehlungen weniger fundiert wirken.

Im Verlauf der 1970er Jahre bis zum *Deutschen Herbst* griff, wie die Analyse erbrachte, die konservative Diskursstrategie vermehrt Raum, ursächlich verknüpft mit der Kontinuität und zunehmenden Dramatik des Linksterrorismus, kurz, seiner Eskalation, die sich auch – für jedermann sichtbar – in einer immer massiveren und zunehmend martialischen Präsenz der Polizei in der Öffentlichkeit widerspiegelte. Im Fall des *Spiegels* war dies speziell aus der Übernahme des Kriegs-Topos sowie der rhetorisch-semanticen Reduktion der RAF auf gemeine *Gangster* ersichtlich. Insgesamt entfaltete hier ein Mechanismus aus terroristischer Provokation und staatlicher Reaktion seine Wirkung, der spätestens 1977 in eine Hysterisierung des öffentlichen Diskurses mündete. Durch diese ergaben sich neuerliche Wechselwirkungen wie der öffentliche Druck auf die politisch Verantwortlichen, exzeptionelle Maßnahmen zu ergreifen, was sich in rechtsstaatlich teils bedenklichen Vorgängen niederschlug, und durch letzteres eine Bestätigung von RAF-Konzeptionen in deren und den Augen ihrer zu diesem Zeitpunkt glücklicherweise spärlichen Anhängerschaft. Dies bedeutete, wie die Besetzung des Diskurses überhaupt, einen zumindest partiellen Erfolg für die Kommunikationskomponente der RAF-Strategie, der zur Genese der dritten RAF-Generation beigetragen haben dürfte.

7.2 Ausblick

An anderer Stelle dieser Arbeit war davon die Rede, dass eine Analyse des öffentlichen Diskurses gerade auch dahingehend aufschlussreich sei, zu zeigen, was nicht artikuliert wird, was also entweder als nicht sagbar oder nicht berichtenswert erscheint. Der Rückgriff auf

diesen Gedanken führt zu einem Aspekt, der zumindest noch Erwähnung finden soll: die Dominanz einer Perspektive, die besonders die Terroristen sowie den Staat beleuchtet, und in der die Opfer eine untergeordnete Rolle spielen. Eine solche Betrachtungsweise war im untersuchten Diskurs insbesondere für den *Spiegel* festzustellen, in der FAZ wurde die Betroffenheit der Opfer und deren Angehöriger stärker thematisiert. Ohne diesen Komplex vertiefen zu wollen sei darauf hingewiesen, dass das beschriebene Ungleichgewicht in noch viel höherem Maße in der Forschung anzutreffen ist, wo Untersuchungen des Terrorismus aus der Opferperspektive die absolute Ausnahme darstellen. Was dies betrifft, konnte und wollte auch die vorliegende Arbeit aufgrund ihrer Konzeption keinen Beitrag leisten, deshalb soll darauf aufmerksam gemacht werden, dass eine dahingehende Forschung für die historische Einordnung des RAF-Terrorismus ebenfalls von Nöten und daher für die Zukunft wünschenswert ist.

Zu guter Letzt seien einige Überlegungen im Sinne eines abschließenden Fazits erlaubt. In der deutschen Historiographie ist man mehrheitlich längst wieder davon abgekommen, Geschichtswissenschaft mit emanzipatorischem Impetus betreiben zu wollen, wie dies etwa im Rahmen der *Bielefelder Schule* in den 1970er Jahren verbreitet war, was aber tendenziell die Gefahr der ahistorischen Betrachtung, wenn nicht der Instrumentalisierung von Geschichte in sich birgt. Dennoch scheint es legitim, wenn nicht geboten, mit der Erforschung der Geschichte einen gewissen aufklärerischen, im Wortsinne wissen-schaffenden Auftrag zu verbinden, wobei es essentiell bleibt, sich stets der Singularität und Spezifik jeder historischen Konstellation bewusst zu sein. Dessen eingedenk lassen sich aber, gerade was die Thematik dieser Arbeit anbetrifft, Lehren aus der Geschichte ziehen. So spiegelte, wie sich gezeigt hat, der polarisierte Terrorismus-Diskurs der 1970er Jahre auf geradezu seltsame Weise die „binäre Logik“,⁴⁴¹ den Manichäismus der Terroristen wider, ein Muster, welches auch in der heutigen Debatte über die Taten der RAF anzutreffen ist, das es aber im Sinne einer sachlichen und ergebnisorientierten Auseinandersetzung zu vermeiden gilt. Insbesondere ideologisch begründete, reflexartig eingenommene Positionen sollten dabei überdacht und gegebenenfalls aufgebrochen werden. Zudem scheinen sich zur Frage der adäquaten Terrorbekämpfung – heute freilich anlässlich des islamistischen Terrorismus – diskursiv-politische Muster der 1970er Jahre zu reproduzieren, wobei die Trennlinie wiederum zwischen Befürwortern von Gesetzesverschärfungen und Verteidigern rechtsstaatlicher Garantien verläuft. Hier lehrt die historische Erfahrung, dass aus zweierlei Gründen auf besonderes Augenmaß geachtet werden sollte: Zum einen, um nicht durch überhastete oder

⁴⁴¹ Sturm, Michael, „*Dazwischen gibt es nichts...*“, S. 49.

überzogene Anti-Terror-Maßnahmen rechtsstaatliche Substanz preiszugeben und damit das zu beschädigen, was eigentlich geschützt werden soll. Zum anderen, um durch eine solche, sei es auch nur partielle Selbstdemontage des Rechtsstaates, Terroristen nicht mit propagandistischer Munition zu versorgen und deren Weltbild zu bestätigen. Dabei muss der katalytischen Funktion, die dem öffentlichen Diskurs durch seine Tendenz zur Verunsachlichung und Hysterisierung für derartige Prozesse innewohnt, widerstanden werden.

8. Anhang

8.1 Chronologie

- 2./3. April 1968: Brand in den Frankfurter Kaufhäusern Kaufhof und Schneider. Brandstifter sind Gudrun Ensslin, Andreas Baader, Thorward Proll und Horst Söhnlein.
14. Oktober 1968: Prozessbeginn gegen die Brandstifter in Frankfurt, Main.
27. Oktober 1968: Verurteilung der Brandstifter zu je drei Jahren Gefängnis.
4. April 1970: Verhaftung Andreas Baaders in Berlin.
14. Mai 1970: Gewaltsame Befreiung Andreas Baaders aus dem ‚Deutschen Zentralinstitut für Soziale Fragen‘ in Berlin durch Ulrike Meinhof, Irene Goergens, Ingrid Schubert und andere. Dabei wird der Institutsangestellte Georg Linke durch einen Schuss schwer verletzt.
5. Juni 1970: In der linksradikalen Berliner Zeitschrift ‚Agit 883‘ erscheint die erste RAF-Schrift ‚Die Rote Armee aufbauen‘.
15. Juni 1970: Ulrike Meinhofs Tonbandprotokoll „Natürlich kann geschossen werden“ erscheint im *Spiegel*.
29. September 1970: Paralleler Überfall auf drei Bankfilialen in Berlin. ca. 217 000 Mark werden erbeutet.
8. Oktober 1970: Die Berliner Polizei verhaftet Horst Mahler, Irene Goergens, Ingrid Schubert, Monika Berberich und Brigitte Asdonk.
15. Januar 1970: Paralleler Überfall auf zwei Bankfilialen in Kassel. ca. 114 000 Mark werden erbeutet.
6. Mai 1971: Verhaftung Astrid Prolls in Hamburg.
15. Juli 1971: Petra Schelm stirbt bei einem Schusswechsel mit der Polizei in Hamburg, Werner Hoppe wird verhaftet.
22. Oktober 1971: Der Polizist Norbert Schmid wird in Hamburg während einer Personenkontrolle von einem RAF-Mitglied erschossen.
22. Dezember 1971: Überfall auf eine Bank in Kaiserslautern, wobei der Polizist Herbert Schoner erschossen wird.
2. März 1972: Thomas Weisbecker wird in Augsburg von einem Polizisten offenbar in Notwehr erschossen.
3. März 1972: Der Polizist Hans Eckhardt wird in Hamburg von Manfred Grashof

- erschossen.
11. Mai 1972: Bombenanschlag auf das Hauptquartier des V. Corps der US-Armee in Frankfurt, Main. Dabei stirbt der Soldat Paul Bloomquist, zehn weitere werden verletzt.
12. Mai 1972: Bombenanschlag auf die Polizeidirektion in Augsburg sowie das Landeskriminalamt in München. Dabei werden 10 Menschen verletzt.
15. Mai 1972: Bombenanschlag auf das Auto des für die RAF-Ermittlungen zuständigen Bundesrichters Wolfgang Buddenberg, wobei dessen Frau schwer verletzt wird.
19. Mai 1972: Bombenanschlag auf das Springer-Verlagshaus in Hamburg. 38 Menschen werden verletzt.
24. Mai 1972: Bombenanschlag auf das Europa-Hauptquartier der US-Armee in Heidelberg. Die Soldaten Clyde R. Bonner, Ronald A. Woodward und Charles L. Peck werden getötet und 5 Menschen verletzt.
1. Juni 1972: Andreas Baader, Jan Carl Raspe und Holger Meins werden in Frankfurt, Main verhaftet.
7. Juni 1972: Gudrun Ensslin wird in Hamburg verhaftet.
9. Juni 1972: Brigitte Mohnhaupt und Bernhard Braun werden in Berlin verhaftet.
15. Juni 1972: Ulrike Meinhof und Gerhard Müller werden in Hannover verhaftet.
9. Juli 1972: Klaus Jünschke und Irmgard Möller werden in Offenbach verhaftet.
17. Januar bis
16. Februar 1973: Erster Hungerstreik der RAF als Protest gegen die ‚Isolationshaft‘
8. Mai bis
29. Juni 1973: Zweiter Hungerstreik der RAF
13. September 1974
bis 5. Februar 1975: Dritter Hungerstreik der RAF.
9. November 1974: Holger Meins stirbt an Unterernährung.
24. April 1975: Überfall auf die deutsche Botschaft in Stockholm. Dabei werden die Botschaftsangestellten Andreas von Mirbach und Heinz Hillegaard von RAF-Mitgliedern erschossen. Ulrich Wessel kommt bei einer Explosion ums Leben, Siegfried Hausner (beide RAF) stirbt bald darauf an deren Folgen.
21. Mai 1975: Beginn des RAF-Prozesses in Stuttgart-Stammheim.
7. Mai 1976: Der Polizist Fritz Sippel wird in Sprendlingen von einem RAF-

- Mitglied erschossen.
9. Mai 1976: Selbstmord Ulrike Meinhofs in Stuttgart-Stammheim.
7. April 1977: Mord an Generalbundesanwalt Siegfried Buback und seinen Begleitern Wolfgang Göbel und Georg Wurster durch ein RAF – *Kommando* in Karlsruhe.
28. April 1977: Verurteilung von Ensslin, Baader und Raspe zu lebenslanger Haft.
30. Juli 1977: Mord an Dresdner Bank-Sprecher Jürgen Ponto durch ein RAF-*Kommando* in Oberursel.
25. August 1977: Gescheiterter Anschlag der RAF auf die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe. Dabei sollte ein selbstgebauter Raketenwerfer zum Einsatz kommen.
5. September 1977: Entführung des Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer, wobei sein Chauffeur Heinz Marcisz und die Leibwächter Reinhold Brändle, Helmut Ulmer und Roland Pieler erschossen werden.
13. Oktober 1977: Entführung der Lufthansa-Maschine ‚Landshut‘ durch ein PFLP-*Kommando*.
18. Oktober 1977: Erstürmung der *Landshut* in Mogadischu durch ein GSG-9-Kommando.
18. Oktober 1977: Selbstmord Ensslins, Baaders und Raspes in Stuttgart-Stammheim.
19. Oktober 1977: Fund der Leiche Hanns Martin Schleyers in Mühlhausen.
12. November 1977: Selbstmord Ingrid Schuberts in der JVA München-Stadelheim.
11. Mai 1978: Stefan Wisniewski wird in Paris, Brigitte Mohnhaupt, Peter-Jürgen Boock, Sieglinde Hofmann und Rolf Klemens Wagner in Jugoslawien verhaftet.
6. September 1978: Willy-Peter Stoll wird von einem Polizeibeamten in Düsseldorf Erschossen, offenbar in Notwehr.
24. September 1978: Schießerei bei Dortmund. Die Polizisten Hans-Wilhelm Hansen und Michael Knoll werden erschossen, ein weiterer schwer verletzt.
25. Juni 1979: Bombenanschlag auf den NATO-Oberbefehlshaber Alexander Haig in Obourg/Belgien. Drei Leibwächter werden verletzt.

8.2 Anti-Terrorismusgesetzgebung

1. Elfte Strafrechtsänderungsgesetz, 16. Dezember 1971

Strafrecht:	Strafbarkeit des Angriffs auf den Luftverkehr (Luftpiraterie) (§ 316 c StGB)
Strafverfahren:	-
Sonstiges:	-

2. Zwölftes Strafrechtsänderungsgesetz, 16. Dezember 1971

Strafrecht:	Strafbarkeit des erpresserischen Menschenraubs (§ 239 a StGB) und der Geiselnahme (§ 239 b StGB)
Strafverfahren:	Zulässigkeit der Telefonüberwachung in diesen Fällen
Sonstiges:	-

3. Waffengesetz, 19 September 1972

Strafrecht:	Schaffung einheitlicher, bundesrechtlicher Strafvorschriften
Strafverfahren:	Zulässigkeit der Telefonüberwachung bei schweren Straftaten gegen das Waffengesetz
Sonstiges:	Einschränkung der Befugnisse zum Erwerb, Besitz und Führen von Waffen

4. Viertes Gesetz zur Reform des Strafrechts, 23. November 1973

Strafrecht:	Strafbarkeit der Verherrlichung von Gewalt (§131 StGB)
Strafverfahren:	-
Sonstiges:	-

5. Erstes Gesetz zur Reform des Strafverfahrensrechts, 9. Dezember 1974

Strafrecht:	-
Strafverfahren:	Abschaffung der gerichtlichen Voruntersuchung, erzwingbare Pflicht zur Zeugenaussage vor dem Staatsanwalt (§161 a StPO), Konzentration richterlicher Zuständigkeiten in Ermittlungsverfahren (§ 98 & § 162 StPO)
Sonstiges:	Möglichkeit des vorläufigen Berufs- oder Vertretungsverbotes im ehrengerichtlichen Verfahren gegen Rechtsanwälte.

6. Gesetz zur Ergänzung des Ersten Gesetzes zur Reform des Strafverfahrensrechts,
20. Dezember 1974

- Strafrecht: -
- Strafverfahren: Höchstzahl der Wahlverteidiger pro Angeklagtem beschränkt auf drei (§ 173 StPO), Verbot der Mehrfachverteidigung (§ 146 StPO), Regelung des Verteidigerausschlusses (§ 138 a ff. StPO) Hauptverhandlung ohne Angeklagten möglich bei verschuldeter Verhandlungsunfähigkeit (§ 231 a StPO), Verschärfung der Ordnungsstrafengewalt in der Hauptverhandlung (§ 177 & 178 GVG)
- Sonstiges: -

7. Vierzehntes Strafrechtsänderungsgesetz, 22. April 1976

- Strafrecht: Strafbarkeit der Befürwortung, Androhung, Belohnung und Billigung von Straftaten (§ 88 a, 126, 130 a, 140, 145 d StGB)
- Strafverfahren: -
- Sonstiges: -

8. Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches der Strafprozessordnung des Gerichtsverfassungsgesetzes, der Bundesrechtsanwaltsordnung und des Strafvollzugsgesetzes, 18. August 1976

- Strafrecht: Straftatbestand der Bildung terroristischer Vereinigungen (§ 129 a StGB), Erweiterung der Strafbarkeit der Nichtanzeige geplanter Straftaten (§138 & 139 StGB)
- Strafverfahren: Erleichterung der Untersuchungshaft bei Verdacht nach § 129 a StGB (§ 112 StPO), Kontrolle des schriftlichen Verteidigerverkehrs (Postkontrolle) bei Verfahren nach § 129 a StGB (§ 148 & 148 a StPO), Zuständigkeit des Generalbundesanwaltes und des Oberlandesgerichts für Straftaten nach § 129 a StGB
- Sonstiges: Gegenständlich und zeitlich beschränktes Vertretungsverbot als neue ehrengerichtliche Maßnahme gegen Rechtsanwälte

9. Gesetz zur Änderung des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz, 30. September 1977 („Kontaktsperrgesetz“)

- Strafrecht: -
- Strafverfahren: Regelung der Zulässigkeit der Unterbrechung des Kontakts zwischen Gefangenen mit der Außenwelt (§ 31-38 EGGVG)
- Sonstiges: -

10. Gesetz zur Änderung der Strafprozessordnung, 14. April 1978 („Razziengesetz“)

- Strafrecht: -
- Strafverfahren: Verschärfung der Verteidigerausschlussregelung, Einführung von Trennscheiben für das mündliche Gespräch mit dem inhaftierten Mandanten bei Verfahren nach 129 a StGB, erweiterte Eingriffsermächtigungen für die Strafverfolgungsorgane (Durchsuchung von Gebäuden, Kontrollstellen, Identitätsfeststellung)
- Sonstiges: -

11. Gesetz zur Änderung des Waffenrechts, 31. Mai 1978

- Strafrecht: Erhöhung der Strafandrohungen
- Strafverfahren: -
- Sonstiges: Verschärfte Kontroll- und Genehmigungsmöglichkeiten bei Waffen und Kriegswaffen

12. Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Versammlungen und Aufzüge, 25. September 1978

- Strafrecht: Erweiterung der Strafbarkeit bewaffneter Teilnahme an Versammlungen
- Strafverfahren: -
- Sonstiges: Verwaltungsrechtliche Maßnahmen gegen unfriedliche Versammlungen

8.3 Liste aller Toten

Die Auflistung umfasst alle Personen, im Zuge der Auseinandersetzung zwischen RAF und Staat zwischen 1970-1979 ums Leben kamen.⁴⁴²

† 15.7.1971	Petra Schelm	RAF-Mitglied	In Hamburg bei einem Schusswechsel von einem Polizeibeamten getötet.
† 22.10.1971	Norbert Schmidt	Polizeibeamter	Bei einer Personenkontrolle von einem RAF-Mitglied erschossen.
† 4.12.1971	Georg von Rauch	RAF-Umfeld	Bei einer Personenkontrolle von einem Polizeibeamten erschossen.
† 22.12. 1971	Herbert Schoner	Polizeibeamter	Bei einem Banküberfall in Kaiserslautern von RAF-Mitgliedern erschossen.
† 1.3.1972	Richard Epple	Lehrling	Unbeteiligter. Bei einer Verfolgungsfahrt von der Polizei erschossen.
† 2.3.1972	Thomas Weisbecker	RAF-Mitglied	Beim Versuch der Festnahme von einem Polizeibeamten erschossen.
† 22.3.1972	Hans Eckhardt	Polizeibeamter	Beim Versuch der Festnahme Weisbeckers angeschossen; erlag seinen Verletzungen.
† 11.5.1972	Paul A.Bloomquist	US-Soldat	Beim RAF-Anschlag auf des Hauptquartier des 5. US-Korps in FfM getötet.
† 24.5.1972	Ronald A. Woodward	US-Soldat	Beim RAF-Anschlag auf das
† 24.5.1972	Charles L. Peck	US-Soldat	Hauptquartier der US-Armee in
† 24.5.1972	Clyde R. Bonner	US-Soldat	Heidelberg getötet.
† 25.6.1972	Iain J.T. McLeod	Schottischer Geschäftsmann	Unbeteiligter. In Stuttgart bei der Kontrolle seiner Wohnung von der Polizei erschossen.
† 21.5.1974	Günter Jendrian	Taxifahrer	Unbeteiligter. In seiner Wohnung von der Polizei erschossen.
† 9.11.1974	Holger Meins	RAF-Mitglied	An der Folgen eines Hungerstreiks

⁴⁴² Quelle: Feldmann, Hans-Peter, *Die Toten – 1967-1993*, Düsseldorf: Feldmann, 1998.

			im Gefängnis gestorben.
† 24.4.1975	Heinz Hillegaart	Wirtschaftsattachè	Beim Anschlag auf die deutsche Botschaft in Stockholm von der RAF erschossen.
† 24.4.1975	Andreas von Mirbach	Militärattachè	
† 24.4.1975	Ulrich Wessel	RAF-Mitglied	Während der Stockholmer Botschaftsbesetzung durch die von der RAF herbeigeführte Sprengstoffexplosion getötet.
† 4.5.1975	Siegfried Hausner	RAF-Mitglied	Erlag den von der Explosion in der Stockholmer Botschaft verursachten Verletzungen.
† 9.5.1975	Philipp W. Sauber	RAF-Umfeld	Bei einem Schusswechsel mit Polizeibeamten getötet.
† 9.5.1975	Walter Pauli	Polizeibeamter	Bei obigem Schusswechsel getötet.
† 29.6.1975	Katharina Hammerschmidt	RAF-Mitglied	An den Folgen eines in der Haft nicht behandelten Tumors gestorben.
† 7.5.1976	Fritz Sippel	Polizeibeamter	Bei einer Personenkontrolle von RAF-Mitgliedern erschossen.
† 8./9. 5.1976	Ulrike Meinhof	RAF-Mitglied	Beging im Gefängnis Stuttgart-Stammheim Selbstmord.
† 7.4.1977	Siegfried Buback	Generalbundesanwalt	Von RAF-Mitglied erschossen.
† 7.4.1977	Wolfgang Göbel	Fahrer der Bundes-	Von RAF-Mitglied erschossen.
† 7.4.1977	Georg Wurster	anwaltschaft	Von RAF-Mitglied erschossen.
† 30.7.1977	Jürgen Ponto	Bankier	Von RAF-Mitgliedern erschossen.
† 5.9.1977	Reinhold Brändle	Polizeibeamter	Von RAF-Mitgliedern erschossen.
† 5.9.1977	Roland Pieler	Polizeibeamter	Von RAF-Mitgliedern erschossen.
† 5.9.1977	Helmut Ulmer	Polizeibeamter	Von RAF-Mitgliedern erschossen.
† 5.9.1977	Heinz Marcisz	Fahrer Schleyers	Von RAF-Mitgliedern erschossen.
† 22.9.1977	Arie Kranenburg	Niederländischer Polizeibeamter	Von einem RAF-Mitglied erschossen.
† 16.10.1977	Jürgen Schumann	Pilot	Während der Landshut-Entführung von einem PFLP-Mitglied erschossen.
† 18.10.1977	Zohair Y.Akache	PFLP-Mitglied	Während der Landshut-Entführung

† 18.10.1977	Nadia S. Duaibes	PFLP-Mitglied	von GSG 9-Beamten erschossen. Während der Landshut-Entführung von GSG 9-Beamten erschossen.
† 18.10.1977	Nabil I. Harb	PFLP-Mitglied	Während der Landshut-Entführung von GSG 9-Beamten erschossen.
† 18.10.1977	Gudrun Ensslin	RAF-Mitglied	Beging im Gefängnis Stuttgart- Stammheim Selbstmord.
† 18.10.1977	Andreas Baader	RAF-Mitglied	Beging im Gefängnis Stuttgart- Stammheim Selbstmord.
† 18.10.1977	Jan-Carl Raspe	RAF-Mitglied	Beging im Gefängnis Stuttgart- Stammheim Selbstmord.
† 19.10.1977	Hanns-Martin Schleyer	Präsident von BDA und BDI	Von RAF-Mitglied erschossen.
† 12.11.1977	Ingrid Schubert	RAF-Mitglied	Beging im Gefängnis München- Stadelheim Selbstmord.
† 6.9.1978	Willy-Peter Stoll	RAF-Mitglied	Beim Versuch der Festnahme von einem Polizeibeamten erschossen.
† 24.9.1978	Hans-Wilhelm Hansen	Polizeibeamter	Von RAF-Mitglied erschossen.
† 8.10.1978	Michael Knoll	RAF-Mitglied	Erlag seinen Schussverletzungen vom 24.9.1977.
† 1.11.1978	Dionysos de Jong	Niederländischer Polizeibeamter	Von RAF-Mitgliedern erschossen.
† 14.11.1978	Johannes P. Goemans	Niederländischer Polizeibeamter	Erlag den von RAF-Mitgliedern am 1.11.1978 zugefügten Schussverletzungen.
† 4.5.1979	Elisabeth von Dyck	RAF-Mitglied	Beim Versuch der Festnahme von Polizeibeamten erschossen.
† 19.11.1979	Kletzhandler, Edith	Hausfrau	Von einem RAF-Mitglied nach einem Banküberfalls als unbeteiligte Passantin erschossen.

8.4 Quellen- und Literaturverzeichnis

Verwendete Quellen

- *Der Spiegel*, Ausgaben 1968-1977.
- *Frankfurter Allgemeine Zeitung*,
 Ausgaben der Zeiträume: # 4.-16. April 1968
 # 15.- 23. Mai, 15.-23. Juni, 30. September- 7. Oktober
 und 9.-17. Oktober 1970
 # 12.-29. Mai 1972
 # 23. April – 4. Mai sowie 21.–28. Mai 1975
 # 8.- 15. April, 30. Juli – 8. August, 5.-19. September
 und 18.-26. Oktober 1977.
- Arbeitsstab *Öffentlichkeit gegen Terrorismus* im Bundesministerium des Inneren, *Hat sich die Republik verändert? – Terrorismus im Spiegel der Presse*, Oldenburg: 1978.
- Baader, Andreas (et al.), *Vor einer solchen Justiz verteidigen wir uns nicht: Schlusswort im Frankfurter Kaufhausbrandprozess*, Frankfurt am Main: Edition Voltaire, 1968.
- Baumann, Bommi, *Wie alles anfing*, Hamburg: Rotbuch, 1994.
- Boock, Peter-Jürgen, *Abgang*, Bornheim-Merten: Lamuv, 1988.
- Ensslin, Gudrun, *Zieht den Trennungsstrich, jede Minute - Briefe an ihre Schwester Christiane und ihren Bruder Gottfried aus dem Gefängnis 1972-1973*, Hamburg: Konkret-Literatur-Verlag, 2005.
- Enzensberger, Hans Magnus (Hg.), *Kursbuch*, Ausgaben 11; 13, 14, 18, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1968-1969; Ausgabe 32: Berlin: Kursbuch/Rotbuch Verlag, 1978.
- Grützbach, Frank (Hg.), *Heinrich Böll: Freies Geleit für Ulrike Meinhof – Ein Artikel und seine Folgen*, Köln: Kiepenheuer & Witsch, 1972.
- Guevara, Ernesto Che, *Der Partisanenkrieg*, Berlin (Ost): Deutscher Militärverlag, 1962.
- ID Verlag (Hg.), *Rote Armee Fraktion – Texte und Materialien zur Geschichte der RAF*, Berlin: ID-Verlag, 1997.
- Jünschke, Klaus, *Spätlese- Texte zu RAF und Knast*, Frankfurt am Main: Verlag Neue Kritik 1988.
- Lackner, Karl, *StGB – Strafgesetzbuch mit Erläuterungen*, München: C.H. Beck, 1995.

- Meinhof, Ulrike, *Die Würde des Menschen ist antastbar*, Berlin: Wagenbach, 2004.
- Meyer, Till, *Staatsfeind - Erinnerungen*, München: Goldmann, 1998.
- Michel, Karl Markus/Wieser, Harald (Hg.), *Kursbuch*, Ausgaben 48 und 51, Kursbuch/Rotbuch Verlag, Berlin: 1977/78.
- Nirumand, Bahman, Interviewt von Bettina Röhl, in: Homepage der Zeitschrift *Cicero*, 1/2005, http://www.cicero.de/97.php?ress_id=4&item=954.
- Schiller, Margrit, *Es war ein harter Kampf um meine Erinnerung*, München: Piper, 2001.
- Tolmein, Oliver, „RAF – Das war für uns Befreiung – Ein Gespräch mit Irmgard Möller über bewaffneten Kampf, Knast und Linke, Hamburg: Konkret-Literatur-Verlag, 1997.
- Vinke, Hermann/Witt, Gabriele (Hg.), *Die Anti-Terror-Debatten im Parlament – Protokolle 1974-1978*, Reinbek: Rowohlt, 1978.

Literatur

- Albrecht, Horst, *Im Dienst der Inneren Sicherheit – Die Geschichte des Bundeskriminalamtes*, Wiesbaden: BKA, 1988.
- Backes, Uwe/Jesse, Eckhard, *Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland*, Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung, 1993.
- Bakker Schut, Pieter H., *Das Info – Briefe der Gefangenen aus der RAF, 1973-1977*, Kiel: Neuer Malik Verlag, 1987.
- Bakker Schut, Pieter H., *Stammheim – Der Prozess gegen die Rote Armee Fraktion*, Kiel: Neuer Malik Verlag, 1986.
- Berendse, Gerrit-Jan, *Schreiben im Terrordrom – Gewaltcodierung, kulturelle Erinnerung und das Bedingungsverhältnis zwischen Literatur und Terrorismus*, München: Edition Text & Kritik, 2005.
- Binder, Sepp, *Terrorismus – Herausforderung und Antwort*, Bonn: Verlag Neue Gesellschaft, 1978.
- Botzat, Tatjana et al., *Ein deutscher Herbst – Zustände 1977*, Frankfurt/Main: Verlag Neue Kritik, 1997.
- Böke, Karin/Jung, Matthias/Wengeler, Martin, *Öffentlicher Sprachgebrauch – Praktische, Theoretische und Historische Perspektiven*, Opladen: Westdeutscher Verlag, 1996.
- Böll, Heinrich/Wallraff, Günter; *Berichte zur Gesinnungslage der Nation*, Reinbek: Rowohlt, 1975.

- Bundeskriminalamt (Hg.), *Bundeskriminalamt 1951-1991*, Heidelberg: Kriminalistik Verlag, 1992.
- Brunner, Otto (Hg.), *Geschichtliche Grundbegriffe - Band 6*, Stuttgart: Klett Verlag, 1990.
- Demes, Ute, *Die Binnenstruktur der RAF – Divergenz zwischen postulierter und tatsächlicher Gruppenrealität*, Münster: Waxmann, 1994.
- Dombrowa, Bianca (Hg.), *GeRAFtes – Analysen zur Darstellung der RAF und des Linksterrorismus in der dt. Literatur*, Bamberg: Universität Bamberg, 1994.
- Elias, Norbert, *Der bundesdeutsche Terrorismus*, in: *Studien über die Deutschen: Machtkämpfe und Habitusentwicklung im 19. und 20. Jahrhundert*, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1990.
- Elias, Norbert, *Zivilisation und Gewalt – Über das Staatsmonopol der körperlichen Gewalt und seine Durchbrechung*, in: Matthes, Joachim (Hg.), *Lebenswelt und soziale Probleme - Verhandlungen des 20. deutschen Soziologentages zu Bremen 1980*, Frankfurt, Main: Campus Verlag, 1981.
- Ferber, Christian von, *Zur Zivilisationstheorie von Norbert Elias – heute*, in: Matthes, Joachim (Hg.), *Lebenswelt und soziale Probleme – Verhandlungen des 20. deutschen Soziologentages zu Bremen 1980*, Frankfurt, Main: Campus Verlag, 1980.
- Fetscher, Iring, *Terrorismus und Reaktion*, Köln: Europäische Verlagsanstalt, 1977.
- Frese, Matthias/Paulus, Julia/ Teppe, Karl (Hg.), *Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch – Die sechziger Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik*, Paderborn: Schöningh, 2003.
- Foucault, Michel, *Archäologie des Wissens*, Frankfurt, Main: Suhrkamp, 1995.
- Foucault, Michel, *Botschaften der Macht – Reader Diskurs und Medien*, Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt, 1999.
- Friedrich Ebert Stiftung (Hg.), *Sicherheit vor Freiheit? – Terrorismusbekämpfung und die Sorge um den freiheitlichen Rechtsstaat*, Bonn: Friedrich Ebert Stiftung, 2003.
- Gehlen, Arnold, *Urmensch und Spätkultur*, Frankfurt, Main: Klostermann, 2004.
- Gilcher-Holtey, Ingrid (Hg.), *1968 – Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 1998.
- Habermas Jürgen, *Der philosophische Diskurs der Moderne*, Frankfurt, Main: Suhrkamp, 1985.
- Habermas, Jürgen, *Moralbewußtsein und kommunikatives Handeln*, Frankfurt, Main: Suhrkamp, 1983.

- Hachmeister, Lutz, *Schleyer – Eine deutsche Geschichte*, München: C.H. Beck, 2004.
- Hartung, Klaus et al., *Der blinde Fleck – Die Linke, die RAF und der Staat*. Frankfurt, Main: Verlag Neue Kritik, 1987.
- Hitzler, Ronald/Reichertz, Jo (Hg.), *Irritierte Ordnung – Die gesellschaftliche Verarbeitung von Terror*, Konstanz: UVK, 2003.
- Infratest Wirtschaftsforschung GmbH, *Politischer Protest im der BRD - Beiträge zur sozioempirischen Untersuchung des Extremismus*, Stuttgart: Kohlhammer, 1980.
- Jäger, Herbert/Schmidtchen, Gerhard/Süllwold, Lieselotte, *Analysen zum Terrorismus 2 – Lebenslaufanalysen*, Opladen: Westdeutscher Verlag, 1981.
- Jäger, Siegfried, *Kritische Diskursanalyse*, Duisburg: Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung, 2001.
- Jesse, Eckhard/Löw, Konrad (Hg.), *50 Jahre Bundesrepublik Deutschland*, Berlin: Duncker & Humblot, 1999.
- Kießling, Simon, *Die antiautoritäre Revolte der 68er*, Köln: Böhlau, 2006.
- Koenen, Gerd, *Das Rote Jahrzehnt – Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967-77*, Köln: Kiepenheuer & Witsch, 2001.
- Koenen, Gerd, *Vesper, Ensslin, Baader – Urszenen des deutschen Terrorismus*, Köln: Kiepenheuer & Witsch, 2003.
- Kraushaar, Wolfgang, *Rudi Dutschke, Andreas Baader und die RAF*, Hamburg: Hamburger Edition, 2005.
- Lange, Hans-Jürgen (Hg.), *Staat, Demokratie und Innere Sicherheit in Deutschland*, Opladen: Leske & Budrich, 2000.
- Langguth, Gerd, *Mythos '68: Die Gewaltphilosophie von Rudi Dutschke – Ursachen und Folgen der Studentenbewegung*, München: Olzog, 2001.
- Link, Jürgen, *Versuch über den Normalismus – Wie Normalität produziert wird*, Opladen: Westdeutscher Verlag, 1999.
- Marcuse, Herbert, *Der eindimensionale Mensch – Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft*, München: DTV, 1994.
- Marcuse, Herbert, *Repressive Tolerance*, Online-Resource:
<http://www.marcuse.org/herbert/pubs/60spubs/65repressivetolerance.htm>
- Münkler, Herfried, *Terrorismus als Kommunikationsstrategie – Die Botschaft des 11. September*, Homepage der Zeitschrift *Internationale Politik* der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V., 12.04.2007,
<http://www.internationalepolitik.de/archiv/jahrgang2001/dezember01/terrorismus-als-kommunikationsstrategie--die-botschaft-des-11--september.html>.

- Musolff, Andreas; *Krieg gegen die Öffentlichkeit: Terrorismus und politischer Sprachgebrauch*, Opladen: Westdeutscher Verlag, 1996.
- Otto, Karl A., *Die außerparlamentarische Opposition in Quellen und Dokumenten (1969-70)*, Köln: Pahl-Rugenstein, 1989.
- Peters, Butz, *Tödlicher Irrtum – Die Geschichte der RAF*, Berlin: Argon Verlag, 2004.
- Petersen, Vibeke R., *Kursbuch 1965-1975 – Social, Political and Literary Perspectives of West Germany*, New York: Peter Lang, 1988.
- Pflieger, Klaus, *Die Rote Armee Fraktion – RAF- 14.5.1970-20.4.1998*, Baden-Baden: Nomos, 2004.
- Pohrt, Wolfgang, *Brothers in Crime*, Berlin: Edition Tiamat, 1997.
- Recker, Marie-Luise (Hg.), *Politische Reden 1945-1990*, Frankfurt, Main: Deutscher Klassiker Verlag, 1999.
- Reinecke, Stefan, *Otto Schily – Vom RAF-Anwalt zum Innenminister*, Hamburg: Hoffmann und Campe, 2003.
- Rieß, Peter, *Die „Anti-Terrorismusgesetzgebung“ in der BRD*, in: Bundeszentrale für Politische Bildung (Hg.), *Freiheit und Sicherheit – Die Demokratie wehrt sich gegen den Terrorismus*, Bonn: BpB, 1979.
- Ritter, Joachim/Gründer, Karlfried (Hg.), *Historisches Wörterbuch der Philosophie*, Basel: Schwabe, 1998.
- Sack, Fritz / Steinert, Heinz, *Analysen zum Terrorismus 4/2 - Protest und Reaktion*, Opladen: Westdeutscher Verlag, 1984.
- Sontheimer, Michael/Kallscheuer, Otto (Hg.), *Einschüsse – Besichtigung eines Frontverlaufs zehn Jahre nach dem deutschen Herbst*, Berlin: Rotbuch Verlag, 1987.
- Stötzel, Georg, *Eine kommunikationsgeschichtliche Analyse zur Sprache in der Bundesrepublik Deutschland*, Bonn: ZV Zeitungs-Verlag Service, 1996.
- Sturm, Michael, „Dazwischen gibt es nichts“ - „Bewaffneter Kampf“ und *Terrorismusbekämpfung in der Bundesrepublik am Beginn der 1970er Jahre*, in: SoWi – Das Journal für Geschichte, Politik, Wirtschaft und Kultur, 2/2003.
- Tolmein, Oliver, *Vom deutschen Herbst zu 11. September*, Hamburg: Konkret Literatur Verlag, 2002.
- Waldmann, Peter; *Beruf: Terrorist. Lebensläufe im Untergrund*, München: C.H. Beck, 1993.
- Waldmann, Peter, *Terrorismus - Provokation der Macht*, Hamburg: Murmann: 2005.
- Waldmann, Peter; *Terrorismus und Bürgerkrieg: Der Staat in Bedrängnis*, München: Gerling Akademie Verlag, 2003.

- Weinbauer, Klaus et al (Hg.), *Terrorismus in der Bundesrepublik – Medien, Staat und Subkulturen in den 1970er Jahren*, Frankfurt, Main: Campus Verlag, 2006.
- Winkler, Heinrich August, *Der lange Weg nach Westen II, Deutsche Geschichte 1933-1990*, München: C.H. Beck, 2000 (Verwendet: Lizenzausgabe der BpB, 2004).
- Wirth, Hans-Jürgen (Hg.) *Versuche die RAF zu verstehen – das Beispiel Birgit Hogefeld*, Gießen: Edition Psychosozial, 1996.
- Wolfschlag, Claus M., *Bye-Bye ,68 – Renegaten der Linken, APO-Abweichler und allerlei Querdenker berichten*, Graz: Stocker, 1998.
- Zachert, Hans-Ludwig (Hg.), *40 Jahre Bundeskriminalamt*, Stuttgart: Boorberg, 1991.

Erklärung

Hiermit erkläre ich, dass vorliegende Arbeit selbstständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Hilfsmittel benutzt, sowie die Stellen der Arbeit, die anderen Werken dem Wortlaut oder dem Sinn nach entnommen sind, durch Angabe der Quellen kenntlich gemacht wurden.

Simon Che Berberich

Frankfurt am Main den 10.06.2007